

SÄCHSISCHE HEIMAT BLÄTTER 4 2021

Zeitschrift für
Sächsische
Geschichte,
Landeskunde,
Natur und Umwelt
67. Jahrgang
Heft 4/2021
12,00 €



Sachsen und Litauen



Editorial Sveiki!	359
Alexander Querengässer Sächsisch-litauische Beziehungen im späten Mittelalter	360
Eike Thomsen Von Wittenberg nach Wilna und Königsberg Die Reformation im Großfürstentum Litauen und im Herzogtum Preußen	363
Miloš Řezník Augustas II Stiprusis und Augustas III Saksas. Litauen in der sächsisch-polnischen Union	368
Alexander Querengässer August der Starke und der Litauische Bürgerkrieg	375
Matthias Donath Das Neue Schloss in Grodno – sächsische Architektur im Großfürstentum Litauen	379
Rolf Schmalfuß 300 Jahre kursächsische Postmeilensäulen	383
Matthias Donath Sächsische Pläne für Litauen 1916 bis 1918	394
Lars-Arne Dannenberg und Matthias Donath Memelländer und Litauendeutsche in Sachsen	406
Ruth Leiserowitz Wolfskinder in Sachsen	417
Konstantin Hermann Weltgeschichte in der Mühle Rückblick auf eine Litauenreise 1997	421
Matthias Donath Sachsen und Litauen von 1990 bis heute	425
Susanne Schöne Den Slawen auf der Spur: „1000 Jahre Oberlausitz“ – ein Projekt stellt sich vor	430
Ernst Ulrich Köpf Tharandt – Kontrollpunkt am Schloitzbach Beobachtungen und Überlegungen zur Gründung der Burg Tharandt	437
Neuerscheinungen	442
Mitteilungen	445

Sveiki!

Mit einem litauischen „Willkommen“ laden wir sie ein, in dieser Ausgabe der „Sächsischen Heimatblätter“ die Beziehungen zwischen Sachsen und Litauen zwischen Mittelalter und Gegenwart zu erkunden. Litauen ist noch nie Thema einer landeskundlichen oder -geschichtlichen Publikation aus Sachsen gewesen, obwohl beide Länder – trotz geografischer Entfernung – vielfach Berührung miteinander hatten. Das betraf vor allem die Augusteische Periode. Zwei Kurfürsten von Sachsen waren Könige von Polen – und dadurch zugleich Großfürsten von Litauen. Aber auch in den Epochen davor und danach gab es kulturelle, wirtschaftliche und politische Begegnungen, wie wir in diesem Heft zeigen – mit dem wir, wie wir hoffen, eine Wissenslücke schließen.

Auf dem Titelbild ist das Kopfstück der Postmeilensäule aus Mittweida zu sehen. Das hat einen konkreten Hintergrund, denn August der Starke hat die Postmeilensäulen vor genau 300 Jahren in seinem kursächsischen Landesteil eingeführt. Die Forschungsgruppe kursächsische Postmeilensäulen erinnert mit einem Beitrag zum aktuellen Forschungsstand an dieses Jubiläum. Zugleich passen die Postmeilensäulen hervorragend in ein Litauen-Heft, enthalten sie doch alle das polnisch-litauische Wappen. Der weiße Adler des Königreichs Polen erscheint jeweils im Wechsel mit dem weißen Reiter auf rotem Grund, dem seit dem 14. Jahrhundert bestehenden Wappenzeichen Litauens. Dieses Wappen ist in Sachsen vielerorts präsent, ohne dass es groß auffällt. Es begegnet an Bauten der Augusteischen Epoche, an Rathäusern und Herrschaftslogen – und nicht zuletzt am Dresdner Fürstenzug. In Sachsen befinden sich mehr historische Wappen Litauens als in Litauen selbst! Dies ist eine Folge der langen Fremdherrschaft Litauens. Das Land gehörte seit 1795 zum Zarenreich und nach einer kurzen Periode der Eigenstaatlichkeit von 1941 bis 1991 zur Sowjetunion. Unter sowjetischer Herrschaft war das Zeigen des litauischen Wappens streng verboten. Im öffentlichen Raum tolerierte man es nur an einer Stelle – am Tor der Morgenröte in Wilna (Vilnius).

Damit ein Wort zu den Ortsnamen: Wir verwenden grundsätzlich die deutschsprachigen Toponyme und geben bei der Ersterwähnung eines Ortes in Klammern die litauische, polnische und/oder weißrussische Bezeichnung an. Diese Namensverwendung bedeutet keine Zurücksetzung der Menschen, die heute einen anderen Namen gebrauchen, und erst recht keinen politischen Anspruch. Die deutschen Ortsnamen sind vielmehr ein eigenes Kulturgut, welches wir bewahren und weitertragen wollen. Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus dem Osten und die damit verbundenen Schrecknisse lassen sich nicht ungeschehen machen, aber wir

können dazu beitragen, dass der kulturelle Reichtum dieser ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete nicht vollends in Vergessenheit gerät.

In Sachsen leben drei Bevölkerungsgruppen mit litauischen Wurzeln, denen dieses Heft besonders gewidmet ist. Zuerst sind die Memelländer zu nennen. Diese stammen aus dem nördlichen Teil Ostpreußens, der 1920 vom Deutschen Reich abgetrennt wurde und von 1923 bis 1939 zur Republik Litauen gehörte. Bis zum Zweiten Weltkrieg sprachen viele Einwohner des Landschaftsraums nördlich der Memel im Alltag Litauisch, verstanden sich aber dennoch als „Kulturdeutsche“. Im Oktober 1944 wurden die Memelländer vor der heranrückenden Roten Armee ins Landesinnere evakuiert. Viele von ihnen kamen nach Sachsen. Die Nachfahren dieser Ostpreußen litauischer Sprache erkennt man noch heute an den Familiennamen, die auf -eit, -is oder -as enden. Zweitens leben in Sachsen auch Litauendeutsche bzw. deren Nachfahren. Sie führen sich auf Einwohner deutscher Nationalität zurück, die in Russisch-Litauen bzw. nach 1918 in der Republik Litauen lebten. Dass sie in Sachsen eine neue Heimat fanden, war das Ergebnis politischer Entscheidungen im Zweiten Weltkrieg und danach. Krieg, Flucht und Vertreibung veränderten die Schicksale vieler Menschen gravierend. Eine dritte Gruppe sind die litauischen Staatsbürger, die in den letzten 30 Jahren vor allem aus wirtschaftlichen Gründen nach Sachsen gekommen sind. Sie tragen ganz wesentlich zur Verständigung zwischen beiden Ländern bei und leben die Idee europäischer Gemeinsamkeit.

Dass wir den Kulturtransfer zwischen Sachsen und Litauen erforschen konnten, verdanken wir dem Sächsischen Staatsministerium des Innern und namentlich dem Beauftragten der Sächsischen Staatsregierung für Vertriebene und Spätaussiedler, Dr. Jens Baumann. Dank dieser Förderung ist auch diese Publikation entstanden. Eine Ausstellung zum Thema wird von Juni bis September 2022 in der Unteren Orangerie des Barockgartens Großsedlitz gezeigt, ehe sie dann zu verschiedenen Stationen nach Litauen wandern wird.

Unser Dank gilt darüber hinaus allen Autoren, die an diesem Heft mitgewirkt, Ideen eingebracht und Bildmaterial bereitgestellt haben. Das bezieht sich auch auf die Autoren jener Beiträge, die thematisch nicht zu Litauen passen. So stellt Susanne Schöne vom Landesamt für Archäologie das aktuelle Forschungsprojekt „1000 Jahre Oberlausitz“ vor. Und Prof. Dr.-Ing Gerhard Glaser erinnert sich – in Ergänzung zu unserem Themenheft 4/2020 „Revolution und Demokratie“ – an die Ereignisse des 17. Juni 1953.

Eine spannende Lektüre wünschen

*Dr. Lars-Arne Dannenberg und
Dr. Matthias Donath*

STAATSMINISTERIUM
DES INNERN

Gefördert durch
Freistaat
SACHSEN

Die Herstellung des Hefts „Sachsen und Litauen“ wurde gefördert vom Sächsischen Staatsministerium des Innern. Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes.



Inselburg Traken (Trakai) im rekonstruierten Zustand, 2021. Friedrich der Streitbare, später Kurfürst von Sachsen, besetzte die Burg 1391 mit einem Kreuzfahrerheer.
Foto: Matthias Donath

Sächsisch-litauische Beziehungen im späten Mittelalter

Alexander Querengässer

- 1 Ein Ereignis, welches sicherlich einer wissenschaftlichen Neubewertung bedarf, denn die nationalistische Tendenz des Aufsatzes von Woldegar Lippert wird durch die Wortwahl des Titels und den Entstehungszeitraum mehr als deutlich: Woldemar Lippert: Markgraf Heinrichs von Meißen Anteil an der Wiedergewinnung Preußens für das Deutschtum, in: Neues Archiv für sächsische Geschichte 55 (1934), S. 17-35.
- 2 Vgl. Werner Paravicini: Die Preußenreisen des europäischen Adels, 2 Bde., Sigmaringen 1989/1995, Ders.: Adlig Leben im 14. Jahrhundert. Weshalb sie fuhren: Die Preußenreisen des europäischen Adels, Teil 3, Göttingen 2020.
- 3 Alexander Querengässer: Friedrich der Streitbare. Kurfürst von Sachsen, Markkleeberg 2018, S. 19-27.

Im ausgehenden Mittelalter war Litauen eines der letzten heidnischen Gebiete in Europa, das sich der gewaltsamen Christianisierung erfolgreich widersetzte. Die Zwangsmissionierung voranzutreiben war vor allem die Aufgabe des Deutschen Ordens, der sich nach dem Untergang der Kreuzfahrerstaaten im Heiligen Land zu Beginn des 13. Jahrhunderts zunächst im Weichseldelta etabliert hatte. Unter anderem durch die Unterstützung eines vom Meißner Markgrafen Heinrich dem Erlauchten (1215–1288) angeführten Kreuzzugs gelang es dem Orden, hier eine neue Herrschaft aufzubauen.¹ In den kommenden Jahrzehnten wurden mit Hilfe von Kreuzfahrern aus ganz Europa zunächst die regionalen Stämme der Prussen christianisiert, ehe sich der Orden im 14. Jahrhundert vor allem den Litauern zuwandte. Die meist zweimal jährlich stattfindenden „Litauerreisen“ des Ordens waren internationale Ereignisse, die Kreuzfahrer vor allem aus England und Frankreich, aber auch dem Reich anzog.² Nach dem Tod des Hochmeisters Konrad Zöllner von Rotenstein (um 1325–1390) wurde der bisherige Großkomtur Konrad von Wallenrode (um 1330/40–1393) zu seinem Nachfolger gewählt. Unter ihm sollten die Litauerfahrten nochmals eine letzte Blüte erleben, was er gleich im ersten

Jahr seiner Regierung eindrucksvoll unter Beweis zu stellen versuchte. Zu den Teilnehmern dieser Reise gehörte auch der 21 Jahre alte meißnische Markgraf Friedrich IV. (1370–1428), der später als erster Wettiner die sächsische Kurwürde übertragen bekam.³

In der Chronik des Johann von Posilge (um 1340–1405) heißt es: „Ouch wart is schalbar zcu Dutschinlanden, das eyn nuwe meister gekorn was zcu Pruzin, und das grosze reyse wurde werden. Des qwomen dy gesthe uf senthe Johannes Baptisten tag yn das land. Der geste was so vil, das ir ny so vil was komen uf eyne cziit by manchin joren. Do was komen marggrave Fredrich von Mysen mit VC pferden und brochte mit ym vil grafen und fryen herren, czwene von Swarczpurg, und von Glichin, von Plawen, dy glichewol uf ere eygin kost czogin. Ouch worin vil herrin von Frankrich und von Engeland, und sust vil ander ritter und knechte von Dutschin landen.“⁴ Dass Posilge unter all den Preußenfahrern ausgerechnet Friedrich namentlich hervorhob, deutet daraufhin, dass dessen Erscheinen in Königsberg tatsächlich sehr prächtig ausgefallen sein muss. Auch der Chronist Wigand von Marburg weiß zu berichten, dass „Marggraff Fridrich kwam in Preussen widerstandt zu thuen den heiden. Des der orden wart ser erfreiet.“⁵

Ob sein Gefolge tatsächlich 500 Reiter umfasste, wie Posilge behauptet, lässt sich heute nicht mehr beweisen.

In der Regel unternahm der Orden jeweils zwei Reisen im Jahr. Die Sommermonate wurden für „Baureisen“ genutzt, auf denen neue, vorgeschobene Befestigungen errichtet werden konnten. In den Wintermonaten fanden sogenannte „Verheerungsreisen“ statt, bei denen die Speicher des Feindes geplündert oder vernichtet wurden.⁶ Obwohl auch Friedrich auf seiner Sommerreise 1391 an Belagerungen und Plünderungsaktionen teilnahm, galt die Fahrt doch allgemein als „Baureise“. Die Litauerreise führte in diesem Jahr ein Stück die Memel hinauf. Das litauische Heer folgte den Ordensrittern in geringem Abstand, doch zu einer Schlacht kam es nicht. Das Ordensheer erreichte die Burg Traken (Trakai), ehemals Hauptsitz der Großfürsten von Litauen, doch war die Burg von den Litauern zuvor niedergebrannt worden. Am 20. September 1391 erreichten die Kreuzfahrer wieder ihre Schiffe. Zu diesem Zeitpunkt drohten dem Heer die Lebensmittel auszugehen, denn die Litauer hatten sämtliche Felder im Umkreis von vier bis fünf Meilen niedergebrannt. Posilge berichtet, dass der Hochmeister nahe der Stadt Kaunas eine neue Befestigung vermutlich auf einer Memel-Insel errichten ließ: „Ouch uf dy selbe czüit buwete der meister zwe huser uf eyn werder eyne halbe myle von Cawin; do stackte man des margraven von Myszen bannyr uf ym zcu erin ouch in der selbin reysen.“⁷ Ob Friedrich bei dieser Gelegenheit seinen Ritterschlag empfangen hat, geht aus der Darstellung Posilges und auch Wigands von Marburg leider nicht hervor. Allerdings ist es durchaus denkbar, dass diese „Ehrenbezeugung“ in Zusammenhang mit dem Ritterschlag steht, denn es war durchaus üblich, dass der Orden den wäh-

rend der Reise zum Ritter erhobenen Adligen Geschenke machte, allerdings meist in Form von Sachgütern.⁸ Auch über den Zeitpunkt und die Route der Rückreise des jungen Wettiners ist nichts bekannt.

Friedrich kehrte nicht mehr ins Ordensland oder nach Litauen zurück, blieb aber unregelmäßig in Kontakt mit den Hochmeistern. Eine Verbindung von Meißen/Sachsen mit Litauen gestaltete sich vor allem – aber nicht ausschließlich – über diesen Kontakt zum Orden.⁹ 1419 beklagte sich der Hochmeister, dass der Orden alle militärischen Hilfeleistungen inzwischen teuer bezahlen müsse.¹⁰ Zog der europäische Adel im 14. Jahrhundert noch unter dem Zeichen des Kreuzes nach Preußen, tat er dies im 15. Jahrhundert immer stärker für Sold. Vom alten Kreuzzugsgedanken aus der Zeit der Preußen- und Litauerreisen war nichts mehr geblieben.

Dieser Umbruch im Militärwesen belastete die finanziellen Ressourcen des Ordens schwer, entsprach aber einem allgemein im 15. Jahrhundert zu beobachtenden Trend: Söldner bildeten in zunehmendem Maße das Rückgrat europäischer Heere.¹¹ Vor allem Böhmen und der mitteleuropäische Raum stellten bevorzugte Rekrutierungsgebiete für den Orden dar.¹² Die Werbung dieser Söldner konnte allerdings durchaus zu Konflikten führen. So beschwerte sich 1435 Heinrich von Maltitz gegenüber Kurfürst Friedrich II. von Sachsen (1412–1464), der Hochmeister Paul von Rusdorf (um 1385–1441) habe ihn für seine im Vorjahr geleisteten Kriegsdienste noch nicht den vollen Sold und Schadenersatz geleistet. Zwar erbot sich der Hochmeister, den Konflikt auf einem Tag auf der Burg Schivelbein beizulegen, doch Maltitz blieb fern und ließ ihm stattdessen eine mit Schmähungen gespickte Fehdeerklärung zukommen: „Es wäre besser gewesen, ihr hättet das

4 Zitiert nach *Scriptores rerum Prussicarum*. Die Geschichtsquellen der preußischen Vorzeit bis zum Untergange der Ordensherrschaft, Bd. III, Leipzig 1866, S. 171.

5 Zitiert nach *Scriptores rerum Prussicarum*. Die Geschichtsquellen der preußischen Vorzeit bis zum Untergange der Ordensherrschaft, Bd. II, Leipzig 1863, S. 645.

6 Vgl. Paravicini (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 56.

7 Zitiert nach *Scriptores rerum Prussicarum*. Die Geschichtsquellen der preußischen Vorzeit bis zum Untergange der Ordensherrschaft, Bd. III, Leipzig 1866, S. 173.

8 Vgl. Paravicini (wie Anm. 2), Bd. 2, S. 130–132.

9 Hierzu maßgeblich Stephan Flemmig: Zwischen dem Reich und Ostmitteleuropa. Die Beziehungen von Jagiellonen, Wettinern und Deutschem Orden (1386–1526), Stuttgart 2019.

10 Wilhelm Rautenberg: Böhmisches Söldner im Ordensland Preußen. Ein Beitrag zur Söldnergeschichte des 15. Jahrhunderts, vornehmlich des 13jährigen Städtekrieges, 1454–1466. Dissertation Hamburg 1953; Marian Biskup: Das Problem der Söldner in den Streitkräften des Deutschordensstaates Preußen vom Ende des 14. Jahrhunderts bis 1525, in: Zenon H. Nowak (Hrsg.): Das Kriegswesen der Ritterorden im Mittelalter, Thorn 1991, S. 49–74.

11 Vgl. Alexander Querengässer: Before the Military Revolution. European Warfare and the Rise of the Early Modern State, 1300–1490, Oxford 2021.

12 Vgl. Uwe Tresp: Söldner aus den Ländern der Böhmisches Krone in den Kriegen zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen zu Beginn des 15. Jahrhunderts, in: Werner Paravicini/Rimvydas Petrauskas/Grischa Vercamer (Hrsg.): Tannenberg – Grunwald – Žalgiris 1410: Krieg und Frieden im späten Mittelalter, Wiesbaden 2012, S. 135–158.



Friedrich der Streitbare, Kurfürst von Sachsen, Grabdenkmal in der Fürstenkapelle des Meißner Doms, um 1430

Taufe von Litauern, 1365, Buchmalerei aus einer Danziger Chronik des 16. Jahrhunderts



- 13 Zitiert nach Johannes Voigt: Geschichte Preussens von den ältesten Zeiten bis zum Untergange der Herrschaft des Deutschen Ordens, Bd. VII, Die Zeit vom Hochmeister Ulrich von Jungingen, 1407 bis zum Tode des Hochmeisters Paul von Rußdorf 1441, Königsberg 1836, S. 690-691.
- 14 Zenon Hubert Nowak: Die imperialen Vorstellungen Siegmunds von Luxemburg und der Deutsche Orden, in: Ders. (Hrsg): Die Ritterorden zwischen geistlicher und weltlicher Macht im Mittelalter, Thorn 1990, S. 87-98.
- 15 Sven Ekdahl: Der Krieg zwischen dem Deutschen Orden und Polen-Litauen im Jahre 1422, in: Zeitschrift für Ostforschung 13 (1964), S. 614-651.
- 16 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 10005 Hof- und Zentralverwaltung (Wittenberger Archiv), Loc. 4366/06, Bl. 61.

Ordenssiegel einem Esel vor seinen Hintern drücken lassen, so hätte er den Schwanz darüber gehalten, daß es die Leute nicht hätten sehen können.“¹³ Achtzig sächsische Ritter und Adlige schlossen sich dieser Fehdeerklärung an, darunter Mitglieder der Familien Kanitz, Zabeltitz, Zeschau, Pückler, Pflug, Erdmannsdorf, Korbitz, Polenz, Carlowitz und Schenckenberg. Der Ordensmeister bot wiederholt einen Schiedstag an und verwies darauf, dass er von Maltitz Quittungen über den Empfang des Soldes und des Schadensersatzes erhalten habe, allein dieser wich den Tagen aus. Wie der Konflikt schließlich beigelegt wurde, geht aus den Quellen nicht hervor.

Maltitz hatte dem Orden bereits 1410 und nachweislich zwischen 1431 und 1434 als Söldner in einer Reihe von Kriegen gegen Polen und Litauen gedient. 1386 hatte der litauische Großfürst Jogaila (vor 1362–1434) die polnische Prinzessin Hedwig geheiratet und wurde als Władysław II. Jagiełło zum König von Polen gekrönt. Damit wurde auch Litauen offiziell ein christliches Reich, was der Orden allerdings nicht hatte akzeptieren wollen, da dadurch die Existenzgrundlage des Ordensstaates gefährdet war. Die Spannungen zwischen beiden Parteien eskalierten 1410 gewaltsam. Der Orden musste bei Tannenberg eine verheerende Niederlage hinnehmen und im Frieden von Thorn 1411 hohe Reparationen an Polen zahlen, die zusammen mit den Lösegeldern für gefangene Ritter und ausstehende Zahlungen für Söldner die Ordenskasse schwer belasteten. 1413 wurden Polen und Litauen durch den Vertrag von Horodlo auch offiziell in einer Union vereint. Insbesondere seitens des Ordens war man jedoch bestrebt, diese Verbindung wieder zu sprengen. Immer wieder kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen dem Ordensstaat und Polen. Auch der römi-

sche König Sigismund unterstützte den Hochmeister¹⁴ und verpflichtete Friedrich IV. im Zuge der Übertragung der sächsischen Kurwürde 1423, 4.000 Mann für den Krieg des Ordens gegen Polen bereitzustellen, der allerdings im September 1422 durch den Frieden von Melnosee beigelegt worden war.¹⁵

Auch das Verhältnis zwischen König Władysław und seinem Bruder Witold (Vytautas, 1354/55–1430), der inzwischen als Großfürst Litauen regierte, war alles andere als spannungsfrei. Nach Witolds Tod im Jahr 1430 setzte Władysław seinen jüngsten Bruder Swidrygiełło (Svitrigaila, um 1370–1452) als seinen Nachfolger ein, allerdings ohne Rücksprache mit dem polnischen Kronrat zu nehmen, wozu er nach dem Vertrag von Horodlo eigentlich verpflichtet war. Svitrigaila hatte jedoch eigene Ambitionen und strebte nach einer Königskrone. Es kam zum bewaffneten Konflikt, in den sich auch der Orden 1431 auf Seiten Svitrigailas einschaltete. Der sächsische Hof Friedrichs II. war über diese Vorgänge genau informiert. Es war der bereits genannte Heinrich von Maltitz, der den Kurfürsten in einem Brief vom 23. September 1431 über die Vorgänge unterrichtete.¹⁶ Svitrigailas Ambitionen schienen bald auch dem litauischen Adel gefährlich, der ihn schließlich absetzte und durch Zygmunt Kiejstutowicz (Žygimantas Keštutaitis, um 1365–1440) ersetzte, der sich in einem harten Bürgerkrieg dank der Unterstützung des Ordens und Polens durchsetzen konnte.

Im weiteren Verlauf des 15. Jahrhunderts gab es höchstens indirekte Beziehungen zwischen Sachsen und Litauen, die sich über die sächsisch-polnischen Beziehungen und jene zwischen dem Kurfürstentum und dem Ordensstaat definierten, in denen die Vorgänge im Großfürstentum jedoch keine bedeutende Rolle spielten.

Autor

Dr. Alexander Querengässer
Halle/Saale



Von Wittenberg nach Wilna und Königsberg

Die Reformation im Großfürstentum Litauen und im Herzogtum Preußen

Eike Thomsen

Karte des Herzogtums Preußen, 1645. Der nordöstliche Teil Preußens hatte eine litauischsprachige Bevölkerung.

Obwohl die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen oftmals in einem Atemzug genannt werden, unterscheiden sie sich dennoch in vielerlei Hinsicht voneinander. Nicht zuletzt bezüglich der konfessionellen Verhältnisse zeigt sich, dass die drei Länder erhebliche Unterschiede aufweisen. So herrschen in Estland unter den kirchlich gebundenen Einwohnern die lutherische und die orthodoxe Konfession vor. In Lettland kommt im Osten, vor allem in Lettgallen, eine starke katholische Gruppe hinzu. Allerdings ist in bei-

den Staaten, vor allem in Estland, nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Bevölkerung überhaupt Mitglied in einer der genannten Kirchen. In Litauen stellt sich die Lage anders dar, denn dort gehörten im Jahr 2011 77,2 Prozent der Bevölkerung der römisch-katholischen Kirche an, jedoch waren lediglich 0,6 Prozent lutherisch und 0,2 Prozent reformiert.¹ Damit ist Litauen eines der „katholischsten“ Länder Europas. Die sich hier abbildende zahlenmäßige Dominanz sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Protestan-

¹ Vgl. https://osp.stat.gov.lt/documents/10180/217110/Gyv_kalba_tikyba.pdf/1d9dac9a-3d45-4798-93f5-941fed00503f

- 2 Die Linie erstreckte sich über Dünaburg (Daugavpils, Dyneburg, Dwinsk), Svieriai (Swir), Novogrudok (Nowohrudak, Nowogródek) und Grodno (Hrodna, Gardinas). Hinzu kamen noch weitere kleinere litauische Siedlungsgebiete in anderen Teilen des Großfürstentums.
- 3 Als Bezeichnungen für die litauisch geprägten Teile Preußens haben sich Preußisch-Litauen sowie Kleinlitauen etabliert.

ten in Litauen auf eine lange Geschichte zurückblicken. Denn das Land weist eine reiche reformatorische Tradition auf, die seit dem 16. Jahrhundert eng mit den Entwicklungen in Mitteleuropa verbunden war. So entfaltete sich auch nach 1517 eine reichhaltige reformatorische Landschaft, die auf unterschiedlichen Wegen von der Wittenberger Reformation beeinflusst war.

Hinsichtlich der Reformation in Litauen spielen dabei unterschiedliche Territorien eine Rolle. Der heutige Staat Litauen ist ein Produkt des 20. Jahrhunderts und kann somit nur bedingt als Referenzpunkt herangezogen werden. Im 16. Jahrhundert siedelten ethnische Litauer in zwei verschiedenen Herrschaftsgebieten: zum einen im Großfürstentum Litauen und zum anderen im Herzogtum Preußen.

Das Großfürstentum Litauen stieg im 14. und 15. Jahrhundert zu einem bedeutenden osteuropäischen Vielvölkerstaat auf, der sich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckte. Nach einer ersten christlichen „Episode“ waren die Litauer im Jahr 1386 offiziell christianisiert worden. In diesem Jahr hatte der Großfürst von Litauen Jogaila (1362–1434) nach seiner Taufe als Władysław II. Jagiełło die polnische Königskrone übernommen und damit eine Personalunion Polens und Litauens sowie das über Jahrhunderte prägende Herrschergeschlecht der Jagiellonen begründet, das bis zu seinem Aussterben 1572 den jeweiligen polnischen König sowie den Großfürsten von Litauen stellte. Jogaila schloss sich bei seiner Taufe dem westlichen Ritus, also der katholischen Kirche, an. Allerdings gab es in dem großen multiethnischen Staatsgebilde auch weiterhin Bevölkerungs- und Landesteile, die dem östlichen Ritus – der orthodoxen Kirche – folgten und in denen die später einsetzende Reformation keine nennenswerte Wirkung entfaltete. Die Litauischsprachigen lebten vor allem in den Gebieten, die ungefähr nordwestlich der heutigen Grenze zwischen Litauen und Weißrussland liegen.² Darüber hinaus lebten Litauer ebenfalls in den nördlichen und östlichen Gebieten des Staates des Deutschen Ordens, der sich jedoch im 14. und 15. Jahrhundert in einer Phase des Niedergangs befand, die auch durch die Vereinigung seiner polnisch-litauischen Gegner bedingt war. Im Zuge der Reformation löste sich der Staat schließlich auf und der Hochmeister des Ordens, Albrecht von Brandenburg-Ansbach (1490–1568), trat zur Reformation über. Das Territorium wurde in ein weltliches Herzogtum umgewandelt, das fortan unter dem Namen Herzogtum Preußen³ mit der Hauptstadt Königsberg unter polnischer Lehnshoheit weiter existierte, bis es schließlich 1701 zum Königreich Preußen wurde.

Die ersten Jahrzehnte der Reformation im Großfürstentum Litauen und im Herzogtum Preußen

Weder Martin Luther (1483–1546) noch seinen Gegnern wird im Jahr 1517 bewusst gewesen sein, welche fundamentalen Entwicklungen und Einschnitte aus dem Streit um den Ablass und den von

Luther veröffentlichten 95 Thesen hervorgehen sollten. In diesem Aufbegehren Luthers gegen den Ablasshandel wird heute der Beginn der Reformation gesehen, die große Teile Europas erfasste und bis heute prägt. Der Augustinermönch Luther war seit 1508 als Professor an der 1502 neugegründeten Wittenberger Universität tätig. Das kursächsische Wittenberg mit seiner Universität erlangte als Ausgangspunkt der sich immer weiter ausbreitenden Reformbewegung schnell ein europaweites Prestige, das zahlreiche Studenten anzog, die bei Luther, aber auch bei Philipp Melancthon (1497–1560), studieren und lernen wollten. Von Wittenberg aus gingen diese Studenten in ihre Heimatländer, wo sie die neuen Ansichten verbreiteten.

Diese allgemeine Beobachtung gilt auch für das Großfürstentum Litauen. Noch in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts verbreiteten sich in Litauen unter dem Großfürsten Sigismund I. (1467–1548) die ersten reformatorischen Ideen. Sigismund der Alte regierte das Land in Zusammenarbeit mit einem Obersten Rat sowie einer Adelsversammlung (Sejm). Dem (niederem) Adel gelang es ab der Mitte des 15. Jahrhunderts, seine Position gegenüber dem Großfürsten und weiteren Entscheidungsträgern zu stärken, was wiederum die Einführung der Reformation begünstigen sollte.

Zwischen Adel und Geistlichkeit kam es im 16. Jahrhundert immer wieder zu Auseinandersetzungen. Streitpunkte lagen unter anderem in der Besteuerung des Klerus. Auch über die Frage nach der kirchlichen Gerichtsbarkeit und ihren Kompetenzen wurde in dieser Zeit gerungen. Darüber hinaus waren die litauischen Bistümer stark von der polnischen Kirche geprägt, deren Vertreter zum Beispiel im Domkapitel von Wilna (Vilnius) erheblichen Einfluss ausübten. Auch breite Teile des einfachen Klerus sprachen polnisch und waren oftmals nicht des Litauischen mächtig, was innerhalb der Gemeinden zu erheblichen Verständigungsschwierigkeiten führen konnte. In dieser Problematik lag bereits ein Nährboden für die Reformation begründet, die sich bewusst der Volkssprache zuwandte. Auch die Klöster Litauens waren mehrheitlich polnisch geprägt. Erste Versuche auf litauischer Seite, sich aus dieser Abhängigkeit zu lösen und die Selbstständigkeit der litauischen Kirchenprovinz auszubauen, scheiterten im frühen 16. Jahrhundert. Reformatorische Vorstellungen und Ideale gelangten in den ersten Reformationsjahrzehnten auf unterschiedlichen Wegen nach Litauen. Adel und Bürgertum kamen über politische, akademische und wirtschaftliche Kontakte mit der Reformation in Berührung. Vor allem das bereits 1525 zur Reformation übergetretene Herzogtum Preußen mit seiner in Teilen litauischsprachigen Bevölkerung spielte hier als unmittelbarer Nachbar eine besonders bedeutende Rolle. Wie bereits erwähnt, hatte Hochmeister Albrecht von Brandenburg-Ansbach auf Anraten Luthers den geistlichen Ordensstaat in ein weltliches und evangelisch-lutherisches Herzogtum umgewandelt, dem Albrecht als Herzog bis zu seinem Tod im Jahr 1568 vorstand. Mit dem Wit-

tenberger Theologieprofessor Johann Briesmann (1488–1549) hatte Martin Luther bereits 1523 einen reformatorischen Prediger an den Königsberger Dom entsandt. Dort kam Briesmann in Kontakt mit dem Bischof von Samland und Regenten des Ordensstaats, dem aus einer sächsischen Adelsfamilie stammenden Georg von Polentz (1478–1550), der sich unter Briesmanns Einfluss der Reformation zuwandte. Auch der spätere evangelisch-lutherische Bischof von Pomesanien, Paul Speratus (1484–1551), war 1524 über Wittenberg nach Preußen gelangt. Mit dem Übertritt des Herzogs zum Luthertum waren auch – wenigstens formell – alle Einwohner des Territoriums lutherisch geworden. Dies galt auch für die litauische Bevölkerung. Nach der offiziellen Einführung der Reformation kamen weitere Prediger ins Land, und es etablierte sich im Laufe der folgenden Jahrzehnte ein lutherisches Kirchenwesen. Einen Meilenstein stellte diesbezüglich die 1544 durch Briesmann erstellte neue Kirchenordnung dar, die das geistliche Leben nach lutherischen Maßstäben umgestaltete. Auch an der im selben Jahr erfolgten Gründung der Universität Königsberg war Briesmann beteiligt. Bereits in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde die Universität Königsberg zum zentralen Anziehungspunkt für litauische Studenten aus dem Großfürstentum, die bis dahin in den meisten Fällen die Universität Krakau besucht hatten. Von Königsberg aus trugen die Absolventen, die oftmals Ämter in Staat und Verwaltung anstrebten, reformatorisches Gedankengut nach Litauen. Auch das an Litauen grenzende Herzogtum Livland war bereits 1524 lutherisch geworden und stellte mit seiner Handelsmetropole Riga einen wichtigen Berührungspunkt mit der lutherischen Lehre dar. Reformatorische Literatur gelangte über die Universität Königsberg oder zentrale Handelsrouten ins Großfürstentum. Bei der Verbreitung dieses Gedankenguts taten sich vor allem der niedere Adel und bürgerlich-städtische Schichten hervor.

Zunächst versuchte Sigismund I. als polnischer König die Ausbreitung der Reformation zu verhindern. So untersagte der Landesherr Mitte der 1530er Jahre auch den Litauern die für die polnischen Bürger bereits in den 1520er Jahren verbotene Einfuhr reformatorischer Schriften und das Studium an protestantischen Universitäten. Unterstützung erfuhren die protestantisch gesinnten Bürger allerdings durch den Sohn Sigismunds I., Sigismund II. August (1520–1572). Dieser herrschte bereits gemeinsam mit seinem Vater ab 1529 als Großfürst von Litauen in Wilna und ab 1530 als König von Polen. Als Sigismund I. 1548 starb, übernahm sein Sohn vollends die Ämter seines Vaters. Auch Sigismund II. August blieb zeitlebens Katholik, war aber der Reformation zugewandt und ließ den Protestanten unter seiner Herrschaft verhältnismäßig große Spielräume zukommen.

Auch wenn viele Ereignisse der ersten Phase der Reformation im Großfürstentum Litauen heute im Dunkeln liegen, gibt es doch einige Anhaltspunkte für erste reformatorische Aktivitäten. Zum Beispiel



Johann Briesmann, Stich, 16. Jahrhundert

ist für das Jahr 1525 überliefert, dass ein Franziskanermönch in Wilna lutherische Predigten hielt. Der Bischof von Wilna beklagte sich 1526 über die reformatorischen Bestrebungen im Land, und der durch lutherische Predigten aufgefallene Jan Tartyłowicz Bartocki (Jonas Tartilavičius-Batakietis) musste in das Herzogtum Preußen fliehen, nachdem er 1536 in Šilalė damit begonnen hatte, lutherische Predigten zu halten. 1539 gründete Abraham Culvensis (Abraomas Kulvietis, 1509–1545) ein Gymnasium



Modernes Denkmal für Abraham Culvensis vor der Kreisverwaltung von Jonava
Wikimedia (Aikli)



Titelblatt des Katechismus Martin Luthers in litauischer Sprache, gedruckt 1547 in Königsberg

in Wilna, das reformatorischen Idealen verpflichtet war und einen dreisprachigen Unterricht anbot. Der aus dem litauischen Kulva stammende Culvensis hatte zuvor in Leipzig, Wittenberg und Siena studiert. Obwohl die ohne die Zustimmung des Bischofs errichtete private Lehranstalt nur drei Jahre Bestand hatte, konnte sie dennoch erheblichen Einfluss ausüben und stellte als erste protestantische Bildungseinrichtung des Landes ein Novum dar. Ab 1535 wurde zudem damit begonnen, geeignete Kandidaten für ein geistliches Amt nach Wittenberg zu entsenden. Vor allem um Wilna scheint in den 1540er Jahren ein reformatorischer Schwerpunkt gelegen zu haben. In einigen von Martin Mosvid (Martynas Mažvydas, 1510–1563) herausgegebenen Schriften werden Übersetzer genannt, die aus diesem Raum stammten und die unter anderem in Wittenberg oder Königsberg studiert hatten. Auch die ersten reformatorischen Schriftsteller entstammten aus Wilna und Umgebung. Der Druck der ersten litauischen Schriften erfolgte jedoch in Königsberg. Im Jahr 1542 erschien mit der „Confessio fidei“ von Abraham Culvensis eine erste dezidiert auf die litauischen Verhältnisse zugeschnittene reformatorische Schrift. In ihr forderte Culvensis unter anderem den Gebrauch des Litauischen in den Gottesdiensten, eine verbesserten Ausbildung des Klerus und eine Reform der kirchlichen Jurisdiktion. Darüber hinaus sollte der Laienkelch eingeführt und das Priesterzölibat abgeschafft werden. Bereits vor der Veröffentlichung der „Confessio fidei“ gestattete König Sigismund I. dem Wilnaer Bischof Paweł Holszański (Povilas Alšėniškis, gest. 1555), gegen den Reformator Culvensis und dessen Anhänger vorzugehen. Viele der Lutheraner, unter ihnen war auch Culvensis, verließen daraufhin das Land in Richtung Herzogtum Preußen, wo es Bedarf an litauischsprachigen lutherischen Geistlichen gab. In seiner Schrift beklagte Culvensis die Abwanderung dieser gut qualifizierten Landsleute, die der Reformation im Großfürstentum verloren gingen. Mit diesen Fluchtbewegungen endete zudem eine erste Phase der Reformation in Litauen, die bis 1542 zwar erste kleinere Erfolge erzielen, sich aber nicht flächendeckend gegen den Widerstand der katholischen Kirche und des Königs hinsetzen konnte. Im Herzogtum Preußen stellte sich die Situation gänzlich anders dar. In den 1530er bis 1560er Jahren erreichte Herzog Albrecht eine Konsolidierung des neuen Kirchenwesens. Zum Beispiel begab er sich im Jahr 1542 persönlich auf eine viermonatige Visitationsreise, die ihm Aufschluss über die kirchlichen Verhältnisse in seinem Territorium geben sollte. Da die Ergebnisse tendenziell ernüchternd waren, bereitete Albrecht in der Folgezeit Maßnahmen vor, die die Verbreitung der lutherischen Theologie festigten. Auch eine breit angelegte Bildungsreform wurde angestoßen. Die Universität Königsberg trug dazu bei, Pfarrer auszubilden, die die jeweilige Sprache ihres zukünftigen Wirkungsortes beherrschten und die zudem grundständig theologisch gebildet waren. Auch Abraham Culvensis lehrte als Professor an der Universität Griechisch und Hebräisch. Der



Kelch aus der evangelisch-reformierten Kirche in Kėdainiai, Anfang des 17. Jahrhunderts, gestiftet von Georg Radziwiłł

Litauer Stanislaus Rapagelanus (Stanislovas Rapolionis, 1485–1545), der noch 1544 von Martin Luther in Wittenberg zum Doktor der Theologie promoviert worden war, lehrte in Königsberg als Professor für Theologie. Rapagelanus gilt als erster Dichter in litauischer Sprache und war aus seiner Wittenberger Studienzeit nicht nur mit Martin Luther, sondern auch mit Philipp Melancthon und Johannes Bugenhagen (1485–1558) bekannt.

Wie in vielen anderen Regionen Europas gab auch in Litauen die Reformation einen wichtigen Impuls für die Umwandlung der bisher weitgehend mündlich weitergegeben Landessprache in eine Schriftsprache. Ein Resultat dieser Bemühungen stellte der 1547 in Königsberg gedruckte litauische Katechismus dar, den der an der dortigen Universität immatrikulierte Martin Mosvid erstellt hatte. Das geistliche Werk war das erste litauische Buch und richtete sich nicht nur an die Bewohner des Herzogtums Preußen, sondern gleichermaßen an die des Großfürstentums Litauen.

Bis zum Ende der 1560er Jahre gelang es Herzog Albrecht und seinen Mitstreitern, durch zahlreiche Maßnahmen und Kirchenordnungen eine Landeskirche lutherischer Prägung zu etablieren. Diese konfessionelle Durchdringung des Herrschaftsraums manifestierte sich in zahlreichen Neubauten von Kirchen, die auch im litauisch geprägten Teil des Herzogtums ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts vermehrt errichtet wurden. Durch eine verstärkte Glaubensunterweisung versuchten die akademisch gebildeten Theologen den innerhalb der Landbevölkerung noch immer weit verbreiteten Aberglauben und den von der römischen Kirche nicht konsequent bekämpften Synkretismus zurückzudrängen. So verpflichteten die Kirchenordnungen von 1544 und 1568 die Geistlichen dazu, die Gemeindeglieder oder Taufpaten in gewissen Glaubensfragen (Zehn Gebote, Vaterunser, Glaubensbekenntnis etc.) zu überprüfen.

Die zweite Phase der Reformation im Großfürstentum Litauen

Allen Repressionen zum Trotz breitete sich die Reformation nach 1542 im Großfürstentum Litauen weiter aus. Auch die Versuche, das Studium von Landeskindern an protestantischen Universitäten einzuschränken, schlugen fehl. Neben der nahegelegenen Königsberger Universität besuchten Studenten aus dem Großfürstentum unter anderem die evangelisch geprägten Hochschulen in Basel, Leipzig, Wittenberg, Altdorf oder Heidelberg. Aus den Klöstern entliefen in den 1550er Jahren vermehrt Mönche, und es bildeten sich erste lutherische Gemeinden in Wilna und Kaunas, zu deren Mitgliedern schon bald auch exponierte Adlige und großbürgerliche Familien zählten. Vor allem ab 1553 traten vermehrt einflussreiche adlige oder anderweitig einflussreiche Familien geschlossen zur reformatorischen Bewegung über, sodass sich zahlreiche Machthaber und Entscheidungsträger nun auf Seiten der Reformation befanden. Dieser

Gruppe gegenüber standen jedoch weiterhin die Anhänger der römischen Kirche, die noch immer über erheblichen Einfluss verfügten. Die Lubliner Union von 1569 bewirkte, dass aus den in Personalunion regierten Staaten, dem Großfürstentum Litauen und dem Königreich Polen, die in Realunion regierte Adelsrepublik Polen-Litauen (auch bekannt als Rzeczpospolita) wurde. Diese Umwälzung führte dazu, dass sich die protestantisch-litauischen Ratsmitglieder nun im Senat der neu gegründeten Adelsrepublik in der Minderheit gegenüber den Katholiken befanden. Innerhalb des Großfürstentums stellten die protestantischen Senatoren jedoch weiterhin eine deutliche Mehrheit von bis zu 73 Prozent im Jahre 1572 dar. Nach dem Bekenntnis vieler exponierter Adliger zur Reformation führte dies dazu, dass auch der Landadel in einigen Kreisen das Bekenntnis wechselte und somit auch die ihnen oftmals unterstellten Gemeinden protestantisch wurden. In den 1550er und 1560er Jahren durchlebte die litauische Reformation zudem einen Differenzierungsprozess. Während sich zwischen 1551 und 1556 die meisten Adligen und Bürger zu einer, wenn auch oftmals nur sehr unklar umrissenen, lutherischen Variante des Protestantismus bekannten, traten in der darauffolgenden Zeit zusätzlich Akteure auf den Plan, die der reformierten Lehre von Huldrych Zwingli (1484–1531) und Jean Calvin (1509–1564) folgten. Aus dieser Gruppe heraus entstand schließlich ein dritter Zweig, der extreme theologische Positionen vertrat und aus sogenannten Antitrinitariern und Wiedertäufern bestand. Diese radikalen und extrem inhomogenen Gruppierungen konnten sich – trotz theologischer und politischer Gegenwehr sowie partieller Verdrängung aus Städten wie Wilna – verhältnismäßig lange in Litauen halten und standen dabei oftmals unter dem Schutz lokaler Adliger. Der großfürstlich-königliche Sekretär und calvinistische Theologe Andreas Volanus (Andrius Volanas, 1530–1610) war ein exponierter Widersacher der Antitrinitarier in Litauen. Studiert hatte Volanus in Königsberg bei Georg Sabinus (1508–1560), einem Schwiegersohn Philipp Melancthons. Obwohl das Luthertum im Großfürstentum vor allem in den Städten bei Beamten und Bürgern Halt fand und sich dort weiter ausbreitete, trat es schon bald zahlenmäßig hinter die Reformierten zurück, die auch durch Übertritte von Lutheranern zum Calvinismus eine Stärkung erfuhren. Neben der lutherischen Konfession etablierte sich eine calvinistische Kirche, die im Laufe der Zeit eigene Organisationsstrukturen bildete.

Vor allem nach dem Tod Sigismunds im Jahr 1548 hatte eine breite Konversionswelle begonnen, die zu zahlreichen Übertritten vom Katholizismus zum Calvinismus führte. Kopf dieser Bewegung war Nikolaus Radziwill (Mikołaj Radziwiłł, Mikolajos Radvila, 1515–1565), genannt „der Schwarze“, der seit 1550 als litauischer Kanzler über erheblichen Einfluss verfügte und ein enger Vertrauter von Sigismund II. August war. Nach anfänglichen Sympathien mit dem Luthertum wandte sich Radziwill schließlich dem Calvinismus zu, dessen Verbreitung er fortan tatkräftig

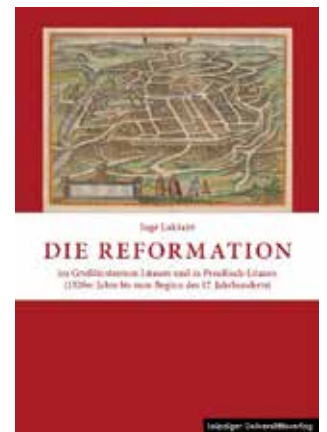
unterstützte. Im Kampf gegen die Antitrinitarier schlossen sich Lutheraner und Calvinisten zu einem Bund zusammen. Eine durch belastbare Beschlüsse rechtlich abgesicherte Existenz konnten die Protestanten in Litauen bis in die 1570er Jahre hinein jedoch nicht erlangen, obwohl ihr Einfluss in kurzer Zeit erheblich gewachsen war. Es bildete sich ein ungefähres Gleichgewicht zwischen katholischer und protestantischer Bevölkerung heraus. Eine mit den litauischen Lutheranern in Preußen vergleichbare Rolle konnten weder die Lutheraner noch die zahlenmäßig stärkeren Reformierten erreichen, weil das Großfürstentum Litauen durch die enge Bindung an Polen weiterhin eine starke katholisch-litauische Bevölkerungsgruppe aufwies.

Ab 1569 waren auch in Litauen die Jesuiten aktiv und forcierten gegenreformatorische Maßnahmen, deren Druck die zersplitterten protestantischen Gruppierungen auf Dauer nur wenig entgegensetzen konnten. Viele der ehemals protestantischen Adligen und ihre Nachkommen wechselten bereits im späten 16. und frühen 17. Jahrhundert abermals die Konfession und wurden wieder katholisch. Unter den zur römischen Kirche Übergetretenen befanden sich bezeichnenderweise auch die beiden Söhne des reformierten Kanzlers Nikolaus Radziwill. Vor allem dessen Sohn Nikolaus Christoph Radziwill (Mikołaj Krzysztof Radziwiłł, Mikolajus Kristupas Radvila, 1549–1616) wurde ein vehementer Verfechter gegenreformatorischer Maßnahmen, die er in seinen Zuständigkeitsbereichen rigoros umsetzte: Er rekatholisierte Kirchen, ließ eine reformierte Druckerei schließen und stiftete ein Jesuitenkolleg. Obwohl im Falle Litauens kaum offene Gewalt angewendet wurde, kam es dennoch im 17. Jahrhundert zu einem schleichenden Prozess der Marginalisierung der calvinistischen, aber auch der lutherischen Bevölkerungsgruppen und zu einem Wiedererstarken des Katholizismus, während die Litauer in Preußen fast ausschließlich Lutheraner blieben. Dennoch bestanden auch in Großfürstentum Litauen die beiden großen protestantischen Konfessionen weiter, wenn auch auf einem zahlenmäßig geringem Niveau.

Die Beispiele des Herzogtums Preußen und des Großfürstentums Litauen machen deutlich, welche Prägestkraft die Wittenberger Reformation im 16. Jahrhundert entfalten konnte. Infolge einer gezielten Einflussnahme Luthers konnte die Reformation im Herzogtum Preußen unter Herzog Albrecht nachhaltig verankert werden. Durch die exponierte Rolle der Wittenberger Universität als Multiplikator reformatorischen Gedankenguts verbreitete sich die neue Lehre bereits früh in den von Litauern besiedelten Gebieten des Baltikums. Aus Wittenberg kamen Schriften und Theologen, die diesen Prozess entscheidend mitgestalteten. Ab der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts wurde auch die Königsberger Universität zu einer festen protestantischen Bezugsgröße in der Region. Durch diesen regen kulturellen Austausch mit Mitteleuropa konnte sich die Reformation auch über die Hauptstädte Königsberg und Wilna hinaus in den litauisch geprägten Gebieten des Baltikums etablieren.

Zum Weiterlesen

Ingė Lukšaitė: Die Reformation im Großfürstentum Litauen und in Preußisch-Litauen (1520er Jahre bis zum Beginn des 17. Jahrhunderts). Übersetzt von Lilija Künstling und Gottfried Schneider, Universitätsverlag Leipzig 2017, 662 Seiten, Hardcover, ISBN 978-3-96023-064-9, 49,00 Euro, zu bestellen beim Universitätsverlag Leipzig unter Tel. 0341/9900440 oder info@univerlag-leipzig.de



Autor

Eike Thomsen
Wissenschaftlicher
Mitarbeiter am Institut
für Kirchengeschichte,
Theologische Fakultät
der Universität Leipzig
Beethovenstraße 25
04107 Leipzig
eike.thomsen@uni-leipzig.de



Karte von Polen-Litauen,
Kupferstich, 1729
SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

Augustas II Stiprusis und Augustas III Saksas. Litauen in der sächsisch-polnischen Union

Miloš Řezník

Die sowohl im deutschen als auch im polnischen Sprachgebrauch übliche Bezeichnung „sächsisch-polnische Union“ (poln. unia polsko-saska) verschleiert die Tatsache, dass es sich auf der „polnischen Seite“ dieser Verbindung eigentlich um ein duales Subjekt handelte, in dem das Königreich Polen nur einen Teil darstellte. August der Starke

wurde bei dem Wahlsejm vor Warschau 1697 nicht nur zum König von Polen, sondern zugleich zum Großfürsten von Litauen gewählt. Das Großfürstentum bildete einen mit Polen formal gleichberechtigten Teil einer Dauerunion, in der seit dem 16. Jahrhundert die Herrschenden gemeinsam gewählt wurden.

Die Verbindungen zwischen Polen und Litauen gingen bis in die 1380er Jahre zurück. Mit der Taufe des bisher paganen litauischen Großfürsten Jogaila (vor 1362–1434) und seiner Krönung zum König von Polen, nun unter dem Namen Władysław II. Jagiełło, konstituierte sich eine der mächtigsten Dynastien Europas, deren Angehörige nicht nur über Polen und Litauen, sondern vorübergehend auch über Böhmen und Ungarn regieren sollten, sodass man für die Zeit um 1500 gelegentlich vom „jagiellonischen Zentraleuropa“ sprach. In der Tat musste sich gegen diese Dominanz die habsburgische Dynastie als Herrschaftsfaktor in der Region erst durchsetzen. Die polnisch-litauischen Verbindungen behielten die Form von Personalunionen. Sie wurden mehrmals unterbrochen und wieder erneuert, als in beiden Ländern unterschiedliche Mitglieder der Herrscherfamilie die Regentschaft antraten. Bis zum 16. Jahrhundert bestand das Problem nicht zuletzt darin, dass Litauen eine Erbmonarchie blieb, während sich mit zunehmender politischer Macht des Adels in Polen das Modell einer Wahlmonarchie durchsetzte. Erst im 16. Jahrhundert verzichtete der Großfürst und König Sigismund II. August (1520–1572) auf die Erbschaftsrechte seiner Familie in Litauen – doch da er der letzte Vertreter der Jagiellonendynastie war, war es für ihn auch kein großes Opfer. Mit ihm starb die Dynastie 1572 aus. Doch sein Verzicht beseitigte eine der wichtigsten Hürden, um der polnisch-litauischen Verbindung eine feste Form zu geben. Für die litauischen Eliten besaß das politische Modell Polens mit der entscheidenden Machtposition des Adels eine hohe Attraktivität. Zudem geriet die bisherige osteuropäische Großmacht, die sich seinerzeit buchstäblich von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer erstreckte und den Großteil der Länder der ehemaligen Kiewer Rus unter Kontrolle gebracht hatte, zunehmend unter Druck von Seiten des aufsteigenden Großfürstentums Moskau, dessen Überlegenheit seit dem späten 15. Jahrhundert immer deutlicher hervortrat. Polen erschien in dieser Situation als ein Partner, mit dem man den Territorialbesitz im Osten verteidigen konnte, und die Kriege, in denen sich Polen, Litauen, Moskau, Schweden und Dänemark seit der Mitte des 16. Jahrhunderts im Baltikum gegenüberstanden, zeigten die Vorteile eines polnisch-litauischen Bündnisses deutlich. Die russische Expansion konnte gestoppt werden.

Unter diesen Umständen wurde 1569 in Lublin die Beziehung beider Länder neu festgelegt. Sie erhielt die Form einer dauerhaften Verbindung von zwei Subjekten in einer Realunion, die unter dem Namen „Lubliner Union“ in die Geschichte eingegangen ist. Um das Zögern der litauischen Mächtigen zu brechen, die eine Dominanz der polnischen Magnaten befürchteten, wurde kurz davor ein großer Teil des litauischen Großfürstentums an Polen angegliedert. Im Prinzip handelte es sich um die Territorien der heutigen Ukraine, sodass sich Litauen dann über die Län-

der der heutigen Republik Litauen, Weißrusslands (Belarus) und Westrusslands erstreckte. Dennoch stellte das Großfürstentum auch nach diesen drastischen Gebietsabtritten eines der größten Herrschaftsgebiete Europas dar, das allerdings deutlich dünner besiedelt war als das Königreich Polen.

Beim Abschluss der Union wurden die Rechte des litauischen Adels an jene des polnischen Adels angeglichen, sodass sich der Doppelstaat als eine große Adelsrepublik, der „Rzeczpospolita“, etablierte, die bis zum Ende des polnisch-litauischen Staates, also dessen Dritter Teilung im Jahre 1795, bestand. Auch zeitgenössisch sprach man dabei von der „Republik beider Nationen“ (Rzeczpospolita Obojga Narodów). Bei diesem Begriff handelte es sich allerdings nicht um ethnische Nationen oder Völker im modernen Sinne. Unter „Nation“ verstand man die Mitglieder der Ständegemeinde eines Landes, unabhängig davon, welcher Abstammung oder Sprache sie waren. Die „beiden Nationen“ der Adelsrepublik waren also die nach wie vor separaten ständischen Gemeinden des Königreichs Polen und des Großfürstentums Litauen. Beide Länder behielten trotz vieler Angleichungen weiterhin ihre eigenen Behörden und Armeen. Ein polnischer Adliger verfügte in Litauen insoweit über aktive politische Rechte und konnte Ämter oder Militärwürden übernehmen, als er sich im Lande niederließ, in dessen Ständegemeinde aufgenommen wurde und das litauische Indigenat erhielt. In umgekehrter Richtung galt dies ebenso.

Formal blieben das Königreich Polen und das Großfürstentum Litauen gleichberechtigte Teile der Union, allerdings machte sich ein Ungleichgewicht zugunsten Polens bemerkbar. Obwohl Wilna offiziell die Residenzstadt blieb, residierte der gemeinsame Herrscher meist in Krakau und seit dem Ende des 16. Jahrhunderts in Warschau. Zudem fanden die meisten gemeinsamen Reichstage (Sejm) einschließlich der Königswahlen in Polen statt. Krakau blieb bis ins 18. Jahrhundert die Krönungsstadt.

Die litauischen Eliten verteidigten allerdings auch hier ihre Interessen: Das sogenannte Alternatsrecht von 1673 legte fest, dass jeder dritte Reichstag im heute belarussischen Grodno, also im Großfürstentum, stattfinden sollte (während der sächsisch-polnischen Union war das in den Jahren 1718, 1726, 1729, 1730, 1744 und 1752 der Fall). Dieselbe Regel betraf ebenfalls die Wahl des Sejm-Vorsitzenden. Der so genannte Rechteausgleich (Coequatio iurium) zwischen Polen und Litauen, der im Jahr der Wahl Augusts des Starken zum polnisch-litauischen Herrscher verabschiedet wurde (1697), passte schließlich die Ämterstruktur Litauens an jene von Polen an und führte endgültig Polnisch als Amtssprache in Litauen ein, womit die einstige Position des Ruthenischen auch formal beendet wurde. Das Coequatio iurium markierte in dieser Hinsicht einen der wichtigsten Punkte der kulturellen und



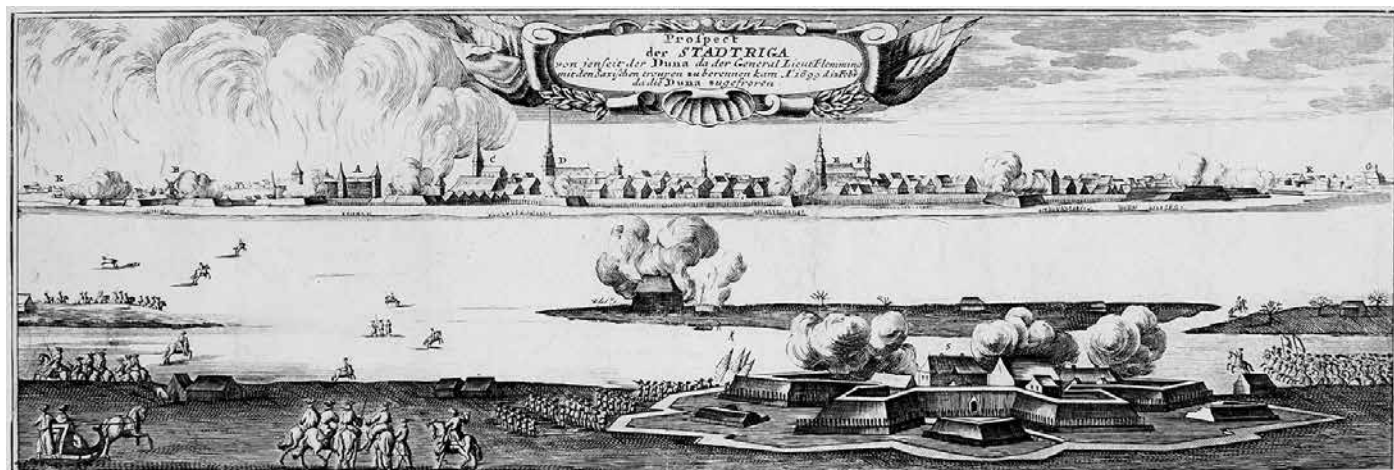
Bildnismedaillon Augusts des Starken, Titelkupfer des Buches „Recueil de marbres antiques etc. à Dresde“ von Raymond Le Plat, Stich von Martin Bernigeroth, 1733

mentalen „Polonisierung“ der litauischen Eliten. Das heutige Litauen und somit auch die litauischsprachigen Gebiete stellen nämlich nur einen kleinen Teil des Territoriums und der Bevölkerung des Landes dar. Die ethnischen Litauer bildeten bis auf Ausnahmen lediglich die Untertanenschichten in den litauischsprachigen Regionen, während der Adel und das Magnatentum ostslawische Sprachen, wie das Ruthenische, und vor allem Polnisch sprachen, wobei die sprachliche und kulturelle „Polonisierung“ seit dem 16. Jahrhundert zunehmend schneller voranschritt und ihre entscheidende Phase erreichte. Vor allem bei den Magnaten und dem wohlhabenderen Adel kann man von einer zusammenwachsenden, transregionalen Gruppe sprechen, deren Spitzenvertreter große Güter sowohl in Polen als auch in Litauen besaßen. Große Teile des Adels identifizierten sich zwar mehr mit ihren eigenen Regio-

nen als mit der Gesamt-Rzeczpospolita, aber diese Identifikationen schufen später die Grundlage für einen polnischsprachigen Regionalismus, an den im 19. Jahrhundert der polnische nationale und zugleich regionale Patriotismus anknüpfen konnte. Daher ist es kein Wunder, dass Wilna oder auch die Ukraine eine besonders prominente Rolle in der Entwicklung der polnischen Kultur, Literatur, Musik, Wissenschaft und Politik spielten. Als der 1798 geborene polnische Nationaldichter Adam Mickiewicz (1798–1855), der dem lokalen Adel entstammte, seinen „Pan Tadeusz“, das Zentralwerk der polnischen Nationaldichtung, mit der Invokation „Litauen, mein Vaterland“ begann und dabei seine heute in Belarus liegende Heimat meinte, knüpfte er gerade an diese aus der Frühneuzeit herrührende Identitätskonfiguration des polnischen Adels in Litauen an. Der belaruthenisch sprechende Adel, meist orthodoxen oder griechisch-katholischen Glaubens, wurde inzwischen immer weiter marginalisiert. Allerdings bildeten die litauischen Länder neben der polnischen Ukraine die zentralen Verbreitungsgebiete beider Konfessionen in der Adelsrepublik.

Als Großfürsten von Litauen herrschten August der Starke (1670–1733) und sein Sohn über ein Land, das in vielen Charakterzügen „polnisch“ erschien, aber Spezifika aufwies. Die litauischen Magnaten vermittelten durch ihre Präsenz am Dresdner Hof zweifelsohne einen etwas exotischen Eindruck und verliehen der Residenz noch mehr Glanz, weil sie dort die Vielfalt und den Umfang der vom König-Kurfürsten regierten Länder verkörperten. Kurfürst Friedrich August II. (August III., 1696–1763) bestand später darauf, dass ein Teil der polnisch-litauischen Minister und Würdenträger immer in Dresden anwesend war.

Litauen hatte aber auch seine eigenen innenpolitischen und gesellschaftlichen Probleme. Eines davon bildete im 17. und 18. Jahrhundert die wachsende Macht einzelner großer Magnatenfamilien, die dank eines breiten Klientelsystems große Teile der Adelsgesellschaft in Abhängigkeit bringen und entscheidenden politischen Einfluss nehmen konnten. Dieser wurde von der königlichen Macht viel weniger gehemmt denn durch den Konkurrenzkampf zwischen den einzelnen Familien und ihren Klientelen. Gerade diese Problematik spitzte sich am Anfang der Regierungszeit August des Starken besonders zu. Dem Kurfürsten war es dabei gelungen, schon während der umstrittenen Wahl zum König von Polen eine eigene Anhängerschaft in Litauen zu schaffen. Sie blieb zwar vorerst politisch etwas schwächer als in Polen selbst, aber das Potential der „sächsischen Partei“ im Großfürstentum sollte sich bald zeigen. Im späten 17. Jahrhundert festigte die Magnatenfamilie der Sapiieha ihre Machtposition in Litauen soweit, dass sich ihre Konkurrenten bedroht fühlten und eine Koalition bildeten. Schon während des ersten Aufenthalts des neu-



gewählten Großfürsten in Litauen im Sommer 1698 bemühten sich beide Seiten darum, ihn für sich zu gewinnen. In dieser Zeit wurden zum ersten Mal sächsische Truppen in das Land geschickt. Sie sollten helfen, den fragilen inneren Frieden zu sichern. Weitere sächsische Durchmärsche fanden im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Großen Nordischen Krieges gegen Schweden im Baltikum statt. Noch während der Kämpfe um Riga führten sowohl die Sapieha-Führer als auch die adlige litauische Opposition intensive Gespräche mit dem König. Der bald ausgebrochene innere Krieg führte im November 1700 zur Niederlage der Sapieha. Diese Niederlage war jedoch ein politischer Erfolg des König-Großfürsten-Kurfürsten, weil die Sapiehas faktisch ihre Herrschaft über das Land ohne viel Rücksicht auf die Autorität des Herrschers ausgeübt und etwa auf eigene Faust Verhandlungen mit Brandenburg geführt hatten.

Allerdings herrschte weiterhin politisches Chaos im Lande. August verbündete sich mit den Führern der bisherigen Opposition. Darunter war auch die zweitmächtigste litauische Magnatenfamilie der Radziwiłł. Ihr Hauptsitz im nordlitauischen Biržai, unweit der kurländischen Grenze und somit auch nahe an den baltischen Schlachtfeldern gelegen, diente als Aufenthaltsort Augusts während seiner erneuten Litauen-Reise im Februar 1701. Hier traf er sich mit dem russischen Kaiser Peter dem Großen (1672–1725), um das weitere Vorgehen im Krieg gegen Schweden persönlich zu besprechen. Gerade von diesem Aufenthalt, der neben den diplomatischen Verhandlungen von verschiedenen Jagden und Festen ausgefüllt war, sind einige Legenden über die körperliche Kraft des Königs überliefert, der den russischen Verhandlungspartner durch das Zusammenrollen von Metalltellern beeindrucken wollte. Der Aufenthalt in Biržai zeigte endgültig die Marginalisierung der Sapiehas und das Bündnis des Herrschers mit der bisherigen Opposition. Als die siegreichen Schweden aus dem Baltikum die Rzeczpospolita gerade über Litauen angriffen, wurden die Sapiehas zu deren „natürlichen“ Verbündeten gegen August.

Unter diesen Umständen verstärkten sich im litauischen Adel die Einflüsse der sächsischen Partei, deren Ziel es allerdings lediglich war, die litauische Position und die Rolle der litauischen Eliten gegenüber Polen zu stärken. Diese Situation resultierte bald in einer der tiefsten Krisen der Lubliner Union während ihres mehr als 220-jährigen Bestehens. Ein Teil des Adels berief sich auf die schwächere Position des Großfürstentums und postulierte dessen Austritt aus der Union und damit die Trennung von Polen. Allerdings sollte dies keine Absetzung von August bedeuten. Ganz im Gegenteil: Die polnisch-litauische Verbindung sollte nicht nur vorerst wieder den Charakter einer „bloßen“ Personalunion erhalten, August sollte zudem für diese Idee gewonnen werden, indem ihm und der wettinischen Dynastie die Erbherrschaft in Litauen angeboten wurde. Nach dem baldigen Bekanntwerden des Projektes scheiterte diese Initiative vollständig – ihre Akteure mussten sich von ihr distanzieren und das Dokument wurde während der Sejm-Sitzungen in Warschau öffentlich vom Henker verbrannt. Der Sejm beauftragte August, die Situation in Litauen, das seit dem Ausbruch der inneren Kämpfe faktisch eine selbstständige Politik betrieb, zu befrieden. Diesem Zweck sollte erneut der Einmarsch sächsischer Truppen dienen.

Für die Wettiner hätte die Erbherrschaft in Litauen einen dauerhaften Aufstieg bedeutet und indirekt auch die Chancen auf eine dauerhafte Herrschaft in Polen, und somit eine Mitgliedschaft unter den königlichen Häusern Europas, gestärkt. August ließ sich jedoch nicht auf das abenteuerliche Projekt des litauischen Adels ein und vermied einen offenen Konflikt. Dennoch gehörten spätestens seit diesem Moment die Befürchtungen eines drohenden Umsturzes zugunsten einer absolutistischen oder zumindest zentralisierten wettinischen Erbmonarchie stets zu den wichtigsten Vorwürfen gegen August, sowohl in der damaligen polnischen Politik als auch in der späteren Geschichtskultur.

Litauen war nach Livland das erste Territorium, in dem die reale Herrschaft Augusts während des Großen Nordischen Krieg bereits 1702 zusam-

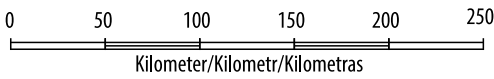
Belagerung Rigas durch sächsische Truppen, Kupferstich, 1700



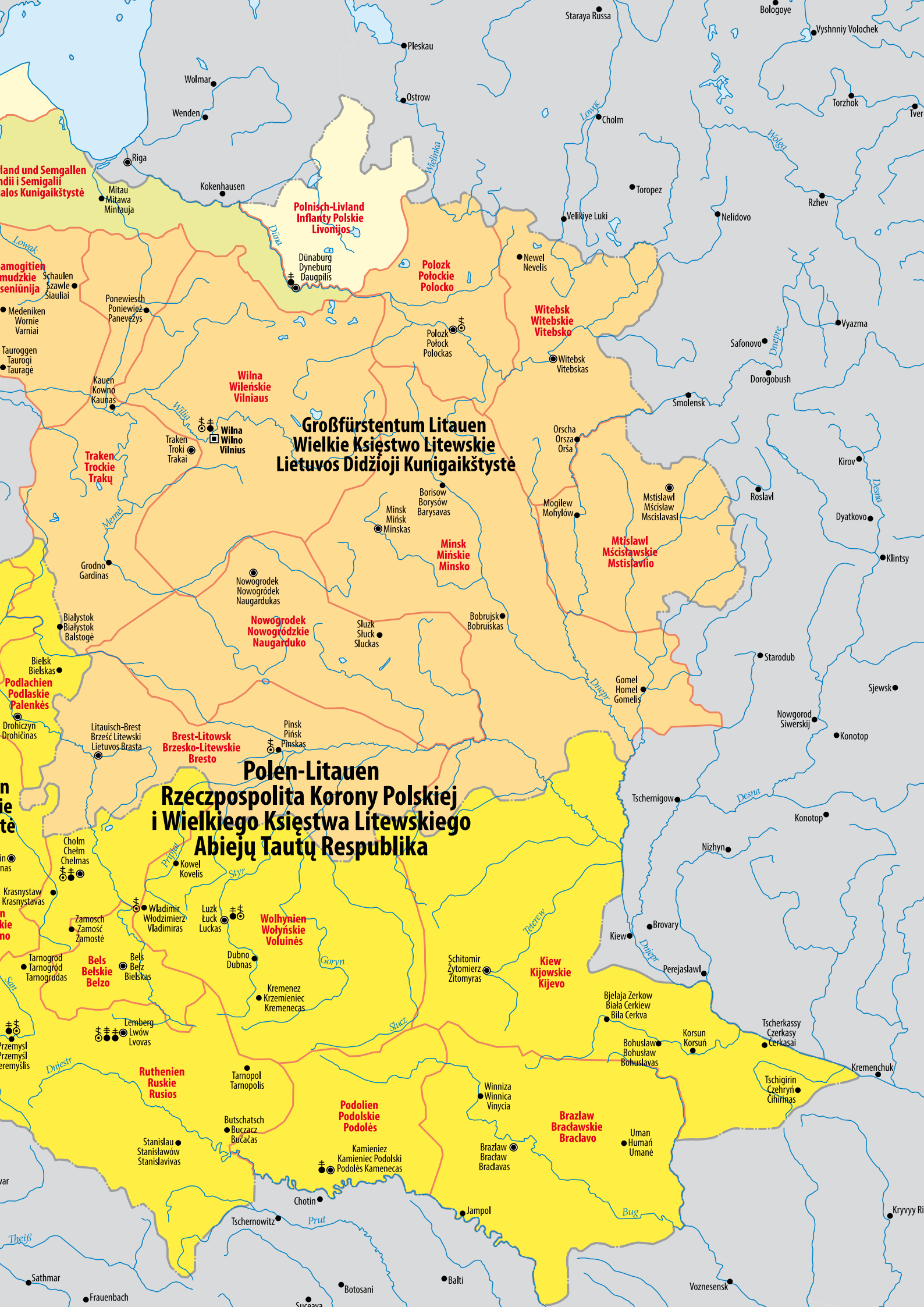
**Kurfürstentum Sachsen
Elektorat Saksonii
Saksonijos elektoratas**

**Sächsisch-Polnische Union von 1697 bis 1763
Unia polsko-saska od 1697 do 1763 r.
Saksonijos ir Lenkijos unija nuo 1697 iki 1763 m.**

- Staatsgrenze/Granica państwa/Valstybės siena
- Wojewodchaftsgrenze/Granica województwa/Vajvadija siena
- Pomerellen Pomorskie Pamario**
- ☐ Hauptstadt/Kapital/Sostinė
- Verwaltungssitz/Siedziba administracyjna/Administracinė būstinė
- sonstige Stadt/Inne miasto/kitas miestas
- ☙ Bischofssitz/Siedziba Episkopatu/Episkopato būstinė
- ☙☙ römisch-katholisch/Rzymskokatolicki/Romos katalikų
- ☙☙☙ griechisch-katholisch/Grekokatolicki/Graikų katalikų
- ☙☙☙☙ armenisch-katholisch/Ormiańscy katolicy/Armėnų katalikų



Kartografie/Kartografia/Kartografija: Uwe Ulrich Jäschke



**Großfürstentum Litauen
Wielkie Księstwo Litewskie
Lietuvos Didžioji Kunigaikštystė**

**Polen-Litauen
Rzeczpospolita Korony Polskiej
i Wielkiego Księstwa Litewskiego
Abiejų Tautų Respublika**

**Polnisch-Livland
Inflanty Polskie
Livonijos**

**Położ
Połockie
Polocko**

**Witebsk
Witebskie
Vitebsko**

**Wilna
Wileńskie
Vilniaus**

**Wilna
Wilno
Vilnius**

**Traken
Trokie
Traku**

**Minsk
Mińskie
Minsko**

**Mstislavl
Mścislawskie
Mstislavlio**

**Nowogrodek
Nowogrodzkie
Naugarduko**

**Podlachien
Podlaskie
Palenkės**

**Brest-Litovsk
Brzesko-Litewskie
Bresto**

**Wolhynien
Wołyńskie
Voluinės**

**Kiew
Kijowskie
Kijewo**

**Bels
Bełskie
Belzo**

**Ruthenien
Ruskie
Rusios**

**Podolien
Podolskie
Podolės**

**Brazlaw
Braclawskie
Braclavo**

August III., König von Polen und Großfürst von Litauen, Wandbild im Innenhof der Universität Wilna, um 1750
Foto: Matthias Donath



Literatur:

Mathias Niendorf: Das Großfürstentum Litauen. Studien zur Nationsbildung in der Frühen Neuzeit (1569–1795), Wiesbaden 2006; Jacek Staszewski: August III. Kurfürst von Sachsen und König von Polen, Berlin 1996; Jacek Staszewski: Die Polen im Dresden des 18. Jahrhunderts, Osnabrück 2019.

menbrach. Die sächsisch-schwedischen Kämpfe verschoben sich nach Polen. August verfügte zwar weiterhin über zahlreiche Anhänger der sächsischen Partei im litauischen Adel, in den Ämtern und im litauischen Heer, aber ihre Vertreter verhandelten angesichts der schwedischen Okkupation und des Rückzugs des Königs nun direkt mit dem russischen Zaren. Auch in späteren Jahren nutzte Peter I. die direkten Beziehungen zum litauischen Adel, um die Position des geschwächten August systematisch zu untergraben, insbesondere nach der sächsisch-französischen Annäherung.

Nach seinem im Vertrag von Altranstädter erzwungenen Verzicht auf den polnisch-litauischen Thron zerfiel die sächsische Partei in Litauen weitgehend. Sie konnte sogar nach der Erneuerung Augusts Herrschaft in Polen-Litauen 1709 nicht wieder aufgebaut werden. Vielmehr bildete sich auch in Litauen während der folgenden innerpolitischen Krisenjahre der Rzeczpospolita eine starke Opposition gegen August, geführt vom litauischen Heerführer Ludwik Pociąg (1664–1730), ehemals einer der größten Nutznießer der Niederlage der Sapieha, später eine Vertrauensperson der Zaren in Litauen. Erst während der letzten anderthalb Jahrzehnte der Regierungszeit Augusts kann von einer dauerhafteren Stabilisierung und der Befriedung früherer

Konflikte und Spannungen gesprochen werden. So erhielten die Wettiner in den 1720er Jahren gerade von Pociąg und anderen litauischen Magnaten Unterstützung bei den Bemühungen um die Übernahme Kurlands, des baltischen Erbherzogtums unter polnisch-litauischer Lehnhoheit, durch Augusts illegitimen Sohn Moritz von Sachsen (1696–1750, auch bekannt als Maréchal de Saxe). Sein Neffe Karl von Sachsen (1733–1796) wurde 1758 von der Ritterschaft Kurlands zum Herzog von Kurland gewählt. An ihn erinnert in Dresden heute noch das barocke Kurländische Palais.

Zum letzten Mal besuchte August der Starke Litauen während des polnisch-litauischen Sejms in Grodno im Jahre 1726. Bei der Rückreise nach Warschau musste der König länger in Białystok bleiben, weil die alten Wunden an seinem Fuß wieder aufbrachen und sich zur Gangrän entwickelten – eine Krankheit, die ihn anschließend regelmäßig plagte und selbst während der Warschau-Aufenthalte an einer erneuten Reise nach Litauen hinderte. Die schmerzhafteste Erkrankung während der Rückreise vom letzten Litauen-Aufenthalt brachte August gleich in Białystok dazu, die anwesenden polnisch-litauischen Politiker zur Erklärung zu bewegen, sie würden seinen Sohn bei der Thronfolge in Polen-Litauen unterstützen.

Sein Nachfolger Friedrich August II., der in Polen-Litauen als August III. regierte, stieß mit seiner Kandidatur um die Krone in Litauen auf viel geringeren Widerstand als in Polen selbst. Die Nähe Russlands, das sich auf die sächsische Seite stellte, war dabei ein gewichtiger politischer und militärischer Faktor. Zudem konnte der Gegenkandidat Stanislaus Leszczyński (1677–1766) in Litauen im Unterschied zu Polen relativ wenige Anhänger gewinnen. Im Vergleich zu den Jahren um 1700 spielte das Großfürstentum für die 30 Jahre dauernde Regierungszeit Augusts III. aber keine vergleichbar bedeutende Rolle. Die Macht der Magnatenoligarchien hatte sich in beiden Teilen der Union weiter verfestigt, aber zugleich entwickelte sich auch eine neue Bewegung zur Reformierung des politischen Systems. Doch wie sich die Magnatenschicht zwischen Polen und Litauen weiter integrierte (dies ebenfalls durch den Ausbau des Güterbesitzes in verschiedenen Regionen), so bildeten sich magnatische und adlige Parteien quer durch die Rzeczpospolita. August III. selbst, abgesehen von der Anfangszeit seiner Herrschaft, hielt sich seltener in Polen auf als sein Vater und versuchte, die Angelegenheiten der Adelsrepublik meist aus Dresden oder grenznahen Orten in Polen zu erledigen, wo auch polnisch-litauische Minister häufiger als früher weilten. Den Umbruch brachte erst der Siebenjährige Krieg: August floh vor den Preußen nach Warschau und blieb dort die letzten sieben Jahre seines Lebens. Das Großfürstentum Litauen hat er jedoch währenddessen persönlich nicht besucht.

Autor

Prof. Dr. Miloš Řezník
Direktor des Deutschen
Historischen Instituts
Warschau
reznik@dhi.waw.pl



Kronung Augusts II. von Polen in Krakau, Foto eines nicht erhaltenen Gemäldes, um 1733

August der Starke und der Litauische Bürgerkrieg

Alexander Querengässer

Im Sommer 1697 wurde Friedrich August I. (1670–1733), genannt der Starke, Kurfürst von Sachsen, zum polnischen König gewählt. Zur langen Liste seiner Titel gehörte nun an zweiter Stelle auch der eines Großfürsten von Litauen, denn die beiden Länder waren 1569 durch die Union von Lublin vereint worden. Die Zeit der sächsisch-polnischen Personalunion gilt heute als Zeit des politischen Niedergangs, sowohl der Rzeczpospolita als auch Kursachsens, was vor allem August und seinem Sohn und Nachfolger angelastet wird, die in Polen als eher durchsetzungsschwache Monarchen gelten.¹

Dabei sahen sich beide mit innenpolitischen Problemen struktureller Natur konfrontiert. Hierbei wird oft auf das „liberum veto“ verwiesen, demzufolge die Gegenstimme auch nur eines einzelnen Adligen auf dem polnischen Sejm politische Entscheidungen kippen konnte. Schwerwiegender wogen allerdings die nahezu unüberbrückbaren Rivalitäten zwischen den einzelnen Magnatenfamilien, was August der Starke bereits zu Beginn seiner Königsherrschaft im sogenannten Litauischen Bürgerkrieg zu spüren bekam.²

Die Ursachen des Konflikts lagen in Spannungen zwischen der dominierenden Familie der Sapieha (litauisch: Sapiegos) und weiten Teilen des übrigen litauischen Adels, die bereits in die Regierungszeit von Jan III. Sobieski (1629–1696) zurückreichten. Sobieski hatte sich zur Sicherung seiner Herrschaft derart stark auf die Sapiehas gestützt, dass diese zur dominierenden Magnatenfamilie im Großfürstentum wurden. Sie hatten in Litauen eine derart einflussreiche Stellung erlangt, dass einige europäische Souveräne, wie der französische König Ludwig XIV. (1638–

1715), davon ausgingen, Großhetman Johann Kasimir Sapieha (Jan Kazimierz Sapieha, 1675–1730) und sein Bruder Benedikt Paul Sapieha (Benedykt Paweł Sapieha, gest. 1707), dem als „litauischer Machiavelli“ ein großer Einfluss über seinen Bruder zugesprochen wurde, würden das Land eigenständig regieren. Dass die Sapiehas die wichtigsten litauischen Hofämter für ihre Verwandten reservierten, bestärkte diese Haltung. Gegen diese Machtkonzentration formierte sich der Widerstand. Der Bischof von Wilna, Konstanty Kazimierz Brzostowski (1644–1722), weigerte sich, Quartiere für die Soldaten der Sapiehas bereitzustellen, da es sich seiner Ansicht nach nicht um reguläre Truppen des Großfürstentums handelte. Als die Spannungen über diese Frage zunahmen, drohte der Bischof dem Magnaten Johann Kasimir Sapieha mit der Exkommunikation, die er schließlich am 18. April 1694 vollzog. Johann Kasimir wandte sich daraufhin an den Erzbischof von Gnesen, einem Verbündeten seiner Familie, der die Exkommunikation widerrief. Anschließend terrorisierten die Sapiehas viele katholische Geistliche in Litauen, die sich hinter Brzostowski gestellt hatten. Ein weiterer Konflikt tat sich auf, als der litauische Großkanzler Carl Stanislaus Radziwill (Karol Stanisław Radziwiłł, 1669–1719), die sogenannten Neuburger Güter, das Erbe seines verstorbenen Bruders, übernehmen wollte, was ihm die Sapiehas verweigerten. Radziwill verfügte zwar nicht über die Macht, sich gegen die Sapiehas durchzusetzen, unterhielt aber eigene Truppen, die im Mai 1695 in Gefechte mit denen der Sapiehas verwickelt wurden. Der Konflikt weitete sich rasch aus. Die Truppen der Sapiehas



Wappen der Familie Sapieha

- 1 Miloš Řezník: Das Augusteische Zeitalter – Kontinuität und Wandel seiner Interpretation. Eine Reminiszenz an Jacek Staszewski (1933–2013), in: Frank-Lothar Kroll/Hendrik Thoss (Hrsg.): Zwei Staaten, eine Krone. Die sächsisch-polnische Union 1697–1763, Berlin 2016, S. 265–287.
- 2 Einführend hierzu: Gregory Szymborski: The Lithuanian Civil War and the resulting Swedish-Sapieha Relations, in: Steve Kling (Hrsg.): Great Northern War Compendium. A collection of articles on the Great Northern War, Vol. I, St. Louis 2015, S. 32–40.

Fürst Carl Stanislaus Radziwill,
Gemälde, 18. Jahrhundert
Wikimedia (Muzeum Lubelskie,
Foto: Maciej Szczeptańczyk)



belagerten eine Reihe von Städten, die sich gegen sie erhoben hatten, darunter Brest, wo sich Gregor Oginski (Grzegorz Ogiński, 1654–1709), einer der führenden Adligen der Region, den Reihen der Gegner der Magnaten anschloss.

Nach Augusts Wahl und Krönung versuchte er, den Konflikt zunächst mit friedlichen Mitteln beizulegen, und rief alle Parteien an den Verhandlungstisch.³ Tatsächlich kam am 28. Januar 1698 ein Frieden zustande, doch da die Sapiehas sich weigerten, die Vertragsbestimmungen umzusetzen, formierte sich geschlossener Widerstand unter den Reihen des Adels, der die litauischen Freiheiten zu verteidigen bereit war. Unter Führung von Michael Kasimir Kociell (Michał Kazimierz Kociell, 1644–1722) versammelten die „Republikaner“ 4.000 bis 5.000 Mann, während Gregor Oginski weitere 1.000 irreguläre Reiter um sich scharrte. Im Frühjahr und Sommer 1698 kam es zu einer Reihe von Gefechten, kleineren Schlachten und Belagerungen zwischen den verfeindeten Parteien, bei denen große Teile Nord- und Zentrallitauens in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Im Spätsommer beruhigte sich die Lage vorübergehend, als August der Starke einen Feldzug sächsischer sowie polnisch-litauischer Krontruppen ins von den Türken besetzte Podolien führte. Noch bevor diese Armee an der podolisch-moldawischen Grenze eintraf, hatte ein zweites kleineres polnisches Heer einen Vorstoß der Krimtataren abgeschlagen. Der kurz darauf abgeschlossene Frieden von Karlowitz beendete den Großen Türkenkrieg. Polen gewann Podolien zurück, allerdings ohne dass sich der neue König militärisch auszeichnen konnte. Anstatt nun alle sächsischen Truppen in die Heimat zurückzuführen, schickte August einen Teil davon nach Litauen. Offiziell begründete er diesen Schritt damit, dass er den dortigen Bürgerkrieg, in den er bisher als König

kaum eingegriffen hatte, beenden wollte. Tatsächlich hatten ihn die „Republikaner“ auch bereits offiziell um Hilfe gebeten. Andererseits ergab sich so aber auch die Möglichkeit, diese Regimenter an den Grenzen zu Preußen und dem schwedischen Livland zu positionieren, um in einem künftigen Konflikt sein Wahlversprechen einzuhalten und verloren gegangene Territorien des Königreiches zurückzuerobern. August speulierte hierbei sowohl auf das zu Schweden gehörende Livland als auch auf Preußen, mit dem es Konflikte bezüglich der Hafenstadt Elbing gab.⁴

Die nach Livland entsandten sächsischen Truppen unterstanden Generalmajor Jacob Heinrich Graf von Flemming (1667–1728). Der Spross eines pommerschen Adelsgeschlechts war der Nefte von Heino Heinrich Graf von Flemming (1632–1706), der unter Johann Georg III. von Sachsen (1647–1691) Generalfeldmarschall der sächsischen Armee gewesen war. Flemming hatte im Pfälzischen Erbfolgekrieg Kampferfahrungen gesammelt, verfügte aber auch über diplomatisches Geschick und ein weitverzweigtes Netzwerk in Polen. Da er selbst fließend polnisch sprach, schien er der geeignete Mann zu sein, um mit dem Rückhalt der kursächsischen Truppen als Mittler im Litauischen Bürgerkrieg zu agieren. Neutral war er dabei allerdings nicht. Als Flemming mit seinen Truppen Quartier in Brzezany bezog, wurde er von den republikanischen Führern Kasimir Johann Zaranek (Kazimierz Jan Zaranek, gest. 1730), Ludwik Konstanty Pociąg (1664–1730) und Oginski aufgesucht. Diese boten dem König ihre volle Unterstützung für seine künftigen Pläne an, wenn dieser ihnen im Gegenzug helfen würde, die Sapiehas zu besiegen. Darüber entspannen sich zähe Verhandlungen, die sich über den November und Dezember 1698 zogen, sodass August der Starke sich schließlich selbst in das Feldlager begab, um die Verhandlungen zu beschleunigen. Schließlich kam am 22. Dezember der Vertrag von Puzewicze zustande. Dieser forderte eine Reduzierung der litauischen Armee, die unter der Kontrolle der Sapiehas stand. August der Starke wollte somit den Einfluss der Magnatenfamilie verringern, ihre Abhängigkeit von seiner Person erhöhen, in der Hoffnung, sie würden ihm ihre Unterstützung in einem kommenden Konflikt anbieten, um ihre alten Privilegien zurückzuerhalten.

1699 versuchten beide Parteien zunächst friedlich, ihren Einfluss auf die Landesverwaltung zu stärken. Da es ihnen nicht gelang, den litauischen Reichsrat in ihre Hand zu bekommen, besetzten die Sapiehas im Frühjahr 1700 Wilna (Vilnius), wo es am 22. April zu einem weiteren aufsehenerregenden Vorfall kam. Vermutlich angestachelt von den Dienern Johann Sapiehas, wurde die Kutsche der Brüder Michał Serwacy (1680–1744) und Janusz Antoni Wiśniowiecki (1678–1741) auf offener Straße beschossen, die Brüder dabei verwundet. Johann Sapieha erkannte die Gefahr, dass auch diese Magnaten sich gegen ihn wandte,

3 Vgl.: Bogusław Dybas: Die Anfänge der Regierungszeit König Augusts des Starken in Polen, in: Frank-Lothar Kroll/Hendrik Thoss (Hrsg.): Zwei Staaten, eine Krone. Die sächsisch-polnische Union 1697-1763, Berlin 2016, S. 79-92, hier S. 84-85.

4 Elisabeth Schwenke: Der Elbinger Territorialstreit, Elbing 1932.

und ließ beide als Gäste in sein Schloss bringen, wo sie sich von ihren Verletzungen erholten. Doch die friedliche Geste verpuffte, und kurz nachdem die Brüder den Sapiehapalast verlassen hatten, schworen sie Rache.

Im Sommer beschlossen die „Republikaner“ ein Heer unter der Führung der Wiśniowiecki-Brüder aufzustellen. Offiziell sollten damit die Truppen des Königs unterstützt werden, die im Februar das zu Schweden gehörende Riga angegriffen und damit den Großen Nordischen Krieg eröffnet hatten.⁵ Noch bevor die Aufstellung der Truppen beendet war, loderte die Flamme des Krieges in weiten Teilen Litauens wieder auf. Republikanische Parteigänger verwüsteten etliche Sapieha-Güter. Im November wurde die Armee der Sapiehas schließlich von den vierfach überlegenen Truppen der Republikaner und Sachsen in der Schlacht von Olkieniki geschlagen. Im sprichwörtlichen Rausch des Sieges töteten die „Republikaner“ anschließend viele führende Mitglieder der Sapieha-Familie, darunter Johann Sapiehas Sohn Michał Franciszek Sapieha (1670–1700). Versuche der Wiśniowieckis und des Bischofs von Wilna, den Mob zu stoppen, blieben erfolglos. Johann Sapieha gelang die Flucht nach Ostpreußen. Eine wenig später durchgeführte Ständeversammlung konfiszierte einen Großteil des Landbesitzes der Familie. Die Stärke der litauischen Armee wurde auf 7.700 Mann festgesetzt und diese Michał Wiśniowiecki unterstellt. Tatsächlich umfassten die litauischen Truppen jedoch höchstens 4.000 Mann.⁶

Mit ihrer Niederlage bei Olkieniki war die Macht der Sapiehas gebrochen. Doch damit war der Konflikt nur vorübergehend beigelegt. Denn durch den Eintritt des polnischen Königs in den Großen Nordischen Krieg, verflochten sich die inneren Unruhen in Litauen mit außenpolitischen Spannungen. Karl XII. von Schweden (1682–1718) machte sich die Spaltung des litauischen Adels zunutze, um August zusätzlich zu schwächen.⁷ Denn die „Republikaner“ hatten sich mit ihrem Vorgehen nach Olkieniki nicht nur Freunde gemacht. Die für sie selbst erlassene Generalamnestie widersprach geltendem Recht und Gerüchte über eine mögliche Abspaltung des Großfürstentums aus der Union trieben bisher neutrale Familien ins Lager ihrer Gegner. Im Mai 1701 fanden daher in Friedensverhandlungen in Wilna statt, auf der zwar sächsische Delegierte des Königs erschienen, aber keine Vertreter der Sapieha-Familie. Die Verhandlungen drehten sich vor allem um eine mögliche Unterstützung für Augusts Feldzug vor Riga. Die Republikaner zeigten sich durchaus zur Stellung von Truppen bereit, forderten aber nach der Einnahme Livlands den sofortigen Abzug der sächsischen Armee, aus Angst, diese könnten als Truppen des Königs gegen sie verwendet werden. Andererseits kam es auch zu offenen Anfeindungen, da ein Teil der sächsischen Truppen zum Schutz der Sapieha-Güter eingesetzt wurde.

August der Starke wollte es vermeiden, die Familie vollends in die Arme der Schweden zu treiben.

Doch nach der Niederlage der sächsischen Truppen in der Schlacht an der Düna am 9. Juli 1701 wendete sich das Blatt. Bereits im August nahm Johann Sapieha Kontakt zu Karl XII. auf. In seinem Antwortschreiben informierte ihn der Schwedenkönig über seinen Plan, August den Starken zu entthronen und die Güter der Familie zu restituieren. Im September marschierte die schwedische Armee in Litauen ein und schlug die litauischen Truppen in einer Reihe von Gefechten zurück. Da weder August der Starke noch die „Republikaner“ diesen Einmarsch verhindern konnten, wandten sich viele bisher neutrale Adlige um Hilfe an Russland. Um die drohende Spaltung seiner Anhängerschaft aufzuhalten, berief August der Starke im August einen neuen Kongress in Grodno ein. Hier wurde den Sapiehas die Rückgabe ihrer Güter offeriert, wenn sie im Gegenzug Michał Wiśniowiecki als Oberbefehlshaber der litauischen Armee anerkennen würden. In der Überzeugung, dass die Schweden August den Starken bald entthronen würden, lehnten die Sapieha ab.

Derweil drangen die schwedischen Truppen weiter auf litauisches Gebiet vor und besetzten am 29. Dezember Kowno (Kaunas). Dieser Akt der Aggression führte allerdings dazu, dass viele neutrale oder sogar augustkritische Adlige in Polen und Litauen sich plötzlich hinter den Fahnen ihres Königs versammelten. August, der erkannt hatte, dass es ein Fehler war, die Sapiehas nicht zu unterstützen, bot ihnen ein weiteres Mal die Rückgabe ihrer Güter an. Tatsächlich wurde im Januar 1702 ein Vertrag ausgearbeitet, der auch vom Sejim garantiert wurde und den Sapiehas die

5 Hierzu: Alexander Querengässer: Das kursächsische Militär im Großen Nordischen Krieg 1700-1717, Paderborn 2019.

6 Vgl. Szymborski (wie Anm. 2), S. 34-38.

7 Vgl. Gabriela Majewska: A Polish View of Charles XII and the Great Northern War, in: John B. Hattendorf u.a. (Hrsg.): Charles XII. Warrior King, Rotterdam 2018, S. 276-297, hier S. 281-282.



Stanislaus Leszczyński als König von Polen, Gemälde, um 1770

- 8 Vgl. Gintautas Sliesoriunas: The Swedish Occupation of Vilnius and Easter Day Battle, in: Steve Kling (Hrsg.): Great Northern War Compendium. A collection of articles on the Great Northern War, Vol. I, St. Louis 2015, S. 149-158.
- 9 Ernst Freiherr von Friesen: Die Lage in Sachsen während der Schwedischen Invasion 1706 und 1707 und der Friede von Altranstädt, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte Dresdens 15 (1901), S. 1-125.
- 10 So u. a. Mindaugas Šapoka: Warfare, Loyalty, and Rebellion. The Grand Duchy of Lithuania and the Great Northern War, 1709–1717, Abingdon/New York 2017.
- 11 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 11237 Geheimes Kriegsratskollegium, Loc. 522.
- 12 Vgl. Bruce Lenman: The Jacobite Risings in Britain 1689–1746, London 1980.

Herausgabe ihrer Güter garantierte, wenn diese im Gegenzug die litauische Armee auflösen würden. Allerdings wurde der Vertrag weder von den „Republikanern“ noch den Sapiehas akzeptiert. Kurz darauf wurde er auch von den militärischen Ereignissen überholt. Am 5. April 1702 besetzten schwedische Truppen Wilna. Ein zehn Tage später durch republikanische Truppen vortragener Gegenangriff konnte abgewiesen werden.⁸

Doch trotz der schwedischen Unterstützung gelang es den Sapiehas nicht, ihre alte Vormachtstellung in Litauen wieder herzustellen. Zu stark war diese durch den Bürgerkrieg ausgehöhlt worden und zu sehr hing die Familie nun von der Unterstützung schwedischer Truppen ab. Karl XII. zog noch im selben Jahr weiter, marschierte in Polen ein, besetzte Warschau und schlug eine sächsisch-polnische Armee bei Klissow (Kliszów) schwer. Anders als gegen die Dänen und Russen 1700 gelang dem Schwedenkönig damit jedoch kein entscheidender Erfolg. August der Starke leistete weitere vier Jahre Widerstand. Auch der 1704 mit schwedischer Unterstützung installierte Gegenkönig Stanisław Leszczyński (1677–1766) konnte sich nicht gegen den Wettiner durchsetzen. Erst die erneute Niederlage einer sächsischen Armee bei Fraustadt (Wschowa) im Februar 1706 und die im Spätsommer erfolgte schwedische Invasion Kursachsens trieben August an den Verhandlungstisch. Mit der Ratifizierung des Friedens von Altranstädt entsagte er der polnischen Krone.⁹

Damit war aber die Spaltung der polnisch-litauischen Rzeczpospolita noch nicht überwunden. Im Zuge des Krieges hatten sich zwei Adelskonföderationen gebildet, die die beiden rivalisierenden Monarchen August II. (Konföderation von Sandomir) und Stanisław Leszczyński (Konföderation von Warschau) unterstützten und diesen Konflikt auch nach dem Frieden von Altranstädt fortsetzten. Zu den Anhängern Augusts zählten etliche „Republikaner“, wie der litauische Kronschatzmeister Ludwig Konstantin Pocij. Nachdem die schwedische Armee Sachsen und auch weite Teile Polens geräumt hatte, um sich gegen Russland zu wenden, kam es am 21. November 1708 bei Koniecpol zur Schlacht in der die Anhänger Augusts des Starken siegreich blieben. Diese Niederlage erschütterte Leszczyńskis Herrschaft und verhinderte auch, dass er der in arge Bedrängnis geratenen schwedischen Armee, die inzwischen in die Ukraine ausweichen musste, dringend benötigte logistische Unterstützung zukommen lassen konnte. In mehrfacher Hinsicht ebnete der Sieg der Konföderierten von Sandomir eine Rückkehr Augusts des Starken: er trug mit zur schwedischen Niederlage bei Poltawa bei und er demonstrierte eindrucksvoll, dass der Wettiner nach wie vor über eine bedeutende Anhängerschaft in Polen verfügte.

Doch auch nach der Wiederherstellung der wettinischen Königsherrschaft sah sich August mit einer starken Adelsopposition konfrontiert. Polnische und litauische Historiker werfen dem König bis heute vor, durch seine Reformbemühungen und die Stationierung kursächsischer Truppen in Polen und Litauen den Aufstand der sogenannten Konföderation von Tarnogród (1715–1717) provoziert zu haben.¹⁰ In diesem Konflikt gingen sächsische Truppen mit äußerster Härte gegen die aufständischen Adligen vor. So erhielt Herzog Johann Adolph von Sachsen-Weißenfels (1685–1746), der ein in Litauen operierendes Armeekorps befehligte, die Anweisungen, es „kann auch nicht schaden, im Treffen so fort welche uff eine grausame Arth hinrichten zu laßen e.g. spießen, viertheilen, p. Hende aber muß man nicht, auch nicht Nasen und Ohren abschneiden laßen.“¹¹ Trotz einer Reihe militärischer Erfolge seitens sächsischen Truppen, konnte der Konflikt letztlich nur durch russische Intervention im Frieden von Warschau beigelegt werden, der 1717 vom „Stummen Sejm“ akzeptiert wurde.

Der litauische Bürgerkrieg und der Konflikt mit den Sapieha verdeutlichen die beiden zentralen Probleme der Herrschaft Augusts des Starken in Polen-Litauen. Der polnisch-litauische Adel hatte ihn gewählt, weil er als vergleichsweise schwacher Kandidat galt, der sich gegenüber dem Adel nur schwer durchsetzen würde. Um seine Herrschaft zu festigen, musste August einen Teil der Magnaten hinter sich versammeln. Dies war jedoch gleichbedeutend damit, deren politische Gegner vor den Kopf zu stoßen. Im Falle einer ausländischen Intervention, wie im Falle des Großen Nordischen Krieges durch Schweden oder später durch Russland, stellte diese Adelsopposition einen gefährlichen Unruheherd dar. Dies war jedoch eher ein strukturelles, als ein personelles Problem, und Polen stellte in dieser Hinsicht keinen Einzelfall dar. Die hannoverschen Welfen, die mit Georg I. (1660–1727) seit 1714 auch den König von England stellten, sahen sich in Form der überwiegend katholischen Jakobiten – Anhängern des vertriebenen Königs Jakobs II. (1633–1701) und dessen Sohn Jakobs III. (1688–1766) – ebenfalls einer gefährlichen Opposition weiter Teile der Bevölkerung gegenüber, die sich mehrfach gewaltsam erhob.¹² Allerdings gelang es der Royal Navy, die Anlandung größerer Mengen fremder Truppen – 1719 durch Spanien, 1745 durch Frankreich – zu verhindern, womit ein wichtiger Faktor für den Erfolg solcher Erhebungen, Unterstützung durch eine europäische Macht, ausgeschaltet wurde. In Polen-Litauen konnte dies aufgrund der kontinentalen Lage der Adelsrepublik nicht verhindert werden. Innere Konflikte und externe Intervention führten im weiteren Verlauf des 18. Jahrhunderts zu einer immer stärkeren Schwächung des Königtums.

Autor

Dr. Alexander Querengässer
Halle/Saale



Faciade des königlichen Palais in Grodno, von der Hofseite anzuwenden.

Das Neue Schloss in Grodno – sächsische Architektur im Großfürstentum Litauen

Matthias Donath

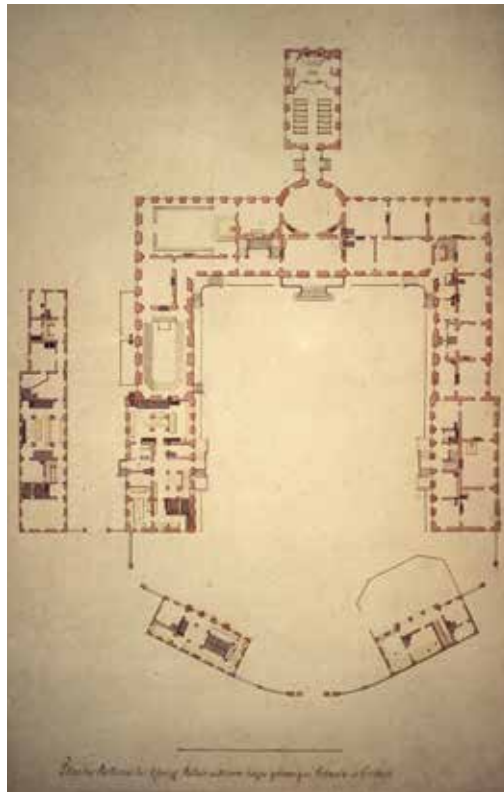
Entwurf von Carl Friedrich
Pöppelmann für das Neue
Schloss in Grodno, 1738,
Blick auf die Hofseite des
Hauptflügels
Hauptstaatsarchiv Dresden

Walter Hentschel (1899–1970) veröffentlichte 1967 das zweibändige, bis heute unübertroffene Werk „Die sächsische Baukunst des 18. Jahrhunderts in Polen“, in dem er erstmals das Bauen sächsischer Architekten in Polen-Litauen würdigte.¹ Die Baupläne, die er auswertete, befinden sich überwiegend im Hauptstaatsarchiv Dresden.² Blättert man durch den Text- und den Bildteil, so fällt auf, dass die Bauwerke überwiegend in Warschau und im polnischen Teil der Rzeczpospolita entstanden sind. Das Großfürstentum Litauen, der östlichste Teil des Doppelstaats, profitierte nur wenig von dem kulturellen Einfluss aus Sachsen, was sich damit erklären lässt, dass August II. (1670–1733) und August III. (1696–1763) nur selten im abseits gelegenen litauischen Landesteil weilten. Hatte sich August der Starke noch 1698 und 1700 mehrfach in Litauen aufgehalten, betrat er später nur noch 1718, 1726, 1729 und 1730 litauisches Gebiet.³ Dabei besuchte er jeweils nur die Stadt Grodno (weißruss. Hrodna, lit. Gardinas, poln. Grodno). Das heute in der Republik Belarus (Weißrußland) gelegene Grodno war seit 1673 Tagungsort des polnisch-litauischen Reichstags (Sejm). Jeder dritte Sejm der Rzeczpospolita war in Grodno und damit auf litauischem Boden abzuhalten, und dabei musste der polnische König anwesend sein. August III. reiste 1744 und 1752 zum Sejm nach Grodno, was seine einzigen Besuche im Großfürstentum Litauen darstellten.

Die litauische Hauptstadt Wilna (lit. Vilnius, poln. Wilno) war im 18. Jahrhundert ins politische und kulturelle Abseits geraten. Die beiden polnischen Könige aus Sachsen sahen keinen Grund, dorthin zu reisen, zumal es dort auch keine königliche Residenz gab. Das Schloss der Großfürsten war in der Mitte des 17. Jahrhunderts verwüstet und verlassen worden. Nach dem Stadtbrand von 1737 wurde Wilna in einem eigenständigen Barockstil wiederaufgebaut, der keine künstlerische Verbindung zum sächsischen Barock erkennen lässt. Maßgeblich geprägt wurde der Wilnaer Barock durch den in Schweidnitz geborenen Baumeister Johann Christoph Glaubitz (1700–1767), der sich stark an italienischen Vorbildern orientierte. Das einzige Bauwerk sächsischer Architekten im Großfürstentum Litauen war das Neue Schloss in Grodno, das von 1737 bis 1742 als Königsschloss und Tagungsort des Sejms erbaut wurde.⁴ Das Bauwerk erhebt sich auf einem Plateau oberhalb des Flusses Memel (lit. Nemunas, poln. Niemen, weißruss. Njoman) und ist durch den Burggraben vom gegenüberliegenden Alten Schloss getrennt. Das Alte Schloss, ein Bauwerk des 16. Jahrhunderts, war 1735 abgebrannt, hatte aber auch schon vorher nicht den Ansprüchen an eine königliche Residenz und einen Tagungsort des Sejms genügt. August der Starke hatte daher 1726 Räume in einem Hofgebäude des Sapieha-Palais in der Grodnoer Altstadt für seinen Aufenthalt ausbauen las-

- 1 Walter Hentschel: Die sächsische Baukunst des 18. Jahrhunderts in Polen, Berlin 1967.
- 2 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, 12884 Karten und Risse, Schrank VII, F 87, Nr. 9, Bl. cc-ee; F 90, Nr. 5, Bl. a-z, aa-hh, Nr. 11, Bl. a-e, Nr. 12, Bl. a-m, 17, Bl. c
- 3 Mindaugas Šapoka: Die Herrschaft der sächsischen Wettiner in Litauen, in: Saksonijos kurfiurstai – Lietuvos didieji kunigaikščiai. Dvaro kultūra ir menas valdant Augustui II ir Augustui III. Kurfürsten von Sachsen – Großfürsten von Litauen. Hofkultur und Hofkunst unter August II. und August III. The Saxon Electors – The Grand Dukes of Lithuania. Court Culture and Art under the Reign of Augustus II and Augustus III, Vilnius 2018, S. 67-87, hier S. 84.
- 4 Hentschel 1967 (wie Anm. 1), Bd. 1, S. 285-297, Bd. 2, Abb. 369-399.

Neues Schloss in Grodno, Grundriss des Erdgeschosses, Bauaufnahme nach 1752 nach Errichtung der katholischen Schlosskapelle Hauptstaatsarchiv Dresden



5 Vgl. Hentschel 1967, Bd. 1, S. 291.

sen. August III. entschloss sich, nahe dem Alten Schloss einen Neubau zu errichten. Der erhöhte Standort auf dem rechten Memelufer bot die Möglichkeit, ein allseits freistehendes, von weitem sichtbares Bauwerk zu erschaffen, welches von der wenig ansehnlichen Altstadt und der Judenstadt durch den breiten Memelstrom getrennt war.

Aus der Aktenüberlieferung geht hervor, dass der Bau zu Beginn des Jahres 1737 in Angriff genommen wurde. Er musste die Säle enthalten, die man für den Sejm benötigte, und zugleich angemessene Wohn- und Repräsentationsräume für den Aufenthalt des Königs in Grodno. Bereits der erste Entwurf sah eine zweigeschossige Dreiflügelanlage vor, die mit ihrem Ehrenhof zum Alten Schloss gerichtet

war, während der rechte Seitenflügel parallel zur Memel angeordnet wurde. Der Mittelrisalit sollte auf der Hof- und auf der Gartenseite jeweils leicht hervorspringen. Im Hof war ihm eine Freitreppenvorgelagerung vorgelagert. Walter Hentschel konnte nicht ermitteln, wer die erste Planfassung erstellte. Stilistisch entspricht sie den Schlossbauten von Johann Christoph Knöffel (1686–1752) in Sachsen, was nicht heißen muss, dass Knöffel selbst den Entwurf erstellte. Es könnte auch ein Baumeister aus seinem Umkreis gewesen sein. 1738 wurde diese Planfassung verworfen und durch einen neuen Entwurf ersetzt. Dieser geht auf Carl Friedrich Pöppelmann (1696 oder 1697–1750) zurück, den zweiten Sohn des Dresdner Baumeisters Matthäus Daniel Pöppelmann (1662–1736). Der jüngere Pöppelmann lebte seit 1724 in Warschau und hinterließ dort mehrere bedeutende Bauten, darunter den Weichselflügel des Königsschlosses. 1742 wurde er in den Adelsstand erhoben.

Pöppelmann behielt die Anordnung der Dreiflügelanlage bei, vergrößerte jedoch die Längen von Haupt- und Seitenflügeln und veränderte einige Details. In der Mittelachse ordnete er einen ovalen Saal an, was sich in der Fassadengliederung dadurch abzeichnet, dass der Mittelteil der Gartenseite gerundet hervortritt. Nach Walter Hentschel handelte es sich um die erste Realisierung dieses Motivs in der sächsischen Baukunst.⁵ Pöppelmann scheint diese Idee von Knöffel übernommen zu haben, der sie um 1735 erstmals bei einem Entwurf für das Palais Sulkowski in Dresden verwendete. Spätere Umsetzungen sind etwa die Mittelpartie des Schlosses Hubertusburg, Schloss Königswartha (Oberlausitz) oder die Gartenseite des Neuen Schlosses in Königshain (Oberlausitz). Pöppelmann bildete außerdem die vorderen Partien der Seitenflügel breiter aus, so dass sie in der Art von Pavillons den Schlosshof umgrenzen. Sämtliche Fassadenflächen sind durch Lisenen gegliedert, aber ansonsten weitgehend schmucklos. Die Zwischenräume zwischen den Fenstern des Erd- und Obergeschosses sind durch rechteckige Putzfelder gefüllt. Reicherer

Neues Schloss in Grodno, Ansicht des Schlosses im Zustand um 1750, moderne Rekonstruktion Wikimedia



Schmuck war für die Mittelpartie und die Nebeneingänge in den gerundeten Eckbereichen zwischen dem Haupt- und den Seitenflügeln vorbehalten. Der Mittelrisalit ist durch Doppellisenen zwischen den Fensterachsen akzentuiert. Diese Lisenen tragen kapitellartige, phantasievoll gebildete plastische Dekorationen. Auch das Giebeldreieck ist mit plastischem Dekor versehen. Es zeigt das von Trophäen umgebene königliche Wappen.

Mehrere der Entwurfspläne – es liegen Ansichten aller Fassaden und Grundrisse aller Etagen vor – sind mit dem Genehmigungsvermerk „fiat AR“ versehen („Es möge ausgeführt werden. Augustus Rex“), den August III. persönlich vornahm, und tragen die Datierung „Warschau, den 30. October 1738“.

Im Erdgeschoss waren im Mittelrisalit das Vestibül und ein Ovalsaal angeordnet. Wandte man sich nach links, so kam man zunächst in ein Treppenhäus, dem an der Gartenseite eine kleine katholische Kapelle vorgelagert war. Durch das Treppenhäus betrat man die Räume des Sejms, und zwar zuerst den Senatorensaal mit dem Thron des Königs. Im Senat trafen sich die Abgeordneten der ersten Kammer des Sejms. Im linken Seitenflügel waren der Landbotensaal sowie die Küche angeordnet. Die Landboten waren die Abgeordneten der zweiten Kammer. Im rechten Teil des Hauptflügels sowie im rechten Seitenflügel erstreckte sich der aus mehreren Vorzimmern, Kabinetten und einem Audienzsaal bestehende Residenzbereich des Königs. Das Raumangebot im Obergeschoss war geringer, da Ovalsaal, Senatorensaal und Landbotensaal über zwei Geschosse reichten. Im Kopfbau des linken Seitenflügels war die Wohnung für den Premierminister Heinrich Graf von Brühl (1700–1763) eingerichtet. Im Obergeschoss des Hauptflügels hatte Pater Ignaz Guarini (1676–1748), der Hofbeichtvater des Königs und seiner Gemahlin Maria Josepha von Österreich (1699–1757), einen Wohnbereich. Es folgten Appartements für die Königin und die Prinzessinnen und Prinzen der königlichen Familie. Die Dreiflügelanlage erhielt ein hohes zweigeteiltes Mansarddach.

An der offenen Seite der Dreiflügelanlage waren zwei Gebäude jeweils leicht schräg angeordnet. Das linke Nebengebäude war die Bratküche, das rechte das Wachgebäude (Corps des Gardes). Die wie Torhäuser wirkenden Nebengebäude waren jeweils eingeschossig und trugen ein gerundetes Walmdach. Im Mittelbereich zwischen diesen Torhäusern war ein Zaun ausgebildet. Zwei Pylone mit Durchgängen begrenzten die Zufahrt. Auf den reich dekorierten Pylonen, zu denen ein Entwurf mit Bleistiftkorrekturen vorliegt, lagern Sphingen, auf deren Rücken zierliche Putten sitzen.

Nicht alle Raumfunktionen konnten in der Dreiflügelanlage untergebracht werden. Insbesondere erforderte die Beköstigung der Mitglieder des Sejms große Küchenbereiche. Parallel zum linken Seitenflügel wurde daher die Marschallsküche erbaut, ein 17 Fensterachsen langes, zweigeschossiges Gebäude mit Walmdach. Während das Erdgeschoss als Küche und Bäckerei diente, lagen im Obergeschoss



die Konditorei sowie die Wohnungen eines Kammerherrn, des Oberküchenmeisters und des Oberhofjägermeisters. Es schloss sich ein weiteres, niedrigeres Gebäude an, von dem keine Pläne erhalten sind und dessen Bestimmung auch nicht zu ermitteln ist. Es folgte die Kriegskanzlei an, ebenfalls zweigeschossig mit Walmdach, aber nur neun Fensterachsen breit. Auch das Alte Schloss wurde renoviert und ausgebaut.

Aus den Bauabrechnungen geht hervor, dass das Neue Schloss 1743 fertig war. In den folgenden Jahren arbeitete man noch an den Nebengebäuden sowie am Ausbau des Alten Schlosses. 1752 wurde die katholische Schlosskapelle ergänzt. Aus einer späteren Aufstellung geht hervor, dass die Baukosten für alle Gebäude und Nebengebäude sowie die Reparaturen bis 1769 etwa 172.000 Taler betragen haben. Das war eine riesige Summe!

Die Schlosskapelle, die Pöppelmann im Hauptflügel zwischen dem Ovalsaal und dem Senatorensaal angeordnet hatte, erwies sich offenbar als zu klein.

Neues Schloss in Grodno, Postkarte, um 1920. Links befindet sich das Alte Schloss. Wikimedia

Sphinx über einem der Pylone, 2014 Wikimedia (A Kostichev)



Hof des Neuen Schlosses in Grodno mit dem 1952 neugestalteten Mittelrisalit
Wikimedia



1752 plante Joachim Daniel Jauch (1688–1754), Mitglied des sächsischen Bauamts in Warschau, eine größere Schlosskapelle. Carl Friedrich Pöppelmann konnte diese Aufgabe nicht mehr ausführen, da er bereits 1750 verstorben war. Jauch ordnete diese Kapelle auf der Gartenseite des Hauptflügels unmittelbar vor dem Ovalsaal an. Der freistehende rechteckige Bau war durch einen schmalen Übergang mit dem Ovalsaal verbunden. Das Äußere des Kapellenbaus war sehr schlicht. Zwischen den Rundbogenfenstern gab es jeweils einfache Lisenen. An der Schmalseite der Kapelle sollte ein filigranes, reich gegliedertes Turmgebilde errichtet werden. Vermutlich ist dieser Glockenturm nie ausgeführt worden. Für den Innenraum plante Joachim Daniel Rauch eine äußerst reiche Dekoration, wie Ansichten und Schnitte belegen. Die Kapelle muss fertig gewesen sein, als August III. 1752 nach Grodno kam. Wie bereits erwähnt, nutzte der polnische König die für ihn erbaute Schlossanlage nur zweimal, als 1744 und 1752 der Sejm in Grodno tagte. Nach dem Tod Augusts III. 1763 ging das Schlossareal in Grodno in den Besitz der Rzeczpospolita über. Grodno diente weiterhin als Tagungsort des Sejms und war daher auch ein Schauplatz für das Ende der Doppelreichs Polen-Litauen: Am 23. Juli 1793 musste der Sejm unter dem Diktat von Russland und Preußen im Neuen Schloss von Grodno die zweite Teilung Polens anerkennen. Es war der letzte Reichstag der alten Rzeczpospolita. Bei der dritten Teilung Polens 1795 fiel Grodno an Russland. Das Neue Schloss wurde in ein Militärlazarett umgebaut. Die katholische Schlosskapelle ersetzte man durch eine orthodoxe Kirche. Die hohen Mansarddächer wurden abgetragen und durch flach geneigte Dächer ersetzt, was den herrschaftlichen Eindruck des Schlosses stark einschränkte.

Autor
Dr. Matthias Donath
Herausgeber der
„Sächsischen Heimatblätter“

Grodno wurde 1919 dem wiedererrichteten polnischen Staat angegliedert. Im September 1939 wurde die Stadt von der Roten Armee besetzt und der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik angeschlossen. Die Bombenangriffe der deutschen Luftwaffe auf Grodno im Juni 1941 zerstörten erhebliche Teile des Schlosses. Nach Kriegsende – Grodno blieb Teil der Sowjetunion – erfolgte 1952 der Wiederaufbau als Sitz des Bezirkskomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Dabei wurde das äußere Erscheinungsbild erheblich verändert. Der Architekt Wladimir Waraksin überformte das Schloss im klassizistischen Monumentalstil stalinistischer Prägung. Dem Mittelbau wurde eine klassizistische Tempelfront vorgelegt. Sechs Säulen tragen einen Dreiecksgiebel, welcher das Wappen der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik sowie Fahnen enthält. Über dem Ovalsaal wurde eine ovale Laterne ausgebildet, aus der eine schlanke Turmspitze hervortritt. Die Spitze ist mit einem roten Sowjetstern besetzt. Auch die übrigen Fassaden wurden verändert. Die Lisenen wurden mit Kapitellen versehen, die Spiegelfelder zwischen den Fenstern entfielen. Dadurch ging die barocke Note vollständig verloren. Die einzigen original erhaltenen Teile sind die Pylone links und rechts neben der Zufahrt, bekrönt von Sphingen und Putten.

Heute beherbergt das Neue Schloss, welches noch immer diesen Namen trägt, das Staatliche Historische und Archäologische Museum Grodnos sowie die Stadtbibliothek. Das gegenüberliegende Alte Schloss wird seit 2015 wiederaufgebaut. Es erhält dabei seine Gestalt aus dem 16. Jahrhundert zurück. Wie beim Wiederaufbau des Schlosses der Großfürsten von Litauen in Wilna nutzte man dabei Erkenntnisse archäologischer Grabungen. Die äußere Gestalt, die 2021 vollendet wurde, ist jedoch weitgehend frei erfunden.

Abzeichnung der neuen steinernen Post-Säulen wie solche auff allergnädigsten Befehl Sr. Königl. Majest. in Pohlen und Churfürstl. Durchl. zu Sachsen durchgehends auff den Chaur und Fürstl. Sächsischen Land und Post-Strassen zu sehen.

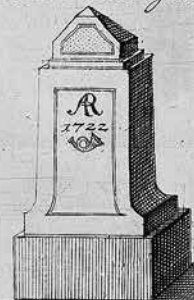
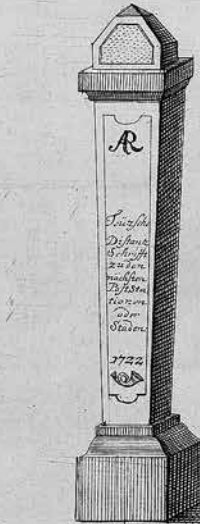
I Vor die Thore der Städte

II. Auff die ordinairn Post-Strassen

B. Gantze Meilen Säule auff die Meile zwey Stunden oder 2000 Ruthen jede Rathē zu acht Dresdner Ellen gerechnet

C. 1/2 Meilen oder Stunden Säule die Stunde zu 1000 Ruthen

D. 1/4 Meilen oder halbe Stunden Säule auff 500 Ruthen zwischen gantzen und halben Meilen = Säulen fallend



Nota
Wenn bey einfachen Post-Strassen ordentlich nur auf 2 an ander gegen überstehende Seiten der Säulen Schrift kömmt nachst. R. 22. So auff alle beschriebene Seiten aller Säulen gehörig; so kömmt auch auff die Großen Säulen das doppelte nemlich Königl. Poln. und Churf. Sächsl. Wapen auff solche 2 Seiten; kömmt aber bey vielfachen Post-Strassen auff allen 4 Seiten. Der überdecke zu drehenden Säulen Schrift; so muß auch das Wapen auff der überdecke zu drehenden großend Säulen eben so überdecke gesetzt und gethälet werden; das auff einer jeden Seite ein einfaches Wapen zu stehen kömmt und ander orte wieder an das andere stoße wie das Stücker von der Säule darauß das Wapen so überdecke zu sehen kömmt alhier sub (A) vorstellet.

Sächsische Distrikte Schrift zu den Post Stationen und Städten

Sächsische Distrikte Schrift zu den Post Stationen und Städten

300 Jahre kursächsische Postmeilensäulen

Rolf Schmalfuß

Zweck und Entstehung der kursächsischen Postmeilensäulen

Die nach unserem heutigen Verständnis augenscheinlichen Verkehrsleiteneinrichtungen des barocken Zeitalters waren die kursächsischen Postmeilensäulen Augusts des Starken (1670–1733). Gegenwärtig blicken wir auf ihr 300-jähriges Bestehen zurück und können mit einem gewissen Stolz daran erinnern, dass die Einrichtung dieser historischen Verkehrsdenkmale eine Errungenschaft historischer Tragweite in der Entwicklung des europäischen Post- und Handelswesens des frühen 18. Jahrhunderts darstellte. Der Kurfürst von Sachsen, König von Polen und Großherzog von Litauen hob dabei nicht nur sein Kunstverständnis hervor, sondern wollte zudem seine Machtposition herausstellen und den Postverkehr samt Handelswesen in eine ausgewiesene Verkehrsstruktur versetzen. Hierin eröffneten sich

vollkommen neue Möglichkeiten für die Entwicklung von Handel und Wirtschaft. Das Straßenwesen im frühen 18. Jahrhundert müssen wir uns noch nahezu desorganisiert vorstellen. Straßen im eigentlichen Sinne gab es noch nicht. Die Wegeverbindungen existierten von Ort zu Ort, waren unbefestigt und ohne Struktur. Reisen war bis auf die privilegierte Gesellschaft noch nicht etabliert, üblich war bereits ein gewisser Warenverkehr, die Postexpedition befand sich in Entwicklung. Es wurden im Wesentlichen Nachrichten befördert, und dass auch überwiegend für die herrschende Elite. Nach und nach stieg der Bedarf an postalischer Dienstleistung auch für das aufstrebende Bürgertum, und es entwickelte sich ein organisiertes Handelsspektrum mit kaufmännischem Warenfluss. Erste Reiseoptionen wurden in offenen Pferdewagen eingerichtet, es kamen Reiter- und Fußboten für Postsendungen zum Einsatz. Feste Verkehrsverbindungen entwickelten

Darstellung der vier Säulenarten der kursächsischen Postmeilensäulen, Kupferstich aus Carl Christian Schramms „Saxonia Monumentis Viarium Illustrata“, 1726 SLUB Dresden

sich so zuerst zwischen Dresden und Leipzig sowie nach und nach auch zwischen den größeren Städten im Kurfürstentum. Der Postverkehr wurde ab Ende des 17. Jahrhunderts unternehmerisch organisiert und zielführend bis in die Nachbarländer ausgebaut. Immer mehr stellte sich der Bedarf an Orientierung und Nachvollziehbarkeit der Wegstrecken unter anderem auch für die Abrechenbarkeit von Leistungen des Verkehrs heraus. Diesem Bedarf wollte der Kurfürst nachkommen und erwog eine Generalvermessung des Herrschaftsbereiches sowie eine Markierung der Post- und Handelsrouten innerhalb desselben. Schon ab 1713 war Adam Friedrich Zürner (1679–1742) als „Land- und Grenzcommissarius“ mit der Vermessung Kursachsens beschäftigt. Der Kurfürst verfügte im September 1721 mittels eines Mandats die Setzung von Postmeilensäulen. Im Folgejahr begann der Prozess des Aufbaus jener Verkehrsweiser in und an den Städten und den dafür ausgewählten Post- und Handelsrouten. Bis 1765 wurden noch Postmeilensäulen gesetzt und, wo erforderlich, auch wieder erneuert. Danach ruhte der Aufbauprozess, bis dann Mitte des 19. Jahrhunderts die königlich sächsischen Meilensteine ein Nachfolgesystem bildeten.

Säulenarten und Maßsystem

Die kursächsischen Postmeilensäulen wurden grundsätzlich in Stadt- und Straßensäulen unterschieden. Die Stadtsäulen waren als Torsäulen angeordnet, also befanden sich ihre Standorte unmittelbar an den jeweiligen Stadttoren oder in der näheren Umgebung derselben. Die Stadtsäulen wurden auch als Distanzsäulen ausgewiesen, da sie eine Vielzahl von Distanzinschriften aufweisen, die sich an den jeweiligen Post- und Handelsrou-

ten orientierten. Torsäulen waren im Regelfall an zwei Seiten mit diesen Distanzinschriften versehen, die beiden anderen, zur Stadt hin ausgerichteten Seiten bezeichneten die jeweilige Ortschaft und in verschiedenen Fällen auch den jeweiligen Namen der Tordurchfahrt. Marktsäulen waren meist an allen vier Seiten mit Distanzinschriften versehen und so ausgerichtet, dass die Ansichten in jene Richtung wiesen, wie es die Inschriften vorgesehen haben. Die Distanzsäulen waren etwa 4,50 Meter hoch und ihr Aufbau zeigte sich in nahezu einheitlicher Form. Auf einem Fundament wurde ein Sockel errichtet, der ein quadratisches Postament aufnimmt, welches durch eine Zwischenplatte bekrönt ist. Darauf befindet sich der Schriftblock mit den bereits angeführten Inschriften. Darüber schmückt ein barockes Wappenstück mit ausnehmend aufwendigen Verzierungen die Säule. Es zeigt jeweils ein kursächsisches und ein polnisch-litauisches Wappen über Eck, die Königskrone und die Ausformung der Initialen AR für Augustus Rex (König August). Die meisten Säulen trugen diese Wappendarstellung diagonal zweimal gegenüberliegend, manche Säulen sind nur mit einem Wappenpaar ausgestattet. Wenige Säulen trugen die Wappengestaltung nicht über Eck. An drei Säulen sind die Wappen viermal auf allen Seiten angebracht (Mittweida, Leisnig, Zwickau). Die Säule in Görlitz-Ost (heute Zgorzelec) trägt die Wappendarstellung einmal über Eck und gegenüberliegend zweimal beide Wappenspiegel

links: Distanzsäule in Stolpen mit über Eck angeordnetem Wappen
Foto: Rolf Schmalfuß



rechts: Distanzsäule in Görlitz (Zgorzelec) mit dem Doppelwappen Sachsens und Polen-Litauens sowie einem Einzelwappen Polen-Litauens. Originalteile der Ursprungssäule befinden sich im Postmuseum Breslau
Foto: Rolf Schmalfuß



auf beiden Seiten. Über dem Wappenstück befindet sich eine Spitze, die das gesamte Ensemble nach oben hin abschließt. Dieses Aufbauprinzip war gemäß der Verordnung des Landesherrn standardisiert und wurde mit geringen Abweichungen beispielsweise in der Darstellung des Wappens und der Verzierungen, Darstellung des Posthorns sowie der Schriftart bei den Distanzinschriften überwiegend eingehalten.

Grundsätzlich sah die herrschaftliche Verordnung vor, dass in den Städten jeweils Torsäulen an den Stadtein- und -ausgängen zu errichten sind. Dieses Prinzip hat sich jedoch aus Kostengründen so nicht durchgesetzt. Eine Großzahl von Kommunen war nach den Auswirkungen des Dreißigjährigen Kriegs, durch Schadereignisse und fehlende wirtschaftlicher Reserven soweit verarmt, dass die Erfüllung dieses Mandats nicht realistisch erschien. In solchen Fällen wurde den Städten der Aufbau nur einer Säule als Marktsäule gestattet. So hat es sich dann nach etwa 1730 auch generell durchgesetzt. Die größeren und wirtschaftlich stabileren Orte waren zu dieser Zeit bereits mit mehreren Distanzsäulen besetzt. Leipzig und Freiberg verfügten jeweils über fünf Torsäulen, Dresden, Chemnitz, Annaberg, Großenhain, Merseburg, Torgau, Zittau und Zwickau erbauten jeweils vier dieser Säulen an den Zugängen der Städte. Zudem sind Kommunen bekannt, die zur Aufstellung von Säulen verpflichtet waren, aber dieses Mandat wahrscheinlich nie erfüllten, weil sie dafür nicht die entsprechenden Mittel aufbringen konnten oder weil die Stadträte es verstanden, den Prozess der Umsetzung des Mandats soweit zu verzögern, dass es nicht mehr zur Durchsetzung der Verordnung kam.

Obwohl bereits die Erfüllung des Mandats zur Aufstellung von steinernen Postsäulen in den Städten Kursachsens mit Schwierigkeiten einherging, waren die Maßnahmen zur Säulenausstattung der Post- und Handelsstraßen noch weit komplizierter zu regeln, und sie waren zahlenmäßig noch potentiell umfangreicher durchzusetzen. Die Straßensäulen gliederten sich in Ganzmeilensäulen, Halbmeilensäulen, auch Stunden-säulen genannt, und in Viertelmeilensteine. Sie waren an den Fahrwegen, die als Post- und Handelsrouten ausgewiesen waren, aufgestellt. Dafür ergab sich eine durch die Bemessung der Strecken erforderliche Reihenfolge. Vom Ausgangspunkt der Bemessung (Stadtgrenze von Dresden oder Leipzig) war die erste Postsäule ein Viertelmeilenstein. Nach einer weiteren Viertelmeile wurde eine Halbmeilensäule errichtet, eine weitere Viertelmeile wiederum ein Viertelmeilenstein und eine Viertelmeile später eine Ganzmeilensäule. Dann wiederholte sich der Zyklus von vorn. So ergab sich eine durchgängige Kennzeichnung der Routen, die Entfernungen und Zeitaufwand nachvollziehbar machten. Alle Straßensäulen waren auf den einzelnen Routen fortlaufend nummeriert und konnten damit der Bestimmung von Distanzen dienen. Das Maßsystem der baro-

cken Zeit war zum einen nicht einheitlich und orientierte sich zum anderen an damals gebräuchlichen praktikablen Bemessungsgrundlagen. Für Kursachsen bestand das Grundmaß in der Dresdner Elle (56,638 cm). Acht Ellen entsprachen einer Rute (4,531 m). 1.000 Ruten hatte eine Stunde oder eine halbe Meile (4.531 m), 500 Ruten entsprachen damit einer Viertelmeile (2.265,5 m). Eine kursächsische Meile entsprach somit 2.000 Ruten oder 9.062 Metern nach heutigem metrischem Standard. Multiplizierte man die Reihennummer der Straßensäule mit dem Stundenmaß, kam man auf die Entfernung zum Ausgangspunkt der Vermessung. Kommen wir auf die Praktikabilität der Maße zurück, so hatte die „Stunde“ oder halbe Meile eine Entfernung, die ein Mensch oder ein Pferd im Schritt etwa in einer Zeitstunde zurücklegen konnten.

Die Straßensäulen waren insgesamt schlichter gestaltet als die Distanzsäulen in oder an den Städten. Die Ganzmeilensäule stellt sich als 3,50 Meter hoher einfacher Obelisk mit quadratischem Querschnitt dar, der schlank auf einem abgerundeten Fußsteil steht. Der Mittelteil dieser Säule ist beidseitig mit den Initialen AR, dem Posthorn und der Jahreszahl der Aufstellung ausgestaltet. Auf der Säule befinden sich dazu in der Regel noch Distanzinschriften zu den benachbarten Orten im Straßenverlauf. Zur Straßenseite hin war die Reihennummer der Säule zugeordnet, damit diese im Vorbeifahren wahrgenommen werden konnte.

Die Halbmeilensäule ist etwas kleiner als die Ganzmeilensäule und ähnelt eher einer griechischen Herme. Sie verjüngt sich nach unten hin, steht auf einem ebenfalls abgerundeten Sockel und trägt ein nach oben abschließendes Kopfstück. Sie ist ähnlich im quadratischen Querschnitt geformt und trägt die Initialen AR, das Posthorn und die Jahreszahl beidseitig der Fahrrichtungen. Auch Distanzinschriften sind üblich und die Reihennummer befindet sich wieder in Richtung der Straße.

Einfacher gestalten sich die Viertelmeilensteine. Es sind rechteckige Quader, nach unten abgerundet auf einem Sockel, nach oben ergänzt durch ein schmückendes Kopfstück. Die Steine sind etwa 1,70 m hoch, tragen auf beiden Seiten die Initialen AR, das Posthorn und die Jahreszahl der Aufstellung. Üblich ist auch hier die Reihennum-



Detail der Distanzsäule in Marienberg mit Jahreszahl zur Aufstellung der Säule und Darstellung des Posthorns, welches an allen Säulen in unterschiedliche Form wiederzufinden ist
Foto: Rolf Schmalfuß

links: Die Ganzmeilensäule in Oberwiesenthal ist die letzte Säule des damaligen Postkurses auf kursächsischem Territorium und steht auf der Alten Poststraße nach Böhmen, heute ein Fußweg zur Grenze in Richtung Gottesgab (Tschechische Republik).
Foto: Rolf Schmalfuß



rechts: Viertelmeilenstein in Chemnitz-Klaffenbach nach der Sanierung 2017
Foto: Rolf Schmalfuß



links unten: Die Halbmeilensäule bei Wermsdorf befindet sich auf einer der ehemals bedeutenden Postkurse zwischen Dresden und Leipzig, sie ist nahezu noch original erhalten, letztmalig teilrestauriert 2014.
Foto: Rolf Schmalfuß



rechts unten: In Grumbach bei Wilsdruff befinden sich eine kursächsische Halbmeilensäule und ein königlich sächsischer Meilenstein, weiterhin die Nachbildung einer Geleitgeldeinnahmestelle vom Postkurs Dresden – Herzogswalde – Freiberg und im Vordergrund einen Straßenwärterstein, der aus einem ehemaligen königlich sächsischen Halbmeilenstein umgearbeitet wurde.
Foto: Rolf Schmalfuß



mer zur Straße hin. Distanzinschriften gibt es bei den Viertelmeilensteinen nicht. Diese Säulenart war einst die am häufigsten vorzufindende Postmeilensäule, da jede zweite Säule auf den Post- und Handelsrouten so ein Viertelmeilenstein sein musste.

Über eine Gesamtanzahl an einmal existierenden Säulen kann man nur spekulieren. Der Prozess der Säulensetzung zog sich von 1722 bis etwa 1765, in dieser Zeitspanne wurden aber nicht alle Säulen aufgebaut, die für die Ausstattung der Postrouten eingeplant waren. Manche Säulen wurden zwar zum Teil gefertigt, kamen aber aus den unterschiedlichsten Gründen nie zur Auf-

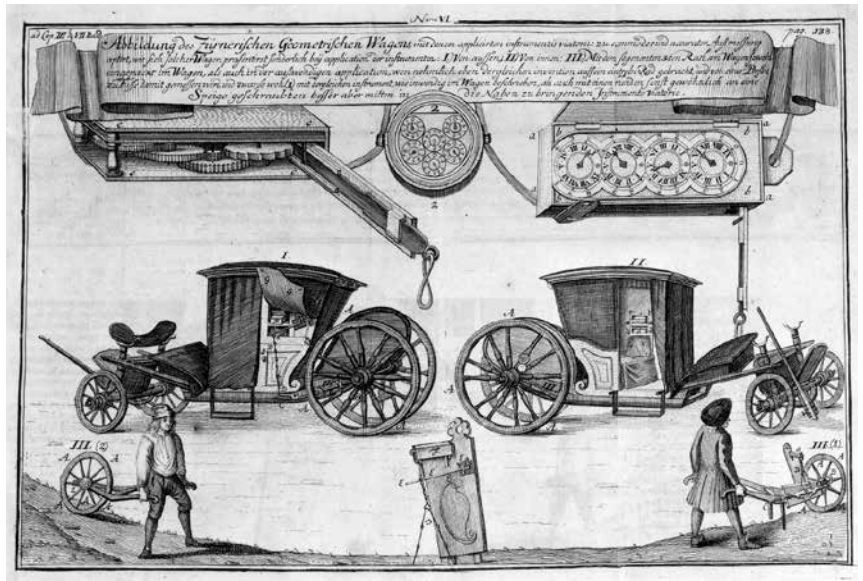
richtung. Andere wiederum waren bereits in dieser Zeit zerstört, verwittert, verschlissen, umgefahren oder auf ungeklärte Weise abhandengekommen. Eine genaue Feststellung über die einmal errichteten Säulen wird demzufolge nicht mehr möglich sein. Schätzungen gehen davon aus, dass es etwa 1.000 bis 1.300 kursächsische Postmeilensäulen gab. Heute verfügen wir noch über ca. 260 Bestandsexemplare, zum Teil auch nur als Reststücke in Ausstellungen und Lapidarien oder als vermauerte Bestandteile in Bauwerken.

Auch bei den heutigen Bestandsdenkmälern kann keine genaue Anzahl angegeben werden, da sich

immer wieder Veränderungen vollziehen. Es werden Kopien und Nachbildungen gefertigt, wo einmal nachweislich Säulen gestanden haben. Immer wieder sind Restaurierungen erforderlich und es gibt Neufunde, wie erst kürzlich eine Dresdner Halbmeilensäule, die als Reststück geborgen werden konnte und nun im öffentlichen Raum oder einer Ausstellung gezeigt werden könnte. Aber es werden auch immer wieder Verluste festgestellt, wie im Jahr 2015, als ein Reststück einer Halbmeilensäule, eingebaut als Schlussstein im Türbogen des ehemaligen „Reiterhauses“ in Marienberg, beim Abriss des Gebäudes einfach mit verschwunden ist, ohne dass eine verantwortliche Seite dieses Denkmal sorgsam im Auge behalten hätte. Wo Nachbildungen von Säulen errichtet wurden, hat man vorhandene alte Bestandteile und Reststücke von Postsäulen in Ausstellungen, Museen, Lapidarien und dergleichen verwahrt oder zum Teil auch neben die Neugestaltungen als originale Sachzeugen gestellt. Informations tafeln zu den Denkmalen ergänzen dabei den Informationswert des Standorts. Zum Teil sind die Tafeln mit QR-Codes ausgestattet, die weiterführende Kenntnisse vermitteln.

Plan und Realität der Säulensetzung in barocker Zeit

Eine wichtige Voraussetzung für den Plan der Umsetzung des Postmeilensäulensystems in Kursachsen war mit der Person Adam Friedrich Zürners verknüpft. Er war Pfarrer der Kirchgemeinde Skassa bei Großenhain. Bereits während seines Theologiestudiums hatte sich Zürner mit mathematischen und geografischen Grundprinzipien der Zeit beschäftigt und begann während des Pfarrdiensts aus eigenem Bedürfnis und Interesse mit der Vermessung zuerst der Umgebung Skassas, dann später des Amtes Großenhain und fertigte dazu bereits 1711 eine maßstabsgerechte Karte an. Damit empfahl er sich dem Kurfürsten und erlangte durch seine hohe Sachkompetenz den Auftrag zur Vermessung des gesamten Herrschaftsgebiets. 1716 wurde Zürner der Titel eines kurfürstlichen Geographen verliehen, gleichen Jahres wurde er Mitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Erst 1717 gab er sein Pfarramt auf und widmete sich seitdem ausschließlich der Landvermessung und Kartographie. Schon 1720 stellte Zürner dem Kurfürsten die Anfertigung des „Chursächsischen Atlas“ in Aussicht, und er soll ausdrücklich auch zur Aufstellung von steinernen Postsäulen geraten haben. Am 18. September 1721 ernannte August der Starke den Geographen zum „Land- und Grenz-Commissarius“, und tags darauf erging der „Befehl, Daß auf denen Land- und Post-Straßen, an statt der höltzernen, steinerne Säulen aufgesetzt, und wie damit verfahren werden solle“. Dies betraf vorerst nur die Ämter Dresden, Meißen und Großenhain. Mit einem weiteren Mandat vom 1. November 1721 dehnte der Kurfürst die Festlegungen auf sein gesamtes Herr-



schaftsgebiet aus. Daraus ergab sich die General-Verordnung der Zentralbehörde, die „Setzung der steinernen Post-Säulen in Chur-Sächßis. Landen betreffend“ sowie das Mandat, „dass die Unkosten zur Setzung der steinernen Post-Säulen auf Kosten desjenigen Orts Obrigkeit, auf dessen Grund und Boden selbige zu stehen kommen, geschehen solle“. Carl Christian Schramm (1703–1749), Advokat und Notar in Dresden, veröffentlichte 1726 das Grundlagenwerk „Saxoniae Monumentis Viarium Illustrata [...] Von denen Wege-Weisern, Armen- und Meilen-Säulen“, in welchem das kursächsische

Abbildung des Messwagens, mit dem Adam Friedrich Zürner die Landesvermessung vornahm, Kupferstich aus Carl Christian Schramms „Saxonia Monumentis Viarium Illustrata“, 1726 SLUB Dresden

Distanzsäule vor dem Erbsichen Tor in Freiberg in nahezu originalem Zustand, teilrestauriert zuletzt 2007 Foto: Rolf Schmalfuß



Kennzeichnungssystem der Postraßen detailliert vorgestellt wurde.

Für die Gestaltung der Postmeilensäulen ist unbelegt überliefert, dass August der Starke selbst seine Ideen zu Papier gebracht haben soll und mit dem Hofbaumeister Matthäus Daniel Pöppelmann (1662–1736) die Entwürfe für die Säulen erstellt wurden. Die ersten kursächsischen Postmeilensäulen wurden 1722 aufgestellt, und der Prozess nahm seinen Fortgang bis über die Lebenszeit Zürners und auch August des Starken hinaus. Die Aufgabenstellung der Vermessung des Landes, der Kartierung, der Festlegung der Säulenstandorte, der Beaufsichtigung und Kontrolle der Säulenherstellungen und Säulensetzungen, der Überwachung des Bestandes an Postmeilensäulen und der Korrespondenz mit den beauftragten „Orts Obrigkeiten“ war für Zürner allein nicht zu bewältigen. Er stellt sich weitere Konduktoren zur Seite, die diesen Prozess aktiv mitgestalteten und seine Zielstellungen unterstützten.

Wie aus vielen archivalischen Dokumenten hervorgeht, litt Zürner stets unter großen finanziellen Schwierigkeiten sowohl persönlich als auch im Interesse der Organisation und Umsetzung der Maßnahmen zur Säulensetzung. Die Zentralverwaltung des Kurfürstentums war nur unter massivem Antragsdruck bereit, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen und die Auslagen des Hofgeographen zu begleichen. Zürner stand mehrfach vor dem persönlichen Ruin und wusste sich manchmal keinen Rat mehr, wie er die eigene Familie bei aller aufgabenbezogenen Belastung und Entbehrung noch ernähren konnte. Er hielt trotz dieser existenzbedrohenden Situation an der Erfüllung seines Lebenswerks bis

zu seinem Tod fest und schuf damit das erste und umfangreichste sowie dauerhafte Verkehrsleitsystem in barocker Zeit.

Zürner erarbeitete maßgeblich selbst die Distanzinschriften an den großen Stadtsäulen und stimmte diese bis ins Detail mit den Räten der jeweiligen Orte ab, er legte in ähnlicher Weise die Standorte für die Säulen fest und wählte zum Teil auch die Steinmetze aus, die die Verkehrsmaße herstellten. Dabei legte er Wert auf Qualität und verlangte Fertigungsmuster der Säulen, um die Befähigung der Steinwerker zu begutachten. Es wurden standardisierte Zeichnungen der Säulen ausgereicht, die eine Gleichartigkeit der Maße und Dimensionen der Verkehrsweiser verlangten. Zürner sprach sich auch für die Verwendung von regional vorhandenem Steinmaterial aus, um Transportkosten zu sparen. So wurden die Säulen nicht nur aus Sandstein unterschiedlicher Vorkommen gefertigt, sondern auch aus Granit, Rochlitzer Porphyrtuff, Travertin und anderem. Es sind Quellen überliefert, die ausweisen, dass einige Steinmetze dieser Zeit eine Vielzahl an Säulen fertigten und sich damit zu Spezialisten auf diesem Gebiet entwickelten. Und es gibt Hinweise dafür, dass auch arbeitsteilige Prozesse stattfanden, indem zum Beispiel die erzgebirgischen Granitsäulen mit Wappenstücken aus Sandstein ausgestattet wurden, die andere Steinmetze lieferten. Zudem erschienen die Säulen in barocker Zeit noch wesentlich farbiger, da sie zur besseren Sichtbarkeit mit weißer Ölfarbe grundiert worden waren. An den heutigen Denkmälern ist das aus konservatorischer Sicht so nicht mehr üblich, und der Stein bleibt insofern natürlich.

Für die Aufstellung der kursächsischen Postmeilensäulen konnte kein konkreter Zeitplan eingehalten werden, da die Möglichkeiten und Voraussetzungen der verantwortlichen Städte und Grundeigentümer zu unterschiedlich waren. Anhand der jeweils angebrachten Jahreszahlen an den Säulen kann man mit Einschränkungen eine Realisierung der Mandate zur Säulensetzung ableiten. Mit Einschränkung deshalb, weil teilweise zwischen dem Herstellen mancher Säulen und deren Aufstellung gelegentlich große zeitliche Abstände aus unterschiedlichen Gründen nachweisbar sind und manche bereits fertige Säulen nie zur Aufstellung kamen. Häufig mangelte es am Geld, oder es gab andere organisatorische Gründe bis hin zu gänzlicher Verweigerung aus wirtschaftlichen Erwägungen.

Wie bereits festgestellt, nutzte man Ausgangspunkte für die Vermessung und die Distanzangaben auf den Postmeilensäulen. Das war einerseits die Residenzstadt Dresden als herrschaftliches Zentrum des Landes und andererseits die Stadt Leipzig als überregional bedeutende Handelsmetropole sowie Standort der Oberpostdirektion für den Postverkehr. Somit wurden die Post- und Handelsrouten danach ausgerichtet. Vordergründig war die Verbindung Dresden – Leipzig mit einer vollständigen Ausstattung von Postsäulen



Distanzsäule in Geringswalde aus
Rochlitzer Porphyrtuff
Wikimedia (Joachim Köhler)

zwischen den Metropolen. Der Verlauf ist wie folgt dargestellt: Dresden – Radebeul – Coswig – Brockwitz – Sörnewitz – Meißen, und weiter: Seerhausen – Calbitz – Wurzen – Leipzig, in zweiter Führung: Waldheim – Colditz – Grimma – Leipzig. Die Entfernung zwischen beiden Städten betrug $24 \frac{3}{8}$ Stunden, alternativ 26 Stunden, und entsprach damit 110,44 km (118 km) nach metrischem Maß. Heute finden wir nur noch teilweise die barocken Zeitzeugen der Verkehrsorganisation auf dieser Route. Weit vollständiger lassen sich die Verkehrsmaße auf der Alten Dresden-Teplitzer Poststraße nachweisen. Von Dohna bis Fürstenwalde finden wir hier eine vollständige Ausstattung mit Postsäulen, auch und obwohl die ehemalige Poststraße heute durch den Bau der Autobahn A17 mehrfach durchbrochen ist und nur noch eine touristische Bedeutung hat. Auch im Vogtland finden wir ein Teilstück auf der Alten Egerer Poststraße, was ebenfalls zwischen Adorf und Rohrbach mit barocken Säulen besetzt ist. Die ehemalige Frankenstraße im Verlauf Görlitz – Bautzen – Bischofswerda – Dresden – Freiberg – Oederan – Chemnitz – Zwickau – Plauen – Hof sollte ebenfalls zumindest in großen Teilen vollständig mit Postsäulen ausgestattet gewesen sein. Auch die frühere Salzstraße im Verlauf Halle – Leipzig – Borna – Frohburg – Chemnitz – Zschopau – Marienberg – Reitzenhain und im Abzweig ab Chemnitz – Thum – Annaberg – Oberwiesenthal legen durch ihre wirtschaftliche Bedeutung im 18. Jahrhundert die überwiegende Ausstattung mit Verkehrsmalen nahe. Bei der Vielzahl an Post- und Handelsrouten Kursachsens lassen sich sicher nur Beispiele dieser Ausstattungen benennen.

Verluste und Wiederentdeckung

Die Anzahl heute noch originaler Postmeilensäulen auf dem Gebiet des ehemaligen Kurfürstentums Sachsen ist sehr klein, wesentlich mehr dieser Verkehrsmaße sind umfangreiche Restaurierungen unter Verwendung noch geeigneter Originalteile und Nachbildungen. Bei einer Geschichte von 300 Jahren ist das nicht verwunderlich. Manche Säulen waren aber auch schon nach kurzer Lebensdauer durch ungeeignetes Material und durch Beschädigung nicht mehr für ihren Zweck verwendbar. Das hat bereits Zürnner während seiner Wirkungszeit bemängelt und Abhilfe angemahnt. Aber die Säulen haben überwiegend über eine Dauer von etwa 120 Jahren ihren Dienst getan und blieben Bestandteil der Verkehrsorganisation.

1815 wurde das Territorium Sachsens zugunsten des Königreichs Preußen wesentlich verkleinert, und das führte zu vollkommen neuen topographischen Verhältnissen. 1840 änderte sich das Maßsystem auf die „kleine sächsische Meile“, die nur noch 7.500 Meter bemaß. Das führte dazu, dass die Distanzangaben auf den Säulen nicht mehr dem etablierten Maßsystem entsprachen und da-

mit ihre Bedeutung für die Transparenz der Wegstrecken verloren. Weiterhin wurden im Zuge der Bevölkerungsentwicklung vor allem in den Städten des nunmehrigen Königreiches Sachsen die Befestigungen schrittweise umgestaltet oder abgebrochen und die Straßen erweitert und teilweise durch Chausseen ersetzt. Das führte zum Abbau, Abbruch und Zerstörung vieler Postmeilensäulen, vor allem auch der großen Distanzsäulen an den Stadttoren oder auf den Marktplätzen. Ab 1858 ergab sich per Gesetz die Ablösung des kursächsischen Postsäulensystems durch den Aufbau der königlich sächsischen Meilensteine und die damit verbundene königliche Verordnung, alle vorherigen Verkehrsmaße im Zuge dieser Änderung zu beseitigen. Mit Rechnungslegung des Dresdner Steinmetzbetriebs Ullmann von 1861 wurden insgesamt 1.362 Meilensteine unterschiedlicher Fassungen gefertigt und aufgestellt.

Letztlich setzte sich 1875 in Deutschland und damit auch im Königreich Sachsen das metrische System durch, und alle Entfernungsmaße beruhen nunmehr auf dieser neuen Grundlage. Alle diese Einflüsse haben dazu beigetragen, dass die kursächsischen Postmeilensäulen nahezu aus dem öffentlichen Raum verschwanden. Reststücke und Säulenteile wurden zu anderen baulichen Zwecken verwendet und größtenteils aber auch ganz einfach zerschlagen und damit zerstört.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde dann der Steinkreuzforscher und Fotoamateur Dr. Gustav Adolf Kuhfahl (1870–1938) auf die verbliebenen wenigen Postmeilensäulen aufmerksam und begann mit den ersten Nachforschungen und Recherchen zu den Verkehrsmalen. Zu seiner Zeit waren noch ungefähr 100 Einzeldenkmale der Postsäulen nachweisbar. Kuhfahl verfasste im Ergebnis seiner umfangreichen Nachsuche und Archivrecherche das Werk „Die kursächsischen Postmeilensäulen August des Starken – zu ihrem zweihundertjährigen Bestehen“. In wenigen Fällen nahmen sich kommunale Vereine und Personengruppen der Erhaltung der Säulen an und veranlassten bereits in dieser frühen Zeit Restaurierungen und Maßnahmen zur Bestandserhaltung.

Forschungsgruppe kursächsische Postmeilensäulen e. V.

Diese kleine Forschungsgemeinschaft hat sich im Jahr 1964 aus einer Gruppe Enthusiasten des Arbeitskreises Postgeschichte der Bezirkskommission Philatelie, organisiert im Kulturbund der DDR, in Karl-Marx-Stadt (bis 1953 und ab 1990 Chemnitz) gegründet. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte die Gruppe einen überregionalen Charakter und war nicht auf die damalige Bezirkshauptstadt begrenzt. Der erste Vorsitzende Johannes Jacob (1897–1968) musste aus gesundheitlichen Gründen seine Funktion bereits nach zwei Jahren wieder abgeben. Nach ihm wurde sein Neffe Hans-

Heinrich Stölzel (1920–1981), selbständiger Drogist in Karl-Marx-Stadt, in diese Position gewählt. Stölzel prägte den Verein fortin mit einer persönlichen Einsatzbereitschaft für die ehrenamtliche Tätigkeit, die uns heute noch Respekt abringt. Unter seiner Leitung wurden viele Postsäulen und deren Bestandteile wiederaufgefunden und in Zusammenarbeit mit den Denkmalpflegeinstitutionen und Kommunen Wege und Möglichkeiten zu deren Wiederaufstellung und Präsentation erwirkt. Es begann die tiefgründige Recherche in Archivakten und deren nachhaltige Dokumentation sowie eine umfassende Fotoarchivierung aller kursächsischen Postmeilensäulen und deren Bestands- und Bearbeitungsstufen. Bereits seit Beginn der Tätigkeit der Forschungsgruppe wurde eine umfassende Mitgliederinformation in Form von Rundbriefen herausgebracht, zeitweise mehrfach im Jahr, später mit nur einer jährlichen umfassenden Veröffentlichung. Inzwischen sind 97 dieser Rundbriefe dokumentiert und bilden eine wahre Fundgrube von Bestandsinformationen über den Zeitraum von fast 60 Jahren begleitender Forschungstätigkeit.

Schon seit 1966 war die Gemeinschaft mit der Planung und Organisation einer Dauerausstellung für die Verkehrsdenkmale des barocken Zeitalters beschäftigt und sammelte dazu eine Vielzahl von Sachzeugnissen. 1969 wurde diese Ausstellung in den Räumen des damaligen Heimatmuseums Frohburg eröffnet. 1974 gelangte diese Dauerausstellung in das Museum des Schlosses Frohburg und war dort bis 1990 präsent.

Durch ein Vereinsmitglied wurde schon in den 1960er Jahren eine Literaturkartei und daraus

folgend eine Bibliografie zu den Veröffentlichungen des Forschungsgebiets erarbeitet. Ebenso entstand eine Richtlinie für den Aufbau und die Gestaltung von Ersatzsäulen, die vom Institut für Denkmalpflege Dresden als Grundsatzmaterial anerkannt wurde. Die kleine Forschungsgemeinschaft machte sich in dieser Zeit bereits als ehrenamtlicher Verein unter Denkmalpflegern und Historikern einen herausragenden Namen und hatte zeitweise über 100 Mitglieder. Ab 1970 gab es bereits den Gedanken, ein populärwissenschaftliches Grundwerk zu den kursächsischen Postmeilensäulen zu erarbeiten und zu veröffentlichen. Die Forschungsgruppe entdeckte zu dieser Zeit ein weiteres Arbeitsgebiet, die preußischen Postsäulen und Meilensteine. Ein Jahr darauf kam es nochmals zur Aufnahme eines neuen Tätigkeitsfelds, die Erfassung der königlich sächsischen Meilensteine, die dann aber erst 1982 zur Aufgabe des Vereins erklärt wurde.

Im Jahr 1971 beging der Verein die 250. Wiederkehr des Bestehens der kursächsischen Postmeilensäulen, und die „Sächsischen Heimatblätter“ als damaliges Organ des Kulturbunds der DDR veröffentlichte eine themenspezifische Ausgabe (Heft 6, 1971) zu den barocken Verkehrsmalen. Nach umfangreicher Diskussion und Vorbereitung erfolgte im Jahr 1980 die Abspaltung einer Gruppe aus dem Verein als eigenständige Forschungsgruppe Meilensteine, die sich explizit mit den preußischen, mecklenburgischen und anhaltischen Postmeilensteinen beschäftigt.

Leider wurde 1981 der Vorsitzende der Forschungsgruppe kursächsische Postmeilensäulen, Hans-Heinrich Stölzel, unerwartet aus dem Le-



Teilnehmer der Jahrestagung der Forschungsgruppe kursächsische Postmeilensäulen vor der Distanzsäule in Lengsfeld/Vogtland, 2019
Foto: Forschungsgruppe kursächsische Postmeilensäulen

ben gerissen, was seinem Wirken ein plötzliches Ende setzte. Der Verein musste sich neu strukturieren, behielt aber sein Aufgabenprofil und das Projekt eines Grundwerks für die barocken Verkehrsmaße weiter im Blick. 1987 wurde auf der Festung Königstein eine Sonderausstellung zu den Postsäulen durchgeführt, die tausende Gäste und Besucher anzog und begeisterte. Im Jahr darauf veröffentlichte der Verein eine Bibliografie zu allen Publikationen über die kursächsischen Postmeilensäulen von 1721 bis 1984, welche von Vereinsmitglied Eberhardt Stimmel erarbeitet wurde. Gemeinsam mit dem transpress Verlag Berlin kam es nach einigen Verzögerungen für das Projekt des neuen Grundwerks 1989 zur Veröffentlichung. Das „Lexikon der kursächsischen Postmeilensäulen“ erschien in einer Auflage von 7.000 Exemplaren. Von den 29 Bild- und Textautoren kamen 26 aus den Reihen der Forschungsgruppe. Heute ist das Lexikon immer noch die „Bibel“ der Information über die Postmeilensäulen. Es ist zwar lange schon vergriffen, aber aktuell noch antiquarisch zu erhalten oder in Bibliotheken ausleihbar.

Nach dieser wichtigen Etappe der Vereinsarbeit vollzogen sich die Wende in der DDR und die Wiedervereinigung. Die Vereinsarbeit musste neu organisiert und die Grundlagen des demokratischen Rechtsstaats umgesetzt werden. So gründete sich die Forschungsgruppe nach einer umfänglichen Befragung der Mitglieder 1991 neu und setzte ihre ehrenamtliche Arbeit fort. Der Sitz des Vereins befand sich seit dieser Neugründung in Dresden. Die Arbeit der Forschungsgruppe war in der Zeit der Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen auch dahingehend erschwert, dass sich durch den Föderalismus die unterschiedlichen Länder (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg) auch in ihren Bestimmungen zum Denkmalschutz und zu den behördlichen Verantwortlichkeiten stark unterschieden. Das musste erst vollkommen neu eruiert, angeglichen und abgegrenzt werden.

Anfang der 1990er Jahre erreichte die Forschungsgruppe, dass der Begriff „Postmeilensäule“ in die Brockhaus-Enzyklopädie aufgenommen wurde, womit die Aufklärung zu dieser Begrifflichkeit Eingang in die allgemeinen Worterläuterungen im deutschen Sprachgebrauch fand. Die Tätigkeit des Vereins erhielt seit 1993 eine qualitativ neue Struktur, indem die Arbeitsfelder aufgeteilt und an Bereichsverantwortliche übergeben wurden, die in regional vorgefassten Gebieten die denkmalpflegerischen Maßnahmen an kursächsischen Postmeilensäulen und königlich-sächsischen Meilensteinen sowie historischen Wegesäulen begleiteten und den Schutzbestand überwachten. Das hat sich zu dieser Zeit als sehr effektiv erwiesen. Unter der Hauptverantwortung von Dr. Siegfried Rühle, Geschäftsführer von 1991 bis 1999, entstand 1994 die Broschüre „Postsäulen und Meilensteine“, die sich mit um-

fangreichen Informationen zu den Postsäulen und ihren Nachfolgern, den Meilensteinen, an die Allgemeinheit wandte. Diese Broschüre gibt es aktuell in der 4. Auflage (2020) und wird regelmäßig überarbeitet und ergänzt. Seit 1995 war André Kaiser aus Hartha (Ortsteil Grillenburg) der Vorsitzende. Er übergab die Funktion 1999 an Ralf Weidner aus Leipzig, blieb aber selbst ununterbrochen bis heute Geschäftsführer des Vereins.

Eine neue Dauerausstellung zu den kursächsischen Postmeilensäulen wurde im Jahr 2000 im Museum Schloss Lauenstein im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge eingerichtet. Diese Präsentation war ebenfalls mit Unterstützung des Vereins entstanden.

Bis in das Jahr 1990 hat der Verein seine Jahrestagungen vorrangig in Dresden durchgeführt. Danach wurde festgelegt, die Tagungen jeweils in unterschiedlichen Regionen zu veranstalten und vermittels spezifischer Exkursionen den Bestand der Postsäulen und Meilensteine aktuell zu besuchen und in Augenschein zu nehmen. Dieses Verfahren hat sich außerordentlich bewährt und fand seine volle Zustimmung unter den Mitgliedern. Seit 1999 ist der Verein mit seinem Forschungsgegenstand unter www.kursaechsischepostmeilensaehlen.de im Internet präsent. Im gleichen Jahr wurde vom MDR-Sachsenspiegel ein umfangreicher Beitrag zu den kursächsischen Postmeilensäulen produziert und gesendet, was ebenfalls unter aktiver Mitwirkung des Vereins geschah und wesentlich zur qualitativen Entwicklung der Öffentlichkeitsarbeit beitrug. Zu Beginn der 2000er Jahre entstanden Erinnerungsstätten zu Ehren von Adam Friedrich Zürners in seinem Geburtsort Marieney (Vogtlandkreis) und in Skassa (Landkreis Meißen) sowie auch eine Würdigung Zürners im Museum Alte Lateinschule in Großenhain.

Sonderschauen und eine Wanderausstellung begleiteten die Tätigkeit der Forschungsgruppe und Denkmalaktivitäten im Bestandsgebiet. Vorträge und Informationsveranstaltungen der Mitglieder des Vereins sind dem angeschlossen. In Zusammenarbeit mit Steinrestaurator Hanspeter Hain aus Meißen, ebenfalls Mitglied des Vereins, wurde 2013 die Restaurierungs- und Nachbildungsordnung für alle Postsäulen sowie die Wappengestaltungsrichtlinie für kursächsische Postmeilensäulen auf einen neuen Standard gebracht und die Regelungen zur Inschriftenrekonstruktion nochmals überarbeitet. Das alles waren wichtige und notwendige Etappen der Forschungs-, Erkundungs-, Betreuungs-, Recherche- und Organisationstätigkeit der Forschungsgruppe. Dabei sind die meisten Mitglieder noch in den Jahren vor 1990 der Forschungsgruppe beigetreten und nunmehr 30 Jahre älter geworden. Eine Verjüngung tut Not und eine breitere Basis ist außerordentlich wünschenswert. Wer ein gewogenes Interesse an den kursächsischen Postmeilensäulen und weiteren benannten Verkehrsmaßen für sich

1 Zuzüglich dem Standort Süptitz, der in einem Gebäude mehrere undefinierte Reststücke von einer noch nicht bestimmten Anzahl von Säulen beherbergt.

entdecken möchte, ist gern als interessierter Mitgestalter und als Akteur in den Reihen der Forschungsgruppe gesehen und kann sich hier im Kreise Gleichgesinnter mit ehrenamtlicher Tatkraft und Begeisterung einbringen.

Bestand der kursächsischen Postmeilensäulen

Die Gesamtheit der vorhandenen barocken Postmeilensäulen ist großflächig auf vier Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland verteilt und schließt den heute polnischen Teil der Oberlausitz mit ein. Wenn wir von gegenwärtig etwa 260 Einzeldenkmälern sprechen, sind diese auf unterschiedliche Formen und Darstellungsweisen zu differenzieren. Die Forschungsgruppe führt dazu eine umfangreiche Bestanderhebung, die regelmäßig überarbeitet und aktualisiert wird (www.kursaechsische-postmeilensaehlen.de/literatur.php → Links → Bestandskarte).

Dennoch ist derzeit die Einordnung der Säulen in die Bestanderhebung inhaltlich zu diskutieren. Es

Distanzsäule in Auerbach/Vogtland, Kopie aus dem Jahr 2017
Foto: Rolf Schmalfuß



gibt Säulen, die als Originale, Teiloriginale oder Nachbildungen im öffentlichen Raum stehen und an ihren originalen Standorten oder zumindest in deren Nähe sich als Denkmale präsentieren. Es gibt Säulen, die als Reststücke ebenfalls aufgestellt sind, aber auch nur in Ausstellungen, Museen, ähnlich repräsentativen Standorten (Rathäusern und anderen öffentliche Gebäuden, Lapidarien und dergleichen) gezeigt werden. Manche dieser Teile befinden sich in nicht zugänglichen Magazinen oder sind als Steinmaterial in Baukörpern vermauert. All diese Unterscheidungsmerkmale wurden bisher nicht ausreichend für den Bestand abgegrenzt und sind damit neu zu bewerten. Eine Distanzsäule nimmt dazu noch eine Sonderstellung ein, da sie kein Denkmal im üblichen Sinne ist. Diese Säule steht in Bonn und wurde 1995 als Geschenk vor der damaligen sächsischen Landesvertretung im Stadtteil Bad Godesberg aufgestellt. Hier liegt außer der baulichen Form der Säule kein Bezug zu dem kursächsischen Postsäulensystem vor; auch die Inschriften sind in keiner Weise historisch nachzuvollziehen. Das war auch bestimmt nicht die Absicht der Initiatoren, es ging wohl lediglich um ein attraktives Beispiel sächsischer Baukunst mit Alleinstellungsmerkmalen, um die allgemeine Aufmerksamkeit zur sächsischen Präsenz in der damaligen Bundeshauptstadt zu bewirken.

Im Jahr 2020 hatten wir 259 Postmeilensäulen im Bestand, die sich wie folgt aufgliederten: Freistaat Sachsen 205 (Chemnitz 4, Landkreis Erzgebirge 43, Landkreis Mittelsachsen 30, Vogtlandkreis 16, Landkreis Zwickau 3, Dresden 3, Landkreis Bautzen 17, Landkreis Görlitz 5, Landkreis Meißen 12, Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 35, Leipzig 4, Landkreis Leipzig 19, Landkreis Nordsachsen 13¹⁾, Sachsen-Anhalt 13, Brandenburg 26, Thüringen 10, Polen 5.

In Säulenarten lassen sich die Denkmale wie folgt gliedern: Als Distanzsäulen finden sich 114 im öffentlichen Raum, neun sind als Reststücke ausweisbar, insgesamt sind es 123. Ganzmeilensäulen gibt es 49, davon zehn Reststücke, Halbmeilensäulen 29, davon sechs Reststücke, und Viertelmeilensteine 57, davon zwei Reststücke.

Im historischen Verlauf sind quantitative Entwicklungen im Denkmalbestand feststellbar, die sich förderlich auf die zahlenmäßige Präsenz der Postmeilensäulen in der Öffentlichkeit auswirkten: Um 1930 wies Dr. Gustav Adolf Kuhfahl etwa 100 Einzeldenkmale aus. 1967 wurden von der Forschungsgruppe nach drei Jahren ihrer Tätigkeit 159 Postmeilensäulen im Bestand geführt (87 Distanzsäulen, 29 Ganzmeilensäulen, 12 Halbmeilensäulen und 31 Viertelmeilensteine). 1993 nach Neugründung des Vereins blieben nur noch 144 Säulen im Bestand. Das waren jedoch nicht allein Verluste gegenüber dem früheren Sachstand, es wurden auch Neubewertungen vorgenommen, die nicht entsprechende Befunde aus der Bestandsliste aussonderten. Das geschieht auch aktuell. So ist nunmehr festgestellt, dass die Distanzsäule in Altdöbern (Brandenburg) nicht weiter als Postmei-

lensäule geführt wird, sondern eine ähnlich gestaltete Wegweisersäule ist. Ein Reststück im Magazin des Museums Schloss Frohburg wurde bisher als Teil einer Distanzsäule aus Aue (Erzgebirgskreis) geführt, wurde aber nun neu bewertet und wird der Distanzsäule Frohburg zugeordnet, die als teilerigine Säule öffentlich zugänglich ist.

Im Jahr 2020 wurden zwei Restaurierungen an kursächsischen Postmeilensäulen vorgenommen (Ganzmeilensäulen Adorf und Reichenbach/Vogtland) und es wurden zwei Nachbildungen errichtet (Ganzmeilensäulen Taucha und Viertelmeilensäule Quersa). Im Jahr davor sind ebenfalls zwei Nachbildungen von Distanzsäulen aufgestellt worden (Liebstadt und Lengfeld/Vogtland); drei Restaurierungen und eine farbliche Neugestaltung wurden vorgenommen. Allein in den letzten zehn Jahren hat man 23 Postmeilensäulen nachgebildet, dabei die Gestaltung der Säulen entsprechend rekonstruiert und die Inschriften für diese Säulen nach gegebenen Voraussetzungen bestimmt. An 24 Säulen hat man in dieser Zeit Restaurierungsmaßnahmen in größerem Umfang vorgenommen und drei Säulen wurden farblich neu gefasst, gereinigt und fixiert. Sehr häufig sind diese Maßnahmen durch Spendenmittel zum Teil oder vollständig finanziert worden, Fördermaßnahmen haben darüber hinaus mitgeholfen, dass die Erhaltung des Säulenbestands gesichert werden konnte.

Auch der Bestand der königlich sächsischen Meilensteine kann eine ähnliche Entwicklung vorweisen. Heute verfügen wir über 372 Kleindenkmale in den Formen von Ganzmeilensteinen (162), Halbmeilensteinen (90), Stationssteinen (76), Abzweigsteinen (35) und Grenzübergangsteinen (9).

Die historischen Wegesäulen in Sachsen sind noch nicht umfänglich aufgenommen und bestimmt. Allein die Analyse aus den Listen der technischen und kulturellen Denkmale der Kreise und Gemeinden weisen über eintausend Einzelstücke auf und nur die Sächsische Schweiz (Dokumentation von 1997) war bisher nahezu vollständig erfasst und beschrieben mit 274 Kleindenkmalen dieser Art. Seit 2019 ist die Forschungsgruppe intensiv mit der Nachsuche dieser Denkmale beschäftigt und nimmt die Vermessung der Säulen vor, erfasst die Standortdaten, schätzt den Erhaltungszustand ein und erarbeitet eine aktuelle Fotodokumentation.

Ausblick

300 Jahre kursächsische Postmeilensäulen wirkt für ein Jubiläum in besonderer Weise. Fast 60 Jahre wurde dieses Erleben von der Forschungsgruppe begleitet und mitgestaltet. Die Formen und Ergebnisse waren unterschiedlich, haben aber alle zur Bewahrung der Verkehrsdenkmale würdig beigetragen. Es sind immer wieder Initiativen zur Restaurierung der vorhandenen Denkmale sowie Herstellung und Setzung von „neuen“ Säulen als Nachbildungen anzustoßen, zu begleiten und mit



Nachbildung der Halbmeilensäule in Bärenstein/Erzgebirge, 2013 gefertigt und neu aufgestellt
Foto: Rolf Schmalfuß

zu organisieren. Die Initiativen müssen dabei von den betreffenden Orten und Gemeinschaften ausgehen. Der Verein ist hier nur in der Lage, Hilfe zu leisten und die entsprechenden Regularien dafür einzuhalten. Es wird mehr Öffentlichkeitsarbeit vonnöten sein, die Webseite ist dafür ein wichtiges Kriterium, das muss sich zukünftig noch stärker entwickeln. Auch in den sozialen Medien muss der Verein noch stärker zur Wirkung kommen und regelmäßig seiner informellen Aufgabe Prägung geben. Wünschenswert ist eine wirksamere Präsenz in Presse und Fernsehen, um die Bevölkerung und die Gäste der Region für das Thema Postsäulengeschichte intensiver zu sensibilisieren. Und seit einiger Zeit beschäftigt sich die Forschungsgruppe mit einem neuen Medium für die fachliche und ehrenamtlich-historische Begleitung von Denkmalpflegern, Denkmalforschern, Historikern und Chronisten als Arbeitsmaterial über die Themenstellungen des Vereinszwecks in Form eines Handbuchs im Ergänzungsblatt-System für die kursächsischen Postmeilensäulen, die königlich-sächsischen Meilensteine und die historischen Wegesäulen Sachsens.

Quellen:

Carl Christian Schramm: Saxoniae Monumentis Viarium Illustrata [...] Von denen Wege-Weisern, Armen- und Meilen-Säulen, Wittenberg 1726; Gustav Adolf Kuhfahl: Die kursächsischen Postmeilensäulen August des Starken – zu ihrem 200jährigen Bestehen, Dresden 1930; Autorenkollektiv: Lexikon der kursächsischen Postmeilensäulen, Berlin 1989; Forschungsgruppe kursächsische Postmeilensäulen (Hrsg.): Postsäulen und Meilensteine, 4. Auflage, Dresden 2020; Forschungsgruppe kursächsische Postmeilensäulen (Hrsg.): Rundbriefe 1964 – 2021.

Autor

Rolf Schmalfuß
Forschungsgruppe kursächsische Postmeilensäulen e.V.



Sächsische Pläne für Litauen 1916 bis 1918

Matthias Donath

König Friedrich August von
Sachsen und Kronprinz Georg,
Postkarte, um 1916

Der Blick Sachsens hatte sich vor dem Ersten Weltkrieg nie in Richtung der westlichen Provinzen des Russischen Reichs gerichtet, zumal eine Verschiebung des Machtgefüges in Europa nicht zur Debatte stand. Das litauische Siedlungsgebiet – mit Ausnahme des zur preußischen Provinz Ostpreußen gehörenden Kleinlitauen – war bei der dritten Teilung Polens 1795 an das Zarenreich angegliedert worden und stand seitdem unangefochten unter russischer Herrschaft.

Die Lage änderte sich im Ersten Weltkrieg durch den Vormarsch der Armeen Deutschlands und Österreich-Ungarns an der Ostfront. Nach Anfangserfolgen der russischen Truppen, die nach Ostpreußen und Galizien eingefallen waren, gelang den verbündeten Mittelmächte Anfang Mai 1915 in der Schlacht bei Gorlice-Tarnów im Norden des österreichischen Kronlandes Galizien der Durchbruch durch die russische Frontlinie. Die geschlagene russische Armee musste sich Richtung Osten zurückziehen, und bis Sommer 1915 wurden Russisch-Po-

len einschließlich Litauen und Kurland von deutschen und österreich-ungarischen Truppen besetzt. Diese teilten das Besatzungsgebiet in drei Zonen auf. Der nördliche Teil mit Litauen, Kurland und einem Teil Weißrusslands kam im November unter die Verwaltung des deutschen Oberbefehlshabers Ost. Das Gebiet wurde im Folgenden meist als „Ober Ost“ oder „Ob. Ost“ abgekürzt.¹ Im Unterschied zur zivilen Verwaltung im ebenfalls deutsch besetzten Generalgouvernement Warschau stand das gesamte Gebiet unter militärischer Verwaltung. Daher spricht man auch vom „Militärstaat“ Ober Ost. Das Gebiet mit etwa drei Millionen Menschen zeichnete sich durch eine ethnische und religiöse Vielfalt aus. Die katholischen Litauer bildeten nur eine von mehreren Bevölkerungsgruppen.

Hintergründe der Litauen-Pläne

Dass Litauen² trotz der geografischen Entfernung das Interesse sächsischer Politiker auf sich zog, lag

1 Vgl. Abba Strazhas: Deutsche Ostpolitik im Ersten Weltkrieg. Der Fall Ober Ost 1915-1917, Wiesbaden 1993; Vejas Gabriel Liulevicius: Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg, Hamburg 2002.

an mehreren Faktoren: König Ludwig III. von Bayern (1845–1921) hatte nach dem Beginn des Weltkriegs einen territorialen Zugewinn für Bayern gefordert und dazu eine Aufteilung des 1871 ans Deutsche Reich angegliederten Reichslands Elsass-Lothringen zwischen Bayern und Preußen vorgeschlagen.³ Da das Unterelsass an die bayerische Pfalz grenzte, hätte deren Angliederung das bayerische Staatsgebiet erweitert. Für das Königreich Preußen waren nach einem siegreichen Kriegsende weitere Zugewinne zu erwarten. Einseitige Vergrößerungen Preußens und Bayerns hätten aber die Machtgewichte im Deutschen Reich zuungunsten der kleineren Staaten verschoben, weshalb der sächsische Innen- und Außenminister Christoph Graf Vitzthum von Eckstädt (1863–1944)⁴ Widerspruch anmeldete und für das Königreich Sachsen, den drittgrößten Bundesstaat, eine Kompensation forderte. 1915 wurden vom sächsischen Finanzminister Ernst von Seydewitz (1852–1929) Abtretungen von Teilen der preußischen Provinz Sachsen sowie der bayerischen Stadt Hof samt Umland an Sachsen ins Gespräch gebracht, doch musste ein solcher Plan als undurchführbar verworfen werden. Somit kamen für eine Gebietserweiterung Sachsens nur Gebiete infrage, die nicht zum Deutschen Reich gehörten. Die Eroberung russischer Gebiete ab Mai 1915 weckte große Begehrlichkeiten und warf die Frage auf, wie eine Nachkriegsordnung zu gestalten sei.

Christoph Graf Vitzthum von Eckstädt, Minister der auswärtigen Angelegenheiten des Königreichs Sachsens, erstellte mit Datum vom 27. April 1916 die Denkschrift „Politische Richtlinien für einen Gebietserwerb Sachsens“, die er an die Mitglieder des Gesamtministeriums übersandte.⁵ In einem ausführlichen Dossier diskutierte er die verschiedenen Optionen. Gebietserweiterungen in Belgien und Elsass-Lothringen schieden aufgrund der geografischen Entfernung aus. Die Angliederung preußischer oder bayerischer Gebiete werde vom Reichskanzler und vom König von Bayern abgelehnt. Die Angliederung nordböhmischer Gebiete, etwa der Bezirke Schluckenau, Rumburg, Warnsdorf, Reichenberg und Friedland, scheidet aus, weil mit einer Zustimmung Österreichs, „grosse Flächen seines alten und wertvollsten böhmischen Besitzes aufzugeben“, nicht gerechnet werden könne. Das Naheliegendste sei daher eine Gebietserweiterung im Osten. Trotz der historischen Bezüge lehnte Vitzthum eine Erwerbung von Teilen Polens ab. Kongresspolen (Russisch-Polen) sei österreichisches Interessengebiet. Sachsen würde ein Polenproblem erhalten, mit dem es nicht fertig würde. Anzustreben sei aber die Erwerbung Kurlands oder litauischer Gebiete – also von Teilen des deutschen Besatzungsgebiets Ober Ost. Damit war erstmals das Stichwort „Litauen“ gefallen. Der Außenminister bevorzugte eine Verbindung von Sachsen und Kurland und diskutierte dazu mehrere Modelle, so den Anschluss Kurlands ans Reich, die Schaffung einer Realunion von Sachsen und Kurland (also von Staaten, die durch einen gemeinsamen Monarchen

und gemeinsame Institutionen miteinander verbunden sind) oder die Gründung eines eigenständigen Staates mit einem sächsischen Prinzen als Monarchen.

In der gleichen Zeit, an der der Außenminister an seiner internen Denkschrift arbeitete, veröffentlichte der deutschnationale Publizist und Redakteur Reinhold Wulle (1882–1950) unter dem Pseudonym R. Beneda die Schrift „Sachsen an die Ostfront. Die vierte Teilung Polens“. Unter dem Motto „Sachsens Zukunft liegt im Osten“ plädierte der Autor dafür, den südlichen Teil Russisch-Polen (Gouvernements Petrikau, Kielce und Radom) an Sachsen anzugliedern und dort ein „Neu-Sachsen“ zu errichten.⁶

Das Gesamtministerium diskutierte die Gebietsfrage auf seiner Sitzung am 29. Mai 1916. König Friedrich August III. von Sachsen (1867–1932) traf am Ende der Sitzung folgende Entscheidung: „Dem Erwerb von Agrarland im Osten stimmt Allerhöchst Er zu. Am erwünschtesten würde Allerhöchst Ihm der Erwerb von Kurland sein; ihn müsse Sachsen fordern. Gegen Polen, dessen Bevölkerung gegen uns eingenommen und stark jüdisch durchsetzt sei, habe Allerhöchst Er gewisse Bedenken. Litauen werde sich eher für einen sächsischen Landerwerb eignen. [...] Erst wenn Kurland für Sachsen nicht erreichbar sein sollte, werde man sich auf einen Erwerb des Gouvernements Wilna und auch Kowno und zuletzt auf einen Anteil an Polen zurückziehen dürfen.“⁷

Graf Vitzthum führte in den folgenden Monaten weitere Gespräche mit der Reichsleitung in Berlin, etwa mit Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), ließ aber die Kriegsziele im Osten unerwähnt. Konkretere Pläne für Kurland und Litauen wurden nicht erstellt, weil deren Schicksal noch offen war. Bethmann Hollweg hatte durchaus im Blick, bei Abschluss eines Separatfriedens mit Russland die besetzten Gebiete zurückzugeben, ohne Annexionen durchzuführen. Die Lage änderte sich im Sommer 1917 nach der Ablösung Bethmann Hollwegs. Der neue Reichskanzler Georg Michaelis (1857–1936) verständigte sich mit der Obersten Heeresleitung unter Generalfeldmarschall Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847–1934) und Stabschef Erich Ludendorff (1865–1937) darauf, ein Herzogtum Kurland und ein Großfürstentum Litauen zu gründen und diese eng an Deutschland anzuschließen. Der deutsche Kaiser Wilhelm II. (1859–1941) sollte in Personalunion der Herrscher beider neuer Staaten werden. Diese Lösung wurde vor allem von der deutschbaltischen Führungsschicht in Kurland begrüßt, die bei ihrer Entscheidung die lettischsprachige Mehrheit des Landes allerdings nicht fragte. Als Argumente für eine Personalunion mit der Krone Preußens wurden die Nähe Kurlands zu Ostpreußen und das evangelische Bekenntnis des Deutschen Kaisers und der Bevölkerung Kurlands angeführt.

Da für Kurland die „preußische Lösung“ festzustehen schien, sah der sächsische Außenminister Graf Vitzthum von Eckstädt eine realistische Chance für

2 Vgl. zum Thema: Walter Mohrmann: Zur annexionistischen Kriegspolitik des Königreichs Sachsen gegenüber Litauen 1917/18, in: Jahrbuch für die Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas 10 (1967), S. 133-158 (Kurzfassung einer Diplomarbeit an der Humboldt-Universität Berlin 1964, stark durch marxistische Verzerrungen geprägt); Reiner Pommerin: „Polen gegen uns eingenommen und stark jüdisch durchsetzt.“ König Friedrich August III. und die Kriegsziele Sachsens im Ersten Weltkrieg, Potsdam 2009; Sebastian Rab: „Um den Thron von Litauen“. Die sächsische Kriegszielpolitik während des Ersten Weltkriegs im Spiegel der zeitgenössischen Presseberichterstattung, Magisterarbeit an der TU Dresden, 2017; Rainer Pommerin: Ein Wettiner in Wilna. Sachsens Kriegsziele im Ersten Weltkrieg, in: Dirk Reitz/Hendrik Thoß (Hrsg.): Sachsen, Deutschland und Europa im Zeitalter der Weltkriege, Berlin 2019, S. 17-38. Für diesen Beitrag wurde eine Neuauswertung der Akten im Hauptstaatsarchiv Dresden vorgenommen.

3 Zur Elsass-Lothringen-Frage vgl. Pommerin 2009 (wie Anm. 2), v. a. S. 9-18.

4 Zur Biografie vgl. Andreas Peschel: Christoph Graf Vitzthum von Eckstädt (1863–1944) – sächsischer Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten, in: Lars-Arne Dannenberg/Matthias Donath (Hrsg.): Lebensbilder des sächsischen Adels IV, Königsbrück 2019, S. 131-156.

5 Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (folgend HStA Dresden), 11250 Sächsischer Militärbevollmächtigter in Berlin, Nr. 73; 12648 Personennachlass Heinrich Gustav von Beck (1857-1933), Nr. 2.

6 HStA Dresden, 12648 Personennachlass Heinrich Gustav von Beck (1857-1933), Nr. 2.

7 HStA Dresden, 11250 Sächsischer Militärbevollmächtigter in Berlin, Nr. 73.

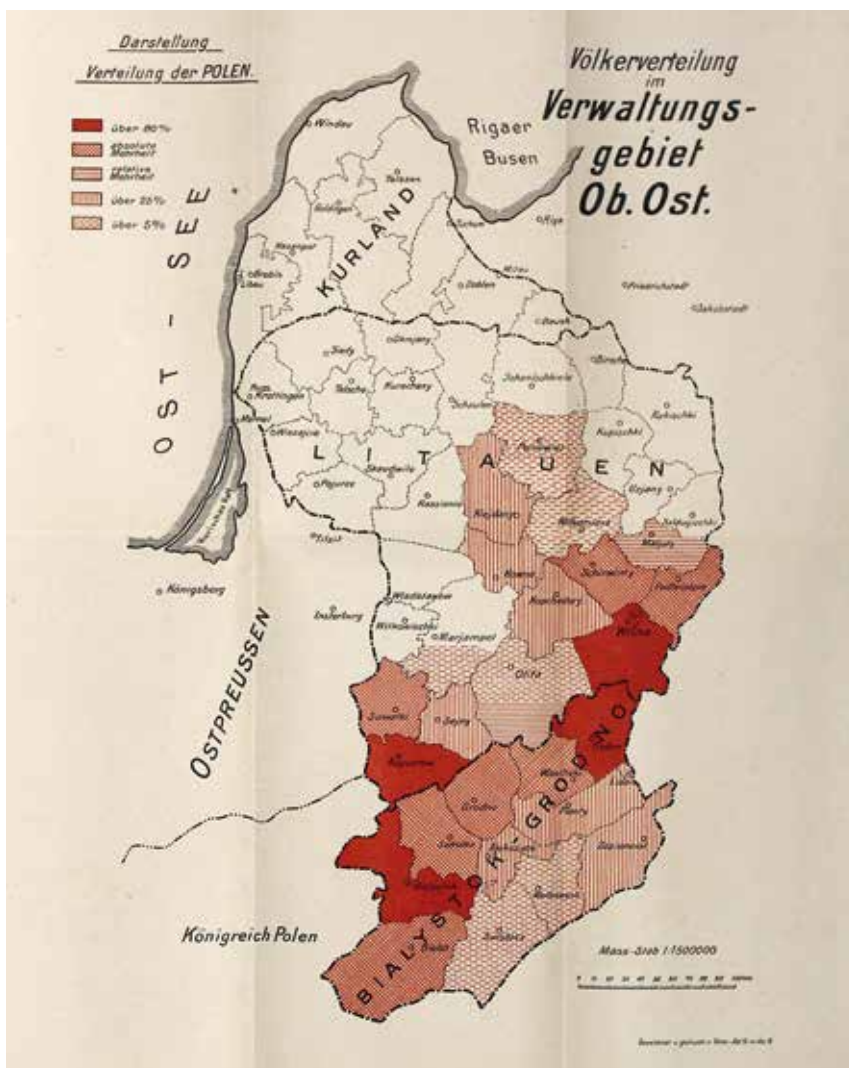
- 8 HStA Dresden, 10717 Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 2117.
- 9 Vgl. Gerd Linde: Die deutsche Politik in Litauen im Ersten Weltkrieg, Wiesbaden 1965.

eine Gebietserweiterung Sachsens nur in Litauen. Dafür suchte er auch historische Argumente. Im Gutachten vom 19. Mai 1916 zu Wulles Schrift „Sachsen an die Ostfront. Die vierte Teilung Polens“, führte er aus: „Auch der Erwerb litauischen Gebiets würde an die geschichtlichen Erinnerungen wettinischer Herrschaft anknüpfen können. Die Gouvernements Kowno und Wilna gehörten zu dem Königreiche Polen, das die sächsischen Könige beherrschten, wenn sie auch nicht mehr, wie übrigens das litauische Gouvernement Suwalki, in das kurzlebige Herzogtum Warschau (1807 bis 1815) aufgenommen worden sind. Im übrigen ist die Eroberung Litauens und vor allem Wilnas der sächsischen Brigade Peil zu danken.“⁸

Die Lage in Litauen

In dem Teil des Besatzungsgebiets Ober-Ost, der in einem Großfürstentum oder Herzogtum Litauen aufgehen sollte, lebten rund 1,2 Millionen Einwohner litauischer Sprache, die fast ausschließlich römisch-katholischer Konfession waren. Weiterhin lebten dort zahlreiche katholische Polen. Ihr Anteil nahm stark zu, je weiter man nach Süden kam. Vor allem in Wilna, dem „Jerusalem des Nordens“, gab

Karte des Besatzungsgebiets Ober Ost mit Eintragung des polnischen Bevölkerungsanteils, Mai 1918



es eine starke jüdische Bevölkerung. Obwohl Wilna die historische Hauptstadt Litauens darstellte, waren nach der Volkszählung von 1897 nur zwei Prozent der Einwohner ethnische Litauer. Die Juden stellten rund 40 Prozent, die Polen 30 Prozent und die Russen 20 Prozent der Einwohner. Weiterhin lebten vor allem im Süden des Besatzungsgebiets zahlreiche Weißrussen. Diese gehörten der griechisch-katholischen Kirche an.⁹

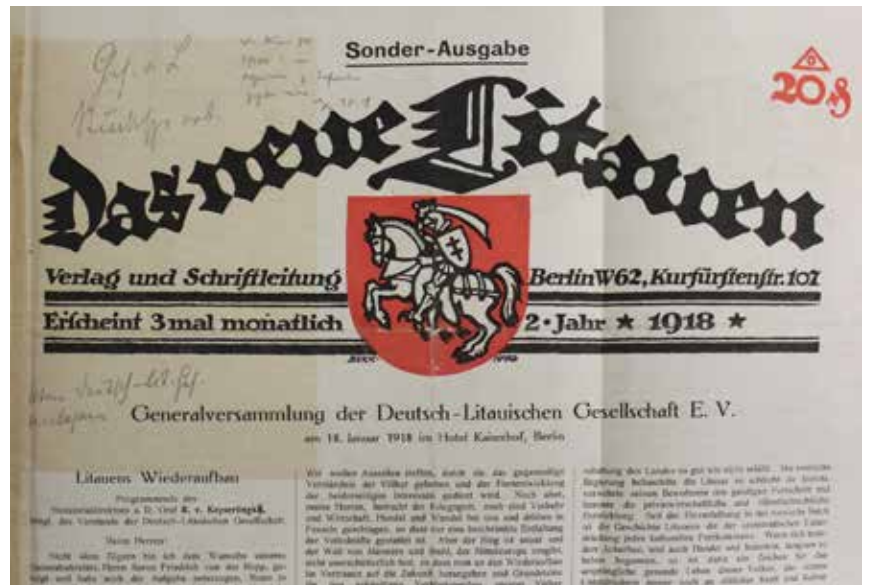
Um eine Unabhängigkeit Litauens zu erreichen, kamen am 18. September 1917 in Wilna 214 durch Einladungsschreiben geladene Volksvertreter litauischer Sprache in Wilna zusammen. Diese wählten ein 20-köpfiges Führungsgremium, das sich selbst den Namen „Lietuvos Taryba“ (Litauischer Landesrat) gab.¹⁰ Dieser Landesrat kam am 24. September 1917 zu seiner ersten Sitzung zusammen und beschloss, die Gründung eines unabhängigen litauischen Staates vorzubereiten. Dieser sollte enge Bindungen mit dem Deutschen Reich eingehen, sofern es die Eigenstaatlichkeit Litauens anerkenne. Dieses politische Ziel versuchten die Mitglieder der Taryba durch Gespräche mit Personen und Institutionen im Deutschen Reich durchzusetzen. Dabei fanden sie in dem Reichstagsabgeordneten Matthias Erzberger (1875–1921) einen engen Verbündeten. Der aus Württemberg stammende Erzberger war ein Abgeordneter der katholischen Zentrumsparterie, der sich für einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und eine Demokratisierung des Reiches einsetzte. Die Zusammenarbeit mit der Taryba hatte auch einen konfessionellen Hintergrund, denn Erzberger erhoffte sich von einem katholischen Litauen auch eine Stärkung der Katholiken im Reich. Zusammen mit Gleichgesinnten gründete er die Deutsch-Litauische Gesellschaft e. V. Dabei handelte es sich um eine Lobbygruppe, die für die Achtung des Selbstbestimmungsrechtes der Litauer und für die Gründung eines eigenständigen, aber mit Deutschland verbundenen Staates eintrat.¹¹ Die Taryba unter ihrem Vorsitzenden Antanas Smetona (1874–1944) lehnte eine Angliederung Litauens an Deutschland wie auch eine „verschleierte Annexion“ durch Schaffung einer Personalunion vehement ab. Wenn eine monarchische Staatsform eingeführt werde, müsse Litauen durch eine eigene Dynastie regiert werden, so ihre Forderung.

Planspiele in Dresden und Berlin

Hans von Nostitz-Drzewiecki (1863–1958), seit 1916 sächsischer Gesandter in Berlin, dachte schon länger über ein sächsisches Interessengebiet in Litauen nach. Am 10. Mai 1917 schrieb er an Außenminister Graf Vitzthum von Eckstädt: „Im Osten durch Friedensschluß erworbenes Land als sächsisches Interessengebiet für unsere Verwaltung zu beanspruchen, scheint auch mit erwünscht, damit unsere Wünsche bei Friedensschluß eine bessere Aussicht auf Erfüllung haben.“¹² Nostitz sprach sich dafür aus, Arbeitskräfte aus dem dicht bevölkerten Sachsen nach Litauen zu führen und dort anzusiedeln. Das Ministerium des Innern in Dresden ant-

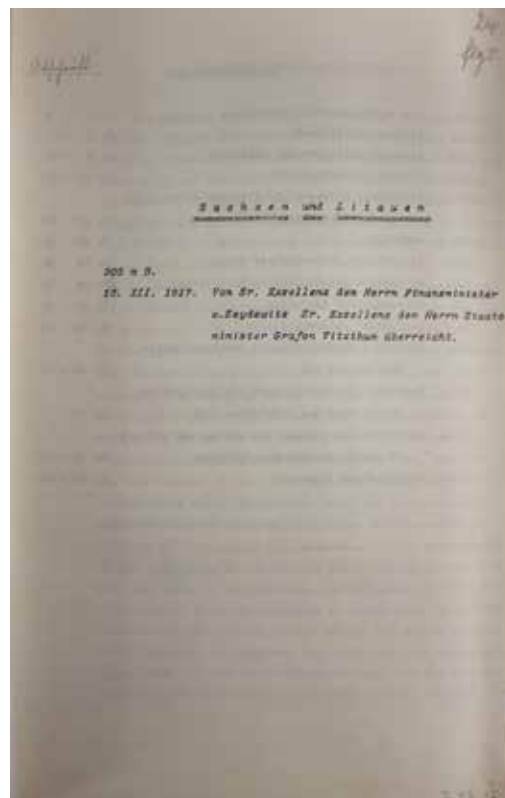
wortete am 9. Juni 1917: „Soweit es sich darum handelt, litauisches, für Sachsen zu gewinnendes Gebiet nach dem Friedensschlusse und nach endgültiger Entscheidung über die Zukunft Litauens mit sächsischen Ansiedlern zu besetzen, würde der Plan wohl mit nicht allzugroßen Schwierigkeiten durchführbar sein.“¹³ Ein solches Siedlungsprojekt könne die Arbeitslosigkeit bekämpfen und verbessere die Ernährungslage in Sachsen. Der Plan wurde jedoch nicht weiter detailliert.

Als sächsische Antwort auf den Plan, Elsass-Lothringen zu einem deutschen Bundesstaat mit monarchischer Verfassung zu erheben, legte Außenminister Graf Vitzthum am 1. Oktober 1917 fünf Leitsätze vor. Die sächsische Regierung könne ihre Zustimmung nur erteilen, wenn „für ein im Nordosten neu zu bildendes Staatswesen vom Reich die Kandidatur eines Mitglieds des sächsischen Königshauses unterstützt wird“.¹⁴ Am 26. November 1917 hatte der sächsische Außenminister Graf Vitzthum von Eckstädt eine Besprechung mit dem neuen Reichskanzler Georg Graf von Hertling (1843–1919), den er bereits als Ministerpräsidenten des Königreichs Bayern kannte. Nach dem Sturz von Georg Michaelis war Graf Hertling, der dem rechten Flügel der Zentrumsparterie angehörte, zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt worden. Hertling äußerte seine Bedenken gegenüber einer Personalunion zwischen der preußischen Krone und Litauen, die sich auf die Konfessionsfrage gründete, und sagte, „daß er an einen Prinzen des sächsischen Hauses als Herzog von Litauen denke“.¹⁵ Dieses Signal der Reichsleitung löste hektische Betriebsamkeit in den Dresdner Ministerien aus. Innerhalb kurzer Zeit erstellten der Außenminister sowie der Finanzminister Ernst von Seydewitz – oder ihre namentlich nicht genannten Mitarbeiter – Schriften zur Zukunft Litauens. Seydewitz legte eine 41-seitige Denkschrift unter dem Titel „Sachsen und Litauen“ vor.¹⁶ Für Sachsen sei der Zuwachs an Siedlungsland eine „Lebensfrage“. Dieses Siedlungsland sei in Litauen zu gewinnen. Litauen sei Bezeichnung für einen „Sammelposten der verschiedenartigsten staatenlosen und zur Staatenbildung unfähiger Völkerspitter“, weshalb die Bildung eines litauischen Staates eine „Fiktion“ sei. Ziel müsse die „Herstellung einer Suprematie Sachsens über Litauen mit dem Ziele allmählicher wirtschaftlicher, dann politischer Assimilierung“ sein. Am Ende stehe eine „Aufsaugung litauischer Gebiete.“ Zur Herrschaftsform stellte der Finanzminister umfangreiche Überlegungen an. „Das Naturgemäße und Günstigste für das Reich sowohl auch für Sachsen wäre die Annexion mit provinzieller oder kolonialer Verwaltung der Gebiete.“ Sei eine solche Annexion nicht zu erreichen, müsse eine staatsrechtliche Verbindung geschaffen werden. Eine bloße Personalunion mit zufälliger Gleichheit der Monarchenpersönlichkeit bringe für Sachsen keine Vorteile. Deshalb sei ein sächsischer Prinz als Landesherr eines selbständigen Staates nicht in sächsischem Interesse. Es komme nur eine Realunion nach dem Vorbild Österreich-Ungarns infrage. „Nur



Zeitung „Das neue Litauen“ der Deutsch-Litauischen Gesellschaft, 1918
Hauptstaatsarchiv Dresden

diese Regelung ermöglicht, wenn nicht sofort, so doch im Laufe einer dementsprechend zu führenden Politik, bei fortschreitender wirtschaftspolitischer Annexion der litauischen Gebiete die allmähliche Herstellung eines innenpolitischen Abhängigkeitsverhältnisses Litauens von Sachsen mit dem Ziele schließlich endgültiger Einverleibung nach vollzogener Eindeutschung.“ Als Maßnahmen dieser „Aufsaugung“ führte er aus: „Im Übrigen wird sich der Assimilierungsprozeß zunächst nur auf kulturellem und wirtschaftlichen Gebiete zu vollziehen haben: weitgehende Beteiligung der sächsischen Industrie an litauischen Staatsaufträgen, Beförderung der Gründung sächsischer Unter-



- 10 Vgl. Petras Klimas: Der Werdgang des Litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918, Berlin 1919; Eberhard Demm: Anschluß, Autonomie oder Unabhängigkeit? Die deutsche Litauenpolitik im Ersten Weltkrieg und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, in: Eberhard Demm (Hrsg.): Ostpolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main/Berlin/Bern 2002; Joachim Tauber: „Die Last der Geschichte“. Zu den Vorstellungen der Taryba über den zukünftigen litauischen Staat 1917-1918, in: Norbert Angermann (Hrsg.): Ostseeprovinzen, Baltische Staaten und das Nationale. Festschrift für Gert von Pistohlkors zum 70. Geburtstag, Münster 2005, S. 389-402.
- 11 Eberhard Demm: Die Deutsch-Litauische Gesellschaft (1917-1918), in: Eberhard Demm (Hrsg.): Ostpolitik und Propaganda im Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main/Berlin/Bern 2002, S. 299-314.

Denkschrift „Sachsen und Litauen“ von Ernst von Seydewitz, Abschrift vom 15. Dezember 1917
Hauptstaatsarchiv Dresden

- 12 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 289.
 13 Ebenda.
 14 Ebenda.
 15 Ebenda.
 16 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 291. Die Denkschrift ist in einer Abschrift vom 15. Dezember 1917 überliefert, muss aber eher entstanden sein. Vielleicht am 7. Dezember 1917, denn dieses Datum ist mit Bleistift auf der Abschrift notiert.
 17 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 289; 12648 Personennachlass Heinrich Gustav von Beck (1857–1933), Nr. 2.
 18 Ebenda.
 19 Vgl. Dagmar Unger: Adolf Wach (1843–1926) und das liberale Zivilprozessrecht, Berlin 2005.

nehmungen in Litauen, deutscher Privatschulen und Hochschulen, deutscher Zeitungen, weitgehender Ankauf litauischer Ländereien zwecks sächsischer Besiedlung, Anlage sächsischer Staats- und Privatkapitalien in Litauen und s. f.“ Erreicht werde dies durch die Entsendung sächsischer Beamter nach Litauen. Seydewitz konnte allerdings keine stimmige Lösung für die völkerrechtlichen Beziehungen Litauens zum Reich vorschlagen. Er sprach von einer „Schutzherrschaft“ des Reichs, da Litauen wohl kein Bundesstaat werden könne. Die von ihm vorgeschlagene Realunion erfordere eine Änderung der sächsischen Verfassung von 1831, da laut dieser der sächsische König keine fremde Krone annehmen dürfe.

Der Plan des Finanzministers war unverhohlen kolonialistisch und von starker Überheblichkeit geprägt. Er negierte vollkommen, dass es eine litauische Nationalbewegung gab, die auf die eigene Sprache und Kultur großen Wert legte. Angesichts der gescheiterten „Germanisierung“ der Gebiete im Königreich Preußen mit polnischer Bevölkerungsmehrheit war es fahrlässig, eine „Assimilation“ der Litauer vorzuschlagen. Vollends utopisch war dieser Plan, weil er die konfessionellen Verhältnisse vollkommen negierte. Eine Ansiedlung sächsischer Bauern hätte eine „Protestantisierung“ Litauens bewirkt, wogegen es von seiten der katholischen Bevölkerung heftige Gegenwehr gegeben hätte.

Am 14. Dezember 1917 antwortete Außenminister Graf Vitzthum von Eckstädt auf diesen Vorstoß.¹⁷ Eine Realunion, wie von Seydewitz vorgeschlagen, sei aus politischen Gründen nicht realisierbar. Nach dem Beschluss des Reichstags vom 19. Juli 1917 dürfe Deutschland keine Gebietsabtretungen erzwingen. Mit der Realunion sei die Absicht verbunden, Litauen autokratisch zu regieren. Aber Litauen werde sich selbst einen neuen Herrscher wählen. Dieser werde seine Krone aus der Hand des litauischen Volkes erhalten. Es sei wahrscheinlich, dass die Litauer einer Personal- oder Realunion großes Misstrauen entgegenbringen. Der Plan sei demnach abzulehnen. Auch sei es falsch, eine Besiedlung und Germanisierung anzustreben. Die Litauer würden sicherlich einzelne tüchtige Landwirte aus Sachsen akzeptieren, aber keine Kolonisation.

Der Staatsminister riet dazu, an dem Plan, „einen Sächsischen Prinzen für den litauischen Thron zu fordern, festzuhalten.“ Dieser werde einen eigenständigen Staat regieren. „Die Berufung sächsischer Beamten nach Litauen durch den neuen sächsischen Fürsten wird ein hervorragendes Mittel sein, die Beziehungen der beiden Länder enger zu knüpfen und Litauen sächsischen Interessen dienstbar zu machen.“ Vitzthum erläuterte auch die Vor- und Nachteile einer solchen Lösung: „Daß sich das industrielle Sachsen und das ackerbauende Litauen in wirksamer Weise ergänzen können, ist ein weiterer Vorteil, der sich aus den dynastischen Beziehungen zwischen beiden Ländern ergibt. Sachsen wird sich in Litauen ein Absatzgebiet für seine industriellen Erzeugnisse schaffen, auch nach Befinden Zweiganstalten seiner industriellen Unter-

nehmungen dort gründen können, während Litauen seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse nach Sachsen auszuführen vermag. [...] Allerdings bildet die große räumliche Entfernung der beiden Staaten für die Anknüpfung von Beziehungen zwischen Sachsen und Litauen ein schweres Hemmnis. Es besteht die Gefahr, daß Litauen sehr bald zum Königreich Preußen, seinen angrenzenden mächtigen Nachbarn im Westen, in ein so enges Wechselverhältnis tritt, daß für Sachsen schließlich nur wenig übrig bleibt.“

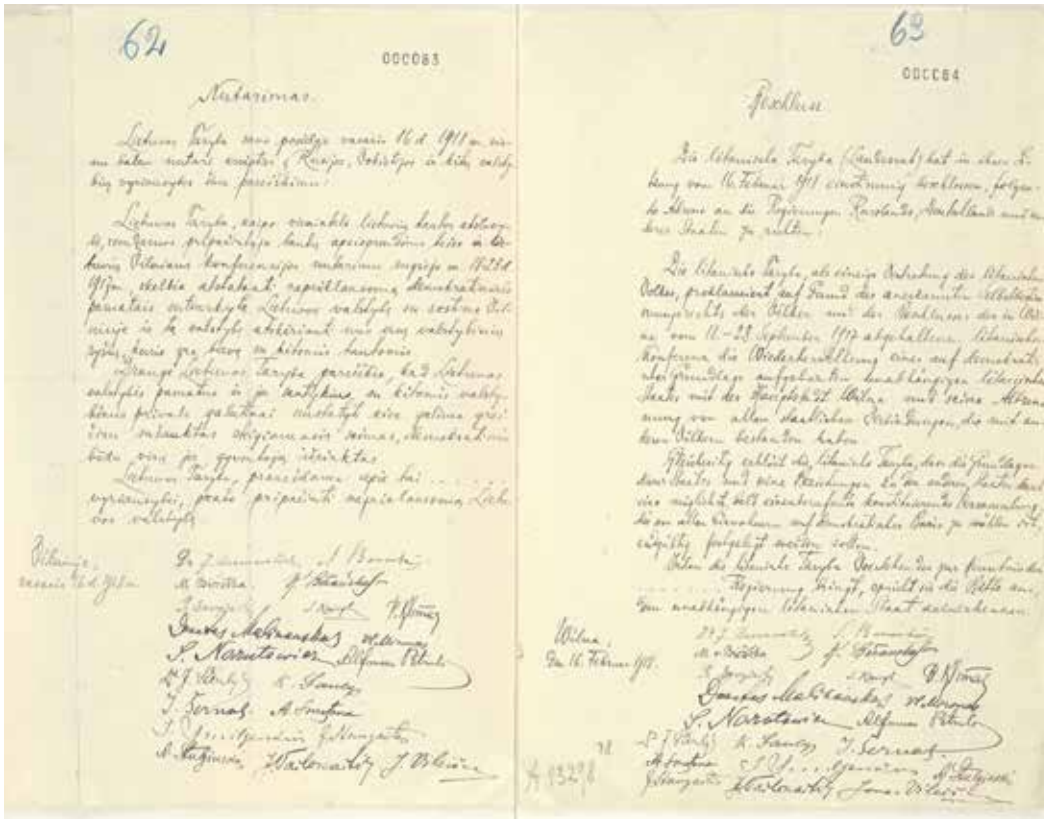
Am 24. Dezember 1917 diskutierte das Gesamtministerium in Dresden die beiden unterschiedlichen Ansätze.¹⁸ Nicht alle Staatsminister befürworteten ein Engagement in Litauen. So regte Kriegsminister Victor von Wilsdorf (1857–1920) an, „ob man nicht die Gelegenheit wahrnehmen solle, bei einer Machterweiterung Preußens und Bayerns zu deren Ausgleich die sächsischen Landesteile in unmittelbarer Nachbarschaft unseres Königreiches an Sachsen wiederum anzugliedern.“ Vitzthum hatte allerdings Bedenken, dass der preußische Landtag einer „Wiederabtretung altsächsischer Gebiete“ zustimmen würde. König Friedrich August III. beendete die Diskussion mit der Anweisung, mit der Reichsleitung „im Sinne der Herbeiführung einer staatsrechtlichen Union zwischen Sachsen und dem Staate Litauen zu verhandeln“. Falls ein sächsischer Prinz für den litauischen Thron infrage komme, bestehe er darauf, dass dieser albertinischer Prinz bleibe und die dieser „Fähigkeit zur Thronfolge im Königreiche Sachsen“ behalte.

In Dresden wurde vereinbart, bei der Obersten Heeresleitung zu erwirken, dass ein sächsischer Offizier in die Verwaltung Litauens berufen werde. Dieser Verwaltungsmann könne einer sächsischen Lösung für Litauen den Weg bereiten. Für diese Aufgabe gewann man den Geheimen Rat Dr. jur. Felix Adolf Wach (1871–1943), Legationsrat im Außenministerium und Rittmeister der Reserve. Er war der Sohn eines der bedeutendsten Juristen des Königreichs Sachsens, des Leipziger Staatsrechtlers Prof. Dr. Adolf Wach (1843–1936), und damit auch Enkel des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy (1809–1847).¹⁹ Reichskanzler Graf Hertling sagte im Januar 1918 zu, sich für eine Berufung Wachs einzusetzen. Doch dann passierte erst einmal nichts.

Widerstände

Die Planspiele gingen davon aus, als stünde die Regelung der litauischen Frage allein den Bundesstaaten und der Reichsregierung zu. Die Litauer wurden nicht befragt. Die Militärbehörden in Ober Ost hatten kein Interesse an einer litauischen Landesvertretung, sondern setzten auf die Gründung eines Marionettenstaates. An den Verhandlungen mit Russland zum Abschluss eines Friedensvertrages nahmen keine litauischen Vertreter teil. Unter dem Eindruck des 14-Punkte-Programms des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom 8. Januar 1918, welches das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ einforderte, erklärte die Taryba am 16. Feb-

Unabhängigkeitserklärung Litauens, verfasst am 16. Februar 1918 in Wilna von Abgeordneten des litauischen Landrats, litauische und deutsche Fassung
 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes



ruar 1918 einseitig die Unabhängigkeit Litauens, freilich ohne eine Aussage über die Staatsform zu treffen.²⁰ Im Hintergrund hatte Matthias Erzberger eine politische Lösung im Blick. Der Württemberger versuchte die Litauer zu überzeugen, eine konstitutionelle Monarchie einzuführen und Wilhelm Herzog von Urach, Graf von Württemberg (1864–1928) zum König zu wählen. Der Katholik gehörte einer Nebenlinie des Hauses Württemberg an, die nicht zur Nachfolge auf dem württembergischen Thron berechtigt war. Sein Name kursierte seit Anfang Februar 1918. So wusste der sächsische Gesandte in Berlin bereits am 21. Februar 1918, dass der Herzog von Urach als Thronkandidat gehandelt werde. Die Litauer hätten eine starke Abneigung gegen das Modell der Personalunion, „da sie befürchten, daß die neue Dynastie sonst nicht Wurzeln im Lande schlagen würde“.

Auch die Oberste Heeresleitung hatte kein Interesse an einem sächsischen Prinzen als Herrscher in Litauen oder an einer Personalunion zwischen Sachsen und Litauen. Diese strebte weiterhin an, den litauischen Thron in Personalunion mit der preußischen Krone zu verbinden. Generalquartiermeister Erich Ludendorff hatte in Besprechungen mit der Reichsleitung am 7. und 18. Dezember 1917 eine Personalunion Kurlands als auch Litauens mit dem Haus Hohenzollern gefordert. Dementsprechend wurden alle Vorstöße der sächsischen Seite von der Obersten Heeresleitung hintertrieben. Geheimrat Wach erhielt keine Kommandierung in den Stab des Oberbefehlshabers Ost, was es unmöglich machte, Kontakte nach Litauen aufzubauen. Fürst Franz-Joseph zu Isenburg-Birstein (1869–1939),

der wegen seiner Strenge verhasste ehemalige Chef der deutschen Militärverwaltung in Litauen, riet bei einem Besuch in Dresden am 11. März 1918 von sächsischen Ansprüchen auf Litauen ab. Vorgesehen sei eine Personalunion mit Preußen „mit zielbewußter Ansiedlung deutscher, katholischer Bevölkerung“. Laut dem Protokoll, das der Außenminister am nächsten Tag anfertigte, sagte König Friedrich August III. zum Cousin seiner geschiedenen Ehefrau: „Angesichts der Schwierigkeiten, die sich einer Personalunion zwischen Sachsen und Litauen entgegenstellten, entschied seine Majestät, daß zunächst an dem Anspruch auf Litauen festzuhalten sei, daß aber der Rückzug auf die Kandidatur eines sächsischen Prinzen für den Livland-Estländischen Thron vorbereitet werde.“²¹ Livland und Estland waren neu ins „Angebot“ gekommen, denn zwischen Januar und März 1917 hatten die deutschen Truppen den Nordteil der russischen Ostseeprovinzen sowie große Teile Weißrusslands und der Ukraine erobert.

Unter diesen Umständen riet Außenminister Vitzthum bei der Sitzung des Gesamtministeriums am 8. April 1918 davon ab, weiterhin eine Personalunion anzustreben. Er legte dar, „daß für die Person des Monarchen die gleichzeitige Regierung zweier so verschiedener und weit abgelegener Staaten zu unendlichen Schwierigkeiten führen muß, umso mehr als auf der einen Seite der Gegensatz zwischen der litauischen und der polnischen Bevölkerung und auf der anderen Seite der Gegensatz zwischen der katholischen Bevölkerung in Litauen und der evangelischen in Sachsen weitere Probleme schafft.“ Eine dynastische Verbindung bringe für

20 Vgl. Dietmar Willoweit: Die litauische Unabhängigkeitserklärung vom 16. Februar 1918 im Schatten deutscher Zukunftsvisionen, in: Annaburger Annalen 28 (2020), S. 39-59.

21 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 289.

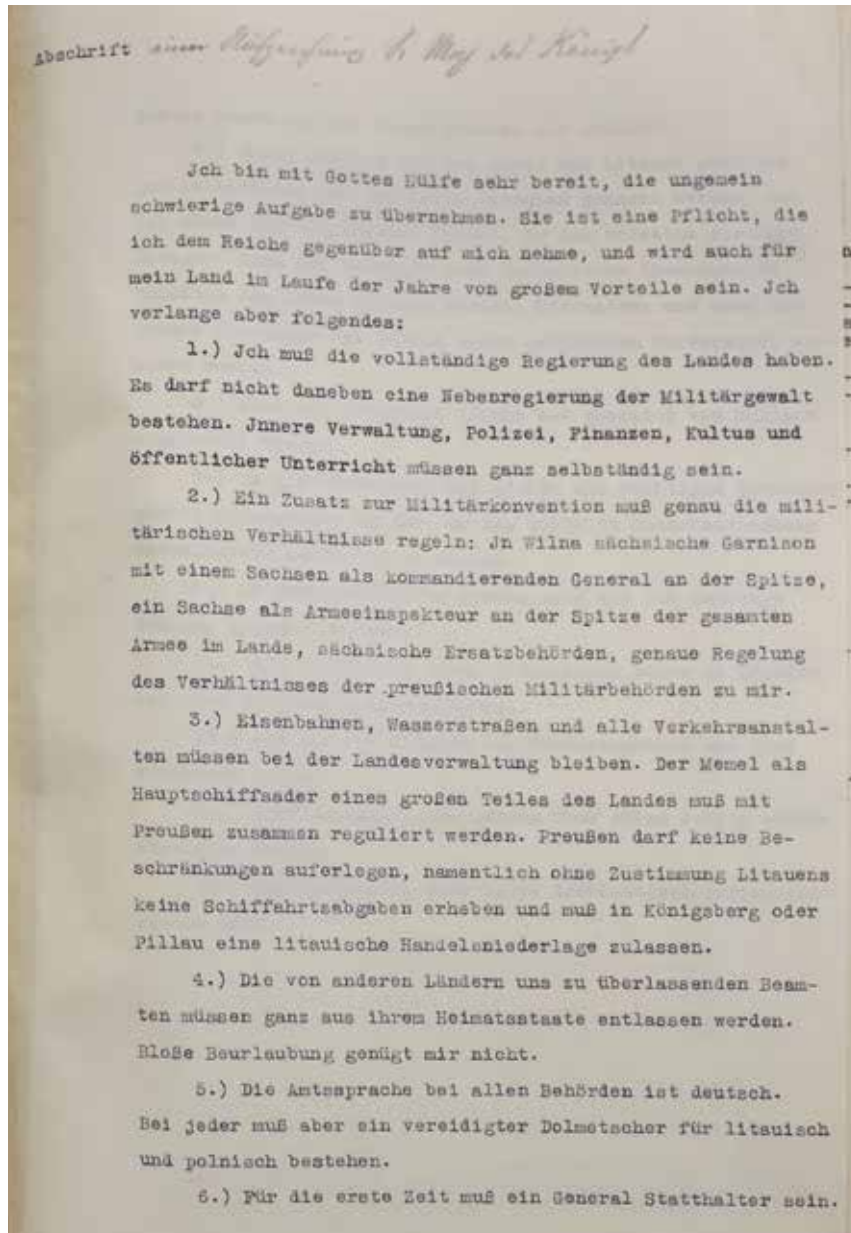
- 22 Bericht vom 19. April 1918, vgl. HStA Dresden, 10851 Ministerium für Finanzen, Nr. 6991.
 23 Vgl. Pommerin 2009 (wie Anm. 3), S. 45.
 24 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 289.

Sachsen eine Stärkung des Ansehens, sonst aber keine Vorteile. Verhandlungen mit den Litauern hätten keinen Sinn, bevor man nicht sicher sei, „Gegenkandidaturen mit Erfolg aus dem Felde zu schlagen“. Es bestünde die Gefahr, dass die Litauer einen sächsischen Prinzen ablehnten. Kultusminister Heinrich Beck (1854–1933), der Vorsitzende des Gesamtministeriums, sprach sich für die Kandidatur eines sächsischen Prinzen in Livland und Estland aus. Der König entschied, man solle über den Fürsten von Isenburg-Birstein mit den Livländern in Kontakt treten und über den Grafen Joachim von Schönburg-Glauchau (1873–1943) mit dem Prälaten Olszewski, um die Stimmungslage in Litauen in Erfahrung zu bringen.

Konstantinas Olšauskas (polnische Namensform Olszewski, in deutschen Texten auch Olschewski) war katholischer Priester und Domherr zu Wilna. Er gehörte der Taryba an und weilte wiederholt zu politischen Gesprächen in Berlin und in der

Schweiz. Olszewski galt als „deutschfreundlich“. Dass man den Grafen Schönburg-Glauchau zu ihm schickte, hatte damit zu tun, dass dieser als einer der prominentesten Katholiken in Sachsen galt. Der Graf traf Olszewski am 18. April 1918 in Berlin und fragte ihn nach seiner Einschätzung einer sächsischen Thronkandidatur für Litauen.²² Olszewski zeigte sich äußerst skeptisch. „Die Hauptgründe, welche er gegen eine Personalunion ins Feld führte“, berichtete Graf von Schönburg-Glauchau, „waren wieder konfessionelle Bedenken. Wenn auch der König katholisch sei, so sei doch das Land in der überwiegenden Mehrheit protestantisch und würde man von dort nicht die Beamten bekommen können, die Litauen wünscht.“ Olszewski machte auch Bedenken geltend, „daß der König von Sachsen in Erinnerung an das 18. Jahrhundert wohl gerne auch König von Polen würde und daß Litauen dann wieder unterdrückt würde.“ Die sächsischen Prinzen seien zu jung und unerfahren. Olszewski hielt den Vorschlag bedenkenswert, den litauischen Thron an den Bruder des sächsischen Königs, Prinz Johann Georg (1869–1938), zu übertragen und dann den zweitgeborenen Königssohn Friedrich Christian (1893–1968) folgen zu lassen. Insgesamt gelang es aber dem Grafen Schönburg nicht, bei Olszewski Begeisterung für eine sächsische Thronkandidatur hervorzurufen.

Bedingungen König Friedrich Augusts III. von Sachsen für die Übernahme des litauischen Throns, 3. Mai 1918
 Hauptstaatsarchiv Dresden



Neue Hoffnungen auf Litauen

Ende April 1918 änderte sich die politische Lage abermals. Russland hatte im Frieden von Brest-Litowsk auf seine Hoheitsrechte in den von den Kriegsgegnern eroberten Gebieten verzichtet. Am 12. April 1918 beschloss der Vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Ösel, der überwiegend aus deutschbaltischen Grundbesitzern bestand, den deutschen Kaiser zu bitten, das Baltische Herzogtum unter den Schutz des Deutschen Reiches zu stellen und eine Personalunion mit der preußischen Krone zu bilden. Die Aussicht auf große Landgewinne im Osten bestärkte die Entscheidungsträger in der Oberen Heeresleitung und in Berlin in der Meinung, dass Preußen damit zufrieden sei und ein Teil der besetzten Gebiete doch an Sachsen abgegeben werden könne. Am 16. April 1918 legten Kaiser Wilhelm II. und Reichskanzler Hertling die künftigen Gebietsgewinne für die deutschen Bundesstaaten fest. Litauen sollte nach ihren Überlegungen ein Herzogtum unter einem sächsischen Prinzen werden.²³ Die Idee, einen sächsischen Prinzen nach Livland und Estland zu entsenden, war damit vom Tisch.

Am 20. April 1918 besucht Kronprinz Georg von Sachsen (1893–1943) den Reichskanzler Graf Hertling und sprach die litauische Frage an. Aus dem Bericht, den der Gesandte Hans von Nostitz verfasste, geht hervor, der Reichskanzler habe gesagt, Preußen sei durch das Baltikum saturiert, so dass den sächsischen Wünschen bezüglich Litauen kein Hindernis entgegenstehe.²⁴ Für den Kaiser komme nur eine Personalunion und keine selbstän-

dige Dynastie in Litauen in Betracht. Damit erledige sich die Thronkandidatur des Herzogs von Urach. Nach einem weiteren Bericht vom 29. April 1918 stimmte das Große Hauptquartier einer Beschäftigung des Geheimen Rates Wach in der Verwaltung des Besatzungsgebietes Ober Ost zu. Der Kronprinz erfuhr am 29. April vom Reichskanzler sowie von dessen Kommissar für Litauen, Robert Graf von Keyserlingk (1866–1959), „daß die Verbindung Litauens mit Sachsen so gut wie entschieden sei“. Am folgenden Tag reiste er ins Hauptquartier nach Spa, um die Angelegenheit mit Generalfeldmarschall von Hindenburg und Generalquartiermeister Ludendorff zu besprechen. Er versprach ihnen: „Sachsen will um der deutschen Sache willen in Personalunion mit Litauen treten. Dieses Land, mit dem Blute aller deutschen Stämme erobert, sollte auch mit Kräften aller deutschen Stämme insbesondere katholischer Konfession aufgebaut werden.“²⁵ Während Hindenburg unverbindlich antwortete, zeigte Ludendorff sein Wohlwollen, äußerte sich aber skeptisch zu einer Ansiedlung Deutscher in Litauen. Die Litauer seien dagegen. Für Ludendorff war es wichtig, dass ein litauischer Staat eine Militärkonvention mit dem Deutschen Reich abschließt, das heißt, kein eigenes Heer schafft, sondern den militärischen Schutz dem Reich überlässt.

Nachdem Kronprinz Georg die Zustimmung der Obersten Heeresleitung und des Reichskanzlers erhalten hatte, besprachen der König und einige seiner Staatsminister in Dresden am 3. Mai 1918 das weitere Vorgehen. Bedingung für eine Personalunion zwischen Sachsen und Polen seien die erfolgreiche Beendigung des Krieges, eine Verständigung mit den übrigen Bundesstaaten, Verhandlungen mit dem Reichstag, Verhandlungen mit „Litauen“ sowie Absprachen mit der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung. König Friedrich August III. trug zu dieser Sitzung „einige von ihm selbst aufgestellte Bemerkungen“ vor.²⁶ Die Bedingungen, die der König äußerte, machten deutlich, dass es zahlreiche Konfliktfelder gab, für die sich keine Lösung abzeichnete. Der König forderte: „Ich muss die vollständige Regierung des Landes haben. Es darf nicht daneben eine Nebenregierung der Militärgewalt bestehen.“ Dies richtete sich gegen die Überlegungen, Litauen zu einem weitgehend abhängigen und durch deutsches Militär kontrollierten Marionettenstaat zu machen. Weiter heißt es: „Die Amtssprache bei allen Behörden ist deutsch. Bei jeder muß aber ein vereidigter Dolmetscher für litauisch und polnisch bestehen.“ Hier setzte man sich klar über das Selbstbestimmungsrecht der Litauer hinweg, die nach dem Ende der russischen Fremdherrschaft ihre eigene Sprache und Kultur pflegen wollten. Mit der folgenden Aussage ging der König auf die Sorge ein, Litauen könne aufgrund des starken polnischen Bevölkerungsanteils von einer polnischen Elite dominiert werden: „Durch Vertrag mit der Kurie muß Litauen ganz und gar selbständig vom Erzbistum Warschau gemacht werden. Das ist eines der wichtigsten Mittel, um das Polentum zurückzudrängen. [...] Auch die orthodoxe Kirche

muß gänzlich von Rußland abgetrennt werden.“ Auch an sich selbst dachte der König: „Ich muß für Litauen ein Residenzschloß und eine Kronrente haben.“ Die letzte Bemerkung, die im Protokoll nicht weiter kommentiert wurde, barg enormen politischen Sprengstoff: „Die Verfassung darf keine demokratisch-parlamentarisch sein.“ In Sachsen galt die Verfassung von 1831, die zwar eine Mitwirkung und Kontrolle des Landtags vorsah, aber dem König starke Rechte beließ, etwa die Einsetzung der Regierung. Zudem gab es in Sachsen kein gleiches Wahlrecht. Nach dem seit 1909 geltenden Pluralwahlrecht hatte jeder Wähler ein bis drei Stimmen. Bei einer Einführung einer demokratischen Verfassung für Litauen mit gleichem Wahlrecht, so befürchtete es offenbar der König, sei eine Demokratisierung und Parlamentarisierung des Königreichs Sachsen nicht mehr zu verhindern.

Der Geheime Rat Dr. Felix Wach wurde nunmehr in die Verwaltung von Ober Ost in Wilna kommandiert. Er hatte kein festes Aufgabengebiet, sondern war faktisch nur Beobachter. Am 4. Mai 1918 erhielt er ausführliche Instruktionen für seine Tätigkeit.²⁷ Sachsen wünsche sich, dass der Rittmeister der Reserve bei der Ausarbeitung der litauischen Verfassung sowie der Militärkonvention beteiligt werde. Er solle mit litauischen Persönlichkeiten in Verbindung treten und sich dafür einsetzen, dass neuzuschaffende oder freiwerdende Stellen in der Verwaltung mit Sachsen besetzt werden oder mit Beamten aus anderen Bundesstaaten, die bereit sind, einem sächsischen Monarchen in Litauen zu dienen. Zudem hatte er darauf hinzuwirken, dass der Generalgouverneur ein sächsischer General sein müsse. Am 26. Juli 1918 veröffentlichte die „Sächsische Staatszeitung“ ein amtliches Stellengesuch, mit dem Personal „für verschiedene Militärämter oder andere Verwaltungsstellen in Litauen“ gesucht wurde.²⁸

Am 7. Mai 1918 traf sich Außenminister Graf Vitzthum von Eckstädt im Dresdner Landtagsgebäude mit dem Präsidenten der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags sowie führenden Abgeordnete der nationalliberalen und konservativen Partei, um ihnen die Pläne der Regierung für Litauen vorzutragen.²⁹ Er teilte mit, dass der Kaiser und die Oberste Heeresleitung die Zustimmung gegeben hätten, dass Litauen mit Sachsen in Personalunion trete. Um die Zustimmung des Landtags zu erhalten, schilderte er das Vorhaben im schönsten Licht: „Der Vorteil des sächsischen Staates, wenn wir die Verbindung Litauens durch eine Personalunion in die Hand bekommen, liege darin, dass wir dort Beamte anstellen können. Dies gebe die Möglichkeit, für unsere Industrie Aufträge zu erhalten. [...] Es sei natürlich ausgeschlossen, juristisch festzulegen, daß Sachsen eine bevorzugte wirtschaftliche Stellung in Litauen zu erhalten habe.“ Eine Germanisierung des Landes sei zunächst nicht vorgesehen: „Die Vormundschaft Sachsens erstrebe lediglich Litauen durch sächsische Intelligenz und sächsisches Kapital zu heben. Wichtig sei vor allem, daß der Gedanke der Kolonisation oder Germanisation noch

25 HStA Dresden, 11250 Sächsischer Militärbevollmächtigter in Berlin, Nr. 73.

26 HStA Dresden, 10717 Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 2119. Vollständiger Abdruck dieser Forderungen in Pommerin 2009 (wie Anm. 3), S. 45 f.

27 HStA Dresden, 10717 Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 2119.

28 Vgl. Rab 2017 (wie Anm. 2), S. 64.

29 Ebenda.

30 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 292; 11250 Sächsischer Militärbevollmächtigter in Berlin, Nr. 74.

31 Ebenda.

32 Vgl. Rab 2017 (wie Anm. 2), S. 34. Die sächsischen Behörden gaben vor, dass es sich gar nicht um eine Regierungsschrift gehandelt habe und versuchten dadurch verborgen, die Litauer zu beruhigen.

33 Klimas (wie Anm. 10), S. 145 f.

34 Vgl. Sergej von Cube: Ein württembergischer Prinz auf dem Thron von Litauen, 1918, in: Annaburger Annalen 8 (2000).

auf absehbare Zeit zurückgestellt werden müsse. Die Litauer würden bald einsehen, daß sie weiter kämen, wenn sie deutsch lernen.“ Die Frage könne nicht in der Öffentlichkeit behandelt werden, weshalb der Außenminister um Diskretion bat. Sozialdemokraten waren nicht zu dieser Unterredung geladen, weil man wohl eine Ablehnung befürchtete.

Luftschlösser

Die Euphorie, die Anfang Mai 1918 in Dresden herrschte, verflog sehr schnell. Dr. Wach bemerkte, dass er in Wilna praktisch keinen Einfluss hatte. Die Militärverwaltung wollte weiterhin die Kontrolle behalten und duldete keine sächsische Einmischung. Der Entwurf einer „Staatsverfassung für das Großfürstentum Litauen“, den die Reichsbehörden im Mai 1918 zur Diskussion vorlegten, enthielt keinen Hinweis auf eine Personalunion mit Sachsen.³⁰ Der von dem Marburger Staatsrechtler Johann Viktor Bredt (1879–1940) ausgearbeitete Entwurf besagt im Paragraph 1: „Das Großfürstentum Litauen bildet einen unabhängigen Staat. Pflege der litauischen nationalen Sitte, Sprache und Religion, Förderung des wirtschaftlichen Aufschwungs aller Klassen sind seine Aufgabe, freie Entwicklung jedes Einzelnen, Beteiligung aller Stände an der Verwaltung und Volksvertretung sind die Mittel, derer er sich bedient.“ Die vollziehende Gewalt solle allein dem Großfürsten übertragen werden, die Gesetzgebung werde durch den Großfürsten und den Landtag ausgeübt. Der Paragraph 25 des Entwurfs besagte: „Die Großfürstenkrone von Litauen wird auf ewige Zeiten verbunden mit der Deutschen Kaiserkrone, der Königskrone von Preußen. Sie ist demgemäß erblich im Mannesstamme des Königlichen Hauses, gemäß der Preußischen Verfassung und den Königlichen Hausgesetzen, nach dem Rechte der Erstgeburt und der agnatischen Linealfolge.“ Auch wenn man annehmen muss, dass Bredt diesen Entwurf im April 1918 erstellt hat, als die Oberste Heeresleitung noch gegen eine sächsische Lösung war, so hätte man doch bei der Diskussion des Entwurfs diesen Passus einfach austauschen können, wenn denn die Reichsleitung eine Personalunion zwischen Sachsen und Litauen ernsthaft angestrebt hätte. Das geschah jedoch nicht. Der Vertreter der sächsischen Interessen in der Verfassungsfrage war Oberregierungsrat Dr. Willibald Apelt (1877–1965) vom Reichsamt des Innern. Der Staatsrechtler und spätere Innenminister Sachsens erklärte den Widerspruch Sachsens sowohl gegen den Paragraphen 1, weil er die verschiedenen Nationalitäten in Litauen nicht berücksichtige, als auch gegen den Paragraphen 25, der aufgrund der vertraulichen Verhandlungen mit der Reichsleitung überholt sei. Aber bei der weiteren Diskussion des Verfassungsentwurfs, an dem sich ausschließlich deutsche Behördenvertreter beteiligten, kam es zu keiner Änderung dieser Verfassungsteile.

Die Mitglieder der Taryba oder andere Vertreter Litauens waren an der Erarbeitung dieser Verfassung gar nicht beteiligt. Das war ein Bruch gegen das

Selbstbestimmungsrecht der Völker, dem der Reichstag zugestimmt hatte. Wäre die Verfassung so eingeführt wurde, wäre es eine aufgezwungene Verfassung gewesen. An dem Entwurf wird deutlich, dass Litauen praktisch ein Nebenland des Deutschen Reiches mit minderen Rechten und unter Kontrolle des deutschen Militärs werden sollte. Die Litauer erfuhren aus deutschen Zeitungen im Ungefähren, dass es Pläne für eine Personalunion mit einer deutschen Monarchie gab. Die litauische Zeitung „Lietuvos Aidas“ berichtete am 25. Mai 1918 darüber und zeigte sich empört. Gegen jede Verbindung Litauens „mit irgend einem deutschen Staate durch eine Personalunion“ gebe es scharfe Ablehnung. Später erfuhr Antanas Smetona, Vorsitzender des Landesrats, durch einen Artikel in der Zeitung „Nowa Reforma“ vom 14. Juni 1918 von der Denkschrift des sächsischen Finanzministers vom Dezember 1917. Er ließ sich diese Schrift über Prälat Olszewski aus Berlin beschaffen. Dr. Wach berichtete aus Wilna, dass sich Smetona bei der deutschen Militärverwaltung über diese Denkschrift, die er der sächsischen Regierung zuordnete, beschwert habe. Litauen solle „wie eine Negerkolonie behandelt werden“.³¹ Von Sachsen erwartete der einflussreiche litauische Politiker seitdem nichts Gutes. Insofern hatte die Denkschrift verheerende Auswirkungen.³² Auch wenn die anderen Vertreter Sachsens wohlwollender als Seydewitz nach Litauen blickten, war auch sie von Ressentiments geprägt. So schrieb Dr. Wach, dass das litauische Volk „auf einer so niedrigen Kulturstufe“ stehe, „daß irgendwelche nennenswerte Mitarbeit bei der Regierung und Verwaltung des Landes von ihm auf lange Zeit nicht erwartet werden kann.“

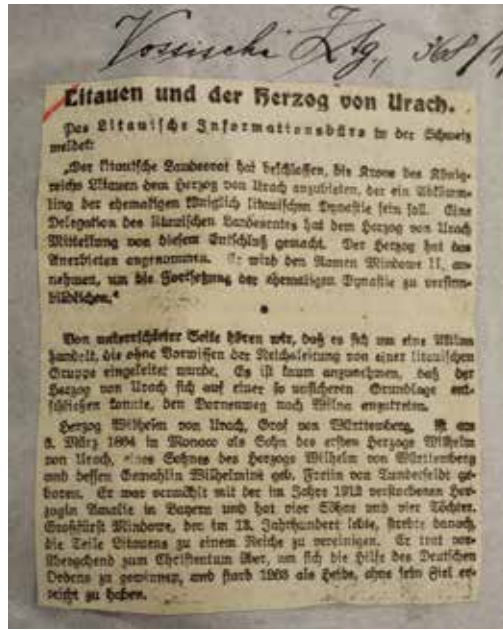
Nicht alle Mitglieder der Taryba sprachen sich für eine Monarchie aus. Sie hatten die Absicht, die Staatsform durch eine verfassungsgebende Versammlung bestimmen zu lassen. Am 4. Juni 1918 beschloss jedoch die Mehrheit des Landesrats, die litauische Krone Herzog Wilhelm von Urach anzutragen. Dabei verlangte die Taryba weitreichende Zusagen. Der König müsse den Namen Mindaugas II. tragen, eine auf demokratischer Grundlage aufgebaute Monarchie anerkennen und die litauische Sprache als offizielle Staats- und Hofsprache akzeptieren.³³ Der Name nahm Bezug auf den ersten litauischen König, Mindaugas, der im 13. Jahrhundert lebte. Nachdem der Herzog von Urach das Angebot am 1. Juli angenommen hatte, wählte die Taryba ihn am 11. Juli zum erblichen König des Königreichs Litauen.³⁴

Die Wahl eines Königs von Litauen ohne Zustimmung des deutschen Kaisers, der Obersten Heeresleitung oder der Besatzungsbehörden war ein Affront gegen die deutsche Besatzungsmacht und ein klares Bekenntnis zu einem unabhängigen Staat. Die deutschen Behörden, die mit diesem Vorpreschen nicht einverstanden waren, setzten den Herzog von Urach unter Druck, die Wahl vorerst nicht anzunehmen. Da es aber nun einmal einen gewählten litauischen Monarchen gab, was auch der deutschen Öffentlichkeit bekannt war, sanken die

Chancen einer sächsischen Thronbewerbung ganz erheblich.

Die Berichte Wachs aus Wilna machten zudem deutlich, dass man zahlreiche Konfliktfelder nicht ausreichend beachtet hatte. Ganz vorn stand die Konfessionsfrage. Das Misstrauen gegenüber dem mehrheitlich evangelisch-lutherischen Sachsen war groß – trotz des katholischen Königshauses. So erläuterte Hans von Nostitz, der Gesandte in Berlin: „Und zwar halten die Litauer anscheinend nicht bloß an dem an sich naheliegenden Wunsch einer eigenen Dynastie fest, sondern hegen ein konfessionell katholisches Mißtrauen gegen unser protestantisches Land [...]“³⁵ Man wurde sich klar, dass Litauen staatsrechtliche Garantien zum Schutz des katholischen Bekenntnisses fordern würde. Das aber hätte erhebliche Rückwirkungen auf Sachsen gehabt, wo die Katholiken noch immer benachteiligt waren. Wollte man die litauische Frage weiter verfolgen, so Nostitz, käme man nicht umhin, die Ausnahme Gesetze gegen die katholische Kirche aufzuheben: „Sachsen wird aufhören müssen, den Anspruch, das geschichtliche Land der Reformation zu sein, durch die Aufrechterhaltung von Ausnahme Gesetzen gegen den Katholizismus zu betätigen, nachdem Seine Majestät der König aller Voraussicht nach gezwungen sein werden, wenigstens auf absehbar Zeit hinaus in Litauen eine ausgesprochen katholische Politik zu betreiben.“ Auch hatte man in Dresden unterschätzt, dass für eine Entsendung von Beamten nach Litauen nur Katholiken infrage gekommen wären. Es gab aber nur wenige Beamte, die sich Litauen entsenden lassen wollten oder dafür vorgeschlagen wurden, und keiner war katholisch. Dr. Wach hatte auf seiner Liste am Ende nur vier Namen. Damit hätte man nie eine litauische Verwaltung im sächsischen Interesse beeinflussen können. Eine Besiedlung Litauens mit evangelischen Sachsen war schon aus konfessionellen Gründen undenkbar. Dr. Wach schrieb dazu: „Die ersten Versuche in dieser Richtung würden sofort die einmütige Opposition der um ihr Volkstum und ihre katholische Religion fürchtenden Litauer hervorheben und damit die Stellung der deutschen Regierung im Lande außerordentlich erschweren.“³⁶

Wie schon dargelegt, waren ähnliche Rückwirkungen auch zu erwarten, wenn Litauen eine demokratische Verfassung mit weitgehenden Rechten des Parlaments erhalte. Es könne nicht sein, so Nostitz, dass Litauen ein parlamentarisches System erhalten, Sachsen aber nicht. Es bestehe Gefahr für die Akzeptanz der Monarchie in der Gesellschaft. Eine weitere Streitfrage waren die Abgrenzung des zukünftigen litauischen Staates und der Anteil der polnischen Bevölkerung. Dr. Wach war der Ansicht, dass man einen litauischen Nationalstaat gründen müsse und dieser nur Gebiet mit litauischer Mehrheit umfassen dürfe. Eine Angliederung Wilnas an Litauen sei für die Entwicklung des Staates schädlich, weil Wilna eine polnische Stadt sei.³⁷ In einer Besprechung in Dresden am 7. September 1918 bekannte Dr. Apelt aus dem Reichsministerium des Innern, dass das Gebiet um Wilna



Bericht der Vossischen Zeitung über das Angebot der litauischen Krone an Herzog Wilhelm von Urach, Juli 1918

abzutreten sei. Nur so könne man eine Polonisierung Litauens verhindern. Auch Graf Vitzthum von Eckstädt sprach sich für einen Verzicht auf Wilna und den Südoststreifen aus. Widerspruch kam von Finanzminister Ernst von Seydewitz: „Gegen die Verkleinerung Litauens sei einzuwenden, dass die Litauer selbst grossen Wert auf ein grosses Litauen legen und insbesondere auch Wilna als Hauptstadt haben wollten.“ In einer anderen Sitzung teilte Vitzthum die Meinung des Königs mit: „Seine Majestät der König stehe auf dem Standpunkt, Wilna sei von sächsischen Truppen erobert worden und müsse deshalb künftig zu Litauen gehören, ausserdem sei es die einzige Grossstadt des Landes. Der König würde sich schwer entschließen können, die Stadt gegen den Willen der Reichsleitung preiszugeben.“

Die politische Lage wie auch die Hindernisse, die sich dem sächsischen Plan entgegenstellten, führten dazu, dass der sächsische Gesandte in Berlin, Hans von Nostitz, und Geheimrat Dr. Felix Wach davon abrieten, die „litauische Frage“ weiter zu verfolgen. Nostitz argumentierte in einer 26-seitigen Abhandlung, die vom 31. August 1918 datiert: „Die Hoffnung [...], daß die Litauer selbst die Personalunion mit Sachsen sozusagen als das kleinere Übel gegenüber der Personalunion mit Preußen ansehen und daher annehmen würden, hat sich, bisher jedenfalls, nicht erfüllt, vielmehr hat die bekannte Wahl des Herzogs durch den Landesrat stattgefunden und damit ein Vorgang, den es mindestens eine erhebliche Schwierigkeit machen wird, wieder aus der Welt zu schaffen.“³⁸ Danach führte er die Gefahren auf, die Sachsen bei einer Verbindung mit Litauen drohten. Das sächsisch-litauische Projekt müsse endgültig fallengelassen werden. Die sächsische Interessensphäre liege „nicht im Osten, sondern in Thüringen und Böhmen“.

Zu einem ähnlichen Schluss kam Dr. Wach in seinem Schreiben, das er am 25. September 1918 an

35 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 291.

36 Bericht vom 18. Juni 1918, vgl. HStA Dresden HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 293.

37 HStA Dresden, 11250 Sächsischer Militärbevollmächtigter in Berlin, Nr. 74.

38 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 74; 12648 Personennachlass Heinrich Gustav von Beck (1857-1933), Nr. 5.

39 Ebenda, Nr. 293.

40 Ebenda, Nr. 292.

41 HStA Dresden, 12648 Personennachlass Heinrich Gustav von Beck (1857-1933), Nr. 5.

42 HStA Dresden, 101717 Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten, Nr. 2119.

43 HStA Dresden, 10851 Ministerium der Finanzen, Nr. 6991.

den sächsischen Außenminister richtete: „Die Angliederung Litauens an Sachsen würde [...] nur in der Form möglich sein, daß Seine Majestät der König die litauische Krone übernimmt, im übrigen aber die litauische Regierung völlige Selbständigkeit erhält.“ Diese Personalunion bringe aber für Sachsen nichts. „Der wichtigste Vorteil, den sich weite Kreise in Sachsen von der Angliederung Litauens versprechen, ist, daß der sächsischen Industrie in großem Umfange Aufträge dadurch zufließen würden, daß bei der wirtschaftlichen Erschließung des Landes der zweifellos große Bedarf desselben an industriellen Erzeugnissen vorwiegend in Sachsen gedeckt wird.“ Dieser Vorteil für die sächsische Industrie bestünde aber nur, wenn man mehrere hundert Beamte katholischer Konfession nach Litauen entsenden könne. Die gebe es aber nicht. Die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen scheitere an der geografischen Entfernung. Auch müsse man mit erheblichen finanziellen Lasten rechnen. Ein litauischer Staat, der in Personalunion mit Sachsen verbunden sei, erwarte von Sachsen Kredite zum Aufbau der Wirtschaft, die man aber gar nicht gewähren könne. Ein Erwerb der litauischen Krone sei ein „zweifelhafter Gewinn für die Krone Sachsens“. Dr. Wach schlug dem Außenminister vor, gegen „Forderungen weitgehender Entschädigungen auf staatsrechtlichem oder wirtschaftlichem Gebiete“ auf Litauen zu verzichten.³⁹

Zu einer anderen Meinung kam Oberregierungsrat Dr. Apelt. Er hielt weiter an der Personalunion fest und glaubte, diese auch in Litauen durchsetzen zu können. „Mit Litauen fertig zu werden, würde für das Reich an sich möglich sein. Insbesondere könnte dies auf dem Wege gelingen, dass der Landesrat aufgelöst und in die neu zu wählende Taryba mit Hilfe der Kreishauptleute nur solche Mitglieder abgeordnet würden, die den deutschen Wünschen gefügig sein würden.“⁴⁰ Auch Finanzminister von Seydewitz sprach sich am 7. September 1918 weiterhin dafür aus, Litauen an Sachsen zu binden. Er plante noch immer eine wirtschaftliche und kulturelle Durchdringung, die zu einer „Eindeutschung“ Litauens führen müsse.⁴¹

Die Vorteile einer Union von Sachsen und Litauen betonte eine Denkschrift, die wohl Anfang Oktober für das Ministerium des Innern erstellt wurde und am 6. Oktober 1918 im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten einging.⁴² Der namentlich nicht genannte Autor kannte offenkundig das Papier von Dr. Wach. Aus dem Text geht hervor, dass er von einem Unternehmer geschrieben wurde, der – als Offizier? – längere Zeit in Litauen verbracht hatte. Litauen müsse in irgendeiner Form an das Deutsche Reich angeschlossen werden. Aus machtpolitischen Gründen müsse man das Selbstbestimmungsrecht der Völker ablehnen. Auch die Taryba können von der sächsischen Lösung überzeugt werden: „Die litauische Taryba nach Dresden eingeladen, mit Land und Leuten, staatlichen Einrichtungen und industriellen Unternehmungen bekannt gemacht, eine Taryba, der die finanzielle Unterstützung zur Hebung des Landes seitens der sächsi-

schen Regierung zugesagt wird, eine Taryba, der zugesichert wird, dass durch sächsische Syndikate Bahnen gebaut werden, die dann vom Staate übernommen werden können, wird über Sachsen ganz anders denken. Wenn sie dann Vergleiche zieht, zwischen der Thronkandidatur eines Herzogs von Urach, der ihnen gar nichts bringt, dessen Thronbesteigung aber zur Folge hat, dass Litauen preussisch wird, und der Schaffung einer Personalunion mit S. M. dem König von Sachsen an der Spitze, wird ihr die Wahl nicht schwer fallen. Ein Land, das wie Litauen Jahrhunderte lang unterdrückt worden ist, ist für die ersten dreissig Jahre gar nicht im Stande, aus eigener Kraft einen Staat zu bilden. Die Anlehnung an einen wohlgeordneten finanzkräftigen Staat, soll das neu zu bildende Staatsgebilde nicht an Mangel an allem verkümmern, wird unbedingt notwendig sein.“ Die Verbindung wäre für die Wirtschaft Litauens von großem Vorteil: „Sachsen wäre meines Erachtens das geeignetste und einzige Land, das Litauen wirtschaftlich in den Sattel heben könnte, denn Sachsen hat als Zuschuss- und Industrieland das dringendste Interesse, ja ein vitales Interesse, mit einem Lande wirtschaftlich verbunden zu sein, aus dem es alles das beziehen kann, was ihm fehlt und wohin es Waren absetzen kann, welche es im Ueberfluss hervorbringt.“ Danach entfaltete der Verfasser ein Wirtschaftsprogramm: „Wir können das Land entwickeln durch Anlegung von Bahnen, Gründung von Viehzüchtereien, Anlegung von Fischzuchtanlagen. Wir können Molkereien und Fabriken zur Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Landes errichten. Brennereien, Holzschleifereien, Papierfabriken, Fabriken für die Textilwarenindustrie können geschaffen werden. Marmeladenfabriken können den grossen Reichtum an Obst verwerten[,] wie sie ja heute schon bestehen. Grosse Handelsgärtnerereien können den ungeheuren Bedarf Deutschlands an Gemüse decken helfen. [...] Hand in Hand mit diesen können Fabriken entstehen, welche für die Bautätigkeit erforderlich sind, zum Beispiel Möbelfabriken etc.“

Das Besatzungsgebiet Ober Ost war im Juli 1918 aufgelöst worden. Im Vorgriff auf die Bildung eines litauischen Staates wurde am 1. August 1918 das Militär-Gouvernement Wilna eingerichtet. Die sächsische Regierung hatte gehofft, dass Dr. Wach zum Verwaltungschef ernannt würde, was aber unterblieb. Reichskanzler Hertling teilte am 3. August 1918 Außenminister Vitzthum mit, dass bei „der entschiedenen und fast einmütigen Ablehnung, der die Personalunion mit Sachsen in Litauen begegnet“, keine Einsetzung eines sächsischen Verwaltungschefs möglich sein.⁴³ Die Oberste Heeresleitung setzte längst wieder auf eine Verbindung der litauischen und preussischen Krone und verweigerte daher dem Herzog von Urach die Zustimmung, den litauischen Thron zu übernehmen.

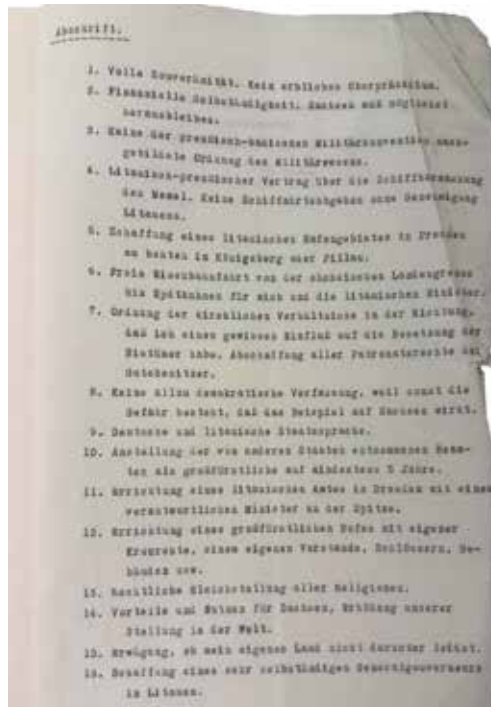
Ungeachtet dessen hielt man in Dresden noch bis zum Beginn des Oktobers 1918 an einer Verbindung mit Litauen fest. Das Gesamtministerium diskutierte auf seiner Sitzung am 2. Oktober 1918 im Beisein des Königs und Kronprinzen die Litauenfrage. Wieder

standen zwei Meinungen im Raum. Vitzthum riet dazu, angesichts der schwierigen Lage abzuwarten, während Seydewitz jeglichen Verzicht auf Litauen zurückwies. Nach dem Protokoll äußerte sich der König selbst.⁴⁴ In völliger Verkennung der politischen und militärischen Lage erklärte er sich bereit, Großfürst von Litauen zu werden: „Allerhöchster werde bereit sein, im Interesse des Reiches die Würde eines Großfürsten von Litauen anzunehmen. Er sei aber sich und dem Lande schuldig, daß die Stellung des Großfürsten keine allzu abhängige sei.“ Der König hatte einen Forderungskatalog aufgestellt, der 18 Punkte umfasste und den er zu Protokoll gab. Demnach verlangte er „volle Souveränität“ und „finanzielle Selbständigkeit“ Litauens. Um den Einfluss Preußens zu begrenzen, dürfe keine Militärkonvention abgeschlossen werden, mit der die litauische Armee ein Teil der preußischen Armee werde. Die Verfassung dürfe nicht zu demokratisch sein, „weil sonst die Gefahr besteht, daß das Beispiel auf Sachsen wirkt“. Der König forderte die „Errichtung eines großfürstlichen Hofes mit eigener Kronrente, in einem eigenen Vorstande, Schlössern, Gebäuden usw.“ Letztlich müsse aber der litauische Landesrat entscheiden, ob er dem König von Sachsen den Thron antrage. So lautete Punkt 17: „Übereinstimmung mit dem Landesrate, Einführung mit Gewalt ausgeschlossen“.

Abgesang

Die deutsche Seite hatte im Frühjahr und Sommer 1918 versucht, durch Offensiven an der Westfront eine Entscheidung zu erzwingen. Die zwischenzeitlich erzielten Geländegewinne täuschten aber darüber hinweg, dass die kämpfenden Truppen erschöpft waren und es an Nachschub mangelte. Demgegenüber verfügten die Alliierten nach dem Kriegseintritt der USA über große Ressourcen. Im Reichsgebiet hatte sich eine Kriegsmüdigkeit breitgemacht. Die Oberste Heeresleitung war schon im August 1918 zur Erkenntnis gelangt, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen war. Um erträgliche Friedensbedingungen erwirken zu können, setzte sie auf demokratische Reformen. Der nach der Entlassung des Grafen Hertling am 3. Oktober 1918 eingesetzte neue Reichskanzler Prinz Max von Baden (1867–1929) versuchte, den Alliierten und der unzufriedenen Bevölkerung durch einen Wandel des Regierungssystems entgegenzukommen. Doch dieser Reformprozess kam viel zu spät.

Im Blick auf einen Waffenstillstand und mögliche Friedensverhandlungen verzichtete die Reichsregierung im Oktober 1918 auf die Errichtung eines Marionettenstaates in Litauen. Wie Gouverneur Carl Franz Adolph von Harbou dem Geheimen Rat Dr. Wach mitteilte, wolle die Reichsleitung die Zukunft des Landes in die Hände der Litauer legen.⁴⁵ Die Staatsform sei völlig unklar. Fest stehe aber, dass jede Personalunion im Osten „völlig aussichtslos“ sei. Unter diesen Umständen stellte Wach die Anwerbung sächsischer Beamter für eine Kommandierung nach Litauen ein. Nostitz schrieb am 7. Oktober 1918 an Graf Vitzthum von Eckstädt, man



müsse schon zufrieden sein, „wenn der Herzog von Urach, und nicht irgendein Prinz der Entente oder die bolschewistische Republik in Litauen sich durchsetzt“.⁴⁶

Letztmals wurde die litauische Frage am 1. November 1918 in Dresden behandelt. Wenige Tage zuvor war aufgrund des immensen Reformdrucks die sächsische Regierung ausgetauscht worden. Innen- und Außenminister Christoph Graf Vitzthum von Eckstädt, der sich weigerte, zurückzutreten, war am 26. Oktober 1918 vom König entlassen worden. Justizminister Dr. Rudolf Heinze (1865–1928) übernahm den Vorsitz des Gesamtministeriums sowie das Außenministerium. Der Gesandte Hans von Nostitz berichtete ihm am 1. November 1918 aus Berlin: „Um für den deutschen Einfluß in Litauen zu retten, was zu retten ist, tritt der Reichskanzler dem Gedanken näher, die Litauer auf die Kandidatur des Herzogs von Urach festzulegen.“⁴⁷ Er bat um Ermächtigung, die sächsische Zustimmung zu dieser Lösung auszusprechen. Eine Antwort erübrigte sich, denn am 2. November 1918 annullierte die Taryba die Wahl des Herzogs von Urach zum litauischen König. In der folgenden Woche wurde eine Regierung gebildet und das dreiköpfige Präsidium des Landesrats zum Präsidenten erklärt. Damit war die Einführung einer republikanischen Verfassung vorgezeichnet. Am 4. April 1919 wählte der Landesrat Antanas Smetona zum ersten Präsidenten der Republik Litauen.

Sachsen wurde durch die Novemberrevolution erschüttert, die am 6. November 1918 ausbrach und am 8. November die größeren Städte erfasste.⁴⁸ König Friedrich August III. flüchtete aus Dresden und erklärte am 13. November seinen Thronverzicht. Der Erste Weltkrieg endete mit der Niederlage des Deutschen Reiches. Damit waren jegliche Pläne für ein sächsisches Litauen obsolet geworden.

Forderungen König Friedrich Augusts III. von Sachsen für die Übernahme des litauischen Throns, 2. Oktober 1918
Hauptstaatsarchiv Dresden

44 HStA Dresden, 12648 Personennachlass Heinrich Gustav von Beck (1857–1933), Nr. 5.

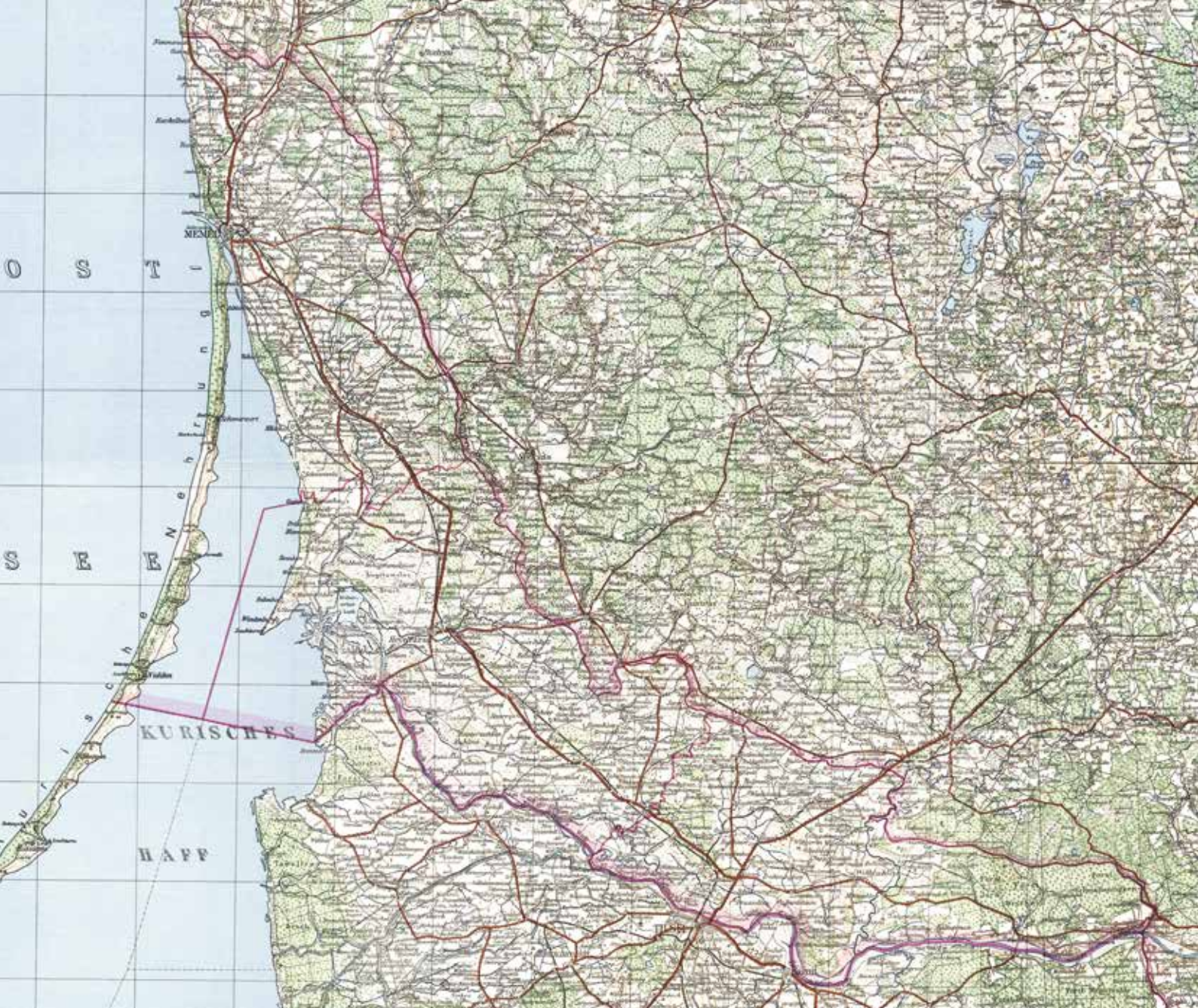
45 Brief Wachs vom 16. Oktober 1918 an Vitzthum, vgl. HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 293.

46 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 291.

47 HStA Dresden, 10719 Sächsische Gesandtschaft in Berlin, Nr. 293.

48 Vgl. Matthias Donath: Die Abdankung des letzten sächsischen Königs am 13. November 1918, in: Sächsische Heimatblätter 66 (2020), Heft 4, S. 380–390.

Autor
Dr. Matthias Donath
Herausgeber der
„Sächsischen Heimatblätter“



Memelländer und Litauendeutsche in Sachsen

Lars-Arne Dannenberg und Matthias Donath

Karte des Memellands, 1968
© Bundesamt für Kartographie
und Geodäsie

Durch die Verwerfungen des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen wurde Sachsen zur neuen Heimat tausender Menschen aus jenen Gebieten, die heute die Republik Litauen bilden. Ihre Geschichte ist über Jahrzehnte hinweg nie erzählt worden. In der DDR war nur beschönigend von „Umsiedlern“ die Rede, eine Beschäftigung mit der alten Heimat oder eine Vernetzung der Betroffenen war aus politischen Gründen verboten. Hinzu kam, dass die Memelländer über ganz Sachsen verteilt wurden, vorwiegend im ländlichen Raum, so dass es keine regionalen Verdichtungen gab und eine Gruppen-

bildung unmöglich wurde. Auch im kirchlichen Raum bildete sich die Eigenart der Memelländer nicht ab, denn sie waren evangelische Christen und wurden sofort in die bestehenden evangelisch-lutherischen Kirchgemeinden Sachsens integriert. Was ist das Memelland überhaupt?¹ Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs gab es diesen Begriff nicht. Es handelt sich also nicht um eine historische geografische Bezeichnung. Gemeint ist der nördliche Teil der Provinz Ostpreußen, der gemäß Paragraph 99 des Versailler Vertrags, unterzeichnet am 28. Juni 1919, vom Deutschen Reich getrennt wur-

de. Deutschland verzichtete zugunsten der „alliierten und assoziierten Hauptmächte“ auf den Teil Ostpreußens nördlich des Flusses Memel, der damit zum Grenzfluss wurde. Eine Begründung ist im Versailler Vertrag nicht angegeben. Die Siegermächte beriefen sich aber darauf, dass eine vermeintliche Mehrheit der Einwohner dieses Gebiets litauisch sprach. Dazu hatte man sich auf von der litauischen Unabhängigkeitsbewegung erstellte Karten gestützt. Eine Angliederung an den neugegründeten litauischen Staat war jedoch im Versailler Vertrag nicht vorgesehen. Offenbar wollten die Siegermächte des Ersten Weltkriegs erst einmal abwarten, wie sich die politische Lage im Osten des früheren Zarenreichs entwickeln würde. Frankreich zielte mit der Abtrennung des nördlichen Ostpreußens auf eine Schwächung des Deutschen Reichs und ggf. einen Konflikt herbeiführen an der nordöstlichen Reichsgrenze. Zudem übernahm die Siegermacht Frankreich gleich selbst die Hoheit über das Memelgebiet. Mit Inkrafttreten des Versailler Vertrags am 10. Januar 1920 wurde das Gebiet von französischen Truppen besetzt und unter französische Verwaltung gestellt. Formal handelte es sich bei dem Memelgebiet um ein Kondominium der Siegermächte des Ersten Weltkriegs.²

Historisch gesehen bildete das Memelland den nördlichsten Teil des Deutschordensstaats. Die 1422 festgelegte Grenze zwischen dem Großfürstentum Litauen und dem Deutschen Orden war eine der ältesten kontinuierlich bestehenden Grenzlinien Europas. Große Teile des Deutschordenslands waren jedoch dünn oder gar nicht besiedelt. Das traf besonders auf die „Große Wildnis“ im Norden und Osten zu, die erst spät kolonisiert wurde. Ab dem 15. Jahrhundert wanderten hier litauische Siedler ein, die Dörfer und Städte gründeten. Damals bestand die Stadt Memel (Klaipėda) bereits. Sie war 1253 unter Mitwirkung Dortmunder Kaufleute neben einer Burg gegründet worden, die im Jahr zuvor der Livländische Orden erobert hatte.³ Der Name „Memele castrum“ (Memelburg) leitet sich davon ab, dass man irrtümlich annahm, die nahe Einmündung des Frischen Haffs in die Ostsee sei die Mündung des Flusses Memel. Während die Stadt Memel über Jahrhunderte ausschließlich deutsch geprägt war, lebten im Umland Bauern mit litauischer Muttersprache. Nachdem Albrecht von Preußen (1490–1568), der letzte Hochmeister des Deutschen Ordens, 1525 das Deutschordensland in das Herzogtum Preußen umwandelte und die Reformation einführte, setzte sich in seinem Herrschaftsgebiet der lutherische Glaube durch. Preußen wurde nachhaltig durch die evangelisch-lutherische Konfession geprägt. Auch die Bewohner polnischer und litauischer Sprache waren Lutheraner. Dort, wo sie in der Mehrheit waren, feierte man die Gottesdienste in polnischer bzw. litauischer Sprache. Durch die Reformation wurde das Litauische zur Schriftsprache. Der erste Druck in Litauisch war der Katechismus Martin Luthers, der 1547 in Königsberg gedruckt wurde.



Memel, Blick auf die Kirche St. Johannis, vor 1945

Das litauische Sprachgebiet Ostpreußens reichte weit über das Memelland hinaus. Es entsprach in etwa dem 1808 eingerichteten Regierungsbezirk Gumbinnen (russ. Gussew, lit. Gumbinė), der auch als „Regierung in Litthauen“ bezeichnet wurde. Man sprach auch von Preußisch-Litauen oder Kleinlitauen. Als Zentrum Preußisch-Litauens galt Tilsit (russ. Sowjetsk, lit. Tilžė). Im 18. Jahrhundert verlief die Südgrenze des litauischen Sprachgebiets in etwa dort, wo sich heute die Grenze zwischen dem Kaliningrader Gebiet und Polen befindet. Später verschob sie sich weiter nach Norden, was verschiedene Gründe hatte, etwa die Abwanderung zahlreicher Ostpreußen litauischer Sprache aus ihrer armen, bäuerlich geprägten Heimat in andere Teile Preußens und die fortschreitende Akkulturation und Assimilation der Litauischsprachigen. Ausschlaggebend war auch die flächendeckende Einführung deutschen Schulunterrichts ab 1871. Lediglich der Religionsunterricht durfte weiterhin in Litauisch erteilt werden. 1910 gaben 114.000 Einwohner der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen an, Litauisch als Muttersprache zu sprechen. Das entsprach etwa einem Zehntel der Bevölkerung. Ungefähr die Hälfte der preußischen Litauer lebte nördlich der Memel.

Die preußischen Litauer galten als loyale Untertanen des preußischen Königs. An der litauischen Nationalbewegung nahmen sie überwiegend keinen Anteil. Von den Litauern im Zarenreich, die Katholiken waren, unterschieden sie sich durch ihr evangelisches Bekenntnis und auch durch ihre lange kulturelle und soziale Verwurzelung in Preußen. In Preußen-Litauen, das weiter entwickelt war als das litauische Siedlungsgebiet in Russland, blickte man eher abschätzig auf die Litauer jenseits der Grenze, die als „Szameiten“ bezeichnet wurden. Noch im März 1923 urteilte eine Kommission des Völkerbundes: „Die Ostgrenze des Memelgebietes, die frühere deutsch-russische Grenze, stellt eine wirkliche Scheidung ohne Übergang zwischen verschiedenen Zivilisationen dar. Mindest-

- 1 Der vorliegende Beitrag folgt v. a. Hermann Pölkling: *Das Memelland. Wo Deutschland einst zu Ende war. Ein historischer Reisebegleiter*, Berlin 2012; Ruth Kibelka: *Memelland. Fünf Jahrzehnte Nachkriegsgeschichte*, Berlin 2002; Manfred Klein: *Die versäumte Chance zweier Kulturen. Zum deutsch-litauischen Gegensatz im Memelgebiet*, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte. Neue Folge 2 (1993), Heft 2, S. 317-359; Karl-Heinz Ruffmann: *Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit. Erinnerungen eines Memelländers*, Überlegungen eines Historikers, 2. Aufl. Lüneburg 1991. – Auf einen detaillierten Quellennachweis wurde verzichtet.
- 2 Ernst-Albrecht Plieg: *Das Memelland 1920-1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat*, Würzburg 1962, v. a. S. 12 ff.
- 3 Vgl. Wolfgang Stribny: *Memel 1252 – 1945. Die Geschichte der Stadt Memel von der Gründung bis ins 20. Jahrh.*, in: *Annaburger Annalen* 11 (2003), S. 9-23.
- 4 Zitiert nach Gilbert H. Gornig: *Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung*, Bonn 1991, S. 179.



Bericht über die Besetzung des Memellands durch Litauen, Leipziger Tageblatt, 16. Januar 1923

tens ein Jahrhundert trennt sie voneinander. Es ist eine richtige Grenze zwischen Ost und West, zwischen Europa und Asien. Ein großer Teil der Litauer memelländischen Stammes fürchtet sich vor dem Anschluss an Litauen.“⁴

Nur ein kleiner Teil der preußischen Litauer identifizierte sich mit der litauischen Nation. Am 30. November 1918 forderten zwei Dutzend Intellektuelle im „Akt von Tilsit“ die Angliederung Kleinlitauens an Litauen. Sie vertraten aber nur eine kleine Minderheit. Wortführer der litauischen Nationalisten waren der Lehrer Wilhelm Storost (1868–1953) aus Jonatė (Jonaičiai) im Kreis Heydekrug (Šilutė), der sich den Kunstnamen „Vydūnas“ gegeben hatte, und der evangelische Pfarrer Wilhelm Gaigal (1870–1945). Das Manifest war weitgehend wirkungslos, wurde jedoch später als Begründung für eine Abtrennung des Memellandes und die Besetzung durch Litauen 1923 herangezogen.

Das 1920 gebildete alliierte Kondominium Memelland umfasste das Gebiet zwischen der Memel bzw. dem südlichen Mündungsarm des Memeldeltas, Skirwieth, und der Nordgrenze der preußischen Provinz Ostpreußen. Dieses Gebiet umschloss die ostpreußischen Kreise Memel und Heydekrug sowie den Nordteil der Kreise Tilsit und Ragnit (russ. Neman, lit. Ragainė), aus welchem 1922 der Kreis Pogėgiai (Pogėgiai) gebildet wurde. Die Kurische Nehrung teilte man etwa in Höhe der Memelmündung zwischen den Dörfern Rossiten (russ. Rybatschi) und Nidden (lit. Nida). Das künstlich geschaffene Gebiet war 140 Kilometer lang und bis zu 20 Kilometer breit. Auf den

2.656 Quadratkilometern lebten rund 140.000 Menschen. Die einzige Stadt war Memel. Nach der Volkszählung von 1925 bezeichneten sich 43,5 Prozent als Deutsche, 28,2 Prozent als „Memelländer“ und 27,7 Prozent als Litauer. „Memelländer“ war eine neugeschaffene Kategorie für die Einheimischen, die sich nicht zwischen beiden Seiten entscheiden konnten oder wollten. Die litauischen Behörden rechneten Memelländer und Litauer zusammen und leiteten davon eine litauische Mehrheit ab. Tatsächlich betrachteten sich die meist zweisprachigen „Memelländer“ als „Kulturdeutsche“, was sich darin äußerte, dass sie deutsche und nicht litauische Parteien wählten und deutschen Vereinen angehörten. Die litauischen Nationalisten waren eindeutig in der Minderheit.

Das Memelland führte eine eigene Flagge: gelb-rot mit dem Memeler Stadtwappen in der oberen Ecke. Diese Flagge mit den Memeler Stadtfarben wurde überwiegend nur in Memel gehisst. Außerhalb der Stadt verwendeten die Memelländer eine Flagge in den Farben grün-weiß-rot, was zugleich die Tilsiter Stadtfarben waren.

Ab dem 9. Januar 1923 besetzten rund 1.000 bewaffnete Litauer im Handstreich das Memelland und die Stadt Memel.⁵ Die litauische Seite gab das als Revolte kleinlitauischer Aufständischer aus, die den Anschluss an Litauen erzwingen wollten. Die Aktion war jedoch von der litauischen Regierung geplant und inszeniert. Man setzte reguläre Streitkräfte und Freiwillige ein, die sich als memelländische Aufständische tarnten. Am 19. Januar 1923 verließen die wenigen französischen Truppen und Verwaltungskräfte das Land und überließen es der Litauischen Republik. Unklar ist, ob die deutsche Regierung möglicherweise von der Aktion gewusst und sie stillschweigend gebilligt hat, da eine litauische Besetzung des Memellandes aus deutscher Sicht vorteilhafter schien, als eine dauerhafte Präsenz französischer Truppen im Osten des Reichs oder gar eine Besetzung des Memellands durch Polen, was durchaus im Bereich des Möglichen lag. Litauen gewann durch diese Besetzung nicht nur einen neuen Landesteil, sondern auch einen größeren Ostseezugang mit einem Überseehafen. Das historische Litauen war nämlich ein reines Binnenland und hatte keinen Zugang zur Ostsee. Als sich 1918/19 der litauische Staat bildete, handelte er mit der benachbarten Republik Lettland die Übergabe eines schmalen Küstenstreifens mit dem Hafenort Polangen (Palanga) nördlich von Memel aus. Aber erst die Besetzung Memels machte Litauen zu einem echten Ostseestaat. Tatsächlich wird dieses Ereignis bis heute im nationalen Gedächtnis gefeiert. Die Besetzung des Memelgebiets wurde auch mit dem Verlust des Gebiets um Wilna (Vilnius), das 1920 vom Polen besetzt und dem polnischen Staat angegliedert worden war, begründet und gewissermaßen als Kompensation dafür betrachtet.

Und auch von den Siegermächten des Ersten Weltkriegs wurde die litauische Besetzung des Memellands rasch anerkannt, vor denen Litauen ge-

5 Vgl. zu diesem angeblichen „Aufstand“ Vasilijus Safronovas: Der Anschluss des Memelgebietes an Litauen. Die Tilsiter Akte und der „Aufstand“ als Symbole des Legitimationsmythos, in: Annaburger Annalen 17 (2009), S. 5–49.

schickt argumentierte, es habe sich um einen „Aufstand“ Einheimischer gehandelt, die eine Vereinigung mit Litauen gefordert hätten. Die Memelkonvention vom April 1924 versprach dem Memelland eine Autonomie innerhalb Litauens. Durch die Annexion verloren die Memelländer ihre deutsche Staatsbürgerschaft und wurden in staatsrechtlicher Hinsicht nunmehr Litauer. Die Behörden setzten eine durchgreifende Lituanisierung durch, indem die Mark durch die litauische Währung Litas ersetzt wurde, die Personennamen in einer litauischen Variante geschrieben werden mussten und nur noch litauische Orts- und Straßennamen zugelassen waren. Ziel der litauischen Verwaltung war es, jegliche kulturelle Anknüpfung nach Deutschland zu unterbinden und den Landesteil fest in den litauischen Staat zu integrieren. Ab 1926 war die Republik Litauen faktisch eine Diktatur. Präsident Antanas Smetona (1874–1944) hatte das Kriegsrecht verhängt und damit das Parlament ausgeschaltet. Zugleich wurde die Autonomie des Memellands aufgehoben, auch wenn es formal gemäß der 1925 erlassenen Memelkonvention einen eigenen Memelländischen Landtag gab. 1925, 1927, 1930, 1932, 1935 und 1938 fanden Wahlen zum Landtag des Memellands statt. Die deutschen Parteien hatten im Landtag eine dominierende Mehrheit, was deutlich für die Stimmungslage in diesen Jahren spricht. 1935 schlossen sich die deutschen Parteien zur Memelländischen Einheitsliste zusammen. Diese erreichte 1935 81,2 Prozent und 1938 87,2 Prozent der Stimmen. Auch Einwohner litauischer Muttersprache hatten jeweils für das deutsche Parteienbündnis gestimmt. Die stärkste Organisation der Memeldeutschen war der Memelländische Kulturbund. Diesem Dachverband verschiedenster Vereine gehörte ein Drittel der Bevölkerung an! Die große Mehrheit der Memelländer wünschte sich einen Anschluss an das Deutsche Reich oder zumindest eine echte und nicht nur auf dem Papier stehende Autonomie.

Die nationalsozialistische Ideologie verbreitete sich seit Ende der 1920er Jahre auch im Memelland. Da eine Betätigung der NSDAP nicht erlaubt war, entstanden zwei konkurrierende Parteien mit nationalsozialistischem Hintergrund. Diese wurden 1934 aufgrund des in Litauen geltenden Kriegsrechts verboten. Die innen- und außenpolitischen Erfolge Hitlers führten dazu, dass immer mehr Memelländer dem NS-Staat zuneigten und der Antisemitismus immer stärker um sich griff. Das nationalsozialistische Regime in Deutschland verzichtete zunächst auf Forderungen und Provokationen gegenüber Litauen. Adolf Hitler (1889–1945) bezeichnete die Abtretung des Sudetenlandes am 26. September 1938 ausdrücklich als letzte Revisionsforderung. Die Lage änderte sich zu Beginn des Jahres 1939, als Hitler einen möglichen Angriff auf Polen in den Blick nahm. Am 15. März 1939 besetzte die Wehrmacht die „Rest-Tschechei“, was bedeutete, dass die Tschechoslowakei zerschlagen und dem deutschen Machtbe-



Litauische Propaganda-Postkarte zur Vereinigung des Memellands mit der Republik Litauen, 1923

reich angegliedert wurde. Wenige Tage später, am 20. März, forderte Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop (1893–1946) die litauische Regierung in einem Ultimatum zur „freundschaftlichen Rückgabe“ des Memelgebiets auf. Dabei stand die unausgesprochene Drohung im Raum, dass auch der litauische Staat zerschlagen werden könne. Um das zu verhindern, beugte sich die litauische Regierung der Erpressung und stimmte am 22. März 1939 der Abtretung des Memellands an Deutschland zu. Der deutsch-litauische Staatsvertrag, der die Rückgliederung regelte, wurde am 30. März vom litauischen Seimas einstimmig angenommen. Der Vertrag regelte auch, dass Litauen für 99 Jahre eine Freihafenzone in Memel erhielt. Schon am 23. März hatte die litauische Armee mit ihrem Abzug begonnen. Ebenso flüchtete die jüdische Bevölkerung Memels ins litauische Kernland, da sie antisemitische Verfolgungen wie im Reichsgebiet befürchtete. Die Memelländer, die am 30. Juli 1924 litauische Staatsangehörige geworden waren, erhielten ihre deutsche Staatsbürgerschaft zurück. Wer die litauische Staatsbürgerschaft behalten wollte, konnte dafür optieren, musste aber dann nach Litauen ausreisen. Das Memelgebiet wurde wieder in die preußische Provinz Ostpreußen eingegliedert. Umgehend galt wieder das Reichsrecht, und entlang der alten Reichsgrenze wurden Grenzstationen zu Litauen eingerichtet.

Die Rückgliederung des Memellands war der letzte außenpolitische Erfolg Hitlers vor Beginn des Zweiten Weltkriegs. Dieser von Deutschland ausgelöste Vernichtungskrieg erschütterte auch das Memelland und führte letztlich zum Untergang des alten Ostpreußen. Im Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 hatten die deutsche und sowjetische Seite eine Aufteilung ihrer Machtbereiche vorgenommen. Demnach sollten Litauen und das Gebiet um Wilna zur deutschen Interessensphäre gehören. Nach dem Einmarsch in Polen änderten

beide Seiten diese Abgrenzung. Während das Deutsche Reich einen größeren Teil Polens erhielt, wurde Litauen der sowjetischen Seite zugesprochen.⁶ So besetzte die Sowjetunion am 15. Juni 1940 die Republik Litauen und erzwang ihre Umwandlung in eine Sowjetrepublik. Als im Juni 1941 der Angriff auf die Sowjetunion begann, der den 1939 vereinbarten Nichtangriffspakt brach, wurde Litauen von der Wehrmacht besetzt.

Nach der Schlacht von Stalingrad hatte sich die militärische Lage gewandelt. Die Rote Armee warf die Wehrmacht zurück und drang immer weiter nach Westen vor. Im Sommer 1944 kamen die Sowjets in die Nähe der Reichsgrenze. Memel, die östliche Stadt des Reichs, war unmittelbar bedroht. Daher ordneten die deutschen Behörden am 30. Juli 1944 eine Zwangsevakuierung der Hafenstadt und am 1. August auch ihres Umlands an.⁷ Die frühzeitige Räumung Memels war eine der wenigen Fälle, in denen Hitler einer Evakuierung ins Hinterland bzw. Reichsgebiet zustimmte. Die Behörden zogen ins Landesinnere Ostpreußens um und nahmen dabei auch ihre Akten mit. So wurden Kreisverwaltung und Finanzamt Memel nach Braunsberg (Braniewo) umquartiert. Die Bewohner Memels wurden mit Schiffen nach Labiau (Pollesk) gebracht, wo für einen Weitertransport Anschluss an das Eisenbahnnetz bestand. Die Einwohner der Dörfer zogen in Trecks über Tilsit nach Süden. Das Vieh und der meiste Hausrat blieben zurück, die Erntearbeiten wurden unterbrochen.

Der befürchtete Angriff der Roten Armee blieb allerdings aus. Der sowjetische Vormarsch kam 50 bis 70 Kilometer nordöstlich der Grenze des Memellands noch einmal zum Stehen. Da nichts passierte, kehrten viele Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurück. So waren bis Ende August 1944 rund drei Viertel der Bevölkerung des Kreises Heydekrug zurückgekehrt. Die Bauern brachten ihre Ernte ein. Während der trügerischen Ruhe arbeiteten die Kreisverwaltungen und Kreisbauernführer Evakuierungspläne aus, denn mit einer längerfristigen Abwehr der Sowjets war nicht zu rechnen.

Die Offensive der 1. Baltischen Front begann am 5. Oktober 1944.⁸ In drei großen Säulen stießen die Sowjets auf das Memelland vor, um der in Kurland stehenden Heeresgruppe Nord einen Rückzug nach Ostpreußen unmöglich zu machen. Noch am gleichen Tag erreichten sowjetische Einheiten bei Laugszargen (Lauksargiai) erstmals die Reichsgrenze. Auf Anordnung der NSDAP-Gauleitung Ostpreußens wurde am 7. Oktober der Räumungsbefehl für die Stadt Memel und die Kreise Memel, Heydekrug und Tilsit-Ragnit erteilt. Er galt für Frauen und Kinder sowie Männer über 60 Jahre. Innerhalb von drei Tagen mussten alle Bewohner ihre Orte verlassen haben. Die in den Dörfern lebenden Memelländer packten Wagen mit Hausrat, bildeten Trecks oder liefen zu Fuß in Richtung der Tilsiter Memelbrücke, der einzigen Flussbrücke ins Innere Ostpreußens, während die Einwohner

Memels vorwiegend mit Schiffen evakuiert wurden. Auf den Bahnhöfen in Ostpreußen standen Viehwaggons bereit, die die Flüchtlinge samt Gepäck aufnahmen. Eisenbahntransporte brachten die Memelländer ins Reichsinnere. Diese Räumung wurde beschönigend als „Umquartierung“ oder „Evakuierung“ bezeichnet.

Bislang sind keine Befehle oder Anweisungen bekannt, die darauf deuten, dass es zielgerichtete Planungen zur Unterbringung der Memelländer im Reichsgebiet gegeben hätte. Der Aktenüberlieferung in den sächsischen Archiven ist aber zu entnehmen, dass Sachsen das Hauptaufnahmegebiet für die Evakuierten war. Sachsen bot sich als Evakuierungsziel an, denn diese Region war weit von der östlichen Reichsgrenze entfernt und bisher nur wenig vom Krieg beeinträchtigt worden. Die Behörden gingen davon aus, dass die Aufnahme der Memelländer bei einer flächendeckenden, kleinräumigen Verteilung der Flüchtlinge keine größere Belastung für Sachsen darstelle. Die Eisenbahntransporte wurden in die Kreisstädte gelenkt, wo eine Verteilung auf die Städte und Dörfer des jeweiligen Kreisgebiets erfolgte. Dabei hatte jede Gemeinde bis zu 20 Flüchtlinge aufzunehmen. Die Bürgermeister der Städte und Gemeinden waren für die Einquartierung zuständig.

Aus einigen Kreisen liegen genaue Zahlen vor. Im Kreis Borna erfolgte die Verteilung am 13. Oktober 1944.⁹ Sie geschah so, dass Bewohner des gleichen Dorfes oder der gleichen Straße möglichst zusammenblieben. Die Gemeinde Neukieritzsch nahm zwölf Flüchtlinge auf, davon vier Bewohner aus dem Haus Willi-Bertuleit-Straße 8 in Memel und zwei aus der Willi-Bertuleit-Straße 5. Die Bewohner der Weidendammstraße in Memel fanden Zuflucht in Crumbach bei Hainichen. Bauernfamilien aus Jugnaten (Juknaičiai) wurde in Stöntzsch bei Borna aufgenommen. Reichsstatthalter Martin Mutschmann (1879–1947) forderte am 25. Oktober 1944 alle Landräte, Polizeipräsidenten und Oberbürgermeister in Sachsen auf, „die nach Sachsen umquartierten Frauen und Kinder aus den Kreisen Memel und Heydekrug zu erfassen und zu veranlassen, daß diese Volksgenossen sich unverzüglich unter Angabe des Namens, Vornamens, der Herkunftsgemeinde und des derzeitigen Aufenthaltsortes bei der Auskunftsstelle des Landrats des Landkreises Memel in Braunsberg (Kreissparkasse) und der Auskunftsstelle des Landrats Heydekrug in Pr. Eylau melden“.¹⁰ Der Landrat von Borna erstellte diese Liste am 29. November 1944 nach Abfrage in allen Gemeinden. Er meldete 129 Evakuierte aus dem Kreis Memel und 23 aus dem Kreis Heydekrug. Eine Gesamtübersicht mit Meldungen aus allen Landkreisen liegt nicht vor.¹¹

Wie Flucht und „Umquartierung“ abliefen, zeigt der Erlebnisbericht, den Maria Jagsteidt, geboren 1931 in Kischken (Kiškiai) im Kreis Heydekrug, verfasste.¹² Anfang August 1944 verließ sie mit ihrer Familie, darunter Mutter und Großmutter, ihr Heimatdorf in einem Treck, weil sich die Front gefährlich genähert hatte: „Mutter kutscherte, mein

6 Vgl. Claudia Weber: Der Pakt. Stalin, Hitler und die Geschichte einer mörderischen Allianz, München 2019.

7 Vgl. Pölking (wie Anm. 1), S. 344 ff.

8 Vgl. Pölking (wie Anm. 1), S. 348 ff.

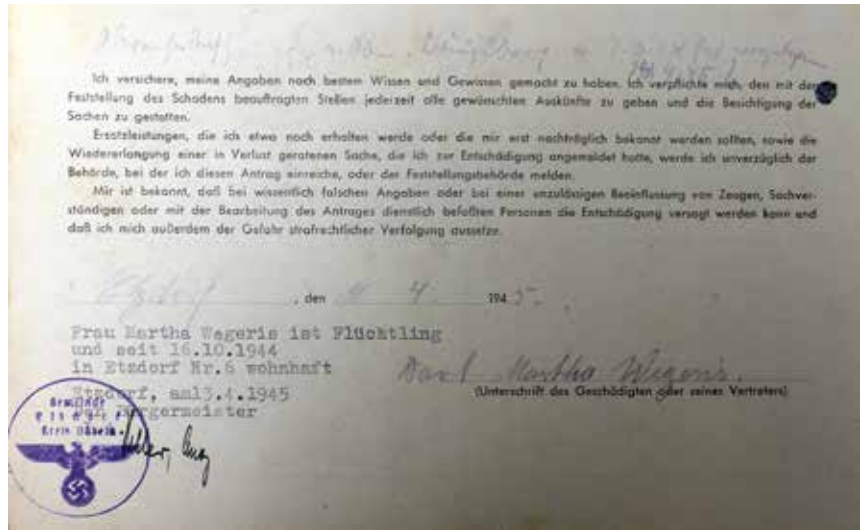
9 Vgl. Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20025 Amtshauptmannschaft Borna, Nr. 496.

10 Ebenda.

11 Möglicherweise sind die diesbezüglichen Akten des Reichsstatthalters von der sowjetischen Besatzungsmacht erbeutet worden, deren „Repatriierungsoffiziere“ die Memelländer zur Rückkehr in die Heimat bewegen wollten.

12 Thomas Kretschmann: Hainichen. Zeitzeugen-Berichte & Dokumente 1930–1950. Die vergessenen Schicksale, Naziterror – Krieg – Flucht, Dresden 2008, S. 181–184.

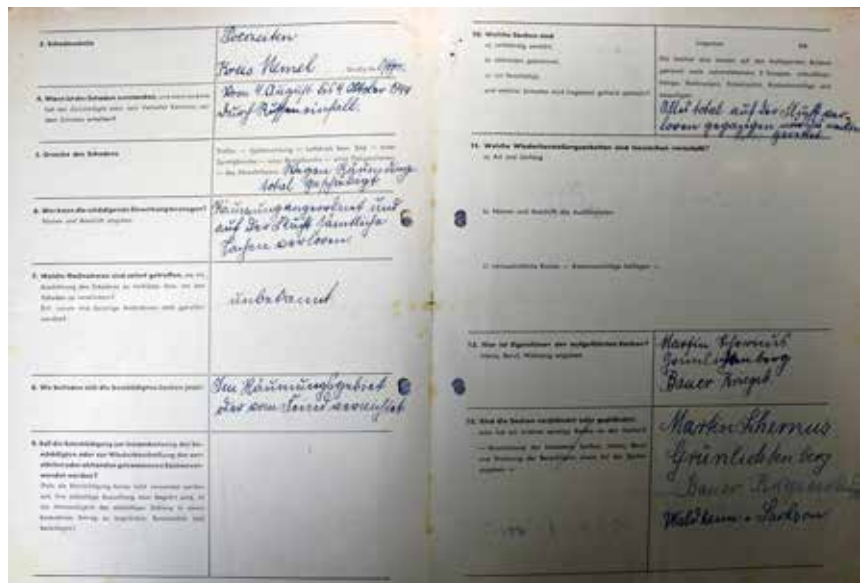
Bruder und ich saßen auf dem Wagen mit den Säcken oder liefen neben dem Wagen her. Unser Weg führte über Heydekrug nach Ruß, dort über den Grenzfluss Skirwieth, über den eine Notbrücke gebaut worden war, nach Brionischken und durch die Elchniederung in den Kreis Labiau. Das war der kürzeste Weg, um nach Ostpreußen zu gelangen. [...] Wir wurden mit einigen Familien in einem Dorf, dessen Namen ich heute nicht mehr weiß, bereits erwartet.“ Als die Front zum Stillstand kam, kehrte die Familie noch einmal nach Kischken zurück. „Dann hörten wir plötzlich wieder in der Ferne Kanonendonner und der Bürgermeister gab am nächsten Tag, es war wohl ein Sonnabend, erneut Befehl, die Heimat zu verlassen. Die meisten hatten es nicht eilig. Denn beim ersten Mal kam der Russe ja auch nicht. So blieben auch wir mit dem gepackten Wagen zurück.“ Am folgenden Montag – es war der 9. Oktober 1944 – durchbrach jedoch die Rote Armee die Frontlinie bei Heydekrug. Die Bewohner der umliegenden Dörfer flüchteten unter feindlichem Beschuss. Familie Jagsteidt schlug sich durch den Wald ins nahe Kirchdorf Kinten (Kintai) durch, wo Verwandte lebten, von dort ging es weiter in das Fischerdorf Minge (Minè) am Kurischen Haff. „Alles war voller Flüchtlinge und die Fähre gab es nicht mehr. Am Abend sahen wir in Richtung unserer Heimat einen feuerroten Himmel und das Kanonen-Donnern rückte immer näher. [...] Am nächsten Tag hieß es, dass ein Dampfer kommen soll. Am späten Nachmittag kam er dann tatsächlich und jeder versuchte, so viel Gepäck wie möglich von seinem Wagen auf den Dampfer zu schaffen. Über Nacht blieb der Dampfer noch in dem nach dem Fluss benannten Dorf Minge. Wir Kinder schliefen auf den Säcken. Am nächsten Morgen – es war Freitag, der 13. Oktober 1944 – wurden wir mit dem Dampfer nach Labiau, einer kleinen Stadt am Ende des Kurischen Haffs, gebracht. Es war ein strahlender sonniger Tag und wir konnten Gott nur danken, dass die Russen den Dampfer – es müssen mehrere gewesen sein – nicht bombardiert haben. Beim Abladen sind einige Gepäcksäcke über Bord gegangen und ins Wasser gefallen. Es standen Pferdewagen bereit, die uns mit unseren Sachen zum Bahnhof brachten. Mit einem Sonderzug, der aus Viehwaggons bestand – wir waren etwa 30 Leute in unserem Waggon – setzten wir uns am Freitagabend in Richtung Königsberg in Bewegung. Wir wussten nicht, wohin es genau geht. Doch wir waren froh und dankbar, der Front und den Russen entkommen zu sein. [...] Der Zug hielt immer etwas außerhalb der Bahnhöfe. Die Bahndämme wurden als Toiletten benutzt. Verpflegt wurden wir an den Haltestellen mit Nudelsuppe und Tee. Unser Zug endete am 15. Oktober 1944 zunächst in Döbeln, wo wir aus den Viehwaggons in Personenwagen umsteigen durften und dann weiter nach Hainichen fuhren.“ In Hainichen brachte man die Flüchtlinge zunächst im Saal des Gasthofs „Goldener Löwe“ unter, bevor sie dann noch am gleichen Tag auf die umliegen-



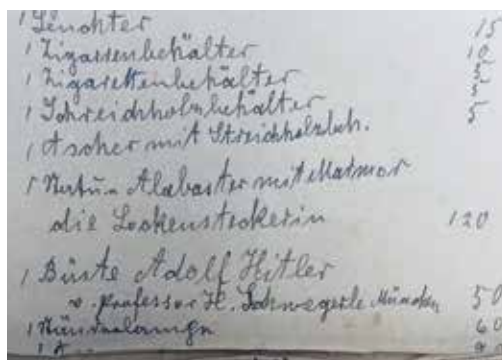
den Dörfer verteilt wurden. Zehn Personen, darunter Familie Jagsteidt, wurden noch am Tag der Ankunft nach Mobendorf gebracht. „Man brachte uns alle erst einmal in die Gaststätte von Albert Richter, in der ich dann Jahre später den Konsum leiten sollte. Das war unsere erste Anlaufstelle in Mobendorf. Die Verwaltung hat dann etwa zwei Stunden gebraucht, bis für alle Flüchtlinge Wohnungen gefunden waren. Die Bauern, die größere Wirtschaften hatten, mussten Flüchtlinge aufnehmen. Mutter, mein Bruder und ich kamen zum Bauern Helmut Berger. Dort hatten wir zwei Zimmer. [...] Meine Großmutter kam zu Schlenkrichs. Bei Milda Bellmann kann eine alleinstehende Frau Jagst unter, bei Fritz Berger noch eine Frau Kojelus mit zwei Kindern und bei Gertrud Müller noch eine alleinstehende Frau Karalus.“ Letztere starb am Tag nach der Ankunft in Mobendorf an einer Lungenentzündung. Bis zum Kriegsende waren Verwaltung und Bürokratie in Sachsen uneingeschränkt funktionsfähig. Die „umquartierten und abgewanderten Personen“ mussten eine „Fl-Abreisebescheinigung für be-

Schadensmeldung von Martha und Karl Wegeris aus Memel, Große Wasserstraße 20, seit Oktober 1944 als Flüchtlinge in Eitzdorf bei Roßwein

Schadensmeldung von Martin Schermus aus Pöszeiten, seit Oktober 1944 in Grünlichten-berg, 8. Dezember 1944



Schadensmeldung des Kaufmanns
Max Gugath, 27. November 1944



Eisenbahnfahrkarte, mit der die
aus Dawillen (Dovilai) geflüchtete
Anna Potzies über Labiau
nach Waldheim in Sachsen reiste



hördlich angeordnete Umquartierung“ ausfüllen. Diese Fl- (= Flüchtlings) Bescheinigung enthielt mehrere Durchschriften, die an verschiedene Verwaltungsstellen gingen. Lebensmittelkarten gab es nur, wenn die Meldung beim Einwohnermeldeamt, Arbeitsamt und Wehrmeldeamt eingetroffen war. Zugleich konnten die Betroffenen auf einem gesonderten Formular eine Schadensmeldung mit „Antrag auf Entschädigung nach der Kriegsschadenssachverordnung vom 30. 11. 1940 für einen Sachschaden an Hausrat, Kleidung und dergl.“ abgeben. Mehrere dieser Schadenserfassungen haben sich erhalten, sie stammen von Memelländern, die zwischen dem 13. und dem 17. Oktober 1944 in den Kreis Döbeln umgesiedelt wurden.¹³ Die Geschädigten führten in Listen den verlorenen Hausrat, landwirtschaftliches Inventar und andere Vermögenswerte auf und gaben eine „eidesstattliche Erklärung über Schädigung“ ab. Die Landratsämter hatten diese Schadensmeldung zu prüfen und taten das akribisch. So fragte der Landrat in Döbeln beim Finanzamt Memel nach, das nach Braunsberg in Ostpreußen evakuiert war, ob denn die Meldung des Bauern Martin Schernus aus Pöszeiten (Pėžaičiai) stimmen könne. Das Finanzamt bestätigte am 12. Januar 1945, dass der Geschädigte eine Landwirtschaft von 9,44 Hektar im Einheitswert von 4.560 Reichsmark besessen hatte. Der Familie wurden daraufhin 200 Reichsmark Räumungsgeld ausgezahlt.¹⁴ Wie man an diesem Beispiel sieht, gab es keine Entschädigung, sondern nur eine Ersthilfe für notwendige Anschaffungen. Was und wieviel benötigt wurde, war genau zu begründen. Der höchsten Auszahlungsbetrag, der in den Akten des Landratsamtes Döbeln belegt ist, waren 1.500 Reichsmark. Diese erhielt der Kaufmann Max Gu-

gath, der in der Weidendammstraße 7 in Memel gelebt und eine Gärtnerei betrieben hatte und nun nach Crumbach bei Hainichen umquartiert worden war. Das verlorene Vermögen hatte einen Wert von 15.600 Reichsmark. Zu den Verlusten zählte er auch eine Adolf-Hitler-Büste des Münchner Bildhauers Hans Schwegerle (1882–1950).¹⁵ Die Witwe Auguste Röske ebenfalls aus der Weidendammstraße 7 in Memel beantragte am 2. März 1945 eine Entschädigung, um ihr Haus nach Kriegsende wieder instandzusetzen.¹⁶

Die Verfahren liefen noch bis Mai 1945 in akkurater und geregelter Form weiter. Helene Naujoks aus Memel, Börsenstraße 5a, die am 8. Oktober 1944 mit ihren vier Kindern ihre Heimatstadt verlassen hatte und seit ihrer Evakuierung in Ottendorf bei Hainichen lebte, hatte laut Bescheid des Landrates Döbeln vom 30. April 1945 einen Anspruch auf 200 Reichsmark Familienunterhalt, die ab dem 2. Mai 1945 in der Gemeinde Ottendorf ausbezahlt werden. Da die Rote Armee am 7. Mai Hainichen und Umgebung besetzte, kam das Geld nie zur Auszahlung.¹⁷

Das Memelland wurde – mit Ausnahme der Stadt Memel – bis zum 19. Oktober 1944 von der Roten Armee besetzt. Im weitgehend menschenleeren Memel hatten sich deutsche Einheiten verschanzt, die einen Verteidigungsring um die „Festung Memel“ anlegten. Die sowjetischen Angreifer beschossen die Stadt mit Artillerie und warfen Bomben ab. Nach Tagen erbitterter Kämpfe, die die Stadt in ein Trümmerfeld verwandelten, verzichtete die Rote Armee zunächst auf eine Einnahme der Stadt. Die Front verlief über mehrere Wochen ungefähr entlang des Flusses Memel. Jedoch begannen die sowjetischen Truppen am 13. Januar 1945 einen Großangriff auf Ostpreußen. Da Memel nicht mehr zu halten war, befahl Hitler am 22. Januar 1945 die Räumung des Brückenkopfes Memel. Als die Rote Armee am 28. Januar in das Stadtzentrum vorstieß, fand sie in den Trümmern angeblich nur sechs Bewohner vor. Andere Angaben sprechen von 23 in Memel verbliebenen Zivilpersonen.

In den Dörfern des Memellands hatten sich jeweils mehrere Einwohner der Evakuierung verweigert. Diese erlebten Plünderungen und Vergewaltigungen. Die Höfe wurden beschlagnahmt und seit Anfang 1945 an Neusiedler aus dem litauischen Binnenland vergeben, die entweder freiwillig gekommen oder angeworben worden waren. Dabei galt der Beschluss des Obersten Sowjets der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik vom 30. August 1944, dass das ganze Vermögen an den Staat falle, wenn der Eigentümer nicht innerhalb eines Monats nach der Befreiung des Gebiets zurückkehrte. Das Memelland wurde als Bestandteil der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik gewertet und damit der Grenzverlauf wiederhergestellt, wie er bis März 1939 bestanden hatte – nur mit dem Unterschied, dass das litauische Memelland nicht mehr an Deutschland grenzte, sondern an Russland. Der Nordteil Ostpreußens war von der Sowjetunion annektiert worden.

13 Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20026 Amtshauptmannschaft Döbeln, Nr. 6319, 6325, 6329, 6333, 6337, 6341, 6342, 6345, 6346, 6347, 6348, 6349, 6357, 6359, 6362, 6365, 6367, 6370, 6371, 6372, 6379, 6381, 6383, 6400, 6407, 6420.
 14 Ebenda, Nr. 6370.
 15 Ebenda, Nr. 6319.
 16 Ebenda, Nr. 6367.
 17 Ebenda, Nr. 6337.

Sofort nach Kriegsende warb die sowjetische Besatzungsmacht in ihrem Besatzungsgebiet um die „Repatriierung“ der Memelländer.¹⁸ Man betrachtete sie als Litauer und wollte sie als Arbeitskräfte für Sowjetlitauen und damit auch für die Sowjetunion gewinnen. In der Not der Nachkriegszeit entschieden sich vor allem Bauern zur Rückkehr, weil sie hofften, ihre eigenen Höfe wieder bewirtschaften zu können. Im Sommer 1945 konnte sich keiner vorstellen, was es bedeutete, in der Sowjetunion mit ihrem repressiven politischen System zu leben. Die erste Rückkehrwelle im Sommer 1945 ebte bald ab. 1948 reisten nochmals zahlreiche Memelländer in ihre Heimat, weil Repatriierungsoffiziere ihnen versprochen hatten, dass Memelländer, die sich als Litauer bezeichneten, rückwirkend zum 28. Januar 1945 die sowjetische Staatsangehörigkeit erlangen könnten, was für sie Rechtssicherheit bedeute. Zwischen 1945 und 1948 kehrten etwa 8.000, nach Ruth Leiserowitz sogar über 10.000 Memelländer¹⁹ ins nunmehr litauische Memelland zurück, wo sie auf Zuwanderer aus Litauen und anderen Teilen der Sowjetunion trafen.

Manchmal wurde diese Rückkehr auch erpresst. Klaus Peter Paul Grudzinskas (eigentlich Grudzinski), seit 2016 Vorsitzender des Vereins der Deutschen in Klaipėda, erinnert sich: „Wir waren im Oktober 1944 nach Aue in Sachsen gebracht worden. Dort ging ich auch zur Schule. 1947 wurden wir zur Rückkehr aufgefordert. Es hieß, mein Vater, der sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft befinde, werde nur freigelassen, wenn wir uns zur Repatriierung bereiterklären. Daher hat meine Mutter eingewilligt. Ende 1947 haben wir Aue verlassen, Anfang 1948 kamen wir in Klaipėda an.“²⁰ Die Mehrheit der geflüchteten Memelländer entschied sich jedoch, nicht in die Sowjetunion zu gehen. Wie schwer manchen die Entscheidung fiel, berichtet Maria Jagsteid: „Es muss 1947 oder 1948 gewesen sein, als im Döbelner Anzeiger der Aufruf veröffentlicht wurde, dass sich alle Memelländer beim Landratsamt melden müssen und ins Memelland zurückfahren sollen. Wir waren hin und her gerissen und wussten nicht, was wir tun sollten. Hier hatten wir nur wenig zu essen. In der Heimat hingegen gab es genug Land, um etwas anzubauen. Auch die Tante, die zu Hause geblieben war und mit der wir inzwischen Briefkontakt hatten, schrieb, dass wir heimkommen sollen. Wir könnten ja bei ihr wohnen. Doch die Tante ahnte ja nicht, dass sie kurze Zeit später selbst mit ihrem Sohn und den Eltern nach Sibirien deportiert würde. Mutter wollte gern heim. Ich hatte mich dann aber doch entschieden, hier zu bleiben und nicht zu den Russen zu fahren.“²¹

Eine Zwangsrepatriierung fand nicht statt. Somit wurden die Memelländer anders behandelt als die litauischen, lettischen und estnischen Staatsbürger sowie die Russlanddeutschen, die es in die sowjetische Besatzungszone verschlagen hatten.²² Diese erhielten – auch gegen ihren Willen – die sowjeti-

sche Staatsbürgerschaft und wurden mit Eisenbahntransporten in die Sowjetunion gebracht. Die Einheimischen, die für die Sowjetunion optierten, durften zwar wieder in ihre Heimat, erhielten aber ihr Eigentum nicht wieder zurück.²³ Sie mussten in den neugebildeten Sowchosen und Kolchosen arbeiten oder kamen beim Wiederaufbau der Hafenanlagen Klaipėdas zum Einsatz. In der Öffentlichkeit durfte nur die litauische Sprache verwendet werden. Deutsch konnte man allenfalls heimlich in der Familie sprechen. In amtlichen Papieren durfte als Nationalität nicht „deutsch“ angegeben werden. Eine Alternative zur Angabe, man sei Litauer, war es, in der entsprechenden Zeile einen Strich zu machen. Ab 1948 wurden nicht wenige Familien nach Sibirien deportiert – wie auch viele Litauer, die sich der Sowjetisierung verweigerten, Widerstand leisteten oder einfach der stalinistischen Willkür ausgesetzt waren. Man schätzt, dass zwischen 1948 und 1952 zwischen 18.000 bis 20.000 Bewohner des Memellands, Neusiedler wie Einheimische, nach Sibirien deportiert wurden.

Nach der Reise Konrad Adenauers nach Moskau 1955 und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion begannen Gespräche über die Repatriierung von Deutschen, die noch in der Sowjetunion zurückgehalten wurden. Dies bezog sich auf Deutsche, die zum 1. September 1939 die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hatten. Aufgrund dieses Stichtags waren auch Memelländer berechtigt, einen Antrag auf Ausreise zu stellen. Die Ausreisemöglichkeit verbreitete sich in Windeseile. Nahezu alle Memelländer mit deutscher Identität stellten einen Ausreiseantrag, um den harten Lebensbedingungen in der Sowjetunion zu entkommen. Darunter befanden sich auch Familien, die nach 1945 einer Repatriierung in die Sowjetunion zugestimmt hatten. Nicht allen wurde die Ausreise erlaubt. Klaus Peter Paul Grundzins-



18 Vgl. Kibelka (wie Anm. 1), S. 34-37.

19 Vgl. Kibelka (wie Anm. 1), S. 85.

20 Interview am 26. Juli 2021.

21 Kretschmann (wie Anm. 11), S. 187.

22 Vgl. die namentliche Erfassung von lettischen, estnischen und litauischen Staatsangehörigen im Kreis Borna, siehe Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, 20231 Kreistag/Kreisrat Borna, Nr. 1250.

23 Zur Wiederbesiedlung des Memellands vgl. Kibelka (wie Anm. 1), S. 39-62.

Eva Szobries aus Kischken, seit Oktober 1944 in Mobendorf bei Hainichen, 1950er Jahre

- 24 Interview am 26. Juli 2021.
- 25 Zu den Hintergründen der Ausreisewelle vgl. Kibelka (wie Anm. 1), S.63-106. Zu den Zahlen der Ausreisenden ebenda, S. 103.
- 26 Kretschmann (wie Anm. 11), S. 185.
- 27 Günter Uschtrin: Wo liegt Coadjuthen? Die Geschichte eines ostpreußischen Kirchspiels im ehemaligen Memelland, Berlin 2011.

kas erzählt: „Meine Eltern beantragten sechsmal die Ausreise. Immer wieder wurde der Antrag abgelehnt. Es hieß, wir hätten uns 1947 freiwillig für die sowjetische Staatsbürgerschaft entschieden und könnten diese nicht wieder ablegen.“²⁴ Zwischen 1956 und 1960 reisten 5.701 Memelländer in die Bundesrepublik Deutschland aus. 453 erhielten eine Genehmigung zur Ausreise in die DDR. Rund 5.000 bis 6.000 Memelländer blieben in Litauen.²⁵

Die Memelländer, die nach Sachsen ausgesiedelt worden waren und dort blieben, teilten das Los der vielen anderen Flüchtlinge und Vertriebenen. Die Einheimischen blickten oft abschätzig auf die mittellosen „Umsiedler“. Davon berichtet auch Maria Jagsteidt: „Uns Kindern ist das Eingewöhnen in der neuen Heimat nicht ganz so schwer gefallen wie den Erwachsenen. Wir waren die ersten deutschen Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen mussten. Mehrmals hat meine Mutter zu hören bekommen: ‚Was wollt ihr denn in dem armen Sachsen? Konntet doch dort bleiben. Wir sind ja auch nicht geflüchtet.‘ Es war bitter, das zu hören, obwohl man lieber heute als morgen in die Heimat zurück gefahren wäre.“²⁶

Ein Beispiel für die Memelländer, die in der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR blieben, ist Reinhard Gerullis, der in Limbach-Oberfrohna wohnt. Er wurde 1944 in Altweide geboren, einer bäuerlichen Streusiedlung, die nach Coadjuthen (Katyčiai) gepfarrt war. Seine Familie besaß dort seit mehreren Generationen einen Bauernhof am östlichen Dorfe. Altweide gibt es heute nicht mehr. Die Reste sind nach Coadjuthen eingemeindet, einem kleinen Marktflecken an der äußersten nordöstlichen Grenze des Memellands, wo auch die Pfarrkirche stand.²⁷ Das evangelische Kirchspiel Coadjuthen war infolge der Reformation 1574 gegründet worden. Es versorgte ein großes Einzugsgebiet, darunter

auch die evangelischen, meist deutschstämmigen Einwohner Samogitiens, wie das angrenzende litauische bzw. nach der Teilung Polens 1795 russische Staatsgebiet genannt wurde, dessen Bevölkerung überwiegend katholisch war.

Bereits im Juli/August 1944 wurde das gesamte Dorf evakuiert. Vater Friedrich Gerullis war zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend. Ihm war nach einer Verwundung zu Beginn des Zweiten Weltkrieges der rechte Arm amputiert worden, so dass er zunächst als kriegsuntauglich galt. Dennoch war er nach Pillau (Baltijsk) kommandiert worden, um dort als eine Art Frontberichterstatte Fotoaufnahmen anzufertigen. Also begab sich die Mutter Frieda Gerullis mit ihren zwei kleinen Söhnen und der Großmutter allein auf die Flucht. Ziel war zunächst Hohenbruch, wie Lauknen (Gromowo) seit 1938 hieß. Von dort begaben sich einige Frauen im September 1944 noch einmal zurück nach Altweide, um den Hof zu bestellen und die Ernte einzufahren. Ihren späteren Berichten zufolge waren mehrere Kühe aufgrund der vollen Euter verendet. Von Hohenbruch zog Familie Gerullis weiter nach Heiligenbeil (Mamonowo). Den Berichten zufolge war es schwer unterwegs Lebensmittel zu beschaffen, insbesondere Milch für den Säugling. Die Frauen gingen betteln und mussten sich den Bauern sogar für körpernahe Dienstleistungen hingeben. Schließlich wurde erst ein Pferd requiriert, dann auch das zweite, so dass die Flucht zu Fuß und mit dem nötigsten in zwei Koffern weiterging. Angekommen in Heiligenbeil, fuhren dort noch im Dezember 1944 einige Züge westwärts. An den Bahnsteigen herrschte großes Gedränge, sodass man in den erstbesten Zug einstieg, bei dem die Familie auseinandergerissen wurde. Die Großtante landete in Oldenburg, die Großmutter in München-Haar, während Frieda Gerullis mit ihren Söhnen am 21. Dezember 1944 in Limbach-Oberfrohna ankam. Dort wurden die Flüchtlinge von Rotkreuzschwestern empfangen. Mehrere Bauern aus den umliegenden Dörfern, wie Rusdorf, Niederfrohna oder Pleisa, waren gekommen, um die Flüchtlinge aufzunehmen. Familie Gerullis wurde beim „Schlossbauern“ in Pleisa einquartiert. Im Januar 1945 kam Friedrich Gerullis nach, der als Invalide auf dem Gemeindeamt Arbeit erhielt. Als die Amerikaner Pleisa einnahmen, erhielt er den Befehl, den Volkssturm zu entwaffnen, was als einarmiger Invalide keine leichte Aufgabe war. Schließlich wurde das Gebiet um Limbach-Oberfrohna von den Amerikanern geräumt und der sowjetischen Militäradministration übergeben. Familie Gerullis hat dann noch mehrere Ortswechsel erlebt. Zunächst zog sie zur Familie Berthold in das Niederdorf Pleisa, wo sie ein größeres Zimmer erhielt, dann im Herbst 1946 in ein geräumigeres Zimmer im Haus der Familie Rudolph und schließlich im September 1947 in eine Dreizimmerwohnung in einer eigens für Flüchtlinge errichteten Baracke in Limbach. Jetzt erst war man irgendwie in Sachsen angekommen.

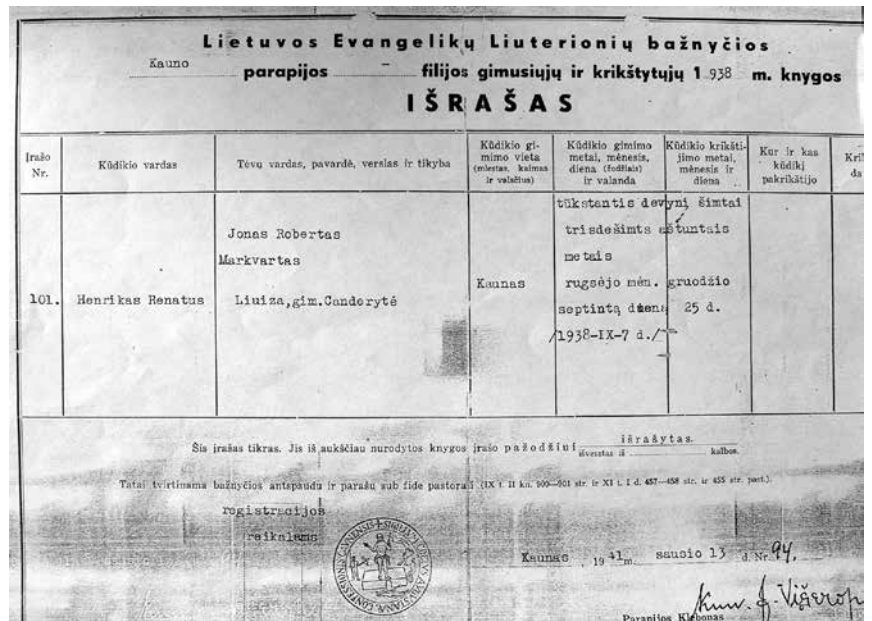
Heiratsurkunde von Friedrich Wilhelm Gerullis und Frieda Elsbeth Käthe Müller, ausgestellt am 2. Oktober 1938 in Coadjuthen in deutscher Sprache unter Verwendung eines zweisprachigen Formulars



Nach Sachsen kamen nicht nur Memelländer, sondern auch Litauendeutsche, wie das Schicksal der Familie Marquardt beweist. Die größeren Städte Litauens, darunter Kaunas und Wilna, hatten seit dem späten Mittelalter einen kleinen deutschen Bevölkerungsanteil.²⁸ In den Städten siedelten vorwiegend Kaufleute. Dass auch im ländlichen Raum Litauens ethnische Deutsche anzutreffen waren, resultierte aus mehreren Einwanderungswellen von Bauern, die vor allem aus Ostpreußen ins Nachbarland kamen.²⁹ Deutsche siedelte etwa in und um Russisch-Krottingen (Kretinga), Tauroggen (Tauragė) und Georgenburg (Jubarkas) nahe der Grenze zu Ostpreußen. 1897 wurden in Russisch-Litauen rund 47.000 Deutsche gezählt, die vorwiegend evangelisch-lutherischer Konfession waren. Die Volkszählung der Republik Litauen im Jahr 1925 erfasste 29.231 Deutsche außerhalb des Memellands, was 1,4 Prozent der Bevölkerung entsprach. Es handelte sich überwiegend um Kleinbauern und Angehörige des städtischen Mittelstands.

Familie Marquardt stammte ursprünglich aus Akmenė, einem kleinen Landstädtchen im nördlichen Litauen, wo sie seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert als Handwerker, als Schmiede- und Schneidermeister, nachgewiesen sind. Der Baumeister und Müller Karl Gustav Renuis Marquardt (1870–1955) heiratete die aus einer lettischen Bauernfamilie stammende Antonie Elfriede Rosa Labbejs (geb. 1875), was zeigt, dass nationale Vorbehalte damals offenbar keine Rolle spielten, eher waren es soziale Standesgrenzen zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung. Ihr Sohn Johann Marquardt zog vor 1920 ins ungleich mehr städtische Flair ausstrahlende Kaunas (Kowno, auch Kauon) und heiratete die aus einer deutschstämmigen Handwerkerfamilie stammende Louise Zander. Kaunas liegt zwar am Zusammenfluss der Neris (Wilia) und der Memel, war aber nie Teil Ostpreußens oder auch nur des Memellands, sondern lag im historischen Litauen und war Teil des Staatsverbundes Polen-Litauen, ehe es nach der dritten Teilung Polens 1795 dem russischen Zarenreich angegliedert wurde. In Kaunas, das vor dem Ersten Weltkrieg rund 97.500 Einwohner hatte und damit auf dem Sprung zur Großstadt war, herrschte ein buntes Bevölkerungsgemisch. Neben Polen und Litauern gab es Juden, Deutsche und seit der Angliederung an Russland auch zunehmend Russen.

Nachdem Litauen 1918 seine Unabhängigkeit erklärt hatte, setzte umgehend eine Lituanisierung des öffentlichen Lebens ein. Orts- und Straßennamen wurden nur noch in ihrer litauischen Entsprechung verwendet. Auch Personennamen wurden übersetzt. So wurde aus Johann Marquardt Markvartas Jonas, da in Litauen in offiziellen Dokumenten der Familienname vorangestellt wird. Das bedeutete für die männliche Bevölkerung ohne nationalen Unterschied, also auch für die Deutschen, Wehrdienst in der neu aufgestellten litauischen Armee. Als es 1920 zwischen Po-

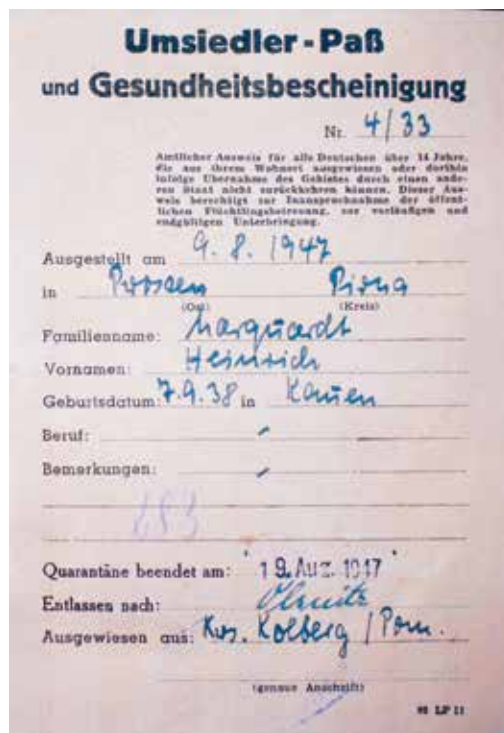


len und Litauen zum Krieg um die neu abgesteckten Staatsgrenzen kam, kämpfte Johann Marquardt als Leutnant in einem technischen Bataillon der litauischen Armee. Polen eroberte den östlichen Teil Litauens mit der traditionellen Hauptstadt Wilna und gliederte den Landstrich seinem Staatsgebiet an. Daraufhin wurde Kaunas 1920 zur Hauptstadt Litauens erklärt, was ein Wachstum der Stadt zur Folge hatte. Es entstanden neue Siedlungsgebiete, vor allem im Norden der Stadt. Auch Johann Marquardt, der mittlerweile bei der litauischen Staatspost eine Anstellung gefunden und sogar den Beamtenstatus erhalten hatte, baute sich ein Haus in der Šakių gatvė. Hier wurden die Kinder Inge Louise (1934) und Heinrich Renuis (1938)

Bescheinigung der Taufe Heinrich Markwardts in Kaunas, ausgestellt in litauischer Sprache

28 Rudolf Heberle: Die Deutschen in Litauen, Stuttgart 1927; Inga Puidokinė: Die deutsche Minderheit in Litauen 1918-1940 (ohne das Memelgebiet), in: Annaburger Annalen 19 (2011), S. 28-66.

29 Vgl. Beitrag von Konstantin Hermann in diesem Heft.



Umsiedlerpass von Heinrich Markwardt, ausgestellt am 9. August 1947 in Prossen

30 Vgl. Kibelka (wie Anm. 1), S. 29.

geboren, der laut Geburtseintrag Markvartas Henrikas Renušas hieß, da das öffentliche Leben unvermindert litauisch stattfand. Freilich wurde zu Hause und in der evangelischen Kirche deutsch gesprochen.

Die staatliche Unabhängigkeit Litauens endete 1940 mit der Besetzung durch die Sowjetunion gemäß der Aufteilung der Interessenzonen im Geheimen Zusatzprotokoll zum Deutsch-Sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September 1939. Während tausende Litauer ermordet und nach Sibirien verschleppt wurden, durften die „Volksdeutschen“ das Land verlassen. Sie wurden in der Umsiedlungsaktion „Heim ins Reich“ vor allem in die von Deutschland besetzten Gebiete Polens um Posen umgesiedelt. Die Aussiedlung der „Volksdeutschen“ aus Litauen wurde im Winter 1940/41 durchgeführt. Ca. 52.000 Einwohner durften ausreisen, darunter nicht nur ethnische Deutsche, sondern auch Kleinlitauer, die 1939 für Litauen optiert hatten, sowie andere Litauer mit Bezug zu Deutschland, die der Sowjetherrschaft entgehen wollten.³⁰

Familie Marquardt, die keine Bauern waren, gelangten zunächst nach Blankenburg (Harz), begleitet von ständigen Ortwechseln. Johann Marquardt wurde 1941 zur Wehrmacht eingezogen und diente als Elektroingenieur in der Organisation Todt, die für verschiedene Baumaßnahmen in den besetzten Gebieten verantwortlich war. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 wurden die deutschen Soldaten von den Litauern als Befreier gefeiert. Die Euphorie wandelte sich rasch, als klar wurde, dass Deutschland nicht beabsichtigte, Litauens Unabhängigkeit wiederherzustellen, sondern das Gebiet dem Reichskommissariat Ostland zuschlug.

Unmittelbar nach dem Einmarsch in Litauen kehrte Familie Marquardt nach Kaunas in ihr Haus zurück, das noch stand. Die Stadt erhielt den deutschen Namen Kauen, der sich an die mittelalterliche Bezeichnung anlehnte, aber vor 1941 unüblich war. Johann Marquardt war nun zuständig für die Rückübertragung der Güter an die früheren deutschen Bewohner sowie die Neuansiedlung von Deutschen. Bereits 1944 erreichte der Krieg Litauen. Abermals musste Familie Marquardt ihre Heimatstadt vor der heranrückenden Front verlassen – dieses Mal für immer. Die Flucht nach Westen endete zunächst südlich von Danzig auf einem landwirtschaftlichen Gut. Als die Front näher rückte, versuchte Johann Marquardt, Bordkarten für die „Wilhelm Gustloff“ zu bekommen, was ihm aber nicht gelang. Er wurde von der Roten Armee festgenommen und kam in Kriegsgefangenschaft. Da Louise Marquardt, geborene Zander, neben ihrer deutschen Muttersprache auch litauisch und russisch sprach, gab sie sich gegenüber den Sowjets und Polen als Litauerin aus, was ihr einen gewissen Schutzstatus sicherte. Nach Kriegsende forderte die sowjetische Militärverwaltung sie auf, ins sowjetische Litauen zurückzukehren. Sie negierte jedoch diese

Anordnung und blieb im von Polen besetzten westpreußischen Gebiet. Von dort kam sie mit ihren Kindern Ende 1945 ins Lager Henkenhagen bei Kolberg im Pommern. Hunger war dort ihr ständiger Begleiter. Als 1946 erste Transporte zur Aussiedlung nach Deutschland abgingen, schaffte sie es nicht mitzukommen. Die Repressalien gegen Deutsche wurden immer stärker, Kinder durften nicht zur Schule gehen. Heinrich Marquardt war unterdessen acht Jahre alt. Erst 1947 durften dann diejenigen Deutschen ausreisen, die sich nicht für eine polnische Staatsbürgerschaft entscheiden wollten. Die Aussiedler wurden in sogenannten Viehwaggons in Richtung Westen gebracht. Mehrmals hielt der Zug unterwegs, ehe er die Oder erreichte. Auf dem rechten Ufer, der polnischen Seite, wurde man in provisorischen Zelten untergebracht. Immer wieder überfielen polnische Plünderer die Aussiedler und raubten sie aus. Von dort ging es dann weiter ins Lager Prossen bei Bad Schandau, wo die Ankömmlinge zunächst in eine Art Quarantäne kamen und eine intensive Entlausungskur über sich ergehen lassen mussten. Schließlich wurde die Familie im Juli 1947 nach Adorf in Sachsen gebracht. Hier konnte die Familie einen Neuanfang wagen. Erst mit neun Jahren wurde Heinrich Marquardt in die erste Klasse eingeschult, weshalb es ihm anfangs schwerfiel, deutsch zu schreiben. Mutter Louise Marquardt fand Arbeit als Putzfrau im Kindersanatorium Bad Elster. Der Vater Johann Marquardt kehrte erst 1948 aus sowjetischer Gefangenschaft heim. Er fand bei der SDAG Wismut im Uranbergbau Arbeit, weshalb die Familie erst nach Rabenstein bei Chemnitz, dann nach Aue und schließlich nach Chemnitz umzog, wo der Vater im Quartieramt der Wismut als Ingenieur arbeitete.

Ein Teil der Memelländer und Litauendeutschen blieb nicht in Sachsen, sondern fand in Westdeutschland eine neue Heimat. Während in der DDR die Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung und den deutschen Ostgebieten undenkbar war, konnten die Memelländer in der Bundesrepublik Deutschland die Erinnerung an die alte Heimat pflegen. Ihre wichtigsten Organisationen waren und sind die Landsmannschaft Ostpreußen sowie die 1948 gegründete Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise (AdM), die sich als Dachverband der Memelländer versteht.

Die wenigen Deutschen im Memelland konnten sich erst nach dem Ende der Sowjetunion organisieren. Heute bestehen zwei Vereine mit eigenen Vereinshäusern und Kulturzentren, der Verein der Deutschen in Klaipėda (Memel) und der Verein „Heide“ in Šilutė (Heydekrug). Die meist älteren Vereinsmitglieder sind fest in die litauische Gesellschaft integriert und sprechen untereinander auch eher litauisch als deutsch. Um die deutsche Kultur weiterzugeben, gründeten die Deutschen im Memelland 1992 das Hermann-Sudenburger-Gymnasium in Klaipėda, in dem auch in deutscher Sprache unterrichtet wird.

Autoren

Dr. Lars-Arne Dannenberg und
Dr. Matthias Donath
Herausgeber der
„Sächsischen Heimatblätter“



Wolfskinder in Sachsen

Ruth Leiserowitz

1. Auf den ersten Blick scheinen diese Begriffe überhaupt nicht zueinander zu passen, ja sie verhalten sich sogar recht sperrig zueinander, sofern der Leser eine geografische Verankerung eher unbewusst zu Rate zieht. Seit dreißig Jahren, in denen der Begriff der Wolfskinder in der deutschen Medienlandschaft bekannt wurde, hat man ihn zu Recht an die östliche Peripherie des ehemaligen Deutschen Reichs verortet. Handelt es sich doch dabei um jene Gruppen anhangloser Kinder und Jugendlicher aus dem nördlichen Ostpreußen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den baltischen Sowjetrepubliken Unterschlupf fanden und aufgrund der damaligen politischen Umstände ihre deutsche Herkunft zumindest zeitweise verschleiern mussten. Und doch zeigen einige Biografien dieser Ostpreußen Berührungspunkte mit Sachsen, wie sich im Nachfolgenden aufzeigen lässt. Dazu gilt es, in den letzten Kriegssommer zurückzublenden: Da die Rote Armee voranschreitet und das litauische Gebiet bereits eingenommen hat, ja gewisser Weise schon knapp vor der Reichsgrenze steht, werden vor allem aus den Städten Memel



Ostpreußen und Sachsen im Deutschen Reich, Karte mit Staatsgrenzen um 1930

Hans, Hildegart und Erhard Pocys wurden 1944 aus Memel nach Grünlichtenberg evakuiert
Wolfskinder – Geschichtsverein e. V.

- 1 Ruth Kibelka: *Wolfskinder*, Berlin 1996, S. 191.
- 2 Ebenda, S. 192.

und Königsberg bereits Frauen und Kinder evakuiert. Sie treffen mit Personenzügen in Sachsen ein und werden dort an zahlreichen Orten untergebracht. Die meisten der Erwachsenen glauben in diesem Moment noch fest daran, dass die Front das deutsche Territorium nicht erreichen wird und sie bald wieder in ihre Heimat zurückkönnen. Viele Männer sind an der Front, die Familien getrennt. Zum Jahresende halten sich schon 479.000 Evakuierte in Sachsen auf, unter ihnen ca. 30 Prozent Kinder. Im Januar 1945 stößt die Rote Armee nach Ostpreußen vor, wodurch es zu einer weiteren Fluchtwelle kommt, die diesmal jedoch Sachsen kaum erreicht. Im Februar 1945 verschleppt die Rote Armee junge ostpreußische Frauen zur Arbeit in die Sowjetunion. Nach den massiven Bombenangriffen auf Chemnitz, Dresden und Plauen werden Unterkünfte und Nahrung in Sachsen knapp. Dieser Flüchtlingsstrom scheint in Sachsen relativ vergessen zu sein. In Litauen erinnerten sich in den 1990er Jahren ältere Herrschaften an ihre Zeit in Sachsen. Hans Pocys aus der Nähe von Memel (Klaipėda) konnte stolz ein Foto mit seinen Geschwistern Hildegard und Erhard an ihrem Evakuierungsort Grünlichtenberg vorzeigen. Waltraud Willkath erzählte 1993 in Litauen die folgende Geschichte: „Wir wohnten in Gumbinnen, Adolf-Hitler-Straße 77. Und dann sind wir mit der Mutti weg. Der Vater musste noch in Gumbinnen arbeiten. Der war noch dort. Und wir mit der Mutter sind weitergezogen. Man sagte, wenn der Krieg schwer werden würde, dann werden auch die Männer kommen. Nachher haben wir uns verloren. Wir wussten nicht, wo der Vater ist. Mit der Mutti waren wir weit gekommen. Wir waren bis nach Auerbach, im Vogtland. Und wir waren fünf Kinder. Die älteste war zwölf Jahre, die zweiten zehn, ich war neun, der kleinste Bruder vier Jahre.“¹ Auch hier existiert ein Foto, das die Mutter mit allen Kindern zeigt und in Auerbach aufgenommen wurde. Hier könnte die Fluchtgeschichte enden. Aber in diesem Fall beginnt sie erst, ihre Dramatik zu entfalten.

2. Nach dem Kriegsende nimmt der Flüchtlingsstrom nach Sachsen zu. Er soll schließlich eine Million Zuwanderer umfassen. Die politische Zukunft ist ungewiss, keiner verfügt über konkrete Informationen. Es gibt Gerüchte, dass die amerikanischen Soldaten aus Westsachsen abziehen und die Rote Armee kommt. Bürgermeister überfüllter Städte stoppen die Vergabe von Lebensmittelkarten für Neuankömmlinge und bitten, Züge für Rückkehrer in Richtung Osten bei der Reichsbahn in Auftrag geben zu dürfen. Die Sowjetische Militäradministration (SMAD) in Deutschland muss nun das Problem lösen, viele Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen. Andererseits stehen die Truppen der Roten Armee in menschenleeren östlichen Landstrichen Deutschlands, wo es Schwierigkeiten gibt, die Soldaten zu ernähren. So gibt die SMAD die Weisung, dass die Flüchtlinge nach Hause zurückkehren sollen, und lässt dazu Plakate kleben, dass



Waltraud Willkath in Vistytis, 1993
Wolfskinder – Geschichtsverein e. V.

man das Recht auf Haus und Hof verwerke, wenn man nicht bis zum 1. September zurückgekehrt sei. Bis zum Vorabend der Potsdamer Konferenz, die am 17. Juli 1945 beginnt, fahren Güterzüge in Richtung Osten und transportieren Menschen, die zurückwollen. Dann wird die Grenze zum sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens geschlossen. Angesichts der damals fehlenden Informationen war es für viele und vor allem Landbewohner damals selbstverständlich, zurückzukehren. Warum sollen sie in einem Flüchtlingslager auf spärliche Rationen angewiesen sein, wenn sie doch zu Hause selbst wirtschaften konnten? Außerdem hofften die meisten Frauen, ihre Männer daheim wieder anzutreffen. Waltraud Willkath erinnert sich weiter: „Wir sind von den Russen aus Deutschland zurückgefahren worden. Die haben uns dort rausgejagt, 1945. Wir mussten wieder zurückfahren. Und die Mutter sagte: ‚Wartet, werden wir sehen. In Gumbinnen haben wir doch unser Haus. Vielleicht können wir zurück in unser Haus.‘ Dann ist sie gegangen, um zu sehen. Vielleicht lassen die Russen uns dorthin. Aber die Mutti ist gestorben. War zurück von Gumbinnen gekommen, war erkältet, ist gestorben.“²

3. Seit dem Beginn der Potsdamer Konferenz ist das nördliche Ostpreußen abgeriegelt. Es wird mit der Zeit nahezu unmöglich, es in Richtung Polen oder Deutschland zu verlassen. Ungefähr 145.000 Deutsche befinden sich noch in der Königsberger Region und haben nun keinen direkten Kontakt zu Deutschland. Die einzige Verbindung sind die von Militär bewachten Demontagezüge, die aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Tag und Nacht in Königsberg eintreffen. Im verwüsteten Ostpreußen und im zerbombten Königsberg existiert keine Grundversorgung für die Zivilbevölkerung und keine Perspektive für Kinder und Jugendliche. Königsberg wird 1946 in Kaliningrad umbenannt. Bald treffen Neuansiedler aus der Sowjetunion ein. Die deutschen Erwachsenen dürfen das Gebiet nicht verlassen. Es gibt einige wenige schlecht ausgestattete Kinderheime. Auch sowjetische Kriegswaisen müssen untergebracht werden. Immer mehr Kinder fahren in das benachbarte Litauen, um dort Essen zu erbetteln. Manche fahren hin und her, um Angehörige in Ostpreußen zu versorgen, andere bleiben in Litauen und ziehen von Ort zu Ort. Die Litauer nennen sie „vokietukai“ (kleine Deutsche), man nennt sie auch „Wolfskinder“, weil sie ausschließlich von ihrem Hunger getrieben werden. Über 5.000 deutsche Kinder ziehen bettelnd durch Litauen, finden Unterschlupf bei Bauern und arbeiten dort, um essen zu können.

4. Im Oktober 1947 genehmigt Stalin die Ausreise deutscher Waisenkinder und Nichtarbeitsfähiger aus dem Kaliningrader Gebiet in die Sowjetische Besatzungszone. Im November kommen die ersten Transporte an. Drei bis vier Tage dauerte die Fahrt im geschlossenen Güterwaggons, bewacht von sowjeti-

schem Militär. Die Kinder werden in vorläufige Kinderlager weitergeleitet und auf die Länder der SBZ aufgeteilt. So kommen sie auch nach Bischofswerda und Kleinwelka. Andere Flüchtlingskinder nennen in ihren Biografien Wiesenheim, Brückenkopf, Mockrehna und Wildschütz.

Der Kindersuchdienst des Deutschen Roten Kreuzes, bei dem bereits Anfang 1946 rund 300.000 deutsche Fälle registriert sind, nimmt hier seine Arbeit auf. Viele Kinder werden in Pflegefamilien der Umgebung gegeben. Vor wenigen Jahren erinnert sich Wolfgang Thiele: „Irgendwann im Herbst 1947 wurden wir in Viehwaggons gesperrt. Wir waren insgesamt Hunderte von Kindern, in jedem Waggon war nur eine Helferin. In den Waggons waren wir sieben Tage lang eingesperrt. Der Zug rollte, dann stand er, es wurde aufgemacht, die Toten rausgenommen und dann ging es weiter. Zu Essen gab es sehr wenig. Der Zug hielt endgültig in Bautzen in Sachsen. Von dort wurden die Kinder auf andere Orte verteilt. Ich kam nach Kleinwelka. Da kam dann der Suchdienst des Roten Kreuzes. Sie haben Fotos der Kinder im Kino als Vorspann gezeigt. So hat mich meine Tante Margot nach drei Monaten gefunden und dann abgeholt. Ich dachte, ein Wunder ist geschehen.“³

5.

Aber deutsche Kinder, die noch in der litauischen Provinz betteln gehen, erhalten keine Information darüber, dass in Kaliningrad Transporte nach Deutschland abgehen. Sie haben auch noch keine Vorstellung, dass es eine Zukunft in Deutschland geben könnte. Sie wissen nur, dass ihr Zuhause in Ostpreußen nicht mehr existiert, und sie haben den festen Willen, zu überleben. Litauen ist nicht so friedlich, wie es auf den ersten Blick scheint. In der sowjetischen besetzten Republik herrscht ein blutiger Bürgerkrieg. Am Tag herrschen die Sowjets, in der Nacht die litauischen Partisanen. Es ist verboten, Fremde und erst recht Deutsche aufzunehmen. Darum verbieten viele Litauer den Kindern Deutsch zu sprechen und geben ihnen litauische Namen. Stalins Regierung beginnt, Bauernfamilien nach Sibirien zu deportieren. So verlieren viele Kinder ihre Unterstützer. Hans Heinrich erzählt aus seinem Lebenslauf: „Es war eben Nachkriegszeit. Ich ging von einem Bauern zum nächsten. Irgendwo unweit von Marijampolė traf ich eines Tages Leute aus dem Rayon Priėnai, die mich für einen halben Liter Schnaps kauften und mitnahmen. Die Familie hatte einen großen Hof. Nach zwei oder drei Tagen umstellten Soldaten diesen großen Hof. Mich hätte man wohl auch nach Russland mitgenommen und dort wäre ich verhungert, wenn mich nicht die Hausfrau gerettet hätte. Sie brachte mich morgens weg, gleich nach dem Aufstehen. Die Soldaten bemerkten nicht, dass sie mich zu einem anderen Bauern brachten. Die Familie jedenfalls wurde verbannt.“⁴

Die Kinder arbeiten einzig für Essen und Unterkunft. Nur wenige dürfen die Schule besuchen. Vielen wird allmählich bewusst, dass sie in Litauen keine richtige Heimat finden, und sie unbedingt Angehörige finden möchten. Aber es gibt vorläufig

keine Möglichkeit, das Land zu verlassen. Nach einigen Jahren sind aus den meisten Kindern inzwischen Jugendliche geworden, die sich nach einem selbstbestimmten Leben in Deutschland sehnen.

6.

Mütter, die zwangsverschleppt waren, kehren Ende der vierziger Jahre aus sibirischen Lagern zurück, Väter werden aus der Kriegsgefangenschaft entlassen. 1949 hat die Bundesrepublik noch keine diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion. Eltern und Angehörige, die auf Kinder aus Kaliningrad oder Litauen warten, bleiben oft ihretwegen in der DDR. Sie schreiben Briefe an die Regierung, um die Ausreise zu erbitten. Es dauert mehrere Jahre, bis eine große Transportaktion zustande kommt. Für die DDR-Behörden ist es wichtig, diese Wünsche zu erfüllen, um das Image der Sowjetunion in der DDR nicht weiter zu beschädigen. In Litauen kann sich keiner vorstellen, dass Transporte westwärts gehen könnten, gibt es doch noch Deportationen nach Sibirien. Darum verstecken wohlmeinende Litauer Deutsche vor dem Abtransport. Im Mai 1951 treffen Züge mit 3.686 Personen aus Litauen und Kaliningrad ein. 1.386 von ihnen werden nach Bischofswerda weitergeleitet. Während es 1947 Fotos von der Ankunft der Kinder aus Kaliningrad gab, existieren keine Bilder vom Empfang dieser Transporte. Die Jugendlichen verfügen in den wenigsten Fällen über ordentliche Kleidung. So können die Ankömmlinge aus der Sowjetunion nicht präsentiert werden. Zudem möchte die Bevölkerung sechs Jahre nach dem Krieg nicht mehr an Armut erinnert werden.

Das Ministerium für Staatssicherheit wünscht keine Weiterreise in den Westen, aber die Abteilung Bevölkerungspolitik des Innenministeriums setzt sich durch, da es um Familienzusammenführung geht. In kleinen Gruppen dürfen Kinder und Jugendliche zu den Verwandten ziehen. Die Genossen dort schätzen die Situation sehr real ein: „Selbst ein evtl. Verbot [...] für diesen Personenkreis keinen Interzonenpass zum einmaligen Grenzübergang auszuhandigen, würde den Drang auf Familienzusammenführung nicht abschwächen und den illegalen Grenzübergang nach sich ziehen, zumal diese Menschen über kein Großgepäck verfügen. Darüber hinaus dürfte sich die vorgesehene Maßnahme politisch ungünstig auswirken, weil die illegal in Westdeutschland eintreffenden Repatrianten ihre Erlebnisse in der DDR und in der UdSSR über die Maßen aufbauschen und entstellen. Es ist damit zu rechnen, dass unsere politische Aufklärung während der Quarantänezeit ins Gegenteil umschlägt und diese Menschen bedingungslos der Westpropaganda zuliefert.“⁵

7.

Vom Ministerium für Volksbildung des Landes Sachsen werden 1951 insgesamt 150 elternlose bzw. elterngelöste Kinder und Jugendliche zur Unterbringung in Kinderheime übernommen. Ihre Erlebnisse erzählen sie sich höchstens untereinander. Sechs Jahre nach Kriegsende will niemand in Deutschland mehr von schlimmen Erfahrungen in

3 https://rp-online.de/nrw/staedte/wermelskirchen/als-kinder-opfer-der-vertreibung_aid-21200629 [20.9.2021]

4 Kibelka (wie Anm. 1), S. 86.

5 Hauptstaatsarchiv Dresden, 11377 Landesregierung Sachsen, Ministerium des Inneren, Nr. 2232, Schreiben der Abt. Bevölkerungspolitik an das Ministerium für Staatssicherheit vom 23. Mai 1951.



Hans Pocys erzählt von der Rückkehr aus Sachsen nach Litauen, 2002
Wolfskinder – Geschichtsverein e. V.

- 6 Ebenda, fol. 4-5, Bericht über die Überprüfung der Unterbringung der Umsiedler vom Transport aus dem Kaliningrader Gebiet, Kontrollfahrten am 19. November 1951 im Kreisgebiet Bautzen.
- 7 Christoph Spatz: Ostpreußische Wolfskinder. Erfahrungsräume und Identitäten in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Osnabrück 2016, S. 10.

Ostpreußen oder Litauen hören. Sie beginnen über ihre Nachkriegserlebnisse zu schweigen. Für die Heranwachsenden stellt sich die Frage, ob sie in den Westen gehen oder im Osten bleiben sollen? Wer keine Verwandten vorweisen kann, hat schlechte Chancen zu gehen. Noch handelt der Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes gemeinsam. Doch die junge DDR kämpft eifrig um politische Anhänger und Arbeitskräfte. Sie wirbt die Jugendlichen für die FDJ an und bringt sie zu den Weltfestspielen der Jugend im August 1951 nach Berlin und möchte viele in ihrem Staat behalten. Weitere Eltern fordern in Folgejahren ebenfalls die Rückkehr ihrer Kinder. In den Akten des Ministeriums des Inneren des Landes Sachsen finden sich Berichte über die Überprüfung der Unterbringung der „Umsiedler“ vom Transport aus dem Kaliningrader Gebiet. So wird von einer Kontrollfahrt am 19. November 1951 im Kreisgebiet Bautzen geschildert: „N.N. geb. 1929. M.N. geb. 1938. Wie uns Frau K., mitteilte, war die ältere Schwester der beiden Mädchen aus Berlin (Westsektor) gekommen und wollte M. zu sich nehmen. N. hat die beiden zur Bahn begleitet und ist selbst auch nicht zurückgekommen. Sie hat immer von einem Freund in Bremen gesprochen, der sie heiraten will und zu welchem sie Interzonenpaß beantragt hat. Frau K. vermutet, dass sie illegal nach Bremen gegangen ist. Sie hatte sich der Kinder sehr angenommen und bedauerte es, dass N. so heimlich davon gegangen ist.“⁶

8. Die politischen Richtlinien in der frühen DDR verschärfen sich. Hier noch ein Beispiel: Nach Kriegsende befinden sich Hans-Georg (geb. 1938), Siegrid (geb. 1941) und Werner Kohn (geb. 1934) noch in Königsberg. Mutter und Großmutter sind verhungert, der Vater im Krieg vermisst. Sowjetische Soldaten bringen die beiden kleineren Geschwister in ein Kinderhaus. Werner ist zu groß, er darf nicht mit. Er hat ein besonderes Merkmal – ein Holzbein. Er wird noch zwei Mal in Litauen gesehen: 1946/47

in Vilnius, 1948 in Kaunas. Hans-Georg und Siegrid kommen 1948 mit einem Kindertransport in die SBZ. Sie sind zuerst in Görlitz, dann im Kinderheim in Beeskow und kommen 1948 zu Pflegeeltern. Eine Tante erkennt sie auf einem Suchplakat des DRK. Als Hans-Georg Briefkontakt mit Westverwandten aufnimmt, wird er auf der Arbeit versetzt. So werden Suchende zum Schweigen gebracht. Erst spät brechen sich Erinnerungen Bahn. Im Herbst 1989, als die Mauer fällt, hören auch viele Tabus der DDR auf zu existieren. Endlich dürfen Ortsnamen genannt und Vergangene erzählt werden. Als im Sommer 1991 das Kaliningrader Gebiet für ausländische Touristen geöffnet wird und Litauen seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion erringt, setzen Reisen aus Deutschland ein. Über 60.000 ehemalige Ostpreußen besuchen die frühere Heimat. Ehemalige Wolfskinder fahren nach Litauen, um sich einstiger Geschehnisse und Kontakte zu vergegenwärtigen. Es kommt zu vielen Gesprächen mit den heutigen russischen und litauischen Bewohnern. Die Reisen an die Orte der Kindheit setzen eine Fülle von Erinnerungen in Gang. Verschwiegene Kapitel der Biografie kehren zurück. Einige schreiben sie auf und veröffentlichen Bücher. In Litauen lebende Deutsche aus Ostpreußen wenden sich an den Suchdienst und finden Geschwister wieder. Hartmut, der Sohn von Hans-Georg Kohn, der in Dresden lebt, begibt sich seit Anfang der 1990er Jahre auf die Suche nach dem Onkel. Als Marathonläufer läuft er bis nach Kaunas, um auf das Schicksal Werner Kohns aufmerksam zu machen. Viele Aktivitäten in Kaliningrad und Litauen folgen, aber noch gibt es keine Spur von Werner.

9. Lohnt es, diesen Geschichten und Biografien noch einmal nachzugehen? Ja, viele Schichten und Episoden lassen sich wiederentdecken und werden auch Familiengedächtnisse bereichern. Hans Pocys erzählt bis heute gerne von seiner Zeit mit den Geschwistern in Grünlichtenberg. Für Waltraud Willkath wurde Auerbach zu einem Sehnsuchtsort – wie gern wäre sie dorthin zurückgekehrt. Sie und ihre vier Geschwister mussten sich in Litauen trennen, da keiner fünf Kinder aufnehmen wollte. Nur ein Bruder schaffte es in den Transport des Jahres 1951, die anderen blieben in Litauen. Bis heute ist nicht bekannt, wie viele von den Wolfskindern in Sachsen Fuß fassten, hier ihr Leben aufbauten und eine Familie gründeten. Manchen von ihnen haben sich nie getraut, ihre Geschichten aus der frühen Nachkriegszeit zu erzählen, weil sie Angst hatten, dass man sie sowieso nicht verstehen würde, dass niemand die Erzählung geografisch und politisch verorten könnte. Der Historiker Christoph Spatz, der viele der ehemaligen Wolfskinder in Deutschland interviewt hat, formulierte den Begriff der „Erinnerungseinsamkeit“, von der viele dieser Personen nach ihrer Rückkehr umgeben worden seien.⁷ Noch leben einige aus dieser Generation – auch in Sachsen. Es gilt, ihre Geschichten zu hören und festzuhalten.

Autorin

Prof. Dr. Ruth Leiserowitz
Deutsches Historisches
Institut Warschau
leiserowitz@dhi.waw.pl



Weltgeschichte in der Mühle

Rückblick auf eine Litauenreise 1997

Konstantin Hermann

Viel war nicht zu sagen. Irgendwann erwacht bei den meisten das Interesse an der Vorfahrenschaft, bei manchen als Strohfeuer, bei anderen erwächst dies zur lebenslangen Leidenschaft. Ich bekenne mich weder zu der einen noch der anderen Seite, doch ist Genealogie für einen Historiker stets interessant. Meinen Vater, einem Pfarrer in der thüringischen Landeskirche, interessierte Familienforschung, aber eigene Recherchen waren aufgrund der Unzugänglichkeit von Quellen wenig möglich, stammte doch seine Familie nicht aus dem nördlichen Winkel Ostpreußens, dem Memelland, wo sie für eine Generation wohnte, sondern sogar aus Litauen. Er kannte noch den Namen seines Großvaters Georg Herrmann¹ (1858–1907), aber mehr war in der Tat nicht zu sagen. Der Name von dessen Frau gab in der Familie vielen Spekulationen und Hoffnungen Nahrung, hieß sie doch mit Vornamen Ida und mit Nachnamen Spee – und wer dachte da nicht an den Grafen Maximilian von Spee (1861–1914), der 1914 mit seinen beiden

Söhnen im Seegefecht bei den Falklandinseln fiel. Der Vater Georgs war noch mit Namen bekannt, Theodor. Alle diese lebten in einem, man kann es nicht anders sagen, Nest namens Schilin (litauisch Šilinė), das nur aus wenigen Häusern bestand und das traurige Schicksal hatte, an drei Seiten von einem Wald umschlossen zu sein und im Süden hart an der Grenze zu Deutschland zu liegen. Der nächste Ort, Augšgiriai (Aušgiriai), gehörte schon zum Reich, jedenfalls bis zur Abtrennung des Memelgebiets 1920. Wie die Familienlegende lautete, gab es für die Einwohner Schilins keine andere lohnende Erwerbsquelle als den Schmuggel von Alkohol und Pferden nach Deutschland. Das Schusterhandwerk und die kleine Landwirtschaft von Georg Herrmann dürfte eher der Nebenerwerb und weit weniger einträglich gewesen sein. Staatsrechtlich gehörte das Gebiet also zur Kaiserzeit zu Russland, aber aufgrund der nahen Grenze und der deutschen Besiedlung Schilins dürften sich die Einwohner mehr mit dem südlichen Nach-

Die Memel bei Tilsit (Sowjetsk)
Foto: Matthias Donath

¹ Die Schreibweise des Namens „Herrmann“ wechselte im Lauf der Zeit und war uneinheitlich. In den Kirchenbüchern im 19. Jahrhundert in der Regel mit einem r geschrieben, änderte sich dies um 1900, als in den Ausweisdokumenten die Schreibweise mit Doppel-r angewendet wurde. Bei meinem Großvater vollzog sich behördlicherseits nach Kriegsende wieder der Wechsel zur Schreibweise mit einem r.

2 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Kirche_\(Tilsit\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Kirche_(Tilsit)).

barn verbunden gefühlt haben. Von den vier heute noch stehenden Gehöften Schilins gehörte das südöstlichste der Familie Hermann, das nächstgelegene der Familie Mierau. Der Hof der verwandten Familie Spee war leer. Im Norden Schilins lag der Friedhof, den ich 1997 noch sah. „Hier liegen also Deine Vorfahren“, dachte ich. Es machte alles einen recht trostlosen Eindruck auf mich, aber in einer schönen Landschaft gelegen. Merkwürdigerweise fertigte ich hier keine Bilder. Ausgestattet war ich ja sowieso nur mit einer analogen Kamera mit drei 36er Filmen, die für 12 Tage reichen mussten.

Der Großvater meines Vaters, Emil Herrmann (1887–1962), war noch in Schilin geboren, zog aber nach dem Ersten Weltkrieg zuerst nach Schupinnen (heute Dubowskoje) und dann nach Petratschen, was für die Nationalsozialisten zu litauisch klang und deshalb 1938 in Petersfelde umbenannt wurde. Petrowo war dann der Name dieses Dorfes nach 1945. Heute existiert diese Gemeinde nicht mehr. Man mochte es wohl kaum glauben, ansonsten wäre es nicht in der Familienüberlieferung tradiert, dass Emil Herrmann mit der roten Armbinde aus dem Ersten Weltkrieg heimkam. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte er sogar angeblich Anfang der 1950er Jahre, so die Erzählung, nochmal nach Nordostpreußen zurück, da er dachte, die sowjetische Besatzung würde bald Ostpreußen verlassen und die Deutschen wieder zurückkehren. Die zeitliche Einordnung erscheint mir jedoch sehr fragwürdig.

Da war der Stand unseres Wissens zur Familie 1990. Durch die neuen Möglichkeiten in der Familienforschung und der Vernetzung konnte nach der „Wende“ doch ein Sprung weiter zurückgemacht werden, bis zu einem Christoph Herrmann, der in der Mitte des 18. Jahrhunderts in Schilin südlich von Tauroggen lebte. Es waren alles Namen, Christoph, Johann und noch ein Georg, die meinem Vater nichts sagten und zu denen außer Lebensdaten nichts bekannt war. Er pflegte dann zu äußern: „Bei Adam und Eva sind wir alle verwandt“, und aufgrund der fehlenden Überlieferung blieben diese Vorfahren bis heute Personen, die uns fremd sind, obwohl wir Nachkommen dieser sind. Auffällig ist freilich, dass Georg an-

scheinend eine Art Familienleitname gewesen sein muss. Man suchte sich die Frau oder wurde von einer Frau aus dem gleichen Dorf herausgesucht und so kamen die Namen Matar, Neumann, Bonacker und Mierau in die Familie, die jedoch ebenso fremd blieben.

Als sich nach meinem Wehrdienst und inmitten des Studiums die Möglichkeit ergab, mit einem Freund mit einem Auto nach Ostpreußen zu fahren, nutzte ich dies. Ich wollte doch sehen, woher diese Leute, dessen Nachnamen ich trage, herkamen. Mit einem kleinen roten Wagen, Zelt, zwei Lenkradkrallen und Wegfahrsperrern ausgestattet, fuhren wir zu zweit vom 16. bis 27. September 1997 nach Ostpreußen und Litauen. Zu der Zeit fuhren die meisten Touristen noch mit Bussen, organisiert von Reiseesellschaften, allein schon aufgrund der unsicheren Lage. Uns erschien das jedoch zu unflexibel, auch wenn es aus Sicht unserer Eltern etwas riskant war (und wir sahen dann auch kaum Autos mit deutschem Kennzeichen). Die einzigen „Gefahren“, die dann wirklich auftauchten, waren ein geplatzter Reifen auf einer Nebenstraße, und als wir in Königsberg (Kaliningrad) parken wollten, dass eine Jugendgang auftauchte, die radebrechte: „Wirrrrrr passen auf Ihrrrr Auto auf, für fünf Mark.“ Da dachten wir, gut, ohne die Abgabe der „fünf Mark“ wird unser Auto demoliert – und so zahlten wir. Als wir nach der Besichtigung des Doms, damals noch Ruine, zum Wagen zurückkamen, war alles wunderbar. Die Gang hatte unser Auto wirklich gut geschützt. Einen Höhepunkt der Fahrt stellte Tilsit (Sowjetsk), die Geburtsstadt meines Vaters, dar, wo er 1944 in der Klinik Rosenstraße 6 geboren wurde und wo 1939 seine Eltern in der Deutschen Kirche, seit 1933 Deutschordenskirche genannt, getraut wurden.² Die Kirche existiert seit 1965 nicht mehr. Die Memel überquerend, entsann ich mich der überraschten und mich überraschenden Aussage meiner Großmutter 1990, als wir nach Lübeck zu Verwandten fuhren. Sie hatte 1945 bei der Flucht die Elbe überquert, aber seitdem nie wieder. Als sie die Elbe sah, rief sie überrascht aus: „So klein ist die Elbe?! Die Memel ist viel breiter.“ Tatsächlich ist der ostpreußische Fluss zumindest an einigen Stellen deutlich imposanter als die Elbe.

Wir fuhren dann weiter Richtung Norden, durch all die Dörfer mit den litauischen Namen, in denen mal Vorfahren gewohnt hatten: Willkischken, Maszurmaten, Wartulischken, Kallweiten und andere. Zwischen ihnen und Tauroggen liegt das Flüsschen Jura. Willkischken (Vilkyškiai) ist jetzt ein Städtchen; die Kirche wurde schon zu der Zeit unserer Reise durch Spenden aus Deutschland wiederaufgebaut. Es erstaunte uns, die Kirche in einem von außen solch überraschenden Zustand zu sehen, der sich so von vielen Häusern abhob, die aus Armut der Bevölkerung wesentlich schlechter aussahen. Wir fanden hier die tieferuntergezogenen Strohdächer der Bauernhäuser und die etwas städtischeren Gebäude aus dem Ende des 19. Jahrhunderts, zweietagig mit historistischen Fassaden. Wie ich von anderen Reisenden auch hörte, war die Bevölkerung den Deut-

Typisches Gehöft im Memelland nördlich von Tilsit
Foto: Konstantin Herrmann



schen gegenüber reserviert, und es brauchte einige Zeit, um das Eis zu brechen. Hinzu kam die Sprachbarriere: Die meisten hier konnten kein Deutsch und kein Englisch; was wir alle konnten, war Russisch, aber das war in den baltischen Staaten absolut verpönt und sollte nach Möglichkeit nicht gesprochen werden. Die Dörfer, die wir sahen, kannte ich nur aus den Familienberichten – hier war der geborene, hier der gestorbene. In welchem Haus wer gewohnt hat, war mir unbekannt. So blieb es dabei, Eindrücke der Landschaft zu gewinnen, wo die Vorfahren gewohnt hatten. Und überall stießen wir auf die Friedhöfe aus der deutschen Zeit; überwuchert, zerstört und uns berührend. Die Namen auf den Grabkreuzen konnten wir noch manchmal lesen.

Die Reise ging in eine Region, die viele Staatenwechsel erlebt hatte und im Fall von Tauroggen (Tauragė) einer recht speziellen Geschichte unterlag. Auch wenn es in der Wikipedia heißt, dass es zu Preußen gehört habe, stimmt dies staatsrechtlich jedoch nicht.³ Markgraf Ludwig von Brandenburg (1666–1687), der jüngere Sohn Friedrich Wilhelms I. (1620–1688), des Großen Kurfürsten, war mit Luise Charlotte (1667–1695) aus dem Haus Radziwill vermählt. Georg Wilhelm (1595–1640), der Vater des Großen Kurfürsten, hatte die Herrschaft Tauroggen im 17. Jahrhundert verkauft, und so schien es jetzt, Ende des 17. Jahrhunderts, eine günstige Gelegenheit zu geben, Tauroggen wiederzuerwerben, da die Radziwills 1655 das Anrecht auf diese Herrschaft gekauft hatten.⁴ Nach langwierigen Verhandlungen war es im Juni 1690 soweit: Der preußische Kurfürst übernahm die Herrschaften Tauroggen und auch Serrey (Seirijai). Sie waren Privatbesitz der preußischen Krone außerhalb Preußens. Der von der preußischen Krone schon 1744 geplante Verkauf der Herrschaften Tauroggen und Serrey wurde nicht vollzogen; aber am 3. August 1794, 14 Uhr, erfolgte ein Gebietstausch. Tauroggen ging an die Republik Polen, die dafür einen Grenzstreifen an Preußen abtrat. Mit der dritten Teilung Polens fiel Tauroggen am 1. Juni 1795 an Russland, was bis zur Gründung des litauischen Staats 1918 galt.⁵

Der ferne Nordische Krieg (1700–1721) hatte auch Einfluss auf Tauroggen. Russische Truppen zogen durch, die Zeiten waren unruhig, die Ernten schlecht. 1713 befanden sich in der gesamten Herrschaft nur noch 20 bäuerliche Untertanen; wenn nicht bald etwas passiere, zögen die auch noch weg, so der Verwalter der Herrschaft, Michael von Puttkamer.⁶ Preußen hatten sich hier erst 1690 angesiedelt und blieben gegenüber den Litauern in der absoluten Minderheit. Die Neubesiedlung aus Preußen setzte erst nach 1720 ein. Die, die in der Heimat zu wenig hatten, gingen in die Region Tauroggen. Es kann als gesichert gelten, dass die meisten der dort sich ansiedelnden Personen aus dem nördlichen Ostpreußen stammten und zumeist evangelisch-lutherischen Bekenntnisses waren.⁷ Es werden hier also Verwandtschaften über die Grenzen bestanden haben. Dass schon im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts Namensträger „Her(r)mann“ im nördlichen Ostpreußen lebten,



wusste ich aus der gedruckt vorliegenden Generaltabelle von 1736, die im Hauptamt Tilsit in Groß Wingsnupönen (Hans Herrmann), Bartscheiten (Mertz Herrmann), Doblienen (Michel Herrmann), Lindendorf (Christoph Herrmann) und in Lackendorf (Christian Herrmann) fünf Hermanns nachwies; im Amt Kasigkehmen, das dem Amt Tauroggen südlich benachbart war, gab es keinen Namensträger.⁸ Kurzum: Ob und wie die Hermanns genealogisch zusammenhängen, ist unklar. Die Prästationstabelle, also die Aufstellung der Grundstückseigentümer mit ihren Abgaben, liegt für das Amt Tauroggen für die Jahre 1779 bis 1785 im Geheimen Staatsarchiv Berlin.⁹ Die Tabelle weist lediglich zwei Namensträger Hermann in dieser Zeit nach, Christoph Herrmann als Scharwerker in Keiszen (Kešėiai) und einen Losmann Christian Hermann in Tauroggen selbst.¹⁰ Schilin taucht weder in der Prästationstabelle des nördlichen Ostpreußens auf noch in der von Tauroggen; wenn es die Ansiedlung schon gab, wurde sie in der Aufnahme vielleicht vergessen. Losmann (Pächter eines kleinen Feldstücks in Ostpreußen) und Scharwerker markieren den unteren sozialen Stand der Landbevölkerung.

Aufgegebener Friedhof mit Gräbern aus deutscher Zeit in der Nähe von Willkischken
Foto: Konstantin Herrmann

3 Vgl. <https://de.wikipedia.org/wiki/Taurag%C4%97>.

4 Manfred Hellmann: Die preussische Herrschaft Tauroggen in Litauen, Berlin 1940, S. 10.

5 Ebenda, S. 63 f.

6 Ebenda, S. 29.

7 Ebenda, S. 61.

8 Horst Kenkel: Amtsbauern und Kölmer im nördlichen Ostpreußen um 1736. Nach der Generaltabelle und den Prästationstabellen, 2. Auflage Hamburg 1995; Max Beheim-Schwarzbach: Friedrich Wilhelm's I. Colonisationswerk in Lithauen, vornehmlich die Salzburger Colonie, Königsberg 1879.

Gedenkstein zur Erinnerung an die Konvention von Taugoggen, errichtet 2014 nahe des Standorts der Poscheruner Mühle
Wikimedia (Vilensija)



Poscheruner Mühle nach einer Zeichnung des 18. Jahrhunderts
Wikimedia



- 9 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, XX. HA, Hist. StA Königsberg, Prästationstabelle Taugoggen Nr. 1.
- 10 Hellmann (wie Anm. 3), S. 76.
- 11 W. Grosse: Die Begegnung von Poscherun, siehe: <https://www.rennenkampff.de/images/personen/Kf.13/Grosse%20Die%20Begegnung%20von%20Poscherun%201914.pdf>.
- 12 Hellmann (wie Anm. 3), S. 52.

Autor
Dr. Konstantin Hermann
Sächsische Landesbibliothek -
Staats- und Universitäts-
bibliothek Dresden
Konstantin.Hermann@
slub-dresden.de

Nachdem uns Reisende der Hauch der (Familien-) Geschichte schon einige Male umweht hatte, gingen wir nochmal auf die Spur eine Familienlegende, die schier unglaublich schien. Irgendein Verwandter namens Hermann sollte die Mühle besessen haben, in der 1812 die Konvention von Taugoggen geschlossen wurde, die am 30. Dezember der preußische General Johann David von Yorck (1759–1830) und für Russland der General Hans Karl von Diebitsch-Sabalkanski (1785–1831) unterzeichneten, in der Poscherun-schen Mühle, wie es in der Konvention hieß. Diese Konvention bedeutete den Wendepunkt in der Stellung Preußens zu Frankreich und war die Grundlage für die sich anschließenden Befreiungskriege. Dass die Zeichner des 19. Jahrhunderts die Mühle nicht kannten, wird deutlich: Manche stellten eine Windmühle dar, andere eine Wassermühle. Der genaue Standort gab Rätsel auf: „Der Vertrag war am Mittwoch, 30. Dezember 1812, am frühen Nachmittag unterzeichnet worden, und zwar in der Mühle von Poscherun. Wo aber lag diese Mühle in der Umge-

bung des Städtchens Taugoggen, war es eine Wind- oder eine Wassermühle? Die amtlichen Stellen in Berlin vermochten trotz Nachforschens in alten Akten keine Auskunft zu geben. So fuhr kurz entschlossen der Urenkel des alten Feldmarschalls, Graf Heinrich von Yorck, zu persönlicher Erkundung nach Taugoggen. Mit einiger Mühe stellte es sich heraus, daß der Ort des Vertragsabschlusses eine ziemlich dicht an der Grenze gelegene Wassermühle am Jese-runeflüßchen, vier Kilometer südwestlich von Taugoggen gewesen ist. Leider hatte man das historische Gebäude, das so viel hätte erzählen können, um das Jahr 1840 wegen Baufälligkeit abgerissen.“¹¹ Es ist nun merkwürdig, dass die Poscherunsche Mühle nicht im gleichnamigen Ort liegt, sondern bei Datianen (Dacijonai). Poscherun (Požerūnai) und Datianen liegen jedoch noch nicht einmal in der gleichen Richtung; Datianen im Süden Taugoggens, vier Kilometer, Poscherun südwestlich und etwas weiter weg, nämlich 6,5 Kilometer. Hellmann, der über Taugoggens preußische Zeit forschte, schrieb, dass es nur eine Mühle gab: die in Poscherun, um die es sich handeln müsste. 1765 hatte sie Christian Prahm gekauft, die 1789 an seinen Schwiegersohn Johann Ludwig Schlimm übergang, der sie wiederum an Johann Hilbrecht verkaufte. Dieser starb 1801. 1859 ist als Besitzer Johann Christian Meyer aus Wartulischken genannt.¹² Seit 2014 erinnert wieder ein Denkmal nahe dem Standort der Poscheruner Mühle mit deutscher und russischer Aufschrift an das Ereignis. Dem interessanten Rätsel, wer die Mühle 1812 besaß, ging schon vor 80 oder 100 Jahren jemand anders nach und veröffentlichte dies wohl in einer genealogischen Zeitschrift; aber wir wissen nicht, wer das war und wo es steht, sondern nur den Fakt als solchen; eben nur, dass es ein Namensträger Hermann war, was wiederum zur Familienüberlieferung passte, und dass jemand darüber geschrieben hatte. Aber bei Adam und Eva sind wir ja alle verwandt...



Sachsen und Litauen von 1990 bis heute

Matthias Donath

Verbunden mit dem Zerfall der Sowjetunion, erkämpften die baltischen Staaten, darunter auch Litauen, 1990/91 ihre staatliche Unabhängigkeit. Die Singende Revolution, so der Begriff für den gewaltlosen Kampf der Esten, Letten und Litauer zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit, begann 1987. Ein Höhepunkt dieser Bewegung, die den Hitler-Stalin-Pakt und seine Auswirkungen auf die baltischen Völker anprangerte, war die Menschenkette am 23. August 1989, die über 600 Kilometer von Wilna (Vilnius) bis nach Reval (Tallinn) reichte. Am 11. März 1990 proklamierte die bisherige Sozialistische Sowjetrepublik Litauen die Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit. Die Sowjetunion erkannte das nicht an. Am 13. Januar 1991 versuchten moskautreue Streitkräfte und Spezialeinheiten, in Litauen die politische Macht zu übernehmen. Der Putsch scheiterte, 14 unbewaffnete Zivilisten starben. Als Antwort auf dieses Ereignis fand am 9. Februar 1991 ein Referendum

statt, bei dem 90,5 Prozent der Wähler für ein unabhängiges Litauen votierten. Der sächsische Landtag hatte Wahlbeobachter in die drei baltischen Staaten entsandt, um die Sympathie Sachsens für die Unabhängigkeitsbewegung zu bekunden – gegen den Willen des damaligen deutschen Außenministers, der die fragile Situation der Sowjetunion nicht weiter gefährden wollte. Nach dem gescheiterten Augustputsch in Moskau gegen Michael Gorbatschow akzeptierte die Sowjetunion dann schließlich die Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten, bevor sie sich zum Jahresende 1991 auflöste.

Ein Erbe der Zugehörigkeit zur Sowjetunion ist bis heute der russische Bevölkerungsanteil. Er ist allerdings in Litauen deutlich niedriger als in Estland und Lettland. 1989 zählte man 9,4 Prozent der Einwohner russischer Nationalität, während es 2011 nur noch 5,8 Prozent waren. Die russische Minderheit konzentriert sich auf die Hauptstadt

Altstadt Wilnas mit dem rekonstruierten Schloss der Großfürsten von Litauen, 2021
Foto: Matthias Donath



Protestschild gegen den Hitler-Stalin-Pakt, 1989, heute im Besatzungs- und Freiheitskampfmuseum Vilnius
Foto: Matthias Donath

Wilna, die Hafenstadt Memel (Klaipėda), das umliegende Kleinlitauen und die Industriestandorte Elektrėnai und Visaginas. Die Nachbarschaft Russlands wird bis heute als Bedrohung empfunden. Litauen grenzt im Osten an die russischen Exklave Kaliningrad, während im Westen erst Weißrussland (Belarus) angrenzt, bevor russisches Staatsgebiet folgt.

Die Politik der Republik Litauen war in den ersten Jahren nach der Wiedergewinnung der Staatlichkeit darauf ausgerichtet, die Unabhängigkeit durch eine Einbettung in das „westliche“ Europa zu sichern. Wichtige Meilensteine dafür waren die Aufnahme in die Europäische Union und die NATO jeweils im Jahr 2004. Seit 2007 gehört Litauen dem Schengen-Raum an, womit die Grenzkontrollen zu den EU-Nachbarländern entfielen. Seit Januar 2015 ist Litauen Teil des Euro-Währungsgebiets. Der Freistaat Sachsen lässt sich in staatlicher Hin-

sicht nicht mit der Republik Litauen vergleichen, denn er ist kein unabhängiger Nationalstaat, sondern Teil der Bundesrepublik Deutschland. Gleichwohl gibt es Parallelen. Der Umbruch 1989/90 beendete die Eingliederung Sachsens (und weiterer Teile Deutschlands) in den sowjetischen Herrschaftsbereich und führte auch hier zu einer Wiedergewinnung der Staatlichkeit, indem Sachsen am 3. Oktober 1990 wieder auf die politische Landkarte Deutschlands zurückkehrte und Teil des föderal organisierten deutschen Staates wurde. Die Herausforderungen, vor denen Sachsen und Litauen zu Beginn der 1990er Jahre standen, waren gleichermaßen riesig. Die staatlich gelenkte Planwirtschaft musste in eine Marktwirtschaft umgebaut werden. Das war mit Brüchen verbunden, auch in den Biografien vieler Menschen. Sachsen hat diese Brüche dank der bundesdeutschen Transfergelder vielleicht sanfter abfedern können als Litauen, das auf sich selbst angewiesen war. Der Transferprozess dauerte drei Jahrzehnte und brachte sowohl soziale Verwerfungen als auch einen enormen Wohlstandszuwachs hervor. Ein Teil der litauischen Bevölkerung erreichte einen Lebensstandard, der sich mit dem der westeuropäischen Länder durchaus vergleichen lässt. Dabei besteht allerdings ein erheblicher Unterschied zwischen Stadt und Land und zwischen Besserverdienern und ärmeren Bevölkerungsteilen. Zu den Verwerfungen gehört der demografische Wandel. Die Einwohnerzahl Litauens wie auch Sachsens sinkt seit 1990 bedenklich, und zwar aufgrund einer erheblichen Abwanderung. Litauen hat Jahr für Jahr neue Abwanderungsverluste zu verzeichnen. Die Einwohnerzahl sank von 3,7 Millionen im Jahr 1992 auf 3,03 Millionen im Jahr 2021. Beliebteste Auswanderungsziele der letzten Jahre waren Großbritannien, Irland und Norwegen. Es gab auch Litauer, die sich für Deutschland



Raminta Kretschmann vor einem Sattelzug, der mit Hilfsgütern für Litauen beladen wird, 2019
Foto: Communitas e. V.

entschieden – und eine Beschäftigung in Sachsen fanden. Das betraf unter anderem Beschäftigte im Gesundheitswesen. Laut Statistischem Landesamt lebten am 31. Dezember 905 Staatsbürger der Republik Litauen in Sachsen.¹ Die Litauer in Sachsen sind nicht in einem Verein organisiert, kenne sich aber gleichwohl untereinander sehr gut. Direkte politische Beziehungen zwischen Sachsen und Litauen bestehen nicht. Seit 2002 existiert ein Honorarkonsulat der Republik Litauen in Sachsen und Brandenburg mit Sitz in Dresden. Honorarkonsul ist Rechtsanwalt Hans-Jörg Derra von der Dresdner Kanzlei Derra, Meyer & Partner. Auf privater Ebene sind die Kontakte intensiver. Seit Beginn der 1990er widmen sich verschiedene Organisationen aus Sachsen – unabhängig voneinander – Hilfsprojekten in Litauen. Dabei ging es in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit Litauens vor allem darum, Aufbauarbeit zu leisten und die Not nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Wirtschaftssystems zu lindern. Georg Pohler aus Großdeuben bei Leipzig, der Litauen erstmals 1990 besucht hatte, gründete 1992 gemeinsam mit Freunden den Verein „Hilfe für Litauen e. V.“. Der Verein sammelte Sachspenden, darunter medizinische Hilfsgüter, und brachte sie mit gemieteten LKWs, später mit eigenen Fahrzeugen nach Litauen. „Litauen war in den 1990er Jahren noch ein Entwicklungsland“, erinnert er sich. „An der Grenze mussten wir einmal drei Tage warten, weil wir uns weigerten, die Grenzbeamten zu bestechen“.² Ausgestattet wurden das Krankenhaus in Lazdijai und eine Behindertenschule in Kaunas. 2015 löst sich der Verein auf, weil der Bedarf nach Sachspenden nicht mehr so groß war. Dagegen besteht eine Initiative aus Hainichen noch heute. Die aus dem Memelland stammende Maria Jagsteidt sammelte Geld und Sachspenden und organisierte 1994 ihren ersten Hilfstransport nach Litauen. Weitere Hilfslieferungen folgten. 2006 übernahm Verein „Communitas – katholische Jugend Hainichen/Sa. e. V.“ die Organisation der Hilfstransporte. Wesentlich beteiligt sind Thomas Kretschmann und seine aus Litauen stammende Frau Raminta. Die Spenden werden im Lager der von Thomas und Raminta Kretschmann geführten Firma Naturbrennstoffe gesammelt. In der Regel starten jährlich fünf Sattelzüge nach Litauen und in die Ost-Ukraine. In Litauen werden die Städte Alytus (Caritas), Jurbarkas (Krankenhaus und Senioreneinrichtungen) sowie Kelme (Verein für Invaliden) kostenlos mit Sachspenden versorgt. „Ich werde oft gefragt, ob Hilfslieferungen nach Litauen denn wirklich notwendig sind“, sagt Projektleiter Thomas Kretschmann. „Ein Blick auf die Renten und das sehr schlechte System an Sozialhilfe gibt die Antwort. Wer Eigentum auf dem Land hat und sich selbst Obst und Gemüse anbauen kann, kommt damit vielleicht noch um die Runden. Aber bei Rentnern, die in einer Mietwohnung leben, reicht das Geld oft noch nicht einmal für Miete, Heizung und Strom, geschweige denn für eine ausgewogene Ernährung und Kleidung.“³ Verteilt wer-

den die Hilfsgüter daher vorwiegend an alte Menschen und solche, die am Rand der Gesellschaft stehen. Für Thomas Kretschmann hatte das Engagement auch persönliche Auswirkungen: „Anfang 2002 ging ich für ein Vierteljahr nach Litauen, um dort meine Diplomarbeit über litauische Medien zu verfassen. Dabei lernte ich auch meine heutige Frau kennen, mit der ich zwei Kinder habe. Auch die Gründung unserer Firma Naturbrennstoffe basiert auf einem Zufallstreffen in Litauen, und heute profitieren die Hilfstransporte davon, dass wir durch unsere Firma und deren Importe aus dem Baltikum sehr günstige Transportmöglichkeiten für unsere Hilfsgüter haben.“⁴

Ein wichtiger Partner ist die katholische Hilfsorganisation Caritas. Obwohl die römisch-katholische Kirche während der Sowjetzeit starken Benachteiligungen ausgesetzt war, sind 77 Prozent der Litauer katholisch getauft. Schon unter sowjetischer Herrschaft gab es Kontakte zwischen Katholiken in der DDR und in Litauen. So reiste Dr. Hans-Friedrich Fischer, katholischer Priester aus Leipzig und Mitglied der Kongregation vom Oratorium des Heiligen Philipp Neri, erstmals 1972 nach Litauen, wo er Freundschaften schloss und einen Austausch zwischen den Oppositionsbewegungen in der DDR und in Sowjetlitauen organisierte. 1997 wurde Dr. Fischer zum Rektor des Priesterseminars der Diözese Vilnius berufen. Auch nach dem Ende seiner Amtszeit 2001 blieb er in Litauen, um die katholische Kirche dort zu unterstützen. Er lehrte am Priesterseminar Theologie und Kirchengeschichte und beteiligte sich an der Seelsorge der Pfarrei St. Peter und Paul in Vilnius. Von 2015 bis 2018 übernahm er nochmals die Leitung des Priesterseminars. Seine Erfahrung besagt, dass katholische Rituale und Bräuche zwar fester Bestandteil der litauischen Identität sind, dass aber das religiöse Wissen fehlt. „Die Menschen sind“ in der Sowjetunion „traditions- und geschichtslos aufgewachsen. Das ist vergleichbar mit dem, was ich in der ehemaligen DDR erlebt habe oder heute noch erlebe.“⁵ Seit Beginn der 1990er Jahre besteht eine Partnerschaft zwischen den Einrichtungen der katholischen Jugendarbeit des Bistums Dresden-Meißen, des Erzbistums Köln und des Bistums Vilnius. Maßgeblich organisiert wurde der Austausch durch den damaligen Jugendseelsorger Christoph Behrens aus Dresden. Partner in Litauen ist die 1991 gegründete Jugendorganisation „Actio Catholica Patria“. Seitdem nahmen zahlreiche Jugendliche aus Sachsen an Jugendbegegnungen in Litauen teil, während umgekehrt junge litauische Katholiken Freizeiten im Winfriedhaus in Schmiedeberg im Osterzgebirge verbrachten.

Die Lutheraner bilden in der Republik Litauen eine kleine Minderheit. Nur 0,3 Prozent der Einwohner sind Mitglieder von Kirchgemeinden der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Litauen – auch wenn die amtlichen statistischen Zahlen einen höheren Anteil ausweisen. Die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens hat nur

- 1 Auskunft des Statistischen Landesamtes des Freistaats Sachsen vom 7. September 2021. Datengrundlage: Ausländerzentralregister.
- 2 Interview am 17. September 2021.
- 3 Sächsische Zeitung vom 8. November 2019, Ausgabe Döbeln, S. 11.
- 4 Mail vom 30. September 2021.
- 5 Interview mit Dr. Hans-Friedrich Fischer im Oktober 2013, zitiert nach <https://www.goethe.de/ins/Lt/de/kul/mag/20548539.html>.



Einweihung des Kinderheims in Šakiai, lutherische Pfarrer aus Litauen und Helfer aus Brünlos, 2014
Archiv Johannes Kunze

einzelne Kontakte nach Litauen – ihre Partnerkirche im Baltikum ist die lutherische Kirche Lettlands. Seit 1996 besteht eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Kirchgemeinde Brünlos (heute Teil der Kirchgemeinde Zwönitz) und der Kirchgemeinde Šakiai (deutsch früher auch Schaken oder Schaki) westlich von Kaunas. Es begann damit, dass nach der Sanierung des Geläuts der Brünloser Kirche die Gemeinde drei Stahlglocken abzugeben hatte. Als man davon erfuhr, dass die evangelischen Kirchen in Litauen in der Sowjetzeit alle ihre Glocken verloren hatten, wurden die Brünloser Glocken nach Litauen gebracht und den evangelischen Kirchen in Šakiai, Jubarkas (Georgenburg) und Vištytis (Wischtynen) geschenkt. Seitdem haben insgesamt 23 Glocken aus Sachsen in Litauen eine Zweitverwendung erhalten. Die Gruppe aus Brünlos um Johannes Kunze half der Kirchgemeinde Šakiai mit Geld und Eigenleistungen. Sie baute ein neues Pfarrhaus (1998/99), wandelte das alte Pfarrhaus in ein Kinderheim um (2002-2004), sanierte einen Anbau an der Kirche (2006-2008), welcher heute als Tageszentrum für Behinderte genutzt wird, und organisierte den Bau eines neuen Kinderheims (2012-2014) für Kinder und Jugendliche, die kein Zuhause mehr haben. An den Arbeitseinsätzen in Šakiai nahmen bis zu 100 Gemeindeglieder aus Brünlos und Umgebung teil. Gruppen aus beiden Gemeinden besuchten sich gegenseitig. 2021 feierten Šakiai und Brünlos das 25-jährige Bestehen ihrer Partnerschaft. „Von den Baueinsätzen sind wir immer reich beschenkt zurückbekommen“, sagt Johannes Kunze, der auf 280 Besuche in

Šakiai zurückblickt. „Wir haben Menschen kennengelernt, denen wir Mut gemacht haben, im Glauben zu leben und zu wachsen.“⁶

Auch außerhalb des kirchlichen Bereichs sind Partnerschaften entstanden. Einen wesentlichen Anteil daran hat Dr. Hans-Friedrich Fischer, der bestens mit der Kunstszene in Vilnius vernetzt ist. So besteht seit mehreren Jahren ein Austausch zwischen der Kunstakademie Vilnius und der Maria-Montessori-Grundschule in Bautzen. Angehende Kunstlehrer absolvieren innerhalb ihres Pädagogikstudiums Praktika an der Bautzener Schule.

Die nationale Identität ist für die Litauer sehr wichtig. Überall sieht man Fahnen – die Nationalflagge in den Farben gelb-grün-rot, die 1918 von einer Kommission relativ willkürlich festgelegt wurden, und die rote Staatsflagge mit dem Vytis, dem weißen Ritter auf einem weißen springenden Pferd. Seit dem 14. Jahrhundert führten die Fürsten und Großfürsten von Litauen dieses Wappen. Der Reiter wurde auch Teil des Wappens der Rzeczpospolita Polen-Litauen. Nach der Besetzung Litauens durch die Sowjetunion waren Wappen und Landesfarben verboten, ihre Verwendung stand unter Strafe. Heute stehen sie für ein neues nationales Selbstbewusstsein.

Litauen grenzt sich in seinem nationalen Selbstverständnis von Russland ab, das von 1795 bis 1918 das Staatsgebiet Litauens besetzt hatte, aber auch von Polen, der dominierenden Macht im Doppelstaat Polen-Litauen. Dass die litauische Hauptstadt über Jahrhunderte eine polnische Bevölkerungsmehrheit hatte und von 1920 bis 1939 zu Polen gehörte, wird verdrängt. Bezugspunkte litauischer Identität werden gerne in der Zeit vor der Union mit dem Königreich Polen gesucht. So

⁶ Interview am 19. September 2021.

steht vor dem Litauischen Nationalmuseum das Denkmal des Königs Mindaugas (um 1203–1263) und auf dem Platz vor der Wilnaer Kathedrale das Denkmal des Großfürsten Gediminas (um 1275–1341). Beide werden als Nationalhelden verehrt. Teil der Identitätsbildung und -findung war der Wiederaufbau des Palastes der Großfürsten von Litauen in Wilna. Die Reste dieses ehemaligen Residenzschlosses waren in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts abgebrochen worden. 1987 begannen Ausgrabungen an der Stelle des längst verschwundenen Bauwerks, die zahlreiche Funde erbrachten. Zwischen 2002 und 2013 wurde das Residenzschloss in der Gestalt des 16. Jahrhunderts rekonstruiert. Dabei kamen moderne Baumaterialien und -techniken zum Einsatz, was man innen in den Foyers und Treppenhäusern auch sieht. Außen zeigt sich das Großfürstenschloss in einer historischen Anmutung, die sich an die wenigen überlieferten historischen Ansichten anlehnt. Obwohl für die Innenräume keine Bildquellen vorlagen, wurden ganze Raumfolgen im Renaissance- und Barockstil als vermeintlich authentische Wohnräume der Großfürsten von Litauen rekonstruiert. Möbel- und Gemälderepliken, deren Nachahmung deutlich zu erkennen ist, sollen ein historisches Ambiente vortäuschen. Damit unterscheidet sich dieses Vorhaben deutlich von dem Wiederaufbau des Dresdner Residenzschlosses, der auf einer akribischen Quellen- und Befunddokumentation beruhte.

Die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden zeigten von Juli bis Oktober 2018 im Schloss der Großfürsten von Litauen aus Anlass der 100-jährigen Jubiläums der modernen Eigenstaatlichkeit Litauens die Ausstellung „Kurfürsten von Sachsen – Großfürsten von Litauen. Hofkultur und Hofkunst unter August II. und August III.“ Zahlreiche Prunkstücke aus dem Grünen Gewölbe und aus anderen Sammlungen erinnerten an die Union zwischen Sachsen und Polen-Litauen im 18. Jahrhundert.

Über die deutsche Vergangenheit des Memellands wird in Litauen nicht gesprochen. Nach nationalem Selbstverständnis geht man davon aus, dass Memel (Klaipėda) und das Memelland schon immer litauisch waren und allenfalls früher einmal eine deutsche „Fremdherrschaft“ bestand. Deutsche Ortsnamen wie Memel werden grundsätzlich nicht verwendet, was auch damit zu tun hat, dass Eigennamen, auch Personennamen, grundsätzlich immer ins Litauische übersetzt werden. Das 100-jährige Jubiläum der Angliederung des Memellands wird 2023 in großer nationaler Begeisterung gefeiert werden. Wie schon damals wird das Bild bemüht, dass die „Tochter“ zur „Mutter“ zurückkehrte. Dass es sich um eine Annexion gegen den Willen der Mehrheitsbevölkerung gehandelt hat, kann in Litauen im öffentlichen Raum nicht geäußert werden. Die selektive Ausblendung von Teilen der Geschichte betrifft auch die polnische Minderheit, die immerhin 6,6 Prozent der Bevölkerung



Staatsflagge mit dem litauischen Reiter an einem Haus in Vilnius, 2021
Foto: Matthias Donath

umfasst. Sie beklagt, dass der polnische Charakter Wilnas (polnisch: Wilno) durch die litauische Identitätspolitik unkenntlich gemacht werde. Zweisprachige Straßenschilder oder Ladenbeschriftungen sind nicht zugelassen, auch nicht in Gemeinden, in denen ethnische Polen die Mehrheit stellen.

Der Freistaat Sachsen hatte bis 1990 eine ethnisch weitgehend homogene Bevölkerung. Die einzige autochthone Minderheit bilden die Lausitzer Sorben, die seit dem 19. Jahrhundert zur Zweisprachigkeit (obersorbisch und deutsch) gewechselt sind. Aufgrund fortschreitender Assimilation gaben viele Sorben vor allem evangelischer Konfession im 20. Jahrhundert die sorbische Sprache auf. Heute wird die Zahl der Sorbischsprecher wie auch die Zahl derjenigen, die sich zur sorbischen Nationalität bekennen, statistisch nicht erfasst. Im sorbischen Siedlungsgebiet sind zweisprachige Beschilderungen üblich – selbst in Gemeinden, in denen es keine sorbischen Muttersprachler mehr gibt. Die Migration in die Bundesrepublik Deutschland, vor allem aber die Flüchtlingskrise des Jahres 2015, ließen den ausländischen Bevölkerungsteil auf aktuell 5,3 Prozent anwachsen. Die größten Zuwanderergruppen stammen aus Syrien, Polen, Russland, Rumänien und Afghanistan. Litauen war erst 2021 einen Flüchtlingsstrom ausgesetzt, als die Republik Weißrußland (Belarus) mit der Absicht, die Europäische Union zu destabilisieren, ihre Grenzen zu Litauen, Lettland und Polen öffnete. Die drei Mitgliedsstaaten der Europäischen Union antworteten mit dem Bau eines Grenzzauns.

Litauen befindet sich nur selten im Blickfeld der Einwohner Sachsens – und auch umgekehrt wissen die wenigsten Litauer, wo Sachsen überhaupt liegt. Dennoch überrascht es, wie viele Gemeinsamkeiten und Begegnungen sich in Geschichte und Gegenwart ausmachen lassen.

Autor
Dr. Matthias Donath
Herausgeber der
„Sächsischen Heimatblätter“



Breslauer Anthropologen vermessen
einen Schädel aus Liebon
Landesamt für Archäologie Sachsen,
Foto: J. Rottig

Den Slawen auf der Spur: „1000 Jahre Oberlausitz“ – ein Projekt stellt sich vor

Susanne Schöne

Das zwischen der Pulsnitz im Westen, der Schwarzen Elster im Norden sowie den Flüssen Bober (Bóbr) und Queis (Kwisa) im Osten gelegene Gebiet der heutigen Oberlausitz war im 10. und frühen 11. Jahrhundert ein vielfach umstrittenes Grenzland. Konkurrierende Interessen ostfränkisch-sächsischer Könige und Kaiser, polnische Herzöge und seit 1025 Könige als auch böhmischer Fürsten und ostsächsischer Markgrafen prägten diese Region, weit bevor sich östlich und westlich der Neiße „deutsche“ und „polnische“ Identitäten herausbildeten.

Seit Oktober 2019 kooperiert das Landesamt für Archäologie Sachsen gemeinsam mit fünf polnischen und deutschen Partnern in dem grenzübergreifenden Projekt „1000 Jahre Oberlausitz – Menschen, Burgen, Städte“ mit dem Ziel, die Menschen beiderseits der Neiße für ihre gemeinsame Geschichte und Archäologie dieser Region zu begeistern. Beteiligte

Partner sind die Städtischen Museen Zittau, die Naturwissenschaftliche Universität Breslau (Wrocław) mit der Abteilung für Anthropologie am Institut für Umweltbiologie, das Museum Bautzen, das Keramikmuseum in Bunzlau (Bolesławiec) und das Euroregionale Zentrum für Kultur und Kommunikation in Penzig (Pieńsk). Innerhalb von zweieinhalb Jahren bearbeiten die Partner schlaglichtartig drei Themenkomplexe: die Besiedlung im Frühmittelalter, den Sechsstädtebund und die schlesischen Befreiungskriege während der Napoleonischen Zeit.

Der Schwerpunkt der Forschungen durch das sächsische Landesamt für Archäologie Sachsen sowie der Kollegen von der Naturwissenschaftlichen Universität Breslau liegt auf der slawischen Besiedlungsperiode. Der vorliegende Aufsatz gibt einen ersten Einblick in die noch andauernden Untersuchungen und ihre vorläufigen Ergebnisse.

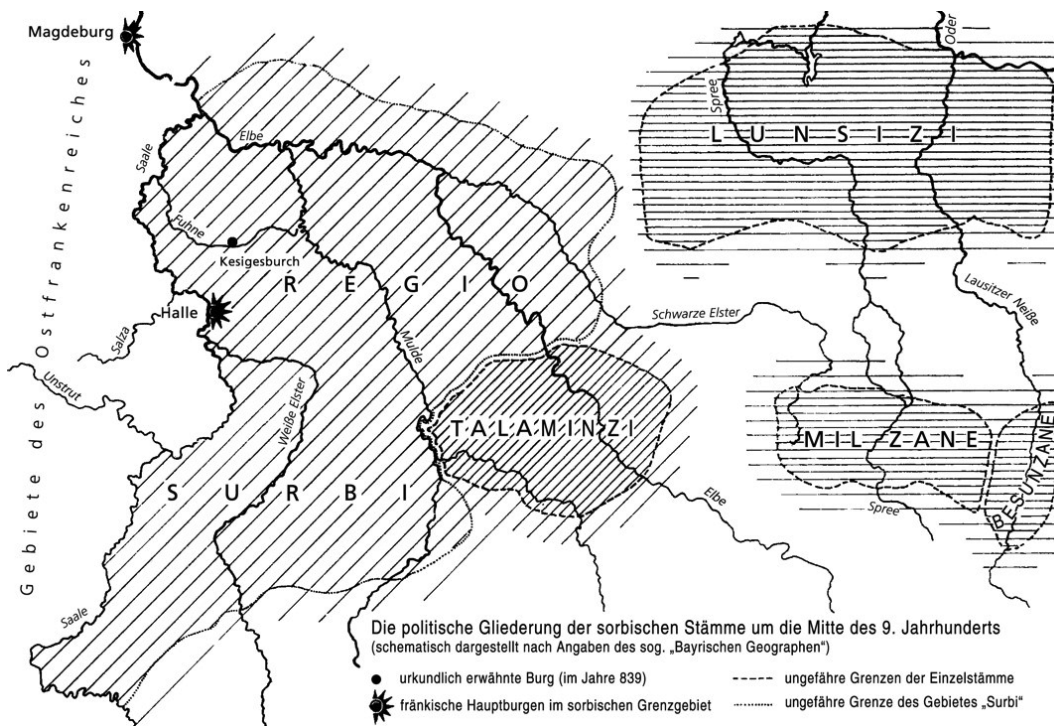
Die Oberlausitz im Früh- und Hochmittelalter

Die Besiedlung der heutigen Oberlausitz durch die Slawen ist erst ab dem 9. Jahrhundert sicher belegt.¹ Namentlich überliefert sind für diese Region die beiden Stammesgruppen der Besunzane (vermutlich um Görlitz) und Milzener (um Bautzen)², die das Land nach einer Siedlungslücke von etwa 300 Jahren in Besitz nahmen. Dieser Prozess spiegelte sich in der Anlage einzelner Wohn- und Bestattungsplätze und vermutlich ab dem Ende des 9. Jahrhunderts im Bau imposanter Burgenwallanlagen wider,³ die noch heute das Landschaftsbild prägen. Aufgrund des bisher lückenhaften Forschungsstandes ist nur wenig über die Funktion dieser Burgen, ihre strukturelle Einbindung in die slawische Siedlungslandschaft und die Menschen, die sie einst errichtet hatten⁴, bekannt. Wenige Befunde deuten darauf hin, dass sie in locker gegliederten, agrarwirtschaftlich geprägten, weilerartigen Kleinsiedlungen lebten.⁵ Es finden sich historische und wenige archäologische Hinweise auf ein polytheistisches, naturreligiöses Weltbild.⁶ Sie verbrannten ihre Toten und bestatteten sie in Urnen auf oder in Grabhügeln.⁷ Etwa ab dem 11. Jahrhundert wird bei den Oberlausitzer Slawen zeitgleich mit der fortschreitenden Christianisierung der Übergang zur Körperbestattung fassbar.⁸ Im mitteldeutschen Raum zwischen Saale und Elbe hatten sich die Slawen bereits spätestens zu Beginn des 7. Jahrhunderts niedergelassen und das Land sukzessive nach Norden bis an die Ostseeküste besiedelt.⁹ Sie waren von Anbeginn mit dem benachbarten Ostfrankenreich in Grenzstreitigkeiten verwickelt. Anfang des 10. Jahrhunderts waren die dort ansässigen Stämme durch den



Burgwall in Göda, Zeichnung, 1792
Stadtmuseum Löbau

Sachsenherzog und ostfränkischen König Heinrich I. (reg. 919–936) unterworfen worden. Die Grenzfeste Meißen markierte dabei vorerst den östlichsten Punkt seiner Herrschaft, der ab Mitte des 10. Jahrhunderts auch die benachbarten Milzener in der heutigen Oberlausitz dauerhaft tributpflichtig waren.¹⁰ Die eingesetzten Markgrafen verwalteten nicht nur das Land, sondern knüpften auch familiäre Beziehungen zu den böhmischen Fürsten der Přemysliden und dem östlich der Neiße zu Ansehen und Einfluss gelangten Piastengeschlecht. Durch wechselseitige Bündnisse und Heiratsverbindungen war vor allem Kaiser Otto III. (reg. 996–1002) bestrebt, den von Bolesław I. Chrobry (reg. 992–1025) beherrschten polnischen Herrschaftsbereich mit dem ostfränkischen Reich und Königshaus zu verknüpfen.¹¹ Sein Nachfolger Kaiser Heinrich II. (reg. 1002–1024) verfolgte hingegen rigidere Herrschaftsansprüche im Milzenerland und forderte die Unterwerfung des Polenfürsten unter seine Lehnshoheit. Die daran



Sorbische Stämme zwischen Saale und Lausitzer Neiße
aus: Herrmann 1985 (wie Anm. 15)



Kartierung der slawischen Burgen und Siedlungen in der Oberlausitz
Landesamt für Archäologie Sachsen,
Bearbeitung: J. Rottig

entbrennenden Auseinandersetzungen mit Boleslaw Chrobry konnten erst zu Beginn des 11. Jahrhunderts in Form eines Friedensvertrages – dem Frieden von Bautzen des Jahres 1018 – beigelegt werden, infolgedessen der polnische Herzog auch seine Ansprüche auf das Gebiet der Milzener sowie der Lusitzer (heutige Niederlausitz) behauptete.¹²

Es war mit Sicherheit eine kriegerische und unsichere Zeit. Für die slawischen Burgwälle in der Oberlausitz fehlen bisher belastbare Datierungen, aber wir wissen, dass das Gros der weitaus besser erforschten Anlagen in der Niederlausitz genau in diesem bewegten Zeitraum des 10. Jahrhunderts errichtet wurde.¹³ Insgesamt gibt es in der Oberlausitzer Region beiderseits der Neiße Hinweise auf über 90 mutmaßlich slawische befestigte Anlagen. Hingegen finden sich vor allem in Sachsen nur vergleichsweise wenige Siedlungs- und Bestattungsplätze aus dieser Zeit. Ihre Datierung fußt zudem vorrangig auf Untersuchungen und Funden, die vor allem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aufgenommen wurden. Das deutsch-polnische Forschungsteam des Projektes „1000 Jahre Oberlausitz – Menschen, Burgen, Städte“ hat sich daher nun die Aufgabe gestellt, dieses Wissen mit neuen wissenschaftlichen Fragestellungen und technischen Möglichkeiten zu ergänzen.

Die Forschungen zur frühmittelalterlichen Besiedlung westlich der Neiße

Insgesamt sieben ausgewählte slawische Fundstellen bildeten die Ausgangsgrundlagen für die Untersuchungen in der sächsischen Oberlausitz. Im Umkreis von fünf Kilometern der Wallanlagen Rotstein bei Bischdorf, Kittlitz/Bellwitz, Gröditz, Niedergurig, Coblenz/Dobranitz und Göda wurden die Felder engmaschig luftbildarchäologisch sondiert. Zahlreiche Bewuchsanomalien deuteten an bereits bekannten aber auch unbekanntem Fundstellen Siedlungsaktivitäten an, welche aus der Luft selbstredend schwerlich datierbar sind. Die vielversprechendsten Stellen wurden daraufhin in der vegetationsfreien Periode nach Funden abgesucht.

Durch Hinweise von ehrenamtlichen Bodendenkmalpflegern aus der Region wurde das Projektteam auch auf eine Fundstelle an der Talsperre bei Bautzen aufmerksam. Bei Niedrigwasser kam hier bei dem Dorf Quatitz neben slawischer Keramik auch ein sogenannter Otto-Adelheid-Pfennig (geprägt 985 bis 1020) zum Vorschein. Im heute gefluteten Bereich befand sich einst eine der wenigen für die Oberlausitz archäologisch verifizierten Siedlungen (ehem. Nimschütz)¹⁴, in 1.500 Meter Luftlinie entfernt ist



links: Otto-Adelheid-Pfennig
Lesefund bei Quatitz
Landesamt für Archäologie Sachsen,
Foto: C. Pönitz



rechts: Luftdüse für einen Renn-
ofen aus Ton, gefunden bei Quatitz
Landesamt für Archäologie Sachsen,
Foto: J. Rottig

heute noch die slawische Lubasschanze bei Niedergurig erhalten.

Am Rande der Talsperre wurde aber auch eine Grube mit zahlreichen tönernen Luftdüsen und Holzkohleresten dokumentiert. Solche Tonröhren kamen bei der Eisengewinnung an den Belüftungsöffnungen von Rennöfen für die Sauerstoffzufuhr zum Einsatz. Hinweise auf Metallverarbeitung aus slawischer Zeit sind bisher zwar selten, bei den aufgefundenen Fabrikaten konnte es aber durchaus um früh-bis hochmittelalterliche Fundstücke handeln.¹⁵ Mittels ¹⁴C-Analyse der mit den Tondüsen vergesellschafteten Holzkohlen konnte der Beleg darüber eindeutig erbracht werden. Das ermittelte Datum weist in den Zeitraum zwischen dem ausgehenden 9. und 10. Jahrhundert.¹⁶

Bei den archäologischen Erkundungen aus der Luft wurden besonders im Landkreis Bautzen an unterschiedlichen Stellen interessante Anomalien beobachtet. Gemeinsam mit bereits in den vergangenen Jahren gemachten Aufnahmen verdichtete sich das Interesse auf zwei vielversprechende Stellen im Raum Göda in der Nähe der Siedlungen Preske und Döberkitz. Bei einer gezielten Oberflächenbegehung konnten zunächst keine Funde gemacht werden. Da die Luftbilder hier aber auf eine mögliche Siedlung und ein mutmaßliches Hügelgräberfeld hindeuteten, wurden die betreffenden Flächen auch geophysikalisch untersucht. Auf diese Weise sollten mögliche unterirdisch noch erhaltene Strukturen wie Gruben oder Gräben mit der sogenannten Magnetometer-Prospektion zerstörungsfrei erfasst werden. Im Folgenden machten sich die Projektmitarbeiterinnen vom Landesamt für Archäologie mit wenigen gezielten Erdschachtungen daran, die so identifizierten Befunde möglichst zerstörungsfrei zu untersuchen. Das Ergebnis bei Preske fiel ernüchternd aus, kennzeichnet aber auch den Alltag der Archäologen, welche erst mittels in situ geborgener Funde sichere Datierungen vornehmen können: die Boden-anomalien konnten zweifelsfrei als Gruben identifiziert werden, waren aber erst im 18. bis 19. Jahrhundert vermutlich im Kontext der nahe gelegenen Siedlung Preske angelegt worden.

Weitere Hoffnungen liegen nun auf dem ebenfalls durch spannende Bewuchsmerkmale hervortretenden Feld bei Döberkitz.¹⁷ Bei günstigem

Pflanzenwuchs zeichnet sich hier regelmäßig eine Gruppe von etwa 15 U-förmigen Strukturen ab, welche in Größe und Anlage an Befunde aus dem nahe gelegenen Dobranitz erinnern, wo in den 1990er Jahren mehrere mittelslawische Hügelgräber ausgegraben wurden.¹⁸ Zudem ist wenige 100 Meter östlich der betreffenden Stelle auf dem Hussitenberg in der Gemarkung Bloaschütz heute noch ein geschütztes Hügelgräberfeld erhalten.¹⁹ Auf Grundlage der geomagnetischen Messdaten werden im Laufe des Projektes auch in Döberkitz gezielte Sondagen angelegt werden, die Aufschluss über den Erhaltungszustand, die Tiefe und vor allem die zeitliche Einordnung dieser Strukturen geben sollen.

Bei der Suche nach möglichen slawischen Siedlungsspuren in der Oberlausitz spielen die genannten Burgwälle eine gewichtige Rolle. Bei dem Gros dieser Anlagen handelt es sich um von Abschnittswällen umschlossene Höhenburgen an Gewässerläufen, so genannte „Skalenschanzen“.²⁰ Vor allem im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts sind durch die Gesellschaft für Anthropologie und Urgeschichte der Oberlausitz gezielte Grabungen in und an den Burgwällen durchgeführt worden. In einigen Fällen sind die Dokumentationen und ausgewählte Funde erhalten.²¹ Die mittlerweile als historisch anzusehenden Untersuchungen entsprechen nicht mehr den modernen wissenschaftlichen Standards, und ihre Ergebnisse bedürfen einer dringenden

Luftbild einer möglichen
Fundstelle in Döberkitz
Landesamt für Archäologie Sachsen
Foto: Ronald Heynowski





Bergung von Hölzern aus dem Burgwall in Dobranitz Landesamt für Archäologie Sachsen, Foto: J. Röttig

Neubewertung. Um den Erhalt der Bodendenkmäler zu sichern, wird in Sachsen seit 1993 nach Möglichkeit aber auf vermeidbare Bodeneingriffe verzichtet. Neufunde sind daher abgesehen von wenigen Grabungsmaßnahmen²² im Wesentlichen auch das Verdienst ehrenamtlicher, in der Region verankerter Bodendenkmalpfleger, welche die Wallanlagen und ihr Umfeld regelmäßig aufsuchen.

Auch während der nun intensiv durchgeführten Projektuntersuchungen konnten weitere, durch Erosion, Sturmschäden und Tiere ans Tageslicht beförderte Scherben sowie verkohlte Hölzer aus den ehemaligen Wallkonstruktionen geborgen werden. Ergänzend finden sich in den Depots des Landesamtes für Archäologie Sachsen neben zahlreichen Altfinden auch aus konstruktiven Zusammenhängen geborgene Holzkohlen. Im Rahmen des Projektes wurden diese Proben nun zur Altersbestimmung einer ¹⁴C-Analyse unterzogen. Von den Wallanlagen in Kittlitz und Dobranitz gelang den Forscherinnen die Bergung verkohlter Bauhölzer, wel-

links unten: Luftaufnahme der Wallanlage Coblenz im Winter Landesamt für Archäologie Sachsen, Foto: R. Heynowski

rechts: Hacksilberfund aus Cortnitz Landesamt für Archäologie Sachsen, Foto: U. Wohmann



che aus dem Wurzelballen eines umgestürzten Baums von der Wallkrone entnommen bzw. im Bereich einer Tierbaustörung dokumentiert wurden. Die dendrochronologisch datierten Hölzer sind in Kittlitz um/nach 968 und in Dobranitz mutmaßlich um/nach 905 geschlagen worden.²³ Damit liegen nun neue Datierungen vor, welche der bisherigen Annahme der Erbauungs- und Nutzungszeit der Oberlausitzer Wälle ab dem 10. Jahrhundert einiges mehr an Gewicht verschaffen und gleichzeitig eine neue Diskussionsgrundlage zur Entstehung und den Ursachen des Burgenbaus in der Region bilden können.²⁴

Ergänzend zu diesem zugegebenermaßen punktuellen Forschungsansatz bemüht sich das Projektteam, auch offene Fragen im Zusammenhang mit der Nutzung der slawischen Burgen zu beantworten. Beispielhaft wurden hierfür die Hauptburg sowie zwei Drittel der im Südwesten vorgelagerten Vorburg der Wallanlage Coblenz bei Göda geomagnetisch untersucht. Solche Untersuchungen wurden bereits bei den ebenfalls ab dem 9./10. Jahrhundert ausgebauten bzw. wiederbesiedelten Burgen Ostro und Kopschin durch das Museum der Westlausitz in Kamenz in Auftrag gegeben. Die dortigen Ergebnisse deuten auf zahlreiche Gruben und mutmaßliche Gebäudestrukturen nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der umwallten Anlagen hin.²⁵ Die archäologische Bewertung der Messergebnisse für Coblenz steht noch aus, doch deutet von der Größe der Anlage und den dokumentierten Altfinden des 20. Jahrhunderts einiges darauf hin, dass wir uns das Bau- und Siedlungsgeschehen hier ganz ähnlich vorstellen können wie in Kopschin und Ostro. Folgerichtig wird das Untersuchungsareal auch hier auf die südlich anschließende Feldebene ausgeweitet werden. Oberflächenfunde wurden an dieser Stelle im Projektzeitraum bisher keine gemacht.

Eine besondere Fundgattung der früh- bis hochmittelalterlichen Siedlungsphase stellen die sogenannten Hacksilberfunde dar. Insgesamt sind in der Oberlausitz vier solcher im 10. und 11. Jahrhundert vorgenommenen Schatzdeponierungen bekannt. Eine Besonderheit unter diesen nimmt der 2005 in Cortnitz bei Weißenberg



entdeckte Hacksilberhort ein, dessen wissenschaftliche Aufarbeitung derzeit von der Projektleiterin Dr. Joanna Wojnicz durchgeführt wird.²⁶ Neben einigen Schmuckobjekten dominieren vor allem zerhackte Silbermünzen mit europäischen aber auch arabischen Prägeorten das Fundensemble. Mit Mitteln des Projektes „1000 Jahre Oberlausitz“ wird gegenwärtig die dreidimensionale Erfassung der über 1.200 Objekte und die Präsentation der schönsten Stücke in einer öffentlich sichtbaren Datenbank (<https://archaeo3d.de/>) realisiert.

Neueste Ergebnisse der Forschungen zum Alltag der Slawen in der östlichen Oberlausitz

Die Bedingungen für die archäologischen Untersuchungen in Polen unterscheiden sich von denen in Sachsen. Aus diesem Grund haben die Projektpartner von der Abteilung für Anthropologie des Instituts für Umweltbiologie an der Naturwissenschaftlichen Universität Breslau an drei ausgesuchten slawischen Fundstellen archäologische Sondierungen vorgenommen. Ziel war es, datierendes Material für eine zeitliche Einordnung der bisher ebenfalls nur unzureichend erforschten frühmittelalterlichen Burgen in der polnischen Oberlausitz zu gewinnen. Zu den ausgewählten Stellen gehörten der Burgwall Seidenberg (Zawidów), der Burgwall Lichtenberg (Białogórze) mit einem nahe gelegenen Hügelgräberfeld und der Burgwall Schönberg (Sulików).²⁷

Die Breslauer Kollegen konnten mithilfe eines Wallschnittes am Seidenberger Burgwall Steine einer ehemaligen Befestigungsmauer und teils verkohlten Hölzer eines innenliegenden Wehrgangs dokumentieren. Funde aus dem Nutzungszeitraum datierten die Anlage wohl ans Ende des 9. bis 10. Jahrhunderts. In Lichtenberg hofften die polnischen Projektmitarbeiter, neben den heute noch gut erhaltenen Überresten der Befestigung auch Ergebnisse zu einer hier vermuteten Vorburg zu gewinnen. In einem Wallschnitt zeigten sich deutliche Schichten aus verbranntem Lehm und verkohlte Hölzer der ehemaligen Befestigung. Gemeinsam mit einer aus einem Holzbalken geborgenen Pfeilspitze belegen sie eindrucksvoll eine Zerstörung der umkämpften Burganlage. Die mutmaßliche Vorburg gab hingegen noch nicht alle Geheimnisse preis. In einem digitalen Oberflächenmodell zeichnet sich zwar eine zweite ovale Befestigung ab, in der angetroffenen Nutzungsschicht fanden sich aber leider keine Fundstücke. Dafür wurden im Bereich der angenehmen Vorburg mit geophysikalische Messungen Spuren einer Palisadenbegrenzung erfasst. Bei Nachgrabungen konnte auch ein zumindest noch in Teilen erhaltenes Steinpflaster dokumentiert werden. Nach dem Fundspektrum scheint der Burgwall Lichtenberg im 9. Jahrhundert errichtet und mindestens bis ins

10. Jahrhundert genutzt worden zu sein.²⁸ Die neu gewonnenen ¹⁴C-Daten hingegen legen nahe, dass der Platz bereits Ende des 8. Jahrhunderts besetzt worden sein könnte.²⁹

Von dem nahe gelegenen Gräberfeld wurden drei der ursprünglich über 200 Hügelgräber³⁰ mit Profilen erschlossen. Die ausgewählten Grabhügel zeigten sich nahezu fundleer. Neben einzelnen Keramikscherben haben die Breslauer Archäologen nur mutmaßliche Reste von Brandbestattungen beobachtet und wenige Holzkohle gewonnen.

Neben den Feldarbeiten ist in dem deutsch-polnischen Projekt auch die dreidimensionale Rekonstruktion des Erscheinungsbildes der vor 1000 Jahren in der Oberlausitz lebenden Menschen vorgesehen. Das Museum Bautzen beherbergt eine umfangreiche Sammlung zur archäologischen Forschung der Oberlausitz. In den öffentlich zugänglichen Ausstellungsräumen zur frühmittelalterlichen Besiedlung findet sich zum Beispiel ein vollständiges menschliches Skelett von einem Gräberfeld des 11./12. Jahrhunderts bei Liebon-Zscharnitz. Das Projektteam von der Anthropologischen Abteilung aus Breslau hat daher in den Beständen des Museums Bautzen nach weiteren gut erhaltenen menschlichen Schädeln recherchiert, Messungen vorgenommen und das Knochenmaterial mit einem 3D-Scanner erfasst. Anhand der gewonnenen Daten wird nun an der Rekonstruktion des hochmittelalterlichen Menschenbildes gearbeitet.

Die Arbeiten in dem sächsisch-polnischen Interreg-Projekt „1000 Jahre Oberlausitz – Menschen, Burgen, Städte“ werden noch bis März 2022 fortgesetzt. Ergänzend sollen sie durch den Einsatz moderner, wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden zu einer Neubewertung der bekannten Altfinden führen und weitere Details der bisher noch unzureichend erforschten slawischen Besiedlungsepoche in der heutigen Oberlausitz erhellen.

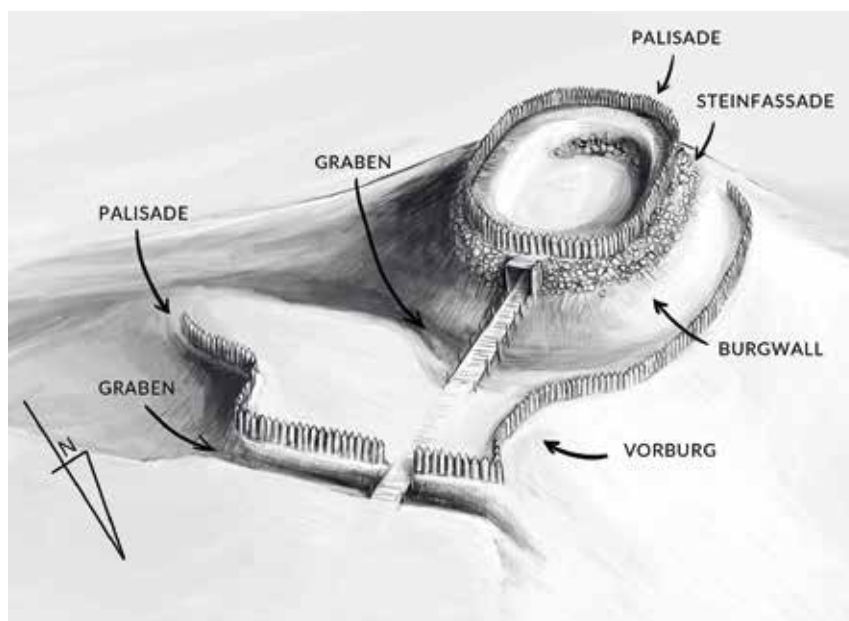


Keramik vom Burgwall in Schönberg (Sulików)
Uniwersytet Przyrodniczy we Wrocławiu, Foto: A. Konicka



Pfeilspitze vom Burgwall in Lichtenberg (Białogórze)
Uniwersytet Przyrodniczy we Wrocławiu, Foto: A. Konicka

Idealisierte Rekonstruktion des Burgwalls in Lichtenberg (Białogórze)
Uniwersytet Przyrodniczy we Wrocławiu, Bearbeitung: A. Konicka





Weitere Informationen unter
www.1000lusatia.eu
Facebook: 1000JOL.LGL
Instagram: 1000lusatia

Die Ergebnisse der grenzüberschreitenden, gemeinsamen Forschungen werden in eine Sonderausstellung zur slawischen Besiedlung einfließen, welche durch das Museum Bautzen kuratiert und im Februar 2022 eröffnet wird. Zudem finden innerhalb des Projektzeitraumes zu allen Projektthemen Führungen, Vorträge und Workshops statt, in

Zittau und Bunzlau werden zudem zwei weitere Sonderausstellungen vorbereitet. Die Untersuchungen und Vermittlungsarbeiten im Projekt werden von der Europäischen Union aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung im Rahmen des Kooperationsprogramms Interreg Polen – Sachsen 2014-2020 kofinanziert.

- 1 Thomas Westphalen: Slawenzeit, in: Die Oberlausitz. Ausflugsziele zwischen Neiße und Pulsnitz, Stuttgart 2010, S. 77.
- 2 Jasper von Richthofen: Die Landeskronen bei Görlitz – eine bedeutende slawische Befestigung in der östlichen Oberlausitz, in: Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege 45 (2003), S. 263-300, hier S. 268.
- 3 Jasper von Richthofen: Der Landesausbau in der Oberlausitz im 12. und 13. Jahrhundert und das frühe Görlitz, in: Neues Lausitzisches Magazin 142 (2020), S. 23-46, hier S. 25.
- 4 Ebenda, S. 28.
- 5 Sebastian Brather: Archäologie der westlichen Slawen. Siedlung, Wirtschaft und Gesellschaft im früh- und hochmittelalterlichen Ostmitteleuropa, Berlin 2008, S. 113.
- 6 Ebenda, S. 320.
- 7 Reinhard Spehr: Christianisierung und früheste Kirchenorganisation in der Mark Meißen. Ein Versuch, in: Judith Oexle (Hrsg.): Frühe Kirchen in Sachsen, Stuttgart 1994, S. 8-63, hier S. 25; Brather 2008 (wie Anm. 5), S. 320.
- 8 Westphalen 2010 (wie Anm. 1), S. 73.
- 9 Brather 2008 (wie Anm. 5), S. 61.
- 10 Thietmar, Cronicon, liber 1, 9; Widukind von Corvey, Rerum Gestarum Saxoniarum, liber II, 20.
- 11 Herbert Ludat: An Elbe und Oder um das Jahr 1000. Skizzen zur Politik des Ottonenreiches und der slawischen Mächte in Mitteleuropa, Köln 1971, S. 69-77.
- 12 Ebenda, S. 88 f.
- 13 Jasper von Richthofen: Besunzane – Milzener – Sorben in: Jasper von Richthofen (Hrsg.): Besunzane – Milzener – Sorben. Die slawische Oberlausitz zwischen Polen, Deutschen und Tschechen, Görlitz/Zittau 2004, S. 7-31, hier S. 10; Brather 2008 (wie Anm. 5), S. 122.
- 14 Werner Coblentz: Eine slawische Siedlung in Nimschütz bei Bautzen nahe der altsorbischen Burg „Lubasschanze“ Niedergurig, in: Hans-Joachim Vogt (Hrsg.): Archäologische Feldforschungen Sachsen, Berlin 1988, S. 327-330.
- 15 Freundliche Mitteilung von Pawel Stachowiak.
- 16 S. Lindauer, Curt-Engelhorn-Zentrum Archäometrie gGmbH Mannheim, Protokoll zur Altersbestimmung mit Radiokohlenstoff (14C) zu Burg/Quatitz (B-10), 16.09.2021.
- 17 Ronald Heynowski/Susanne Schöne: Mittelslawische Hügelgräber im Luftbild (Archäologie in Sachsen 8, in Vorbereitung).
- 18 Matthias Wilhelm: Slawische Grabfunde von Dobranitz, Landkreis Bautzen, in: Stadtmuseum Bautzen, Jahresschrift 3 (1997), S. 57-81.
- 19 Walter Frenzel: Die Hügelgräber von Bloaschütz, in: Bautzener Geschichtshefte 3 (1925), S. 222-225; Reinhard Spehr: Der Sandberg bei Dobranitz, Lkr. Bautzen. Ein Bestattungsplatz aus ur- und frühgeschichtlicher Zeit, in: Archäologie aktuell im Freistaat Sachsen 2 (1994), S. 89-93; Thomas Westphalen: Bloaschütz (Blohašecy): ein slawisches Grabhügelfeld auf dem Hussitenberg, in: Die Oberlausitz. Ausflugsziele zwischen Neiße und Pulsnitz, Stuttgart 2010, S. 112-113.
- 20 Richthofen 2020 (wie Anm. 3), S. 27.
- 21 Ortsakten des Landesamtes für Archäologie Sachsen; in Teilen publiziert u. a. in den entsprechenden Jahrgängen der Bautzener Geschichtshefte sowie den Jahresheften der Gesellschaft für Anthropologie und Urgeschichte der Oberlausitz.
- 22 Z. B. Kopschin KON-06 (Friederike Koch-Heinrichs/Stefan Krabath/Uta Lische: Die Schanze von Kopschin und die slawische Besiedlung der Oberlausitz, in: Veröffentlichungen des Museums der Westlausitz Kamenz 35 [2019], S. 3-108) Landeskronen 1969/70 (Richthofen 2003, wie Anm. 2); Kittlitz KIT-05 (Roman Scholz: Exemplarische Untersuchung slawischer Burgwälle in der Oberlausitz am Beispiel Kittlitz, Diplomarbeit an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin 2007); Ortenburg BZ-98 (Joachim Mefert: Die Ortenburg in Bautzen – der archäologische Forschungsstand und die Ausgrabungen von 1999-2001, in: Arbeits- und Forschungsberichte zur sächsischen Bodendenkmalpflege 44 [2002], S. 75-173).
- 23 Alexander Janus, Abteilung für Dendrochronologie am Deutschen Archäologischen Institut Berlin: Gutachtenprotokoll zu Kittlitz KIT-12 vom 9. April 2021.
- 24 Scholz 2007 (wie Anm. 23), S. 76 f., 91.
- 25 Koch-Heinrichs/Krabath/Lische 2019 (wie Anm. 23), S. 24, 46.
- 26 Joanna Wojnicz: Der Hortfund von Cortnitz in der Oberlausitz, in: Melanie Augstein/Matthias Hardt (Hrsg.): Sächsische Leute und Länder. Benennung und Lokalisierung von Gruppenidentitäten im ersten Jahrtausend, Braunschweig 2019, S. 211-217.
- 27 Radosław Biel: Rozpoczęto badania wczesnośredniowiecznych grodzisk na Górnych Łużycach. Archeologia Żywa 2020. Online-Resource: <https://archeologia.com.pl/rozpoczeto-badania-grodziska-na-gornych-luzycach>.
- 28 Radosław Biel/Susanne Schöne: Ausgrabungen in Białogórze, in: Archaeo 17 (2021), S. 68.
- 29 T. Goslar, Poznań Radiocarbon Laboratory, Report on C-14 dating (Białogórze), 20. Mai 2021.
- 30 Pawel Konczewski/Susanne Schöne/Joanna Wojnicz: Die frühmittelalterlichen Bewohner in der Oberlausitz – eine Spurensuche, in: Archäologie in Deutschland 5/2021, S. 42 f.

Autorin
Susanne Schöne
Landesamt für Archäologie
Sachsen
susanne.schoene@
lfa.sachsen.de



Tharandt – Kontrollpunkt am Schloitzbach

Beobachtungen und Überlegungen zur Gründung der Burg Tharandt

Ernst Ulrich Köpf

Wer interessierte sich nicht für die Anfänge seines Wohnortes? Ich jedenfalls will mehr darüber wissen als einige Jahreszahlen und daran geknüpfte Erzählungen. Seit dreißig Jahren lebe ich in Tharandt, dem romantischen Städtchen an Weißeritz und Schloitzbach, und las sowohl sachliche Information als auch schöne Geschichten dazu. Doch die Burgruine auf dem Bergsporn wirft Fragen auf, denen nachzugehen mich reizt. Warum entstand gerade hier eine Burg, wo doch keineswegs wertvolles Territorium zu verteidigen war, wo kaum ein feindlicher Angriff drohte? Man konnte die Anlage schon zur Zeit des Baus von den umgebenden Bergen aus mit einfachen Mörsern bedrohen und zerstören. Für Verteidigung war sie offenkundig nicht gedacht. Bereits im Jahre 1224 sei sie im Zusammenhang mit Erbstreitigkeiten durch Landgraf Ludwig von Thüringen erstürmt worden – wenige Jahre nach dem Bau durch Markgraf Dietrich den Bedrängten (angeblich ab 1206).¹ Doch welchem Zweck diene sie? 1242 bis 1282 habe Markgraf Heinrich der Erlauchte die Burg Tharandt zeitweilig als „Residenz“ genutzt – doch in

der Waldeinsamkeit kann sie dafür nicht errichtet worden sein. Was überhaupt bedeutet zu dieser Zeit „Residenz“? Gebräuchlich war der Begriff erst seit dem 15. Jahrhundert für den Wohn- und Amtssitz regierender Fürsten oder hoher geistlicher Würdenträger.² Wollte Markgraf Heinrich im 13. Jahrhundert hier Amtsgeschäften nachgehen oder war er in erster Linie auf der Jagd und erledigte eher beiläufig auch etwas Arbeit?

Wenig überzeugend ist, was Landesdenkmalpfleger Dr. Manfred Bachmann 1936 schrieb. Vor dem 15. Jahrhundert habe sich an dieser Stelle „nur ein einzelner Wachturm in wegloser Waldeinsamkeit erhoben – einer der für Sachsens früheste Zeit so typischen runden Wehrtürme“.³ Wehrturm oder Wachturm? Wozu sollte er da stehen? Wofür wurde er errichtet? Bachmann spekuliert, von hier aus habe man Grillenburg durch Feuer- oder Rauchzeichen vor Gefahren warnen wollen. Doch drohten Grillenburg aus dem „unwegsamen“ Weißeritztal Gefahren? Warum sollte man ausgerechnet aus der Tiefe dieser Tallandschaft warnen? Zweifel sind an-

Messtischblatt Tharandt, Stand 1913. Von Weißig (rechts oben) führt die Hohe Straße auf Tharandt zu und setzt sich, unterbrochen durch die Tallandschaft, in der Staatsstraße nach Grillenburg bei Hintergersdorf fort.

- 1 Burgen- und Geschichtsverein Tharandt e. V., Internet-Information „Geschichte der Burg Tharandt“.
- 2 Günther Drosdowski: DUDEN. Das Herkunftswörterbuch. Die Geschichte der deutschen Wörter und der Fremdwörter von ihrem Ursprung bis zur Gegenwart. 2. Auflage Mannheim/Wien/Zürich 1989.
- 3 Manfred Bachmann: Grillenburg, in: Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz 25 (1936), Dresden, Heft 5 bis 8, S. 97-149, hier S. 103.

- 4 Burgen- und Geschichtsverein Tharandt e. V., Internet-Information „Die Geschichte“. Auch Bachmann erwähnt diese Fehde, doch ohne Erklärung.
- 5 Ernst Ulrich Köpf: Wie mir Tharandt zur Heimat wurde, Dresden 2019, S. 42 f.

gebracht. Überzeugender ist die Erklärung des Burgen- und Geschichtsvereins Tharandt, der auf die langwährende Fehde zwischen den Meißner Markgrafen und den Burggrafen von Dohna hinweist.⁴ Zu jener Zeit bedeutete Rivalität zwischen Territorialherren, dass sie eigene Gefolgsleute ansiedeln wollten, andere aber daran zu hindern trachteten. Dann wäre unsere Frage, weshalb dem Meißner Markgrafen gerade das Tharandter Tal geeignet schien, die Burggrafen von Dohna von seinem Interessengebiet fern zu halten. Dieser Frage wollen wir nachgehen.

Ein Urweg als Erklärung

Meine These ist, dass es einen „Urweg“ gab, der den Elbübergang, an dem später Dresden entstand, mit dem mittleren Erzgebirge und dem Böhmischem Becken verband. „Urwege“ nenne ich Fernverbindungen, die seit unvordenklichen Zeiten benutzt wurden. Der Hellweg zwischen Rhein und Elbe, der sich im Nordwesten Deutschlands am Rand der Mittelgebirge entlang zieht, ist ein Beispiel. Auch die Via Regia in der mitteleuropäischen Region

oben: Die Hohe Straße kommt von Weißig her über die Opitzer Höhe und führt nach Tharandt. Möglichst zielgerichtet verläuft sie in etwa auf dem Höchsten der Landschaft.
Foto: Ernst Ulrich Köpf

unten: Hohlweg am Fuß des Borschelbergs Richtung Grillenburg
Foto: Ernst Ulrich Köpf



folgt als West-Ost-Verbindungen gewiss einem Urweg. Im Bergland heißen die uralten Wege „Kohlwege“ oder „Hohe Straßen“ – es handelt sich um sprachverwandte Bezeichnungen. Typisch ist für sie ein zielgerichteter, wo möglich geradliniger Verlauf; die Topographie zwingt zu Abweichungen, die aber möglichst klein gehalten sind. Weithin werden die höchsten Linien in der Landschaft in Anspruch genommen. Der Grund ist, dass bei geringer Besiedlung niemand zur Verfügung steht, Straßen zu unterhalten. Somit mied man Täler, wo das Wasser arbeitet und Wege zerstört. Hanglagen wurden in der Falllinie möglichst direkt überwunden. Außerdem würden Wege bei schrägem Verlauf an Hängen verrutschen und verschüttet, es gab ja keine Wegepflege. Sommerseiten wurden bevorzugt, weil sie trockener sind und seltener Schnee- und Eisglätte aufweisen. Über lange Zeiträume der Vorgeschichte waren Händler und Migranten zu Fuß unterwegs, führten Tragtiere oder ritten Pferde. Wagen konnten nur benutzt werden, wo relativ ebene Trassen mit geringeren Steigungen gegeben oder eingerichtet waren und unterhalten werden konnten. Die ursprünglichen Weglinien in ziemlicher Wildnis machten ein Fortkommen im Gelände möglich, sie wurden erst allmählich mit zunehmender Besiedlungsdichte durch andere Wegführungen ersetzt.

Was spricht für den hier angenommenen Urweg? Zunächst der Elbübergang als Zwangspunkt. In Dresden finden wir eine Hohe Straße. Sie meidet den Mündungsbereich der Weißeritz, den man sich im Urzustand als oft schwer passierbar vorstellen muss. Stattdessen führt sie auf der östlichen Hochterrasse zunächst in südliche Richtung. Im heutigen Ortsteil Plauen ersteigt sie die Höhe bei Coschütz, wo der Hohe Stein ein Indiz für den alten Weg ist. Im weiteren Verlauf trifft die Hohe Straße mit der ebenfalls uralten Kohlenstraße zusammen, die von Osten aus der Gegend kommt, in der sich im 12. Jahrhundert die Burggrafen von Dohna niederließen. Es geht dann weiter in Richtung Potschappel, wo der Collmberg mit seinem Namen den alten Weg bestätigt: er führt dieselbe Silbe col wie die in „Kohlenstraße“ und kann als sprachliches Indiz gelten. Hier ist nicht der Platz, dies ausführlich zu begründen, ich habe es an anderer Stelle versucht.⁵ Der Urweg quert das Weißeritztal in diesem Abschnitt relativ bequem und beginnt in Döhlen am Standort der Kirche seinen langgestreckten Aufstieg auf die Höhe von Weißig. Erneut finden wir hier die Bezeichnung „Hohe Straße“, ebenso in Tharandt.

Nun wird es spannend: In der Karte 1:25000 nach der Landesaufnahme des Königlich Sächsischen Generalstabs von 1909, herausgegeben 1912 mit einzelnen Nachträgen von 1913, erkennt man deutlich eine großräumige Verbindungslinie: Die Hohe Straße, die von Weißig in südwestliche Richtung auf Tharandt zustrebt, setzt sich in der Landstraße nach Grillenburg südlich von Hintergersdorf (bzw. Kurort Hartha), heute Staatsstraße S 194, fort. So begegnen uns im Kartenbild „Urwege“! Immer wieder, oft über weite Strecken hinweg, wird ein Ab-

schnitt als Fortsetzung erkennbar, stets die Richtung beibehaltend. In der Lücke bei Tharandt werden Steilhänge des Schloitzbachtals bewältigt oder umgangen. Der Urweg aber führt weiter in Richtung Grillenburg. Die Staatsstraße zielt zunächst im Tharandter Wald auf den Borschelsberg zu, den sie dann umgeht. Der Urweg hingegen überquert den Berg zielgerichtet, was im Abstieg auf der anderen Seite an einem Hohlwegsystem sichtbar wird.

Grillenburg verdient besondere Beachtung. Was hat es auf sich mit diesem Ort mitten im Tharandter Wald? Laut Manfred Bachmann entstand hier um 1140 eine kirchliche Niederlassung, gar eine Abtei, die sich allerdings nicht lange hielt. Meine Annahme: seit Urzeiten wichtig war an dem alten Weg die Quelle der Triebisch. Reisende müssen sich erfrischen, trinken und ihre Tiere tränken. Gelegenheit war an der Elbe (heute Dresden), an der Weißeritz (Potschappel/Döhlen), am Schloitzbach (Tharandt), dann wieder an dem Ort, der heute Grillenburg heißt. Hier wäre die Triebischquelle seit unvorstellbarer Zeit Wegestation gewesen, unabhängig von der institutionellen und baulichen Entwicklung. An Wegstrecken, wo Wasser knapp war, galt solchen Orten besonderer Schutz, und dieser kommt im Begriff „heilig“ zum Ausdruck. Im Mittelalter entstanden an diesen Stellen oft kirchliche Einrichtungen. Bachmann hielt für möglich, dass sich der Grillenburger Quellname Triebisch von altslawisch *trëbiste* herleite, was „Rodung“ oder „slawisches Heiligtum“ bedeute.⁶ Die Duden-Etymologie belegt das Wort „heilig“ mit der Bedeutung „glückbringend“⁷, was in Bezug auf die Urweg-Hypothese einen Sinn ergibt, schafft doch eine Quelle am Weg in jenen frühen Zeiten zweifellos Glück. Die kirchlichen Einrichtungen an den entsprechenden Stellen dienten im Mittelalter als Hospiz, als

Stützpunkt und Herberge für die Reisenden, die unter schwierigen Bedingungen unterwegs waren. Dem widerspricht nicht, dass in Grillenburg später ein forst- und jagdlicher und sogar ein allgemeiner Verwaltungsmittelpunkt bestand. Dass für Grillenburg im 12. Jahrhundert Tharandt eine Rolle spielte, ist nach Lage der Dinge auszuschließen. Die Tore im Mauerring um die Grillenburger Baulichkeiten entsprechen Zielorten, welche wahrscheinlich schon durch die Urwege großräumig miteinander verbunden waren. Bachmann nennt Frauenstein, von wo es vielleicht weiter ging zum Kloster Ossegg.⁸ Unser Urweg weist in den Raum Freiberg. Wege bilden Netze, das war immer so.

Der Urweg im Schloitzbachtal

Nachdem wir den Urweg zwischen dem Dresdner Elbübergang und Grillenburg anhand von Merkmalen und Indizien vorgestellt haben, müssen wir nun die Querung des Schloitzbachtals untersuchen, also die Situation im heutigen Tharandt. Gibt es hier Reste des ursprünglichen Wegeverlaufs? Wie wurden die Wegeverhältnisse den Bedürfnissen späterer Zeiten angepasst?

Uns steht ein Luftbild zur Verfügung, das Tharandt von Osten her im Überblick zeigt.⁹ Vorn von links und auf den Betrachter zuführend, sieht man das tief eingeschnittene Tal der Wilden Weißeritz. Von rechts oben her kommt der Schloitzbach mit ziemlichem Gefälle, so dass seine Eintiefung im untersten Teil bei Burgruine und Kirche deutlich stärker ist als im mittleren Abschnitt, wo man als größtes Gebäude die Schule von 1912 erkennt. Im Hintergrund rechts der Mitte liegt Fördergersdorf, links erstreckt sich der Kurort Hartha, nach vorn hin sein ursprünglicher Ortsteil Hintergersdorf. Vom linken Bildrand führt zwischen den gelben Feldern die

- 6 Bachmann (wie Anm. 3), S. 100.
- 7 Drosdowski (wie Anm. 2).
- 8 Bachmann (wie Anm. 3), S. 101.
- 9 Ich danke den Damen des K4 Verlages Dresden, die mir das Bild freundlicherweise zur Verfügung gestellt haben.



Landschaft um Tharandt und Kurort Hartha, Blick von Osten. Der „Urweg“ kommt von Dresden (rechter Rand unten) und führt in Richtung Grillenburg (links oben). © Kristin Amlang, K4 Verlag Dresden



Postkarte mit Blick auf Tharandt, um 1900. Die starke Kerbe im Hang links könnte der „Urweg“ gewesen sein.

10 Vgl. Ernst Ulrich Köpf: Reißende Wasserfluten, die Felsengründe erschütterten – Beobachtungen bei Spaziergängen in einer besonderen Landschaft, in: Sächsische Heimatblätter 62 (2016), Heft 4, S. 285-293.

Von der Amtsgasse am rechten Hang des Schloitzbaches aus machte Restschnee am 21. März 2013 die Wegführung des „Urwegs“ sichtbar. Foto: Ernst Ulrich Köpf



Staatsstraße von Freiberg und Grillenburg ins Bild. Sie biegt rechtwinklig ab ins Waldtal des Zeisigbachs, doch als Weg geht es geradeaus weiter: die Trasse des Urwegs! Man sieht, dass der alte Abgang ins Tal – immer in Wegrichtung – verhältnismäßig sanft und stark erodiert ist. Die Menschen suchten und fanden in der ursprünglichen Wildnis den günstigsten Pfad! Heute liegt oben der „Forstpark“, Amerikaquartier des Sächsischen Landesarbeitsamtes und Teil des Forstgartens, den Heinrich Cotta 1811 mit seiner Forstlehranstalt hier einrichtete. Weiter unten, wo man die starke Erosion erkennt, befinden sich Reste eines breiten, über Jahrhunderte benutzten Hohlwegesystems, als dessen Ursprung unser Urweg anzusehen ist. Hier kreuzte später ein Weg, der die Burg Tharandt mit Hintergersdorf verband. Jahrhundertlang intensive Nutzung hat eine gewaltige Erosion verursacht, die man heute neben dem Weg feststellen kann. Von der anderen Seite am rechten Bildrand führt die Hohe Straße von Weißig her auf Tharandt zu. Als Urweg zielt sie, wie oben schon gezeigt, genau auf das eben genannte Hohlwegesystem, die Höhe des Forstparks und in die Freiburger Straße Richtung Grillenburg. Das Schloitzbachtal, das der Urweg hier durch-

quert, erscheint in diesem Abschnitt breiter und flacher als weiter oben oder unten, für den Urweg somit relativ gut passierbar.

Wie verlief hier der ursprüngliche Weg ins Tal? Der Abgang, der jetzt in Tharandt „Hohe Straße“ heißt, entspricht nicht dem ursprünglichen Verlauf des Urwegs; es ist vielmehr die Wegführung, die später für den Wagenverkehr eingerichtet wurde, als man die notwendige Wegeunterhaltung gewährleisten konnte. Der Urweg aber ging geradeaus ins Tal. Der Ausschnitt der Karte 1:25000 zeigt, dass zur Zeit der Kartographie zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus der starken Biegung nach Norden ein Weg noch nach links, in etwa geradeaus, weiterführte. Er ging direkt ins Tal hinunter – es ist unser Urweg! Glücklicherweise gibt es fotografische Belege aus jener Zeit. Im oberen Hangbereich wurde das Gelände stark verändert, als 1952 bis 1955 das Instituts- und Internatsgebäude errichtet wurde, in dem zunächst eine Forstfachschule untergebracht war, seit 1957 die TU Dresden mit der Forstökonomie und weiteren Instituten. Daneben entstand eine Wohnsiedlung mit Gartensparte, wodurch die Landschaft sich heute vollständig umgestaltet darstellt. Die Örtlichkeit heißt „Weißiger Höhe“, weil die Tharandter auf der alten Trasse des Urwegs stets so nach Weißig gingen. Bei günstigen Bedingungen zeigt sich die alte Wegspur im Abhang noch immer.

Es ist nicht leicht, sich die Verhältnisse hier im Tal vorzustellen, wie sie ursprünglich waren; die Bebauung hat alles verändert. Am Übergang des Urwegs in die Talsohle ist der Hangfuß abgesprengt, um Platz für ein Haus zu schaffen. Durch den Straßenbau verschwand die Talau im 19. Jahrhundert völlig und der Schloitzbach wurde in einen Graben tief gelegt. Die Ortschaft Tharandt liegt in geologisch junger Landschaft, und das Tal tiefte sich in 2000 Jahren um etwa einen halben Meter ein.¹⁰ Man sollte sich vielleicht ein Schotterfeld vorstellen, das vom Zusammenfluss von Schloitzbach und Todeichbach gebildet wurde, über welches das Tal an dieser Stelle relativ gut zu queren war. Anstelle des Aufstieges gegenüber zum bereits vorgestellten Hohlweg Richtung Grillenburg befindet sich jetzt die Amtsgasse. Wie es um den Fuß des Buchberges herum aussah und wie es zur Höhe des Forstparks hinauf ging, ist nicht rekonstruierbar. In dem Gelände zeugen Hohlwege von vielfältigem Verkehr im Mittelalter, der aber von und nach Hintergersdorf ging. Man braucht Fantasie, um sich den Urzustand vor Augen zu führen.

Als waggerechter, weniger steiler Aufstieg zur alten Trasse des Urweges wurde zunächst der Winkelweg vom Talmühletal her eingerichtet, analog zur aktuellen Wegeverbindung Richtung Weißig die nun den Namen „Hohe Straße“ trägt. Wann genau das geschah, lässt sich nicht sagen, jedenfalls erst nach Entwicklung eines Fleckens mit einiger Bevölkerung am Fuß des Tharandter Burgberges. Und zuletzt, im 19. Jahrhundert, wurde die Staatsstraße S 194 als Freiburger Straße durch das Tälchen des Zeisigbaches geführt, um modernem Ver-



Postkarte mit Blick von der Tharandter Burg auf Tharandt, um 1910. Bevor im Mittelgrund links das Schulgebäude errichtet wurde, war der Blick von der Tharandter Burg auf den Talabschnitt mit dem „Urweg“ frei.

kehr mit Steigung und Trassenverlauf einigermaßen gerecht zu werden.

Kontrollpunkt im Tharandter Tal

Nun kommen wir zu der Frage, warum gerade hier Tharandt entstand. Seit 1198 war Dietrich der Bedrängte Markgraf von Meißen. Er wird sich wohl in seiner Markgrafschaft ausgekannt haben. Kam er also von Meißen über Fördergersdorf (ebenfalls auf einem nachweisbar uralten Weg) ins Todeichtal, so stieß er an dessen Übergang zum Schloitzbach auf unsern „Urweg“. Aha, wird er sich gesagt haben, die Burggrafen von Dohna, wenn sie sich für das Gebiet des mittleren Erzgebirges interessieren, erreichen über die Kohlenstraße diesen Weg und passieren hier das Tal. Das kann ich nicht dulden, dort machen sie mir oder dem Bischof oder dem Burggrafen von Meißen Ärger, das muss ich verhindern. Er wird gewusst haben, dass Reiter an dieser Stelle mühsam ihr Pferd den steilen Weg herunterführten. Hier konnte man sie anhalten und zurückschicken, sie konnten nicht rasch fliehen – sie würden in der Falle sitzen! Somit ließ Markgraf Dietrich auf den Bergsporn über der Mündung des Schloitzbachs in die Wilde Weißeritz seinen Turm bauen, von dem aus das Schloitzbachtal gut zu überblicken war. Es musste gar nicht zum Konflikt mit denen von Dohna kommen, wahrscheinlich mieden sie von sich aus den Ort, als sie von der Maßnahme des Markgrafen im Tharandter Tal hörten. Man musste ja abwägen, ob sich offener Streit lohnte, und andere Siedlungsgebiete standen reichlich zur Verfügung. Sein Amt veranlasste Markgraf Dietrich 1206 sogar, in einem Streit zu vermitteln, der zwischen dem Burggrafen von Dohna und dem Bischof von Meißen um die Burg Thorun entbrannt war. Man hielt diese Burg früher für Tharandt, doch jetzt wird

sie mit dem Burgwartsberg bei Pesterwitz erklärt, wo sie aufgrund des Dresdner Schiedsspruchs geschleift wurde. Der Kontrollpunkt in Tharandt aber war ein kluger Schachzug von Seiten des Markgrafen, um die Rivalitäten um die künftige Herrschaft in diesen Siedlungsgebieten zu steuern.

„Urwald“, wie Bachmann 1936 dachte, war hier zu Beginn des 13. Jahrhunderts nicht mehr. Spätestens nach Ansiedelung von Bauern in Förder- und Hintergersdorf im 12. Jahrhundert, dürfte Waldweide die Waldungen verlichtet haben. Die restlichen Bäume hat man entfernt, um freie Sicht zu gewinnen. Alte Ansichtskarten machen deutlich, dass man den alten Weg von der Tharandter Burg aus gut sah, während der Blick heute zum Teil durch Gebäude (wie das Schulhaus von 1912) verstellt ist. Man konnte Wachmänner direkt am Weg stationieren, zum Beispiel wo der Burgweg, heute Cottastraße, in die Freiburger Straße mündet (hier stand später die Fuhrmannswirtschaft „zur Tanne“). Wahrscheinlich aber kam man rasch genug von der Burg zum Urweg, wenn der Türmer Bewegung auf dem Weg meldete – so genau wissen wir es nicht. Jedenfalls wurde der Platz aufgrund guter Ortskenntnis ausgesucht und mit Bedacht so eingerichtet. Unerwünschte Aktivitäten der Burggrafen von Dohna im mittleren Erzgebirge fanden nicht statt. Tharandt war der ideale Kontrollpunkt für die markgräfliche Ordnungsmacht!

Einmal vorhanden, hat man die Burg Tharandt nach und nach ausgebaut. Als „Residenz“ für Markgraf Heinrich Mitte des 13. Jahrhunderts war gewiss schon mehr vorhanden als ein Wachturm. Im 15. Jahrhundert jedoch erhielt sie einigermaßen großartige Bauten, die ab 1500 der Witwe des Markgrafen Albrecht von Sachsen, Sidonie von Böhmen, bis zu ihrem Tod einen standesgemäßen Aufenthalt gewährten. Heute stellt die Ruine, von allen Seiten sichtbar, für Tharandt ein stolzes Wahrzeichen dar.

Autor
Prof. Dr. Ernst Ulrich Köpf
Tharandt

Neuerscheinungen



Manfred Kobuch: Meißnisch-sächsische Mittelalterstudien. Ausgewählte Schriften von Manfred Kobuch, Sax Verlag Markleeberg 2021, 544 Seiten mit 60 Abbildungen, 11 Karten und einer Beilage, ISBN978-3-930076-92-5, 69,00 Euro

Der sächsische Landeshistoriker und Archivar Manfred Kobuch (1935–2018) war nicht nur einer der besten Kenner der schriftlichen Überlieferung zur sächsischen Landesgeschichte, die er über viele Jahre akribisch auswertete, sondern es gelang ihm in besonderem Maße, die Methoden der Historischen Hilfswissenschaften sowie die Erkenntnisse der Archäologie, Namenkunde, Siedlungstopographie und Kunstgeschichte zu verbinden, dadurch eine neue Sicht auf historische Prozesse zu entwickeln und neue Erkenntnisse zu gewinnen. Seine Hartnäckigkeit bei der Arbeit mit den Quellen ist legendär. Durch die genaue Untersuchung eines Dokuments bis hin zum einzelnen Buchstaben gelang es ihm, falsche Lesungen zu korrigieren. Mehrfach vermochte er, althergebrachte Sichtweisen umzustoßen und neue Ansätze zu befördern.

Darüber hinaus brachte er seine Forschungsergebnisse so zu Papier, dass sie nicht nur für Fachleute interessant waren, sondern auch vom interessierten Laien mit Vergnügen gelesen werden konnten.

Allerdings gab es bezüglich der wissenschaftlichen Arbeiten Kobuchs zwei Probleme. Zum einen waren die zahlreichen Aufsätze oftmals an entlegenen Stellen erschienen, zum anderen sind Aufsätze nicht fertig geworden, weil sie den hohen wissenschaftlichen Ansprüchen des Verfassers nicht genügten und er sie immer wieder einer Bearbeitung unterziehen wollte. Nicht zuletzt aus diesem Grund erschien das nun vorliegende Werk aus der Schriftenreihe der Rudolf-Kötzschke-Gesellschaft mit 20-jähriger Verspätung. Ursprünglich war das Buch zu Kobuchs 65. Geburtstag im Jahr 2000 geplant. Doch nun kann festgestellt werden: Was lange währt, wird endlich gut – sehr gut!

In einem ausführlichen Vorwort erläutern die Herausgeber Markus Cottin und Uwe John die Entstehungsgeschichte des Bandes. Liebevoll erläutern sie die Arbeitsweise Kobuchs, die für die Entstehung des Bandes, aber auch für die Veröffentlichung verschiedener Artikel aus seiner Feder eine Herausforderung war und manchen Redakteur verzweifeln ließ. Immer wieder wollte Manfred Kobuch seine Beiträge überarbeiten, um sie zu verbessern. Nebenbei berichten Cottin und John, wie sie den Autor kennenlernten und wie sie mit ihm zusammenarbeiteten. Es wird deutlich, welche Wertschätzung sie ihm entgegenbringen und warum.

Aus weit über hundert Beiträgen in Zeitschriften und Sammelbänden musste eine Auswahl getroffen werden, die sicher nicht leichtfiel. Der Band enthält 24 Arbeiten Kobuchs, darunter Erstveröffentlichungen über die Lehnsherrschaft der Burggrafen von Leisnig, über den Burgward Titibutzien und über Erwerb und

Verlust der Burg Schiedlo an der Oder. Auch andere der zum Teil 35 Jahre alten Texte wurden vom Verfasser noch einmal überprüft, neuere Forschungsergebnisse und jüngere Publikationen eingearbeitet – sind also eigentlich auch neue Veröffentlichungen.

Trotz der Vielfalt der Beiträge gewinnt man beim Lesen des Buches vor allem zwei wesentliche Erkenntnisse, die nicht völlig neu sind, hier aber durch zahlreiche Details nachhaltig vertieft werden. Die erste ist inhaltlicher Natur: Der Verlauf der Geschichte ist offen. Nur wenn man ihn vom Ende her betrachtet, erscheint er folgerichtig. So war es zur Entstehung der Markgrafschaft Meißen keineswegs sicher, dass die Wettiner die Dominanz im mitteleuropäischen Raum erlangen würden. Viele widerstrebende Kräfte spielten hier zunächst eine bedeutende Rolle. Könige und Kaiser, verschiedene Burggrafen und geistliche Herrschaftsträger verfolgten eigene Interessen, und es dauerte einige Zeit, bis die Wettiner ihre Landesherrschaft durchgesetzt und gefestigt hatten.

Die zweite themenübergreifende Erkenntnis ist methodischer Natur. Akribische Quellenarbeit lohnt sich! Wenn man sich dabei den Blick für Zusammenhänge bewahrt und Erkenntnisse anderer wissenschaftlicher Disziplinen – etwa der Archäologie – nutzt, gelingt es, viele bis dahin ungeklärte Probleme der Geschichte zu klären und neue Einsichten zu gewinnen.

Obwohl die Beiträge nicht einer Gliederung folgen, zeichnen sich doch thematische Schwerpunkte ab. So findet sich eine Reihe von Aufsätzen, die sich mit der frühen Stadtentwicklung im späteren Sachsen beschäftigen. An den Beispielen Chemnitz, Dresden, Leisnig und Borna erläutert Kobuch, wie erste Marktflecken in der Nähe von Burgen entstanden, deren Schutz sie erhofften. Deutlich wird die Rolle, welche die Nikolaikirchen bei der Stadtentstehung spielten, die in der Regel Gründungen der sich dort niederlassenden Händler und Kaufleute waren. Faszinierend sind die Gedanken zu Siedlungsverlegungen im Pleißenland, die er an den Beispielen Leisnig und Borna darlegt.

Weitere Themen des Bandes sind das Wirken der Staufer in Mitteldeutschland, insbesondere im Pleißenland, Wiprecht von Groitzsch, die Frühgeschichte der Dresdner Frauenkirche und der Umgang mit Urkunden und anderen schriftlichen Zeugnissen im Mittelalter. Es wird klar, dass man wissen sollte, wie spätmittelalterliche Kanzleien arbeiteten, welche Vorgänge damals beurkundet wurden, welchen Weg diese Dokumente dann gingen und dass Urkunden und Archive selbst oft Opfer der Geschichte wurden. Dabei macht Kobuch deutlich, dass schriftliche Quellen nur einen Teil der realen Entwicklung wiedergeben. Die verzeichneten Rechte und Ansprüche mussten häufig mit militärischer Macht oder finanziellen Mitteln untermauert und durchgesetzt werden. Dass es dafür einer ökonomischen Basis bedurfte, daran gibt es bei Kobuch keinen Zweifel. Zumindest für jeden mitteleuropäischen Archivar sollte Kobuchs Artikel

über die Anfänge des meißnisch-thüringischen landesherrlichen Archivs zur Pflichtlektüre gehören.

Der nach Meinung des Rezensenten wichtigste Beitrag des vorliegenden Buches ist zugleich der erste: „Die Lehnsherrschaft der Burggrafen von Leisnig. Untersuchungen auf Grund der Lehnbücher der Burggrafen von Leisnig im Sächsischen Landeshauptarchiv Dresden“. Dabei handelt es sich um die bislang ungedruckte und nun überarbeitete Abschlussarbeit Kobuchs für die Staatsprüfung zum Diplomarchivar am Institut für Archivwissenschaft in Potsdam aus dem Jahr 1958. Diese Qualifikationsarbeit wurde über Jahre ergänzt und überarbeitet – das Thema war gewissermaßen Kobuchs Lebensaufgabe.

Mitte des 12. Jahrhunderts entstanden und vom Königtum gefördert, wuchs die Burggrafschaft Leisnig zu einer der größten Herrschaften im Gebiet der Mark Meißen. Ihr Abstieg begann 1235, als Heinrich der Erlauchte das Pleißenland in Pfandbesitz nahm und es letztendlich in den Besitz der Wettiner gelangte. Nachdem 1365 das Kloster Buch während eines Streites mit dem Burggrafen Heinrich III. von Leisnig durch diesen gebrandschatzt und zerstört worden war, griffen die Wettiner auf Seiten des Klosters ein und zwangen Heinrich III., Burg und Herrschaft zu verkaufen. Die Burggrafen behielten ihren Titel und die Lehnsherrschaft über einen umfangreichen Landbesitz. Ihren Sitz hatten sie nun in Penig. Das Geschlecht starb 1538 aus.

Kobuch nutzte für seine Arbeit zunächst die überlieferten Lehnbücher der Burggrafen, zog später aber auch andere Quellen wie Originalurkunden und Kopiale heran. Zunächst untersuchte er einzelne Erwerbungen und die Lage der Lehen, um sich dann der Lehnsmannschaft zuzuwenden, die immerhin mindestens 160 Familien umfasste. Das tabellarische Ortsverzeichnis listet über 300 Orte auf, die im Untersuchungszeitraum unter der Lehnsherrschaft der Burggrafen standen, und nennt die Besitzerfamilien. Die Identifizierung der in den Quellen genannten Orte ist eine kaum hoch genug zu schätzende Forschungsleistung. Weitere Tabellen verzeichnen die adligen und bürgerlichen Lehnsnehmer und vermerken für die meisten adligen Lehnsleute ihre Rolle – etwa als Burgmannen in Döbeln oder Leisnig – innerhalb der Herrschaft der Burggrafen. Eine Landkarte und eine Stammtafel der Burggrafen liegen dem Band bei. Den Abschluss dieses Beitrags bilden Überlegungen zu den verwendeten Quellen, die im Hauptstaatsarchiv Dresden unter dem Oberbegriff „Kopiale“ verzeichnet sind. Es ist eine wichtige Bereicherung für die Erforschung weiter Teile Mitteldeutschlands, dass diese Arbeit nun endlich leicht zugänglich ist.

Der letzte Beitrag des Bandes ist eine ausführliche Würdigung Manfred Kobuchs durch seinen Kollegen Karlheinz Blaschke, die dieser als Laudatio zum 65. Geburtstag Kobuchs verfasst hatte und die für den Sammelband vorgesehen war, der ja ursprünglich im Jahr 2000 erscheinen sollte. Mit viel Empathie wird das Leben und Wirken des Jubilars beschrieben. Ungewohnt nachsichtig geht Blaschke

auch mit schwierigen Entscheidungen Kobuchs um, die von vielen aus heutiger Sicht, ohne Kenntnis der realen Umstände in der DDR, verurteilt werden. Eine so differenzierte Beurteilungsweise des Verhältnisses, wie es zwischen Kobuch, der Staatsmacht und ihrem Sicherheitsapparat bestand, hätte man sich von Karlheinz Blaschke auch bei anderer Gelegenheit gewünscht.

Schließlich geht ausdrücklicher Dank an die Historiker Uwe John und Markus Cottin, die den langen Weg bis zur Fertigstellung des Bandes gegangen sind. Sie bewahren damit nicht nur die Erinnerung an Manfred Kobuchs wissenschaftliches Wirken, sondern erweisen der sächsischen Landeskunde insofern einen wichtigen Dienst, als sie nicht nur die fertigen Arbeiten Kobuchs zusammengestellt, sondern auch seine unvollendeten Arbeiten mit seinen Anmerkungen und Literaturhinweisen ergänzt haben. Außerdem ist es ihnen gelungen, ein beeindruckendes Verzeichnis seiner Schriften zu erarbeiten und den Band mit einem Personen- und Ortsregister sowie einem Register der Urkunden, mit denen Kobuch gearbeitet hat, zu versehen.

Dr. Jens Kunze

Helmut Bräuer: Der Beckenknecht. Ein sächsischer Handwerksgeselle zwischen Backtrog, Streik und Bauernkrieg, Universitätsverlag Leipzig, 2021, 149 Seiten, ISBN 978-3-96023-412-8, 19,90 Euro

Der halbnackte Geselle, der das Brot in den Backofen schiebt, ringt sich bei seiner schweißtreibenden Tätigkeit noch ein Lächeln ab. Im Hintergrund knetet ein weiterer Geselle gedankenverloren in seinem Backtrog, und eine Magd verlässt mit gutgefüllten Körben die Backstube. Das Titelbild des Buches, das Jost Ammans „Ständebuch“ (1568) entlehnt ist, kann wohl eine gewisse Idealisierung nicht verleugnen.

In den Alltag der „Becken“ weiß sich der Autor freilich mit großer Genauigkeit einzufühlen, getragen von seinem reichen Wissen über die technologischen Abläufe wie die sozialen Konventionen. Es ist eine für uns fremde Zeit, in der der Glauben Gehorsamkeit gegenüber der Obrigkeit bewirken sollte, mithin jede Aufmüpfigkeit als Gotteslästerung galt, noch selbstzweifelnd hinterfragt wurde. Nun bricht indes eine Epoche an, die viele dieser festgefügt Konventionen, die vorgeblich gottgegebene Ordnung des Oben und Unten, grundsätzlich in Frage stellt. Die hellstichtigsten Köpfe dringen bis zu der Erkenntnis vor: Es geht um ein Eigentum, das eben nicht auf eigener Arbeit und Tüchtigkeit, sondern auf Übervorteilung beruht. Und das auch keine Grenzen kennt: Weil die Herren „alle Kreatur zum Eigentum nehmen, wollen sie von Allem mehr und immer mehr“, so der Magister Thomas Müntzer in seiner „Hoch verursachten Schutzrede“, die nun zur Kampfschrift wird (S. 107). Eine Betrachtungsweise, die aus der Sicht einer Zeit erklärlich ist, in der das alles vereinnah-





mende Eigentum den Benachteiligten noch personifiziert und nicht als abstrakte Macht gegenübertrat.

1522: Die Zwickauer „Beckenknechte“ suchen ihre althergebrachten Rechte zu verteidigen. Sie wollen sich nicht durch Billigarbeiter aus der Stadt Schneeberg verdrängen lassen, ihre eigene Kasse weiter selbst verwalten, den ihnen neuerdings vorenthaltenen „Sackpfennig“ für das Mehltragen wiedererlangen und ein Draufgeld für den teurer gewordenen Bademontag erstreiten. Ihr Streik wirft den „Beckenknecht“ Wolff Arnold aus seinem gewohnten Lebensrhythmus, und es beginnt eine Flucht, die über Kaaden und Eger, Nürnberg, Bamberg und Schweinfurt, Eisenach, Frankenhausen, Leipzig und Gera führt. Wir durchstreifen mit ihm eine wechselnde Landschaft und unterschiedliche Herrschaftsgebiete, die ihm ein eindeutiges Bekenntnis entweder zu den „Römern“ oder den „Lutheranern“ abverlangen. Nicht immer findet er Arbeit und Lohn als „Beckenknecht“, nur manchmal ein Fuhrwerk, das ihn mitnimmt, aber doch Menschen, die ihm zur Seite sind. Und so wird er, der Stadtbewohner, in die Bruderschaft der sich erhebenden Bauern aufgenommen, wird Teilnehmer ihres dann so grausam scheiternden Aufstands. Und hat als Geächteter seine Zukunft in der Zwickauer Innung, seinen Aufstieg zum „Brotbeck“ oder gar zum Zunft-Viermeister aufs Spiel gesetzt.

An tatsächliche Ereignisse angelehnt, hat hier Helmut Bräuer einen weiten Handlungsbogen gespannt, so dass sein neuestes Buch nach den bisherigen Miniaturen und Erzählungen mit gutem Recht die Bezeichnung „Roman“ im Untertitel tragen könnte. Diesmal in einem breiten, zweiseitigen Format gehalten, führt es uns, die wir die Beschwerden dieser Wanderung ja nicht selbst auf uns nehmen müssen, wie ein Journal mit zeitgenössischen Panoramen illustriert, von Stadt zu Stadt. An den Geschicken vieler anderer nehmen wir dort Anteil. Mit dem Autor teilen wir die Abscheu über die Verrohungen des Krieges. Wir erfahren etwas über diejenigen, die im Hintergrund die Fäden ziehen oder sich, wie die Vertreter der städtischen Oberschicht, aus Vorsicht zurückhalten.

Allerorten hat der Autor wieder dem „gemeynen Volk“ aufs Maul und in die Gedankenstübchen geschaut, und seine genaue Kenntnis des Alltagslebens verrät sich in vielen Details. Man findet an diesem Buch, im Unterschied zu den Werken einer vielverkauften Historienschreiberin, auch sprachliches Vergnügen. Helmut Bräuer hat keine Furcht vor starken, uns heute ungewohnten Bildern, die die Vorstellungswelt der Menschen jener Zeit für uns wieder aufleuchten lassen. Es handelt sich im besten Sinne um Literatur, deren „fächerübergreifende“ Lektüre den Schulen nahegelegt sei.

Stephan Weingart

Alexander Querengässer: Torgau im Großen Nordischen Krieg (1700-1717). Leben in einer sächsischen Festungsstadt zur Zeit Augusts des Starken (Schriften des Torgauer Geschichtsvereins, Bd. 14), Sax Verlag Markkleeberg 2021, Hardcover, 192 Seiten mit mehreren schwarz-weißen und

farbigen Abbildungen, ISBN 978-3-86729-273-3, 22,80 Euro

Der Große Nordische Krieg (1700-1721) ist der vielleicht unbekannteste Krieg der sächsischen Geschichte. Trotz der harten Kriegseignisse und der weitreichenden politischen Auswirkungen hat man ihn weitgehend vergessen. Es ist das Verdienst von Alexander Querengässer, dass er diesen Krieg für die Geschichtswissenschaft und damit auch für die Forschung neu erschlossen hat. Seine 2019 gedruckte Dissertation trägt den Titel „Das kursächsische Militär im Großen Nordischen Krieg 1700-1717“ und enthält eine Fülle von Details zum Kriegsverlauf und den Entscheidungen der sächsischen Armee.

Ausgehend von diesem weitgefassten Überblick erforschte Alexander Querengässer im Auftrag des Torgauer Geschichtsvereins die Geschehnisse der Festungsstadt Torgau während des Nordischen Krieges. Seine Ergebnisse legte er in einem Band der durch ein großzügiges Legat finanzierten Schriftenreihe des Torgauer Geschichtsvereins vor. Das Paradoxe an der Darstellung ist, dass Torgau damals von kriegerischen Ereignissen vollständig verschont blieb. Querengässer nutzt sein Wissen über den Nordischen Krieg, um Gesellschaft und Alltag in Torgau in der frühen Regierungszeit Augusts des Starken zu schildern. Entstanden ist dabei ein „Kaleidoskop über das Leben in einer sächsischen Garnisons- und Festungsstadt zu Beginn des 18. Jahrhunderts“ (S. 12). Querengässer beleuchtet Themen, die man in einer vermeintlich militärgeschichtlichen Darstellung nicht erwartet. So schildert er, warum Torgau als einer der ersten sächsischen Städte bereits 1702 die Generalkonsumptionsakzise einführte. Deutlich wird, dass die indirekte Verbrauchssteuer zu einer Entlastung der Bürgerschaft führte, weil zugleich direkte Steuern gesenkt wurden. Die Einquartierung der Soldaten – auch durchziehender dänischer und russischer Einheiten – in den Häusern der Bürger führte vielfach zu Konflikten, was Querengässer anschaulich schildert. Zudem stritten sich die Werbekommandos verschiedener Armeen um neue Rekruten, die schwer zu bekommen waren: „Der Mensch als Rohmaterial des Soldaten wurde zu einer begehrten, weil immer weniger verfügbaren Ressource.“ (S. 107). Viele Soldaten desertierten, und trotz immer höherer Prämien für die Ergreifung oder Denunzierung von Deserteuren gelang es nicht, das Problem in den Griff zu bekommen. Torgau war zudem Kriegsgefangenenlager für gefangene Schweden. Querengässer nutzt seine Beobachtungen auch zu grundsätzlichen Überlegungen. Dass die Bürgerschaft mit Verweigerung auf geforderte Einquartierungen reagierte und Anweisungen des Kurfürsten nicht befolgte, deutet er als „begrenzte landesherrliche Durchdringung“. Damit kritisiert er das Konzept einer „absolutistischen Landesherrschaft“, das für Sachsen im frühen 18. Jahrhundert nicht zutraf. Gerade diese Verknüpfung von Stadt- und Landesgeschichte macht das Buch lesenswert.

Dr. Matthias Donath

Reiseangebot: Auf sächsischen Spuren in Polen und Litauen

Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz veranstaltet im Spätsommer des Jahres 2022 eine Reise durch Polen und Litauen auf den Spuren der sächsisch-polnischen Union. Die Reise dauert acht Tage und umfasst die Woche nach dem Ende der sächsischen Sommerferien. Die Führungen vor Ort übernimmt Dr. Matthias Donath, einer der Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“ und Mitwirkender des Projekts „Sachsen und Litauen“.

Die sächsisch-polnische Union ist im nationalistischen Zeitalter vielfach verurteilt worden, eröffnete Sachsen aber aus der Sicht des 18. Jahrhunderts den – letztlich gescheiterten – Weg zur europäischen Großmacht. Die Spuren gemeinsamer sächsischer-polnischer Geschichte sind noch heute sichtbar – sowohl in Polen als auch in Litauen. Es lohnt sich, diese Spuren zu verfolgen. Denn diese „sächsischen“ Orte in Polen und Litauen entfalten ein kulturgeschichtliches Panorama, das es ermöglicht, Kultur, Politik und Gesellschaft im östlichen Europa vom Mittelalter bis zur Gegenwart zu verstehen.

Folgendes Reiseprogramm ist vorgesehen:

Montag, 29.8.2022

Abfahrt in Dresden / Besichtigung der Kleinstadt Fraustadt (Wschowa). Fraustadt war der aus sächsischer Sicht nächstgelegene Ort Polens. August der Starke reiste oft hierher, um Gesetze zu unterzeichnen, die nur auf polnischem Boden ausgefertigt werden durften. Fraustadt war eine lutherische Hochburg in Polen, woran die Kirche „Kripplein Christi“ wie auch der evangelische Friedhof erinnern. / Halt in Reisen (Rydzyna). Reisen war die Residenz des sächsischen Staatsministers Alexander Graf Sulkowski, des Vorgängers des Grafen Brühl. Der aus einer polnischen Adelsfamilie stammende Sulkowski ließ sich das Schloss nach seiner Entmachtung ausbauen. / Am Abend Ankunft in Warschau und Bezug des Hotels

Dienstag, 30.8.2022

Besichtigung der Königspaläste am Rand Warschaus, der Hauptstadt des Königreichs Polen / Besuch des Königsschlusses Wilanów, einst auch Landsitz der Könige von Polen aus Sachsen. Spaziergang durch die Innenräume und den Schlosspark. / Besuch des Łazienki-Parks und der dort befindlichen Palais und Schlösser vor allem aus der

Zeit des Königs Stanislaus August Poniatowski / Übernachtung in Warschau

Mittwoch, 31.8.2022

Führung durch die Warschauer Innenstadt auf den Spuren des Wiederaufbaus nach 1945 / Besichtigung des Königsschlusses / Spaziergang entlang der Sächsischen Achse / Besuch der Ev. Kirche St. Trinitatis / Besuch der Kirche St. Benno, ehemals Gotteshaus der deutschen Katholiken / Besuch der Kapuzinerkirche, dort Denkmal mit Urne, welche die Eingeweide Augusts des Starken enthält / Übernachtung in Warschau

Donnerstag, 1.9.2022

Fahrt nach Wilna (Vilnius) / Halt in Tykocin am weitgehend wiederaufgebauten Königsschloss, in dem August der Starke 1705 den Orden des Weißen Adlers gründete / Ankunft und Übernachtung in Wilna (Vilnius)

Freitag, 2.9.2022

Besichtigung von Wilna (Vilnius): Kathedrale, Schloss der Großfürsten von Litauen, Universität mit Wandbild Augusts III., Altstadtbereich mit zahlreichen Barockkirchen, spätgotische Kirche St. Anna, Marienheiligtum im Tor der Morgenröte / Übernachtung in Wilna (Vilnius)

Samstag, 3.9.2022

Fahrt von Wilna (Vilnius) nach Kaunas / Besuch der Burg Traken (Trakai), Residenz der Großfürsten von Litauen im Mittelalter, bedeutendstes mittelalterliches Baudenkmal Litauens / Besichtigung von Kaunas, der Kulturhauptstadt Europas des Jahres 2022, mit eindrucksvoller Altstadt am Ufer der Memel / Übernachtung in Kaunas

Sonntag, 4.9.2022

Abfahrt in Kaunas in Richtung Polen / Besichtigung von Thorn (Toruń), einer der wichtigsten Handelsmetropolen Polens im augusteischen Zeitalter / Erinnerung an das „Thorner Blutgericht“ mit Besichtigung der ehemals evangelischen Heilig-Geist-Kirche / Übernachtung in Thorn

Montag, 5.9.2022

Halt in Gnesen (Gniezno) / Besichtigung der Erzkathedrale Gnesen, einem der bedeutendsten kirchlichen Bauwerke in Polen / Rückfahrt nach Dresden



Rathaus in Kaunas, der Kulturhauptstadt Europas 2022

Der Reisepreis beträgt 640,00 Euro im Doppelzimmer für Mitglieder des Landesvereins und 700,00 Euro für Nichtmitglieder. Der Einzelzimmerzuschlag beläuft sich auf 140,00 Euro. Im Reisepreis inbegriffen: Busfahrt, Reiseleitung, Eintritte, Führungen, 7 Übernachtungen mit Frühstück in 3-Sterne-Hotels, davon 3 Übernachtungen in Warschau, 2 Übernachtungen in Wilna, 1 Übernachtung in Kaunas und 1 Übernachtung in Thorn.

Im Reisepreis nicht inbegriffen: Kosten für Mittag- und Abendessen. In der Mittagspause besteht die individuelle Möglichkeit zu essen. Am Abend ist der gemeinsame Besuch eines Restaurants eingeplant.

Es wird um eine Anmeldung bis zum 31. Januar 2022 gebeten. Diese richten Sie bitte an:

Landesverein Sächsischer Heimatschutz,
Wilsdruffer Straße 11/13, 01067 Dresden,
Tel. 0351/4956153,
landesverein@saechsischer-heimatschutz.de

Nachtrag zum Themenheft „Revolution und Demokratie“

Im Heft 4/2021 haben wir uns mit den Revolutionen und demokratischen Bewegungen in der sächsischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts beschäftigt. Nach Erscheinen erreichten uns mehrere Zuschriften mit Kommentaren und Erinnerungen. Die als Zeitdokument wichtigen Erinnerungen des früheren Landeskonservators Prof. Dr.-Ing. Glaser an den 17. Juni 1953 in Halle/Saale sollen an dieser Stelle der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Erinnerungen an den 17. Juni 1953

Wie jeden Tag führte mich auch an diesem Mittwoch mein morgendlicher Schulweg aus dem Süden von Halle hinunter in die Franckeschen Stiftungen nahe dem mittelalterlichen Zentrum, wo ich die 10. Klasse der August-Hermann-Francke-Oberschule besuchte. Seit etwa vier Wochen hatte ich die doppelte Anzahl Frühstücksbrote in der Tasche, die ich in der Großen Pause immer mit meinem Freund Klaus Günther Wachsmuth teilte. Seine Mutter hätte ihm kaum noch trockenes Brot mitgeben können. Sie führte einen kleinen Laden mit Kurzwaren, Nähzubehör, Bändern und Kleintextilien und hatte eine Angestellte, war demzufolge Ausbeuterin. Ausbeuter bekamen keine Lebensmittelkarten mehr. So kam mein Freund auch meistens mit zu uns zum Mittagessen. Wir hatten uns kennen gelernt im Konfirmandenunterricht und verbrachten viel gemeinsame Zeit auf Veranstaltungen der evangelischen Jungen Gemeinde. An der Adolf-Reichwein-Oberschule waren schon mehrere Mitglieder der Jungen Gemeinde aus politischen Gründen der Schule verwiesen worden. An unserer Schule wurde es dagegen als normal betrachtet, dass ich an unserer FDJ-Klassenwandzeitung aus Anlass des Todestages von Martin Luther einen entsprechenden Artikel veröffentlicht hatte. Vor meinem Aufbruch in die Schule hatte ich wie immer auch an diesem Morgen die Nachrichten des RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor) gehört und dabei von der Empörung der Bauarbeiter an der Stalinallee in Ostberlin über drastische Erhöhungen der Arbeitsnormen erfahren. Noch bevor die Klingel zur Großen Hofpause läutete, wurden wir angewiesen, unsere Sachen zu

packen, die Schule umgehend zu verlassen und sofort nach Hause zu gehen. Die Pausenbrote für Klaus Günther, der in eine andere Klasse ging, konnte ich nicht mehr an den Mann bringen. Mit drei Klassenkameraden entschied ich mich, natürlich nicht nach Haus zu gehen, sondern in der Stadt nach dem Rechten zu sehen. Durch die Rannische Straße und die Schmerstraße war man in wenigen Minuten auf dem Marktplatz.

Dort, wo sich die Schmerstraße zu Markt hin öffnete, kam uns ein einzelner Volkspolizist entgegen gerannt, und wir begriffen nicht gleich: Er rannte um sein Leben. Hinter ihm rannten über hundert Menschen, und vor meinem inneren Auge standen plötzlich die Darstellungen von Käthe Kollwitz zum Bauernkrieg. Unmittelbar neben uns bremste der junge Mann scharf ab neben einem offen stehenden Haustor, verschwand und schlug das Tor hinter sich zu. Während wir hörten, wie er innen die Querriegel einschob, erfuhren wir, er hatte in die Luft geschossen, um die weitere Plünderung eines Parteibüros im Marktschlösschen, einem alten Renaissancebau am Markt, zu verhindern. Im Nu befanden wir uns inmitten all der wütenden Menschen, die schrien: „Komm ´raus, komm ´raus, du Verbrecher“. Da ging im zweiten Stock ein Fenster auf, und ein Mann zeigte die Pistole des Polizisten, entnahm die Munition und warf die leere Waffe hinunter, danach das Koppel und zuletzt die Mütze. Die Menge zerstreute sich langsam, nachdem die Zeichen der Macht zertrampelt waren. Wir konnten nun endlich zum Markt und sahen, wie sich zunehmend Menschen in die Rathausstraße hinter dem „Ratshof“, dem Sitz der Stadtverwaltung, bewegten.

„Zum Frauengefängnis!“ ging es von Mund zu Mund. Als wir dort in der Kleinen Steinstraße anlangten, sahen wir etwa zehn Männer mit einem Baumstamm gegen das Gefängnistor anrennen. Wo hatten die bloß so schnell den Baumstamm her? Und es gelang tatsächlich. Nach dem vierten oder fünften Anlauf sprang das Tor auf. Bald danach kam das Gefängnispersonal, die Hände hinterm Kopf, heraus. Wir konnten nicht glauben, was da geschah. Als wir schon weiter ziehen wollten, stand plötzlich eine Gruppe von Frauen vor dem Tor, verharrte unschlüssig, sah nach allen Seiten und kam schließlich langsam auf uns zu. Schnell wurde sie zu einem Zug in Dreierreihen, der nicht enden wollte. Waren es hundert? Waren es Zweihundert? Plötz-

lich hörte ich meinen Vornamen rufen. Es war unsere Bäckersfrau vom Steinweg, wegen des Hortens von Zucker inhaftiert, wie in der Zeitung zu lesen gewesen war. Wir winkten uns hoffnungsvoll zu. Das musste ich sofort meiner Mutter erzählen, die sich furchtbar über die Verhaftung erregt hatte. Außerdem war längst Mittagszeit. Und auch wenn Aufstand ist, muss man irgendwann essen. Die Zusatzbrote für meinen Freund hatten wir längst unter uns aufgeteilt.

Aber es hielt mich natürlich nicht lange zu Hause. Von Nachbarn hatte ich erfahren, dass die Arbeiter des VEB Waggonbau Ammendorf, ganz im Süden von Halle gelegen, bereits in das Zentrum marschiert seien und die Arbeiter der etwa zehn Kilometer entfernten Chemischen Werke Buna im Begriff seien, ebenfalls nach Halle zu marschieren. Am Nachmittag ging ich deshalb zunächst zur Stalinallee, der alten Merseburger Straße, die von Merseburg über Schkopau und Buna nach Halle führte. Und tatsächlich, in Achterreihen, beängstigt diszipliniert, marschierten mir Männer entgegen, soweit mein Auge reichte. Ich empfand, dass Entschlossenheit zu materieller Gewalt werden kann. Bis zum Thälmannplatz, dem alten Riebeckplatz, lief ich nebenher. Der Zug wurde breiter und breiter, und auch ich reihte mich ein. In der engen Klement-Gottwald-Straße, der alten Leipziger Straße, die zum Markt führte, nahm er die gesamte Straßenbreite, von Hauswand zu Hauswand, ein. Entgegen zu gehen war unmöglich. Als ich die berühmten fünf Türme meiner Heimatstadt erblickte, die seit 450 Jahren unverrückbar so zusammenstanden, glaubte ich mit meinen sechzehn Jahren für einen Moment, Zeuge des Beginns einer besseren Zeit zu werden. Der Zug teilte sich, nahm die Kirche Unserer Lieben Frauen in seine Mitte, und die Menschen marschierten an beiden Seiten hinunter zum Hallmarkt, auf dem über Jahrhunderte Salz gesotten worden war. Der Platz war nun, am späten Nachmittag, bis in die Seitenstraßen hinein, restlos gefüllt. In den Reden wurde die Aufhebung der jüngsten Repressalien gefordert, wurden bessere soziale Bedingungen angemahnt und vor allem zu freien Wahlen aufgerufen, zu freien Wahlen mit Blick auf eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands, die seit vier Jahren nun auch politisch als selbständige Staaten fixiert waren. Die Sehnsucht danach konnte man in den Gesichtern der Menschen

lesen. „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand. Danach lasst uns alle streben brüderlich mit Herz und Hand. Blüh` im Glanze dieses Glückes, blühe deutsches Vaterland“ stand darin geschrieben. Aber sie konnten den Text nicht dieser dritten Strophe des Deutschlandliedes und sangen: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt ... von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt“. Meine Großmutter hatte mir mit Hinweis auf diesen Text einmal erklärt, wohin es führt, wenn man überheblich ist. Und während die Menschen diese Strophe noch sangen, hörten wir schon das Gedröhn heranrollender russischer Panzer.

Am nächsten Morgen wusste ich nicht, ob ich schon wieder zur Schule gehen konnte, ging aber trotzdem, doch eine Stunde früher, um vorher noch einmal auf den Marktplatz zu schauen. Vor dem Ratshof standen sowjetische Panzer. Eine Gruppe von Männern war damit beschäftigt, eine große Blutlache zu beseitigen. Beim Versuch, das Zuchthaus im Norden der Stadt, den „Roten Ochsen“ zu stürmen, sei noch vielmehr Blut geflossen, hörte ich einen Mann sagen.

Eine Wiedervereinigung war zum damaligen Zeitpunkt angesichts der internationalen Situation, mitten im Kalten Krieg, eine Illusion. Die Repressalien wurden von der Regierung der DDR immerhin weitestgehend zurückgenommen, auch die sozialen Bedingungen zunächst verbessert. Aber auch nach dem Tode Stalins, der am 23. März 1953 verstorben war, blieb die ideologisch geprägte Diktatur.

Die Blutlache auf dem Marktplatz in Halle als Zeichen der Ohnmacht hatte ich in all` den darauf folgenden Jahren immer wieder vor Augen, ganz besonders am 6. Oktober 1989 in Dresden. An diesem Tage endete eine mehrtägige deutsch-deutsche Fachtagung zu Fragen der Steinkonservierung im Dresdner Institut für Denkmalpflege. Zum festlichen Abschluss hatten wir in der Oper noch „Zar und Zimmermann“ gesehen. Ich hatte noch lange mit Dr. Backes, meinem Amtskollegen aus Rheinland-Pfalz, auf dem Theaterplatz gestanden, deutsch-deutsche Fragen diskutierend, und begleitete ihn schließlich zu seinem Hotel, dem „Newa“ an der Prager Straße. Dabei gerieten wir in eine Massen-demons-

tration, einen erneuten Ansturm auf den Hauptbahnhof, durch den die Züge mit den Flüchtlingen aus der deutschen Botschaft in Prag nach Westdeutschland fuhren. Immer wieder war in Sprechchören zu hören: „Wir wollen raus!“ Wir wollen raus!“ In meiner Erinnerung hörte ich einen Schuss fallen, hörte Panzer rollen, sah Blutlachen. „Wenn hier nur ein Schuss fällt...“, dachte ich. Als ich nach Hause kam, berichtete mir meine Frau, völlig verstört, dass Christoph, unser älterer Sohn, der bei der Dresdner Bereitschaftspolizei seinen Grundwehrdienst ableisten musste, angerufen hätte: „Er hat aus der Kaserne angerufen und gesagt, sie erwarten stündlich den Befehl zum Einsatz auf der Prager Straße“. Unser jüngerer Sohn Moritz war unter den Demonstranten. Es war furchtbar. Da klingelte erneut das Telefon, und wieder war Christoph dran und sagte: „Es ist alles abgeblasen und wir kommen nicht mehr zum Einsatz“. Wir dankten Gott. Die Blutlache ent-schwand aus meinen Sinnen, und Hoffnung und Zuversicht erfüllten uns.

Prof. Dr.-Ing. Gerhard Glaser

Nachruf auf Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Magirius

Er wolle „Kunstgeschichte studieren und Denkmalpfleger werden“, wandte sich Heinrich Magirius, Abiturient und Mitglied des Dresdner Kreuzchors, 1952 an den Kunsthistoriker Fritz Löffler im Institut für Denkmalpflege in Dresden. Die christliche Kunst war für ihn ein Schatz, den er zunächst für sich und andere erschließen und vor allem erhalten wollte. Sein Bruder Friedrich berichtete einmal über sorgfältig vorbereitete Fahrradtouren, in deren Verlauf Heinrich ihm die Kirchen und Burgen vorstellte; dabei exakt beobachtend, akribisch ins Detail gehend und druckreif vortragend – Eigenschaften, die ihn das ganze Leben auszeichnen sollten.

Das Studium der Kunstgeschichte, der Klassischen und Christlichen Archäologie absolvierte der am 1. Februar 1934 in Dresden Geborene von 1952 bis 1957 an den Universitäten in Greifswald und Leipzig. Mit einer Arbeit zum Thema „Kloster Altzella. Ein Abriß seiner Kunstgeschichte“ schloss er das Studium ab. Mit diesem Thema in stark erweiterter Form promovierte er 1958 an der Leipziger Universität. Seine Dissertation ist in der Fachwelt stark beachtet worden und gilt seitdem als eine der Standard-Monografien über Zisterzienserklöster. Nach

seiner Anstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Dresdner Institut für Denkmalpflege und vor allem als Leiter der Abteilung Kunstgeschichte war Heinrich Magirius zunächst mit der Erforschung und Pflege sächsischer Kirchen und Bildwerke des Mittelalters befasst; stets begleitet von einer umfangreichen Publikationstätigkeit. Seine Publikationsliste umfasst über 150 Bücher. Besonders hervorzuheben sind seine Arbeiten über den Freiburger Dom (1972), den Wechselburger Lettner (1983, gemeinsam mit Elisabeth Hütter), das Opernhaus und die Gemäldegalerie Gottfried Sempers in Dresden sowie die zweibändige Sammlung von Studien und Aufsätzen zum Meißner Dom (1999/2010). Der leidenschaftliche Kunsthistoriker und Denkmalpfleger rief das Jahrbuch „Die Dresdner Frauenkirche“ ins Leben, das er vom ersten Band (1995) bis zum 25. Band (2021) als Sprecher des Redaktionsbeirats und Herausgeber maßgeblich prägte. Dabei konnte er sein profundes Fachwissen einbringen und jahrzehntelang die hohe wissenschaftliche Qualität des Jahrbuchs gewährleisten. Mit der Geschichte des Dresdner Residenzschlosses beschäftigte er sich jahrzehntelang, davon viele Jahre schon in seinem Ruhestand. Diese Arbeit

konnte erst kürzlich mit einer veritablen dreibändigen Publikation abgeschlossen werden.

Heinrich Magirius wurde 1985 mit dem Nationalpreis der DDR II. Klasse für Kunst und Literatur ausgezeichnet. Weitere Ehrungen folgten: 1995 erhielt er das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. 2004 wurde er mit dem Sächsischen Verdienstorden ausgezeichnet. Im Jahre 2007 erhielt er den Andreas-Möller-Geschichtspreis der Stiftung für Kunst und Kultur der Kreissparkasse Freiberg und 2010 den Kunstpreis der Großen Kreisstadt Radebeul.

1989 erfolgte seine Berufung zum Honorarprofessor an die Hochschule für Bildende Künste in Dresden, nachdem seine Abhandlung zur „Geschichte der Denkmalpflege. Sachsen“ als Habilitationsschrift anerkannt worden war. Seit 1991 war Heinrich Magirius ordentliches Mitglied der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. 1994 wurde er zum Sächsischen Landeskonservator ernannt – ein Amt, das er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand ausübte. Im gleichen Jahr erhielt er die Ehrendoktorwürde der Freien Universität Berlin – und er wurde auch in das Meißner Domkapitel berufen.

In seiner engen Verbindung zum Meißner Dom war es für ihn selbstverständlich, dem 1994 wieder gegründeten Meißner Dombau-Verein beizutreten. Zuletzt gehörte er ihm als Ehrenmitglied an.

1978 begegneten wir uns beruflich das erste Mal. Anlass war eine heftige Kontroverse mit dem Baureferenten des Evangelisch-Lutherischen Landeskirchenamts, der nach einem entsetzlichen Sturmshaden am Dachreiter der romanischen St. Jakobikirche in Wilsdruff, einem Denkmal der Bezirksliste, diesen abreißen und den Bauschutt in das künftig „himmeloffen“ verbleibende Kirchenschiff verfüllen wollte. Wie man sich denken kann, waren die Wilsdruffer entsetzt! Mit der fachlichen Unterstützung von Fachleuten und Gutachtern der TU votierte der Kirchenvorstand gegen dieses Ansinnen – und mir als stellvertretendem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes fiel die Aufgabe zu, vor den Vertretern des Instituts für Denkmalpflege, der Kulturbeauftragten vom Rat des Bezirkes Dresden und dem Landeskirchenamt die baulichen Rettungsmöglichkeiten fachlich zu vertreten. In diesem Fall war die Denkmalpflege einmal nicht „zweiter Sieger“ (O-Ton Hans Nadler), und das Ergebnis spricht heute für sich. Heinrich Magirius, der dem Drängen des Baureferenten schon nachzugeben schien, machte das Erreichte froh – das verband uns seitdem. Und so war es ein schönes Wiedersehen, als wir 1982 erneut beruflich aufeinandertrafen. Als beauftragter Architekt des Generalvikars des Bistums Dresden-Meißen war ich für die Stiftskirche in Wechselburg, die Hofkirche in Dresden und die Restaurierung der Moritzburger Schlosskapelle zuständig – alles „Flaggschiffe“ der sächsischen Denkmalpflege. Daraus ergab sich eine enge fachliche Zusammenarbeit mit Heinrich Magirius und dadurch auch mit Elisabeth Hütter wie zuvor schon mit Gerhard Glaser. Mitunter wurde ich zur so genannten „Montagsrunde“ in das „Hofkircchenzimmer“ des Dresdner Ständehauses eingeladen, wo noch andere Denkmalpflege-Architekten für verschiedene Projekte Pläne fertigten. Das waren Lehrstunden per excellence!

Aber so banal es klingen mag: die Denkmalpfleger (wie übrigens auch die meisten der Pfarrer damals) trugen fast alle Baskenmützen! Uwe Tellkamp hat das fein beobachtet und markiert dieses offensichtliche „Markenzeichen“ in seinem Roman „Der Turm“ („ererbte aus verschollener Bürgerlichkeit, worauf die Baskenmützen der Denkmalpfleger anspielten“). So berichtete auch Pfarrer Christof Heinze im Trauergottesdienst vom 21. Juni in der Radebeuler Lutherkirche von Magirius' Affinität zu Baskenmützen:



Heinrich Magirius zuhause, 2009

Landesamt für Denkmalpflege Sachsen, Foto: Sebastian Kahnert

Im Rahmen der seit 1959 laufenden Arbeiten zur Wiederherstellung der Ebersdorfer Stiftskirche war Magirius dort tätig. Er hatte seine Baskenmütze da liegen gelassen und musste deshalb extra noch einmal dorthin zurückfahren. Das tat er aber gern, denn bei seinen Bauforschungen an der Stiftskirche hatte er nicht nur den romanischen Vorgängerbau näher kennengelernt, sondern auch die dortige Pfarrerstochter; seine spätere Frau Angelika. So war ihm die vergessene Baskenmütze sicher ein willkommener Anlass! Ich habe diesen menschlichen Zug über den fachlichen Tellerrand hinaus als wohltuend empfunden.

Die wissenschaftliche Erforschung der Denkmale war Magirius nie Selbstzweck. Stets galt seine Aufmerksamkeit der „Wertfülle“ des Denkmals, die dessen Ruf und Schutzstatus begründet. Im Hinblick auf manch falsch verstandene Denkmaldoktrin lehrte uns Magirius: „Kulturelle Fruchtbarkeit der Monumente hängt mit dem Eros zusammen, mit dem sie geliebt, erkannt und gepflegt werden, [...] Sie hat [...] mit einem Taktgefühl zu tun, daß nur sehr schwer an-erzogen werden kann, aber immer wieder kultiviert werden muß.“ Heinrich Magirius ermutigt uns damit, Denkmale nicht nur als historische Dokumente zu konservieren, sondern „als in einem größeren Zusammenhang stehende Monumente zu pflegen“. Gerade die intensive Auseinandersetzung mit den „Doktrinen in der Denkmalpflege“, deren Infrage-Stellen, seine Beharrlichkeit und Geradlinigkeit ermöglichten es, auch ganz unorthodoxe Themen anzugehen: die

Rekonstruktionen. Gleich nach der deutschen Wiedervereinigung gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Bürgerinitiative für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche. Mit seinem unbestechlichen und zugleich pragmatischen Sinn für historische Genauigkeit hat er das Werk maßgeblich beeinflusst. Gerade wegen dieser Haltung hatte er viele Bewunderer. Und gerade deshalb ist auch bedauernd anzumerken, dass er es nur in geringem Umfang vermocht hat, eine direkte „Schülerschaft“ im Sinne einer Nachfolge heranzubilden.

Seit Anfang des Jahres 1993 bis zu meinem Eintritt in den Ruhestand arbeiteten wir eng bei der Restaurierung des Meißner Doms zusammen – eine komplexe Aufgabe, die alle Sparten denkmalpflegerischen Handelns berührte. Obwohl er mir dabei immer wieder einen Hang zur „Wissenschaftsgläubigkeit“ vorwarf, war er letzten Endes doch begeistert, welche Chancen sich aus der Einbeziehung und dichten Vernetzung naturwissenschaftlicher Institutionen – so z. B. im nahezu ein Jahrzehnt laufenden Deutsch-Französischen Forschungsprogramm – für die Denmkunde und Baupflege ergaben. Aus heutiger Sicht war es für ihn deshalb logische Konsequenz, zum Zustandekommen des Instituts für Diagnostik und Konservierung an Denkmälern in Sachsen und Sachsen-Anhalt (IDK) maßgeblich beizutragen – einer Einrichtung, die nicht nur mit der Domrestaurierung fachlich eng verbunden war, sondern allen Monumenten in Sachsen und Sachsen-Anhalt zugutekommt. Allerdings

entsetzte ihn die sich immer mehr verstärkende Bürokratie und „Dokumentationswut“, die er damit kommentierte, dass „Dokumente, die an nichts zu erinnern vermögen, so nichtsnutzig werden können, daß selbst ein reicher Staat sie sich nicht mehr leisten können“.

In den letzten Jahren kam es mir vor, als würde der Docht eines Lichtes langsam verlöschen. Jedes Mal, wenn ich in der letzten Zeit Heinrich Magirius begegnet bin, war er immer mehr in sich zusammen gerutscht; zumindest hatte man den Eindruck, dass seine Kräfte nachzulassen schienen. Auf-

fallend war auch, dass seine charaktervolle Handschrift mit jeder Korrespondenz immer zierlicher und kleiner wurde. Aber bis zuletzt war er immer hellwach und freundlich zugewandt, im Gespräch fachlich interessiert und – wenn es nötig war – auch immer noch streitbar! Ich bin ihm stets voller Hochachtung und Dankbarkeit begegnet; wir wussten beide, was wir aneinander hatten!

Nun ist der Denkmalpfleger, Kunsthistoriker und Domherr am Meißner Dom, Heinrich Magirius, nicht mehr unter uns. Am 13. Juni 2021 verstarb er friedlich im Kreis

seiner Lieben. Der Psalm, den seine Familie für die Todesanzeige aussuchte („Wie lieblich sind mir deine Wohnungen, Herr Zebaoth! Meine Seele verlangt und sehnt sich nach den Vorhöfen des Herrn; mein Leib und Seele freuen sich in dem lebendigen Gott.“), ist dabei als Bekenntnis zu verstehen. Sein Leben lang war es ihm wichtig, der Sache der Denkmalpflege zu dienen, insbesondere den ihm „lieb gewordenen Wohnungen des Herrn“. Dafür gebührt ihm unser anhaltender Respekt und Dank.

Günter Donath

Verein für sächsische Landesgeschichte

Aktuelle Informationen

Seit eineinhalb Jahren leben wir nunmehr unter den Bedingungen der Corona-Pandemie, die für alle Bereiche der Gesellschaft eine große Herausforderung darstellt, gerade aber im Kultur- und Veranstaltungsleben auch zu vielfältigen kreativen Entwicklungen geführt hat. So hat sich auch der Verein für sächsische Landesgeschichte seit dem Frühjahr 2021 neuen Formaten geöffnet und inzwischen mit Erfolg sowohl rein digitale wie auch hybride Veranstaltungen durchgeführt.

Nach dem bereits in Heft 2 (2021) vorgestellten Vortrag von Dr. Fanny Münnich zum adligen Universitätsbesuch in Spätmittelalter und Früher Neuzeit konnte die Reihe mit Dörthe Schimke M. A. zum Dienstpersonal in städtischen Bürgerhalten (1835-1918) und Prof. Dr. Joachim Schneider zu den Wettinern im spätmittelalterlichen Sachsen fortgesetzt werden. Mit bis zu 65 Teilnehmenden aus der gesamten Bundesrepublik und zum Teil dem Ausland haben sich die Vorteile einer größeren Reichweite durch das Online-Format schnell gezeigt.

Dennoch waren alle anwesenden Mitglieder froh, bei dem im Juli angebotenen Sommerfest auf der Festung Königstein nach langer Zeit einmal wieder ganz real zusammenkommen und Landesgeschichte am authentischen Ort erleben zu können. Dank des großen Engagements der Geschäftsführerin der Festung Königstein gGmbH, Dr. Angelika Taube, die uns durch den ganzen Tag begleitete, erhielten die 25 Gäste – Mitglieder mit ihren Familien – fachkundige Einblicke aus erster Hand: vom mitreißenden Vortrag zum Weg der Festung als Museum über Besichti-

gungen des weitläufigen Geländes bis hin zur Weinverkostung im historischen Fasskeller. Nach all diesen Erfahrungen scheint uns eine Verbindung aus Präsenzveranstaltung und parallelem Stream derzeit als die beste Variante, um die Vorteile beider Präsentationsformen nutzen zu können. Die technischen Herausforderungen des Hybrid-Formats konnten nun im September beim Vortrag von Henrik Schwanitz zur touristischen Entdeckung der Sächsischen Schweiz im 19. Jahrhundert erstmals erprobt werden. Ab November 2021 beabsichtigt der Verein mit seinen Veranstaltungen wieder eine Rückkehr ins Hauptstaatsarchiv Dresden, wo nach aktuellem Hygienekonzept 40 Plätze zur Verfügung stehen. Auch hier werden wir versuchen, einen parallelen Stream anzubieten.

Dank des großen Engagements des Vorstands konnte in diesem Jahr auch die Mitgliederversammlung in digitaler Form rechtsgültig durchgeführt werden. Um kein Mitglied von der Wahrnehmung seiner Mitgliedsrechte auszuschließen, bestand darüber hinaus im Vorhinein die Möglichkeit, über sämtliche Beschlüsse auf schriftlichem Weg abzustimmen. Dies sicherte den Beschlüssen eine vergleichsweise hohe Beteiligungsquote von 56 Prozent. Vorstand und Schatzmeister wurden für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2020 entlastet. Zudem wurden erste Ideen der AG Jubiläen und der Entwurf für den Relaunch unserer Homepage vorgestellt.

Mit großer Mehrheit stimmten die Vereinsmitglieder auf der Versammlung der Einrichtung eines Preises für studentische Abschlussarbeiten (Bachelor, Master, Staatsexamen) zu. Der „Hubert-Ermisch-Preis für Geschichte und Kultur Sachsens“ wird damit 2022 erstmals vergeben. Er ist

mit 250 Euro dotiert und schließt eine dreijährige kostenfreie Mitgliedschaft im Verein für sächsische Landesgeschichte e. V. ein. Bewerbungsschluss ist immer der 31. Oktober eines Jahres. Bei Interesse vermittelt der Verein eine Publikationsmöglichkeit für die preisgekrönte Abschlussarbeit.

Auch für den 30. Jahrestag unserer Vereinsgründung im kommenden Jahr laufen die Vorbereitungen, getragen von der AG Jubiläen, bereits auf Hochtouren. Am eigentlichen Gründungstag des Vereins, dem 18. Januar, möchten wir alle Mitglieder zu einer Festveranstaltung einladen. Bei einem Vortrag und anschließendem Podiumsgespräch soll der Blick sowohl auf die Vereinsgründung und die Herausforderungen des historischen Ehrenamts in der Vergangenheit als auch auf aktuelle Entwicklungen gelenkt werden. Alle bisherigen Vereinsvorsitzenden haben ihre Teilnahme bereits zugesagt. Auch haben die Planungen für Zeitzeugengespräche mit Mitgliedern der ersten Stunde begonnen. Wir danken an dieser Stelle all jenen, die uns bereits Materialien zur Vereinsarbeit übermittelt haben. Besonders freuen wir uns über die Kontaktaufnahme des Schlossbergmuseums Chemnitz, das die Reste der Sammlung des Sächsischen Altertumsvereins in seinem Haus verwahrt und uns bei der Gestaltung des großen Jubiläums „200 Jahre Sächsischer Altertumsverein“ im Jahr 2024 unterstützen möchte. Ein erstes Vor-Ort-Gespräch und die Besichtigung der Sammlung durch die Vereinsvorsitzende haben bereits im Juli stattgefunden. Wenn Sie weitere Ideen und Hinweise zur Gestaltung unserer Jubiläen haben, melden Sie sich bitte. Auch eine Mitwirkung in unserer AG Jubiläen ist jederzeit möglich.

Dr. Judith Matzke

Veranstaltungen 2021 und Ausblick auf 2022

22. Oktober 2021

Landtagsgeschichte (digital) – Stand und Perspektiven
Kolloquium mit Prof. Dr. Josef Matzerath (Dresden), Dr. Lutz Vogel und anderen Gästen in der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden (SLUB)
Weitere Informationen und Anmeldung: <https://slubdd.de/landtagsgeschichte>

9. November 2021, 18:00 Uhr

Hoffen, protzen, trauern. Der Zittauer Epitaphienschatz als Quelle für die Landesgeschichte
Vortrag von Dr. Peter Knüvener (Städtische Museen Zittau) im Hauptstaatsarchiv Dresden

13. November 2021

#Geschichtsvereine21. Formate – Vernetzung – Perspektiven

Workshop für historisch arbeitende Vereine in Kooperation mit dem Evangelischen Bildungs- und Gästehaus – Heimvolkshochschule Kohren-Sahlis

7. Dezember 2021, 18:00 Uhr

Die kursächsische Reichstagsgesandtschaft im späten 18. Jahrhundert
Vortrag von Dr. Friedrich Quaasdorf (Leipzig) im Hauptstaatsarchiv Dresden in Kooperation mit dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde

18. Januar 2022, 16:00 Uhr

30 Jahre Verein für sächsische Landesgeschichte – Festveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzner Straße in Dresden

Haben Sie Interesse an den Angeboten des Vereins, möchten Sie sich an unseren Aktivitäten beteiligen oder wünschen Sie sich Unterstützung durch den Verein bei

Ihrer landesgeschichtlichen oder heimatkundlichen Arbeit, dann können Sie gern Kontakt mit uns aufnehmen.

Kontakt:

Verein für sächsische Landesgeschichte e. V.
c/o Sächsisches Staatsarchiv – Hauptstaatsarchiv Dresden
Archivstraße 14
01097 Dresden

Internet:

www.saechsische-landesgeschichte.de
E-Mail: kontakt@saechsische-landesgeschichte.de
Twitter: @LaGeschSachsen

IMPRESSUM Sächsische Heimatblätter

ISSN 0486-8234

Unabhängige Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Landeskunde, Natur und Umwelt
Mitteilungsblatt des Vereins für sächsische Landesgeschichte e. V. und des Zentrums für Kultur und Geschichte e. V.

Herausgeber: Dr. Lars-Arne Dannenberg und Dr. Matthias Donath in Zusammenarbeit mit einem Redaktionsbeirat

Anschrift: Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjähna
shb@zkg-dd.de

Redaktion: Dr. Lars-Arne Dannenberg, Dr. Matthias Donath

Redaktionsbeirat: Dr. Jens Beutmann, Prof. Dr. Enno Bünz, Günter Donath, Prof. Dr. Angelica Dülberg, Anneliese Eschke, Dr.-Ing. Gerhard Glaser, Klaus Gumnior, Dr. Konstantin Hermann, Dr. Wolfgang Hocquél, Prof. Dr. Uwe Ulrich Jäschke, Dr. Igor Jenzen, Prof. Dr. Winfried Müller, Martin Munke, Dr. Wolfgang Schwabenicky, Dr. André Thieme, Dr. Michael Wetzell, Dr. Peter Wiegand

Herstellung: Redaktions- und Verlagsgesellschaft Elbland mbH Meißen

Erscheinungsweise: Vierteljährlich

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift ist im Jahresabonnement (4 Ausgaben) zum Preis von 40,00 € inklusive MwSt., Versand und Porto zu beziehen. Die Aufnahme eines Abonnements ist jederzeit möglich bei anteiligem Abopreis. Kündigungen müssen schriftlich bis zum 15. November eines Jahres für das Folgejahr an das Zentrum für Kultur//Geschichte, Dorfstraße 3, 01665 Niederjähna, eingegangen sein. Im freien Verkauf kostet das Einzelheft zwischen 10,00 € und 15,00 €.

Für den Inhalt der Beiträge sowie die Abbildungsrechte zeichnen jeweils die Autoren verantwortlich. Jede Verwertung der Inhalte außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig. Nachdruck, auch auszugsweise, darf nur mit Zustimmung der Herausgeber erfolgen.

Titelbild: Wappenstück der Distanzsäule von Mittweida, hier die besondere Form der Abbildung eines Doppelwappens auf jeder Säulenseite, Foto: Rolf Schmalfuß

FERNE NACHBARN

SACHSEN

LIETUVA

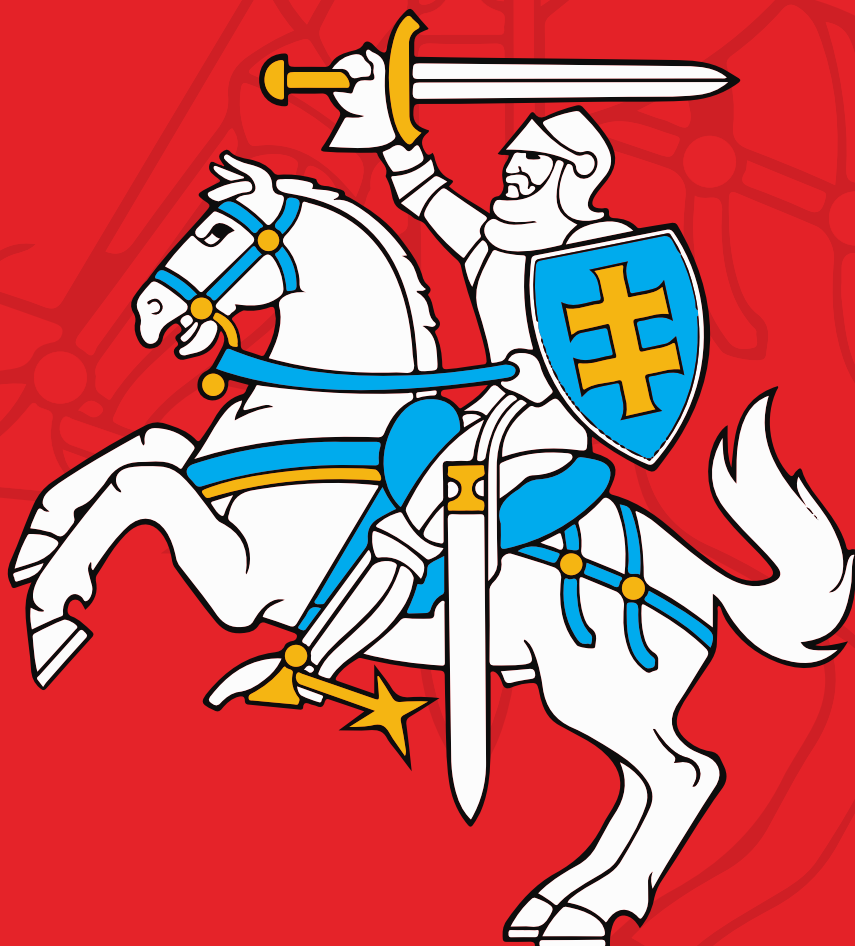
SAKSONIJA

LITAUEN

SONDERAUSSTELLUNG

IM BAROCKGARTEN GROSSEDLITZ

JUNI BIS SEPTEMBER 2022



1000

JAHRE LAT

GÓRNYCH ŁUŻYC
OBERLAUSITZ

Interreg
Polen-Sachsen

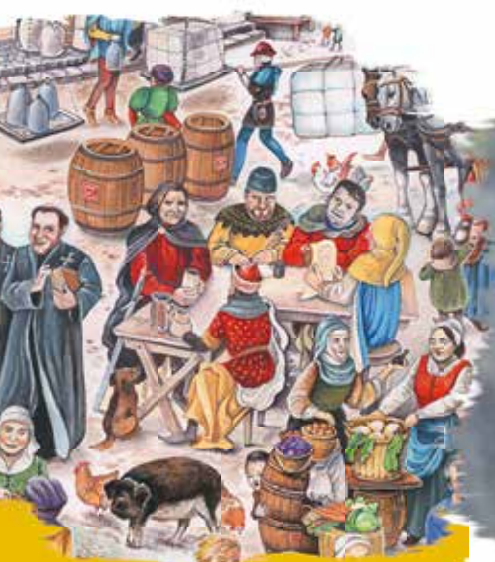
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung



EUROPAISCHE
UNION

MENSCHEN, BURGEN, STÄDTE

3 SONDERAUSSTELLUNGEN



»Gemeinsam stark?
Zittau und
der Sechsstädtebund«

Städtische Museen Zittau
22.07.2021 – 09.01.2022



»Auf den Spuren der
Napoleonischen Kampagne
im schlesisch-lausitzer Grenzgebiet«

Keramikmuseum Bunzlau
10.12.2021 – 26.02.2022

»1000 Jahre Oberlausitz –
Menschen, Burgen, Dörfer«

Museum Bautzen
19.02. – 08.05.2022

www.1000lusatia.eu

www.facebook.com/1000JOL.LGL

www.instagram.com/1000lusatia

LANDESAMT
FÜR ARCHÄOLOGIE



UNIWERSYTET
PRZYRODNICZY
WE WROCŁAWIU



MUZEUM
CERAMIKI
W BOLESŁAWCU



EUREGIOKOM PIENSK
EUROREGIONALNE CENTRUM KULTURY I KOMUNIKACJI



MUZEJ
MUSEUM
BAUTZEN
BUDYŠIN



STÄDTISCHE
MUSEEN ZITTAU